Mittwoch, 27. Februar 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 49 - 9.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Katalysator: Bei den morgigen deutsch-französischen Konsultationen wird das Katalysator-Thema Mittelpunkt der Gespräche sein. Die Koalition kündigte an, den Zeitplan bei der Abgasentgiftung einhalten zu wollen.

Deutsch-deutsches Treffen: Gemeinsam mit SED-Funktionären werden SPD-Bundestagsabgeordnete in den kommenden zwei Tagen in Bonn erneut über das Verbot chemischer Waffen und die Möglichkeiten zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa diskutieren.

Flugverbindung: Eine Flugverbindung zwischen Berlin und Wien befürwortet Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen.

Frühpensionierung: Bayern wird das umstrittene Gesetz zur Frühpensionierung von 1500 Offizieren nicht akzeptieren, sagte der Leiter der Staatskanzlei, Stoiber. (S. 4)

Weiszäcker: Das Präsidium des Bundes der Vertriebenen wird heute abend von Bundespräsident Richard von Weiszäcker empfangen. Die Begegnung am Tage des Berichts zur Lage der Nation wird in Bonn als eine Geste des Staatsoberhaupts gegenüber den Heimatvertriebenen gewertet. (S. 7)

Flick-Ausschuß: Das Bonner Landgericht wird dem Flick-Ausschuß keine weiteren Akten über die Parteispendenaffäre im Zusammenhang mit der Steuerbefreiung des Konzerns überlassen.

Afghanistan: Sowjetische Truppen töteten bei einem Massaker im Norden des Landes 480 Zivilisten, berichteten Diplomaten in Neu-Delhi.

Jugoslawien: Führende Wissenschaftler empfahlen der Kommunistischen Partei den Rückzug aus der Wirtschaft. Nur so könne die Krise gelöst werden. (S. 12)

Die gezähmten Deutschen

„In den achtziger Jahren bringt sich wieder ein zeitweilig vergessener Faktor in Erinnerung – die Macht und die Machtpolitik von Großmächten und kleineren Staaten. Das Bewußtsein in der Bundesrepublik zögert allerdings, sich auf die neue Lage einzustellen", schreibt Politikwissenschaftler Professor Hans-Peter Schwarz in seinem neuen Buch „Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit". Die WELT veröffentlicht einen Vorabdruck. Seite 7

WIRTSCHAFT

Innerdeutscher Handel: Von der Leipziger Frühjahrsmesse erwartet die Wirtschaft der Bundesrepublik Signale für bessere Geschäfte mit der „DDR". Die Voraussetzungen für eine Ausweitung des Handels – derzeit 15 Milliarden DM – seien aufgrund der Kreditwürdigkeit der „DDR" gestiegen. (S. 13)

Gutachten: Nach Meinung der Unternehmensberatungs-Gesellschaft Roland Berger hat das Unternehmen „Arbed Saarstahl" auf seinem Weg zur Konsolidierung den richtigen Weg eingeschlagen. (S. 15)

Börse: Trotz Auslandsaufträgen überwogen die Gewinnmitnahmen. Die Kurse gaben etwas nach. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 169,7 (170,6). BHF-Rentenindex 100,368 (100,488). Performance Index 98,690 (98,750). Dollarmittelkurs 3,4690 (3,4375) Mark. Goldpreis pro Feinunze 285,75 (284,25) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Wir werden bei den Feiern zum 40. Jahrestag des Sieges alles vermeiden, was den Eindruck erwekken könnte, daß man einen Sieg über Deutschland feiert, während man eines Sieges über den Nationalsozialismus und den Faschismus gedenkt «

Frankreichs Außenminister Roland Dumas in der „International Herald Tribune"
FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

„Goldene Bären": Bei den Filmfestspielen in Berlin sind der „DDR"-Film „Die Frau und der Fremde" von Rainer Simon und der englische Beitrag „Wetherby" von David Hare mit „Goldenen Bären" ausgezeichnet worden. Als bester Regisseur wurde der Amerikaner Robert Benton für seine Arbeit „Ein Platz im Herzen" mit dem „Silbernen Bären" geehrt. (S. 19)

„Das Boot": Der Kinoerfolg „Das Boot" nach dem Roman von Lothar-Günther Buchheim stieß auch beim TV-Publikum auf starkes Interesse. 48 Prozent der Fernseh-Haushalte mit 19,2 Millionen Zuschauern sah den ersten Teil der Trilogie. Nur wenige Filme und Shows, etwa der Unterhaltungshit „Verstehen Sie Spaß" oder die Serie „Roots", erreichten ähnlich hohe Quoten.

SPORT

Schach: Der am 15. Februar abgebrochene Kampf um die Schach-Weltmeisterschaft zwischen Anatoli Karpow und Garri Kasparow (beide UdSSR) wird am 2. September neu beginnen. (S. 11)

Fußball: Der Berliner Ballspielverband verlangt vom Deutschen Fußball-Bund den Verzicht auf die Europameisterschaft 1988, falls Berlin nicht berücksichtigt wird. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Unfallbilanz: Die Zahl der registrierten Unfälle in der Bundesrepublik stieg 1984 gegenüber 1983 von 1,69 Millionen auf 1,78 Millionen. Die Zahl der Verkehrstoten sank um 13 Prozent auf 10 186, den niedrigsten Stand seit Beginn der statistischen Erfassung.

Weißer Ring: Mit neuen Forderungen will der „Weiße Ring", die von XY-Kommissar Eduard Zimmermann gegründete Organisation zur Unterstützung von Kriminalitätsopfern, den Schutz der Betroffenen verbessern. So sollen sie auf Staatskosten von einem Anwalt beraten werden. (S. 20)

Wetter: Bewölkt. 5 bis 9 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schäuble: Niemand ist befugt, Grenzen neu zu definieren

Klarstellung vor dem Bericht zur Lage der Nation / WELT-Interview

MANFRED SCHELL, Bonn

Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble hat klargestellt, daß in der Deutschland- und Ostpolitik „Rechtspositionen nicht zur Disposition stehen". In einem WELT-Interview sagte Schäuble angesichts der Interpretation unterschiedlicher Begriffe auch in den Reihen der Unionsfraktion: „In den rechtlichen Fragen sind wir uns völlig einig. Wir sind uns auch einig in der Wahrung der Einheit der Nation. Ich bin ganz sicher, daß Bundeskanzler Helmut Kohl in seinem Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland jedem, der noch irgendwelche Zweifel haben sollte, Klarheit verschaffen wird. Unsere Position ist völlig eindeutig: „Die deutsche Frage ist nach wie vor offen. Solange wir keinen Friedensvertrag haben, solange die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes fortbestehen, ist niemand befugt, die Grenzen Deutschlands neu zu definieren", sagte Schäuble. Interpretationsfähige Erklärungen einzelner Unionspolitiker zur „Qualität" der Oder-Neiße-Linie hatten zu Diskussionen auch in den Reihen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geführt.

WELT: Ist die Deutschlandpolitik der Bundesregierung in eine defensive Rolle geraten, weil die Wiedervereinigung in eine ferne Zukunft projiziert wird?

Schäuble: Nein, überhaupt nicht. Jedermann weiß, daß die Frage der deutschen Einheit im Augenblick nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik steht. Aber wir haben kein Recht, die deutsche Frage für nicht mehr offen zu erklären, wie dies Teile der Sozialdemokraten tun. Wir projizieren sie auch nicht in eine unabsehbare Zukunft. Wir haben beständig daran zu arbeiten, daß die Einheit der Nation gewahrt wird und daß die Einheit Deutschlands in Freiheit in einem heute nicht absehbaren Zeitpunkt vollendet wird.

WELT: Muß Bonn nicht mehr im Ausland für die Motive seiner Wiedervereinigungspolitik werben?

Schäuble: Ich bin sehr dafür, daß wir über deutsche Politik, über Deutschlandpolitik, in der Welt noch mehr und noch besser unterrichten, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen sein mag. Natürlich gibt es manche in Ost und West, in Nord und Süd, die nicht immer von der deutschen Frage hören wollen. Aber unsere Aufgabe ist es, überall in der Welt für die Lebensinteressen der deutschen Nation zu werben.

WELT: Der Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland enthält immer auch eine Bilanz der Deutschlandpolitik. Zu welchen Ergebnissen kommen Sie dabei für das vergangene Jahr?

Schäuble: Wir haben im vergangenen Jahr in den Beziehungen zur DDR eine kontinuierliche Weiterentwicklung gehabt, und dies in einer Zeit, für die uns viele vorausgesagt haben, daß die weltpolitischen Rahmenbedingungen Deutschlandpolitik unmöglich machen würden. Es ist in schwieriger Zeit gelungen, für die Menschen im geteilten Deutschland Fortschritte zu erreichen, die ein Auseinanderleben verhindern. Wir haben eine Reihe praktischer Fragen zwischen den Regierungen lösen können. Ich erinnere daran, daß wir eine Reihe von Reiseverbesserungen in

● Fortsetzung Seite 12

Hussein will nicht nach Jerusalem gehen

DW. Wien/Tel Aviv

König Hussein von Jordanien hat den Vorschlag des israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres abgelehnt, Jerusalem zu besuchen und mit der israelischen Regierung zu verhandeln. Gegenüber dem österreichischen Fernsehen wertete der König seine Übereinkunft mit dem PLO-Chef Arafat, die auch die Bildung einer „Konföderation zwischen Jordanien und Palästina" vorsieht, als eine letzte Chance für den Frieden in Nahost. Er warnte davor, sie ungenutzt zu lassen. Inzwischen hat Peres einen Vorschlag des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak zu einer Nahost-Konferenz zwischen Jordanien, Israel und gemäßigten Palästinensern begrüßt. Peres sagte: „Ich sehe die Notwendigkeit direkter Gespräche zwischen Israel und einer jordanisch-palästinensischen Delegation unter Ausschluß der PLO." Mubarak hatte Washington vorgeschlagen, diese Gespräche in den USA stattfinden zu lassen.

Mehr Zeitverträge

Union einig über den Abbau von Überstunden

PETER JENTSCH, Bonn

In der koalitionsinternen Diskussion um das Beschäftigungsförderungsgesetz ist Bundeskanzler Helmut Kohl gestern ein gutes Stück vorangekommen. Nach einem Gespräch mit dem Vorstand der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion und den CDU-Abgeordneten des Arbeits- und Sozialausschusses im Kanzleramt kam man überein, den Kabinettsentwurf in seinen wesentlichen Teilen auf den Weg zu bringen. Gegenüber diesem Entwurf soll nur die Frage der Zeitverträge für Arbeitslose modifiziert werden. Die Fraktionen müssen dem Kompromiß noch zustimmen.

Um den Arbeitgebern den Abschluß befristeter Arbeitsverträge bei verbesserter Auftragslage zu erleichtern und dadurch Arbeitslose einzustellen, statt in Überstunden auszuweichen, war in dem Kabinettsentwurf vorgesehen, daß bis Ende 1991 ein Arbeitsvertrag auf ein Jahr befristet werden kann. Voraussetzung: Es muß ein Arbeitsloser eingestellt oder ein Lehrling nach der Ausbildung befristet übernommen werden. In der FDP wollte man diese Befristung auf zwei Jahre ausdehnen, dafür aber geplante Erleichterungen bei der Sozialplanregelung wieder streichen.

Der gestern erzielte Kompromiß sieht vor, daß die Verträge auf 18 statt auf zwölf Monate befristet werden; in dieser Zeit darf Arbeitnehmern nur aus wichtigem Grund gekündigt werden. Gleichzeitig soll die Laufzeit des Gesetzes um zwei Jahre auf 1989 verkürzt werden. Ein Entschließungsantrag sieht weiter vor, die Arbeitgeber verstärkt auf die Nutzung dieses Instruments zum Abbau der Arbeitslosigkeit hinzuweisen. Nach einem Jahr soll ein Erfahrungsbericht vorgelegt werden. Sollte dabei ein negatives Ergebnis festgestellt werden, plant die Regierung gesetzliche Regelungen zum Abbau von Überstunden.

Die Entscheidung über den Gesetzentwurf zum „Minderheitenschutz in den Betrieben und Verwaltungen" ist in einem Koalitionsgespräch bis zum 10. März vertagt worden.

Bonn sagt Israel Hilfe in Brüssel zu

Shamir fürchtet um Agrarexport nach Süderweiterung / Zu Gast bei Kohl und Genscher

BERNT CONRAD, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher haben dem israelischen Außenminister Yitzhak Shamir gestern zugesagt, sich bei den EG-Partnern mit Nachdruck für die Sicherung der israelischen Agrarexporte auch nach der bevorstehenden Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft einzusetzen. Auf diesen Punkt war es Shamir, der auch mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker zusammentraf, bei seinem eintägigen Besuch in Bonn besonders angekommen.

Wie zuvor in Paris, unterstrich der israelische Außenminister die großen Sorgen, mit denen sein Land dem geplanten Beitritt Spaniens und Portugals zur EG entgegensieht. Der Beitritt Madrids und Lissabons zum gemeinsamen Agrarmarkt könnte zu einer Beschränkung der israelischen Lieferungen führen. Die Landwirte Israels hätten sich auf das Kooperationsabkommen mit der EG von 1975 eingestellt und auf dieser Basis viel investiert, sagte Shamir.

Darum sei es notwendig, daß landwirtschaftliche Ausfuhren Israels in die Gemeinschaft nach der Süderweiterung mindestens im gegenwärtigen Umfang fortgesetzt würden, einschließlich der Erzeugnisse, die das Abkommen von 1975 noch nicht erfasse, sagte Shamir. Ursprünglich hätte Israel fast nur Zitrusfrüchte nach Europa exportiert, inzwischen stünden jedoch andere Produkte wie Avocados und Schnittblumen auf seiner Exportliste.

Die Exportregelung für Israel soll nach Ansicht Shamirs gleichzeitig mit der EG-Erweiterung vereinbart werden. Dies wird sich nach Bonner Einschätzung jedoch nicht verwirklichen lassen. Genscher will jedoch im EG-Ministerrat darauf dringen, daß die Gemeinschaft noch im Laufe des Jahres 1985 die zur Sicherung der israelischen Exporte erforderlichen Beschlüsse trifft. Er will diese Frage schon beim nächsten Treffen des EG-Ministerrates anschneiden. In Kürze werden dazu auch Vorschläge der EG-Kommission erwartet.

Shamir erörterte mit seinen Bonner Gesprächspartnern ferner die gegenwärtige politische Entwicklung im Nahen Osten. Dabei unterrichtete ihn Genscher über die während des jüngsten Staatsbesuches von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Jordanien und Ägypten geführten Gespräche. Genscher äußerte sich über den von König Hussein und Präsident Mubarak gezeigten Willen zu Konfliktlösungen „beeindruckt".

Der israelische Außenminister blieb demgegenüber skeptisch. Dies galt vor allem für die gemeinsame Verhandlungsinitiative des jordanischen Königs und des PLO-Chefs Arafat. Sie sei schon deshalb nicht akzeptabel, weil eine Teilnahme der PLO an Verhandlungen für Israel nicht denkbar sei, erklärte Shamir. Nach seiner Ansicht ist die PLO von ihrem Ziel, Israel zu zerstören, bisher nicht abgegangen.

Vorsichtiger war anscheinend die Reaktion Shamirs auf die Anregung Mubaraks, die USA sollten eine Konferenz mit Israel und Jordanien unter Beteiligung von Palästinensern, die nicht der PLO angehören dürften, einberufen.

Will die Nasa die Europäer ausbooten?

ADALBERT BÄRWOLF, Bremen

„Der Nasa wäre es nicht unlieb, wenn sie das US-Raumstationsprojekt ohne ausländische Beteiligung jetzt abwickeln könnte." Mit dieser Bemerkung erregte gestern ein Vertreter der europäischen Raumfahrtorganisation auf einer Raumfahrttagung in Bremen Aufsehen. Wie Bruno Tilgner vom Esa-Hauptquartier in Paris ausführte, sperrt sich die Nasa bei den Verhandlungen über die europäische Beteiligung an der geplanten US-Raumstation noch gegen den Zugang zu allen Bestandteilen der Station zu den von den Europäern geforderten Bedingungen. Weiterhin lägen keine bindenden Zusagen über „Raumtransport und Nachrichtenübertragung" vor, die von den USA zur Verfügung gestellt werden müssen.

Die Europäer streben ein verbindliches Regierungsabkommen an, in dem auch neben Verantwortlichkeit für „Entwurf, Bau und Betrieb der Station sowie Aufteilung der Betriebskosten eine Vereinbarung über den Technologie-Transfer verankert sein muß". Diese Forderungen waren Ende Januar nach einer Ministertagung der am Raumstationsprojekt beteiligten europäischen Staaten in Rom den USA auf diplomatischem Wege übermittelt, aber höflichkeitshalber nicht veröffentlicht worden. Die Regierung Reagan sollte dies nicht erst aus der europäischen Presse erfahren. Das Bundeskabinett hatte sich im Januar zu einer deutschen Beteiligung entschlossen. Der deutsche Beitrag dürfte etwa drei Milliarden Mark betragen.

Blocken die Amerikaner weiter die Verhandlungen über die strittigen Punkte ab, könnte die gleiche Situation wie Anfang der siebziger Jahre bei der Beteiligung am Space Shuttle eintreten. Damals wurden die Europäer nach Ansicht von Eingeweihten mit dem Spacelab von den Amerikanern „übers Ohr gehauen". Noch Anfang 1974 hatte der US-Weltraumchef James Beggs in Bonn den Europäern unter deutscher Führung eine „volle Partnerschaft" zugesichert.

Ganz offensichtlich verschieben sich bei zunehmender Konzentration der nationalen Kräfte Amerikas auf die strategischen Weltraum-Verteidigungspläne Präsident Reagans auch die Gewichte bei der Raumstation. Der Einfluß der Nasa wird immer geringer, und ihr Budget bleibt mit rund sechs Milliarden Dollar zurück.

Dagegen verfügen die Raumflugorganisationen der US-Luftwaffe (Samso) und die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) im Haushalt 1985 über mehr als zwölf Milliarden Dollar. Nach Ansicht amerikanischer Experten ist die jetzt als „Power-Tower" konzipierte US-Raumstation zur Verwirklichung der SDI „unerläßlich".

DER KOMMENTAR

Dreisprung

HEINZ BARTH

Nicht der Papst, bei dem er um Audienz nachsuchte. Andrej Gromyko selbst ist diesmal der Pontifex seiner Mittelmeer-Tournee. Er schlägt mit ihr eine klassische Brücke, deren Bogen sich vom Athen des Genossen Papandreou über das Italien des Wiedervereinigungs-Gegners Andreotti bis nach Spanien wölben, das vor Europas knarrender, aber noch immer nicht geöffneter Türe steht.

Der sowjetische Außenminister, der heute in Rom und morgen in Madrid nach dem Linken sieht, pflegt die europäische Süderweiterung auf seine Weise. Athen gehört diesmal nicht zu seinen Stationen. Über den Störmechanismus, der dem Atlantikpakt und der EG durch die Präsenz Griechenlands eingepflanzt ist, braucht er sich keine Gedanken zu machen. In Italien hingegen, als Gründungsmitglied der Gemeinschaft eine der tragenden Säulen Europas, ergibt sich aus sowjetischer Sicht ein differenzierteres Bild.

Gromyko besucht Rom zum erstenmal, seit sich die Italiener vor sechs Jahren, trotz des massiven Drucks aus Moskau, für den NATO-Doppelbeschluß entschieden. Inzwischen hat sich durch den Tod des italienischen KP-Chefs Berlinguer die innenpolitische Szene verändert. Mit Unterstützung der verunsicherten Kommunisten würde Außenminister Andreotti gern die Nachfolge des hochbetagten Staatsoberhauptes Pertini antreten. Seine Ausfälle gegen den Pangermanismus und die Schwierigkeiten, die Italiener und Griechen der Aufnahme der beiden iberischen Länder in die EG bereiten, sind interessante Ansatzpunkte für die sowjetische Mittelmeer-Politik.

Gerade in einer Situation, in der die Sowjetunion Punktverluste im Machtduell mit den USA registrieren muß, ist es einleuchtend, daß sich Gromyko als letzter Chefdenker der alten Kremlgarde auf die Chance konzentriert, die Einheit Europas vom Süden her aufzurollen. Nicht Rom, Madrid ist die wichtigste Etappe seiner Reise. Der Terminkalender, der die Aufnahme Spaniens in die EG für den 1. Januar 1986 vorsieht, ist kaum noch einzuhalten. Selbst wenn die EG die vielschichtigen Risiken nicht scheuen würde, die ein unhandliches Europa der Zwölf für sie bedeutet, ist es durchaus unsicher, ob Felipe González, Spaniens sozialistischer Regierungschef, den Volksentscheid über den Verbleib seines Landes in der NATO noch gewinnen könnte, zu dem er sich verpflichtet hat. Gromykos Besuch muß den Kräften Auftrieb geben, die den europäischen Kurs Spaniens ablehnen.

Gromyko will Rom gegen die USA einnehmen

F. M./DW. Rom

Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko hat nach Ansicht von Beobachtern in Rom seinen gestrigen Besuch beim italienischen Außenminister Giulio Andreotti und Ministerpräsident Bettino Craxi genutzt, um die Vorbehalte Italiens gegen das von US-Präsident Ronald Reagan propagierte Weltraumwaffenprogramm (SDI) zu stärken.

Italien hat nie große Begeisterung für das von den Sowjets bekämpfte Projekt Reagans gehegt. Sowohl Craxi als auch Andreotti haben zwar die These vertreten, daß weitere Forschungen das strategische Gleichgewicht zwischen Ost und West nicht beeinträchtigen würden, ließen jedoch zugleich ihre Reserve gegenüber einer möglichen Umsetzung der Forschungsergebnisse in die Praxis durchblicken. So hatte Andreotti vor einer „unkontrollierten Militarisierung des Weltraums" gewarnt.

Zudem, so meint man in Rom, suche Gromyko im Hinblick auf die bevorstehenden Genfer Abrüstungsverhandlungen die italienische Unterstützung für seine Thesen. Italien gilt im Kreml als einer der „offensten" Ansprechpartner unter den NATO-Staaten. Unter diesen Umständen ist die Gromyko-Visite auch in Zusammenhang mit dem unmittelbar bevorstehenden Besuch Craxis in Washington gebracht worden.

Weitere Themen des dreistündigen Gesprächs waren die Lage im Nahen Osten und Italiens wachsendes Defizit im Handel mit Moskau, das im vergangenen Jahr umgerechnet 6,6 Milliarden Mark betragen hatte.

KGB soll Treholt nach einer Orgie erpreßt haben

DW. Oslo

Der als Spion angeklagte ehemalige Pressechef des norwegischen Außenministeriums, Arne Treholt, mit dessen Vernehmung gestern der Prozeß im Osloer Thing-Haus fortgesetzt wurde, soll dem sowjetischen Geheimdienst bis zu seiner Enttarnung 1983 alle wesentlichen Angaben für die Verteidigungsplanung Norwegens übermittelt haben. Nach einer privaten Feier in Moskau, „die sich zu einer Orgie ausweitete", sei Treholt 1975 mit kompromittierenden Fotos zur Mitarbeit beim KGB erpreßt worden. Staatsanwalt Lasse Øvigstad beschuldigte Treholt außerdem, er habe den KGB-General Gennadij Titow danach regelmäßig mit Geheimdokumenten über die Außen- und Verteidigungspolitik Norwegens versorgt. Als Treholt am 20. Januar 1984 auf dem Osloer Flughafen verhaftet wurde, war er nach eigener Aussage auf dem Weg nach Wien zu einem Treffen mit Titow. Von ihm habe Treholt 13 000 Dollar Reisespesen erhalten.

Treholt soll außerdem für den irakischen Geheimdienst gearbeitet und dafür mehrere zehntausend Dollar kassiert haben. Nach Treholts Festnahme stellten die Ermittlungsbehörden in seinem Haus 832 geheime Dokumente mit insgesamt 6000 Seiten Text sicher. Die Anklage hat jedoch noch keine Beweise vorgelegt, daß Treholt irgendwelche Papiere auch tatsächlich weitergegeben hat. Zu den Dokumenten gehören Aufzeichnungen norwegischer Politiker über Gespräche mit anderen ausländischen Staatsmännern.

Seite 5: Behutsamer Umgang

Britische Unterlagen eindeutig: Grenze am Ostufer der Elbe

Leiterin der Grenzkommission weist Geraer Forderung zurück

BERND HUMMEL, Eschwege

Über den zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" strittigen Grenzverlauf an der Elbe hat die deutsch-deutsche Grenzkommission gestern in ihrer 72. Sitzung wieder Gespräche aufgenommen. Am Rande der Tagung in Gera, über die Vertraulichkeit vereinbart wurde, hieß es, die Bonner Delegation habe deutlich gemacht, daß die Grenze eindeutig am Nordostufer des Flusses verlaufe. Dies hätten genaue Prüfungen der britischen Unterlagen ergeben.

Die Leiterin der Bonner Delegation, Irmgard von Rottenburg, ließ in Gera keinen Zweifel daran, daß die gemeinsame Grenzkommission den Grenzverlauf lediglich feststellen, nicht aber festlegen könne. Sie ging damit auf die sogenannten „Geraer Forderungen" von „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker ein, der eine Festlegung der Elbe-Grenze „nach internationalem Brauch" in der Flußmitte gefordert hatte. Die Bonner Delegation erklärte demgegenüber, dies sei nicht möglich, da ein solcher „konstituiver Akt" über die Zuständigkeiten der Kommission hinausgehe. Das gelte generell, unabhängig von der Tatsache, daß auch das vorliegende Material keine Grundlage für diese Forderung enthalte.

Der Grenzverlauf ist entlang der Elbe auf 93,7 Kilometer Länge noch nicht festgestellt. Obgleich bereits seit 1974 darüber zwischen Bonn und Ost-Berlin verhandelt wird, konnte bisher Einigkeit nicht erzielt werden. Die „DDR" will die Festlegung des Londoner Protokolls von 1944, mit dem die Alliierten in „Map-A" den Grenzverlauf am Nordostufer der Elbe festschrieben, nicht anerkennen. Auch die Reichskarte des Statistischen Reichsamtes auf der Grundlage der Grenzverläufe von 1939, die 1941 erstmals veröffentlicht wurde, zeigt den Grenzverlauf entlang des Ostufers.

Auf dieses Material stützt sich auch die Bonner Delegation, die in Gera gegenüber den „DDR"-Unterhändlern deutlich machte, daß nach gründlicher Prüfung aller maßgeblichen Unterlagen eine andere Feststellung unmöglich sei.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Regime muß einlenken

Von Carl Gustaf Ströhm

Wieder einmal ist Polens kommunistisches Regime mit dem Versuch gescheitert, massive Preiserhöhungen gegenüber der eigenen Bevölkerung durchzusetzen. Nach der Drohung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" mit einem viertelstündigen Generalstreik am Donnerstag und nachdem auch die offizielle Staatsgewerkschaft an den geplanten Regierungsmaßnahmen Kritik übte, wurden die Preiserhöhungen vorläufig zurückgenommen. Sie sollen jetzt nicht schlagartig, sondern allmählich durchgesetzt werden.

Das ist offenkundig ein Sieg der Gewerkschaft „Solidarität" und sicher ein Sieg der polnischen Arbeiterschaft insgesamt. Offenbar hat die Absicht des Jaruzelski-Regimes bei den polnischen Arbeitern in den Betrieben derartigen Unmut ausgelöst, daß auch der offiziellen Regierungs-Gewerkschaft nichts übrig blieb, als sich dem spontanen Protest „der Basis" anzuschließen. Die offiziellen Regime-Gewerkschafter sind sich darüber klar, daß sie jede Glaubwürdigkeit bei den Arbeitern verlieren würden, sollten sie als bloße Büttel und Vollstrecker der Regierungspolitik auftreten wollen.

Die polnische Regierung steckt in einer Zwickmühle. Um die Wirtschaft halbwegs in Gang zu bringen, müßte sie ein realistisches Preis- und Lohngefüge herstellen. Jeder Schritt in diese Richtung bedeutet eine weitere drastische Senkung des Lebensstandards – und damit Proteste. Hier zeigt sich, daß es Jaruzelski nicht gelungen ist, eine wie immer geartete Vertrauensbasis unter der Arbeiterschaft zu gewinnen.

Solange sich die Arbeiter dem Regime gegenüber verweigern und solange das Regime nichts anderes zu bieten hat als weiteren Konsumverzicht für die Massen, wird sich die absurde polnische Situation fortsetzen. Daran können auch die wirtschaftlichen Teilerfolge in Einzelbereichen nichts ändern. Ein Staat, der in einem Zustand potentieller Konfrontation mit seiner Arbeiterschaft lebt, hat es nicht leicht. Und die polnische Arbeiterschaft spürt offenbar keinerlei Veranlassung, es dem Regime leichter zu machen.

Mitmensch mit Koffer

Von Enno v. Loewenstern

Über die Motive des seltsamen Spions Arne Treholt werden Spekulationen bis hin zu einer Vorliebe fürs gute Leben verbreitet; insofern wurde jedoch bisher nichts Beweiskräftiges bekannt. Er selbst nennt ganz andere Gründe: Er habe nur „unorthodoxe Kanäle und Kontakte" gewählt, um seinem Land zu helfen, versicherte er in einem Brief aus dem Gefängnis. Und seine Frau macht mittlerweile ein flottes Geschäft mit einem Sammelband solcher Briefe.

Die Russen, sagt Treholt, hätten ihn halt gemocht, weil er nicht fanatisch antisowjetisch eingestellt gewesen sei, sondern ihnen „als Mitmensch" begegnete. Nun trägt nicht jeder seinen Mitmenschen so mirnichtsdirnichts kofferweise vertrauliche Akten zu. Dennoch liegt hier wohl der Schlüssel.

Treholt hat sich am linken Flügel der norwegischen Sozialisten engagiert; er trat als Ankläger gegen das seinerzeitige Athener Obristenregime und die CIA als dessen angeblichem Helfer auf – nun gehen in Kreisen der Partei hysterische Warnungen vor einer „Hexenjagd" um, und der norwegische Staatswissenschaftler Wyller warnt angstvoll: „Eine Meinung ist nicht deshalb verwerflich, weil sie auch ein KGB-Agent vertritt."

Aber gewiß nicht. Nur eben: Man kann die griechischen Obristen ablehnen, ohne darum Kommunist zu sein, und man kann sich gegen die Sowjets wenden, ohne darum griechische Obristen oder dergleichen zu bewundern. Man kann ganz einfach Demokrat gegen jede Art von Extremismus sein. Aber wer da glaubt, nicht nur eine gemeinsame Meinung mit dem KGB vertreten, sondern auch gemeinsame Sache mit dem KGB machen zu können, der wird von dieser Instanz dankend vereinnahmt. Als Mitmensch.

Dazu kann es kommen in einer Partei, wo der Antikommunismus als „fanatisch" und damit als etwas Böses abgetan wird (bei uns hieß und heißt es von entsprechender Seite „primitiver Antikommunismus"). Da folgern viele junge Leute eben, daß Prokommunismus etwas Gutes sein müsse. Es gäbe vielleicht Strafmilderungsgründe für Arne Treholt. Aber er wird sie aus Loyalität zu seiner Partei kaum vorbringen.

Zyprische Zerrissenheit

Von Evangelos Antonaros

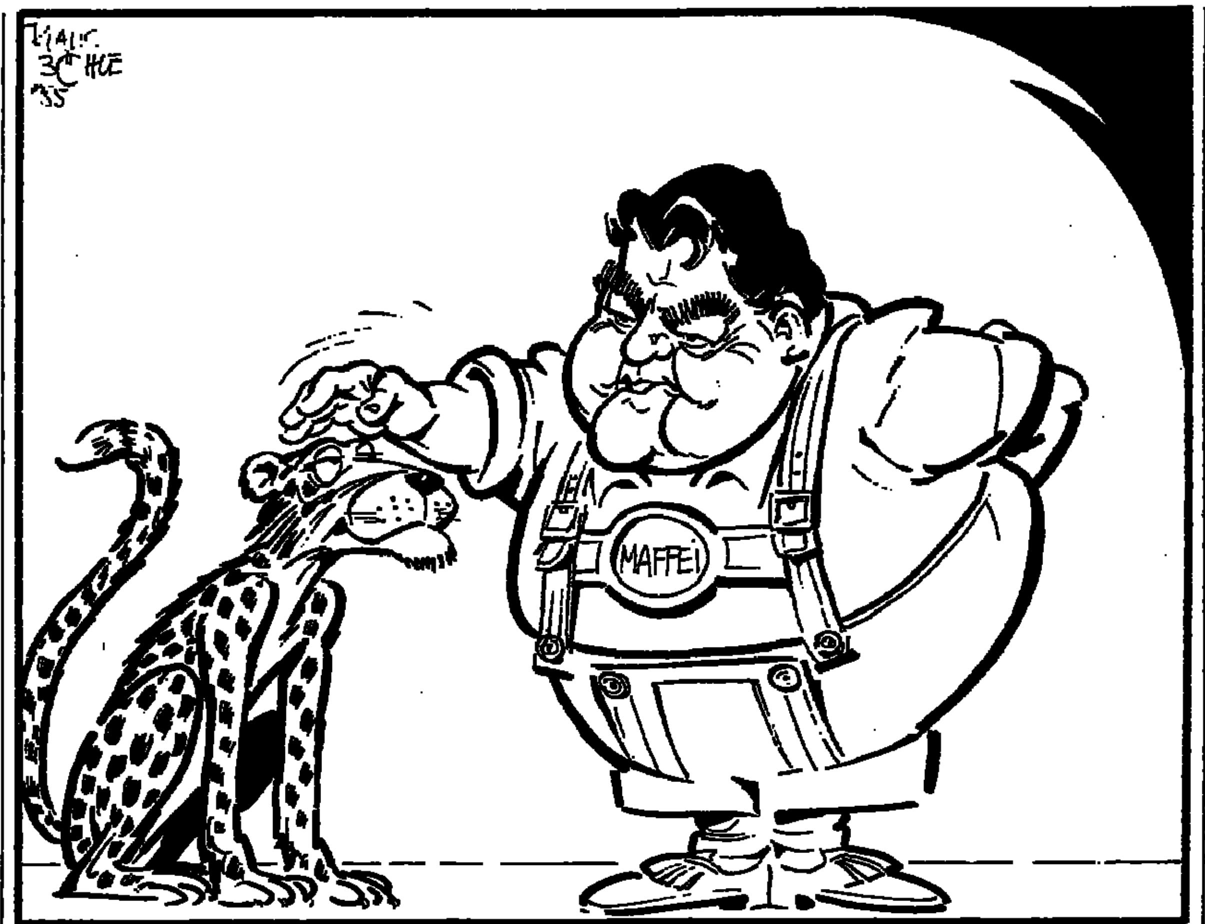
Zyperns Griechen leisten sich zur Zeit den kuriosen politischen Luxus der Selbstzerfleischung. Kommunisten und Konservative, die zusammengenommen knapp zwei Drittel aller Wählerstimmen beanspruchen und die Parlamentsmehrheit besitzen, haben sich gegen Staatspräsident Kyprianou zusammengetan. Sie wollen ihm seine Politik vorschreiben und fordern seinen Kopf, falls er sich weigert, einen bestimmten Vertragsentwurf über die gemeinsame Zukunft mit den Türken zu unterzeichnen.

Bisher ist Kyprianou fest geblieben. Formal durchaus mit Recht: Zwar mag das Parlament ihm das Vertrauen praktisch entzogen haben. Aber Weisungen der Parteien sind für den Staatschef nicht bindend. Fügt er sich auch nur einmal den Wünschen der Parteien, so wird er politisch erpreßbar.

Aber auch was die Substanz der Auseinandersetzung betrifft, besitzt Kyprianou überzeugende Argumente. Mag sein, daß er bei den Verhandlungen mit den Türken Mitte Januar in New York taktische Fehler begangen hat; jedenfalls aber hätte er kaum einen Staatsvertrag unterzeichnen können, der etwa den Abzug der türkischen Besatzungstruppen nicht regelte.

Kyprianous Gegner begründen ihre unheilige Allianz gegen den Staatschef mit ihren Sorgen um Zyperns Zukunft. Persönliche Motive spielen jedoch eine große Rolle. Die Kommunisten wollen sich an Kyprianou rächen, weil er Ende Dezember die Zusammenarbeit mit ihnen abrupt beendete. Der Vorsitzende der Konservativen, Klerides, scheint wiederum zu glauben, daß er mit Hilfe der Kommunisten Kyprianou entthronen und selbst Staatschef werden könnte.

Tatsache bleibt: Zur Zeit sind die Insel-Griechen nicht verhandlungsfähig. Daher wäre Klerides' Idee gar nicht schlecht, daß Giechenlands Präsident Karamanlis eine Konferenz aller zyprischen Parteiführer nach Athen einberufen sollte, um eine für alle Parteien bindende Politik auszuarbeiten. Wenn allerdings Zyperns Griechen auch diese Gelegenheit verspielen sollten, dann werden sie nur beweisen, was als Faustregel für alle Griechen gilt: Daß ihnen in kritischen Situationen die Fähigkeit zum Konsens fehlt.



„Mei liabs kloans Miezekatzerl!" KLAUS BÖHLE

Wählen statt Schimpfen

Von Henk Ohnesorge

Klagen über tatsächliche und vermeintliche Mißstände innerhalb der evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland nehmen in letzter Zeit zu. Hier hat eine Landessynode den Beschluß gefaßt, militante „Befreiungsorganisationen" in Afrika zu unterstützen, dort hat ein Gemeindevorstand eine parteipolitische Resolution verabschiedet und das Gebiet der Gemeinde zur „atomwaffenfreien Zone" erklärt. Kommt so etwas zur Sprache, so verfällt der Klagende gern in die Rolle des Leporello aus „Don Giovanni" und trägt eine Liste vor, in der sich Fakten und Hörensagen mischen.

Das Lamento aber weicht einer verlegenen Stille, wenn die Frage gestellt wird: „Und was tut ihr dagegen?" Ginge es um Mißstände im politischen Raum, um ärgerliche Beschlüsse von Kommunalparlamenten, von Landtagen oder des Bundestags, so wäre die Antwort unausbleiblich: Bei der nächsten Wahl wird man Remedur schaffen durch den Stimmzettel. Aber im kirchlichen Raum?

Etwa im gleichen Zeitabstand wie die politischen Parlamente werden auch die Kirchen-Gemeinderäte (Kirchenvorstände, Presbyterien) gewählt. Alle in der Gemeinde lebenden Kirchenmitglieder sind – meist nach der Konfirmation, spätestens aber mit dem sechzehnten Lebensjahr – wahlberechtigt. Doch wer geht schon zur Wahl?

Nach den letzten Ergebnissen waren es in Berlin 9 Prozent, in der hannoverschen Landeskirche 16, in Bayern 21, in Kurhessen-Waldeck 27 und in Württemberg 30 Prozent der Kirchensteuerzahler, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. Für die Mehrheit des Kirchenvolks scheint der Satz zu gelten: Der brave Christ bleibt der Wahlurne fern – und schimpft anschließend um so mehr.

Dabei kann man durchaus informiert sein; auch die Abgabe der Stimme ist nicht mit unzumutbarer Mühe verbunden: Die Kandidaten für das Amt der Gemeindeältesten (Gemeindevorsteher, Presbyter) stellen sich in der Kirche vor und werden in Wort und Bild zudem im Gemeindeblatt bekannt gemacht. Gewählt wird am Sonntag nach dem Gottesdienst. Nach reformatorischem Verständnis ist die Gemeinde die eigentliche Kirche, die sich weitgehend selbst verwaltet, für deren Wohl alle Gemeindeangehörigen verantwortlich sind. Es gab Wahlen zum Kirchenvorstand, der „Gemeinderegierung", bereits im 16. Jahrhundert, als noch niemand an ein allgemeines politisches Wahlrecht, an Mitbestimmung in Fragen des Staates dachte.

Aufgabe des Gemeindevorstands ist die Wahl und Anstellung der Geistlichen und Kirchenmusiker. Gemeinsam mit dem Pastor hat er einen Einfluß auf die Gestaltung des geistlichen und weltlichen Lebens in der Gemeinde bis hin zum Gottesdienst. Der Gemeinderat kann die Abberufung des Pastors bei der Landeskirche beantragen.

Im kirchlichen Raum ist es noch deutlicher als in der Politik: Oft gelingt es kleinen Gruppen, dank der Lethargie der Mehrheit, ihre Leute in die entscheidenden Positionen, in den Kirchengemeinderat, zu katapultieren. Dabei spielt es so wenig wie in der Politik eine Rolle, wie viele Gemeindemitglieder für sie gestimmt haben, so lange die Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewinnen. Einige – wenige – Fälle zeigen, daß



„Soll man denn zulassen, daß lauter Rüpel und Flegel regieren, wenn man es doch wohl besser machen kann? ... Dann lasse man doch lieber gleich Säue und Wölfe zu Herren machen." Luther beim Tischgespräch (Radierung eines Unbekannten) FOTO: DIE WELT

eine hohe Wahlbeteiligung dazu führen kann, daß es eine Vertretung der Kirchengemeinde in völlig anderer Zusammensetzung gibt – meist zum Ärger der bisherigen Vertreter.

Freilich werden die Gemeindemitglieder nicht ermutigt, sich darüber hinaus als Wähler zu engagieren. Denn von einer einzigen Landeskirche abgesehen, beschränkt sich die – ohnehin bescheiden wahrgenommene – Mitbestimmung des Kirchenvolks auf die Wahl des Kirchengemeinderats. Die Besetzung der Landessynode, des „Parlaments" der jeweiligen Landeskirche, erfolgt durch ein Delegationssystem, auf das das einzelne Kirchenmitglied keinen Einfluß hat. Es kann, je nach Temperament, sich über einzelne Entscheidungen der Landessynode lediglich freuen, ärgern oder mit den Schultern zucken.

Nur in der württembergischen Landeskirche wird die Synode direkt von allen Kirchenmitgliedern gewählt, also sagt dort jeder Kandidat klar, für was er ist und was er ablehnt. Dies führt auch dazu, daß die Zusammensetzung der Synode dem Willen des Kirchenvolkes entspricht (und in Württemberg wählt rund ein Drittel der Kirchensteuerzahler). Weil die Stuttgarter Landessynode wiederum aus ihren Reihen die württembergischen Delegierten der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland bestimmt, ist sichergestellt, daß sich die Wahl des württembergischen Kirchenvolks bis in das höchste Entscheidungsgremium widerspiegelt. Andernorts hat man vor so viel Demokratie für das Kirchenvolk offensichtlich Angst – warum wohl?

Änderungen tatsächlicher oder vermeintlicher Mißstände sind in freiheitlich verfaßten Einrichtungen nur möglich durch Engagement – durch Stimmabgabe. Was der Bürger in der Politik begriffen hat, muß er auch als evangelischer Christ begreifen: Nicht lamentieren und das Sitzen im Schmollwinkel, sondern Teilnahme an Entscheidungen, auch mit dem Stimmzettel, vermag etwas zu verändern. Freilich muß ihm „die Kirche" auch eine Möglichkeit dazu dort geben, wo es zählt.

IM GESPRÄCH Israel Singer

Nicht mehr nur in der Stille

Von Rafael Seligmann

Die wie nach innen gekehrt wirkenden Augen hinter dicken Brillengläsern, der breite, sensible Mund, die helle Stimme, die schlanke Figur verraten den feinfühligen Intellektuellen. Zu diesem äußeren Bild scheint auch sein Lebensmotto zu passen: „Ich bin immer für den Ausgleich widerstrebender Interessen", sagt Rabbi Israel Singer, der Exekutivdirektor und damit höchste Beamte des Jüdischen Weltkongresses. „Aber", sein Gesicht strafft sich, die Augen leuchten auf, „nicht um jeden Preis."



Interesse auch in Moskau: Weltkongreß-Direktor Singer FOTO: DIE WELT

Die Dialektik zwischen Friedensliebe und Bereitschaft, falls es vitale Interessen erfordern, auch zum Kampf bereit zu sein, bestimmt das ganze bewußte Leben Israel Singers. Eine frühe Erinnerung des damals Elfjährigen: Lichter. 1945, nach dem vollen Bekanntwerden der Endlösung-Verbrechen, stellte der Vater Kalman Singer für jedes ermordete Familienmitglied eine Kerze auf. Es waren 113 Lichter. Dieses prägende Erlebnis wurde durch die Erziehung vertieft. „Unser Volk ist seit jeher Verfolgungen ausgesetzt gewesen, du hast daher als Jude die Pflicht, alles zu tun, um es zu beschützen", mahnte Kalman Singer immer wieder seinen Sohn.

Kalman Singer war vor dem „Anschluß" Österreichs an das Dritte Reich aktiv in der zionistischen Bewegung tätig gewesen. Die Nazis zwangen ihn als einen der ersten in Wien dazu, unter Schmähungen die Bürgersteige zu scheuern. Dies bestärkte ihn lediglich in seiner zionistischen Haltung, die er auf seine Kinder übertrug.

Israel Singer, in New York geboren, studierte in den USA und Israel politische Wissenschaften und machte überdies sein Rabbiner-Examen. Der junge Hochschullehrer engagierte sich in Menschenrechtsbelangen und jüdischen Fragen. Der amerikanische Milliardär Edgar Bronfman, der vor zwei Jahren zum Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses gewählt wurde, bat Singer, als Exekutivdirektor die tägliche Geschäftsführung dieses weltweiten Gremiums zu übernehmen. Gemeinsam entwickelten Singer und Bronfman eine neue Strategie. Im Gegensatz zu dem bisherigen langjährigen Vorsitzenden des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, vertraut man nicht mehr ausschließlich auf die Wirkung „stiller Diplomatie", um die Interessen der Juden in aller Welt zu vertreten. Man ist durchaus auch bereit, laut gegen Diskriminierung und Verfolgung vorzugehen.

Die Organisation dieses Parts liegt bei dem temperamentvollen Exekutivdirektor in New York. Der eher zurückhaltende Bronfman dagegen wirkt meist hinter den Kulissen. Daß diese Methode erfolgreich ist, beweist nicht zuletzt das immer deutlichere Interesse der Sowjets an Kontakten mit dem Jüdischen Weltkongreß. Dieser Tage reist Israel Singer nach Moskau, um die offizielle Reise und damit . Verhandlungen Edgar Bronfmans im kommenden Monat vorzubereiten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

POLITIKA

Die jugoslawische Zeitung sagt zu den Gedenkfeiern zum 40. Jahrestag der Zerstörung Dresdens:

Der politische Zweck solcher Veranstaltungen ist für die ostdeutsche und die westdeutsche Politik derselbe. Wenn man heute Dresden, ohne irgendwo auf Einwände zu stoßen, mit Guernica und Coventry vergleichen kann, so ist das ein Schritt zur Rehabilitierung des deutschen Volkes, das bestraft wurde, weil es Hitler folgte. Jetzt wird nicht nur konstatiert, daß es grausam bestraft wurde, sondern daß die Opfer, die es bringen mußte, von solcher Art waren, daß seine Schuld in den Augen der anderen Völker gesühnt erscheint – und daß ganz Europa jetzt gemeinsame Gefühle hegt ... Daß auf der Feier anläßlich der Zerstörung und Auferstehung gerade der „Freischütz" aufgeführt wurde, stellte nicht nur die Verbindung zur Vergangenheit her – weil das die letzte Aufführung vor dem englischen Bombenangriff war. Der „Freischütz" wurde vor 164 Jahren, anläßlich seiner Uraufführung, von den Deutschen mit Bewegung als Symbol des patriotischen Bewußtseins aufgenommen, ja als Vorzeichen der künftigen deutschen Einheit! Möge niemand behaupten, daß die Deutschen den Sinn für die Deutung von Symbolen verlernt haben.

HAARETZ

Die israelische Zeitung kommentiert den Vorschlag des ägyptischen Präsidenten Mubarak, eine Konferenz mit Israel, Ägypten, Jordanien und palästinensischen Vertretern einzuberufen:

Berichte über einen historischen Durchbruch im Nahost-Friedensprozeß sind noch sehr verfrüht. Bisherigen positiven Nachrichten ist zu entnehmen, daß sich unter der Oberfläche mehr abspielt, als zu sehen ist. Aber trotz der Flut positiver Nachrichten besteht noch kein Grund zu übertriebener Freude. Die Kernfrage ist: Wird die PLO damit von den Verhandlungen ausgeschlossen?

FINANCIAL TIMES

Den steilen Anstieg des US-Dollarkurses an den internationalen Devisenmärkten kommentiert das Londoner Blatt:

Gewiß trifft es zu, daß sich dauerhafter Wohlstand langfristig nicht auf ungezügelter Schuldenaufnahme aufbauen läßt, und so gesehen läßt Reagans Experiment sich auch nicht unbegrenzt fortsetzen. Soviel erkennt auch Reagan mit Worten, wenn auch nicht mit Taten an – er redet vom Ausgleich des Haushalts, doch mehr wie der heilige Augustin von der Abkehr von der Sünde: nur nicht gleich. Langfristig gesehen gilt jedoch, was Lord Keynes einst sagte: Eines Tages sind wir alle tot ...

Die Presse

Zur Diskussion über Preiserhöhungen in Polen schreibt die Wiener Zeitung:

Das Regime geht dabei von einer grundsätzlichen Systemsanierung aus: Die Rationierung lebenswichtiger Produkte könne nur aufgehoben werden, wenn die Preise halbwegs realistisch seien. Daß nun die offiziell zugelassenen Gewerkschaften einen Wettlauf mit der verbotenen „Solidarität" begonnen haben ... ändert wenig an der Realität: So lange Grundnahrungsmittel weniger kosten als ihre Herstellung, wird es keine gesunde Wirtschaft und damit kaum höhere Leistung geben können.

Tschernenkos Werben bei den „Verbündeten" von einst

Am 8. Mai sollen die Amerikaner Moskaus Besitzstand garantieren / Von Herbert Kremp

Viel beachtet wurde die Rede Tschernenkos, die das mächtige Politbüro-Mitglied Grischin für den Erkrankten in Moskau verlas, nicht. Ein bedauerlicher Fehler, der sich allerdings korrigieren läßt. Die Rede enthielt wichtige Passagen zur internationalen Politik. Diese Passagen geben einen kompletten Aufschluß über die Bestrebungen und Befürchtungen der sowjetischen Politik im Jahre 1985. Sie enthalten eine Forderung an die Adresse der USA, die in Stil und Ton einer Bitte, einer fast inständigen Bitte vorgetragen wird: Tschernenko alias Politbüro ersucht die USA, gemeinsam mit der UdSSR die „Nachkriegsordnung", wie man sie an der Moskwa versteht, zu bestätigen.

Tschernenko kleidet das Außerordentliche in folgende Worte: „... ich glaube auch, daß die Führer der UdSSR und der USA anläßlich des 40. Jahrestages der Beendigung des schrecklichsten und zerstörerischsten aller Kriege in einer für beide Seiten annehmbaren Form den Inhalt und den Geist der wichtigsten Verpflichtungen gemeinsam bestätigen könnten, die beide Länder sowohl am Ende des Krieges als auch in den Vereinbarungen der siebziger Jahre übernommen haben. Sie könnten erklären, daß sie auch künftig die Absicht haben, in ihrer Außenpolitik im Geiste dieser Verpflichtung zu handeln. Dies würde natürlich helfen, das gegenseitige Vertrauen zu festigen und die Weltlage insgesamt zur Gesundung zu bringen."

An anderer Stelle umkränzt Nostalgie das Anliegen des Politbüros: „Die Länder der Koalition, die den Sieg über den Faschismus errungen haben, gehörten verschiedenen Gesellschaftssystemen an. Sie wurden aber Verbündete. Ihre Führer waren in der Lage, die Grundlagen der Nachkriegsordnung gemeinsam festzulegen. Diese Grundlagen sind in den Dokumenten von Teheran, Jalta und Potsdam verankert. Ihr Hauptsinn ist auch aktuell: Das höchste Streben der Menschheit – einen dauerhaften Frieden – zu verwirklichen ... Die Einheit von Zielen und Handlungen sollte erhalten bleiben. Sie hatte es gestattet, den Nazismus zu besiegen und die Völker von der Versklavung durch die Hitlerei zu befreien ..."

Soweit O-Ton Tschernenko vom vergangenen Freitag. Ein Hauch von Torgau. Ein Schimmer der alten Kriegskoalition. Moskau bewegt das Bedürfnis, „die Grundlagen der Nachkriegsordnung", ihren Inhalt und Geist, gemeinsam mit den Amerikanern festzuhalten, zu bestätigen, sozusagen erdbebensicher zu machen. Wir schreiben das Jahr 1985. Vor zehn Jahren, am 30. Jahrestag des Kriegsendes, hatte die Sowjetunion dieses Bedürfnis offenbar nicht. Jedenfalls steht in den Annalen nichts darüber verzeichnet. Warum damals nicht, warum auf einmal heute? Was hat sich denn in der Zwischenzeit verändert? Schlagen wir das Buch der Zeitgeschichte auf.

1975, natürlich, wie könnte man es vergessen, war das Jahr des Herrn – Leonid Breschnew. Im Jahr vorher war der amerikanische Präsident Nixon unter Vietnam und Watergate zusammengebrochen. Washington ging in Sack und Asche, es regierte Gerald Ford, der Vorgänger Carters. Die Entspannungspolitik brachte gerade die großen Erträge. Südvietnam kapitulierte bedingungslos (für die vorangegangenen Verhandlungen hatte Kissinger einen halben Friedensnobelpreis erhalten; die andere Hälfte vergaben die Verwirrten von Oslo an den Nordvietnamesen Le Duc Tho, den Unterhändler einer der aggresivsten kommunistischen Mächte – der nahm nicht an). In Kambodscha begann Pol Pot zu morden.

In Portugal bramarbasierte der Lederjacken-General Carvalho. In Berlin schritten die Terroristen zur Tele-Entführung von Peter Lorenz. In Moskau trieb Breschnew den Rivalen und Gegner der Entspannungspolitik Scheljepin aus dem Politbüro. Moçambique und Angola fielen in die Hände der Kommunisten. Nach Salt I und dem ABM-Vertrag (1972) wurde im Jahr des Herrn Breschnew die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet. In der Sowjetunion ging die SS 20 in Produktion, und die Kriegsflotte kam auf Weltniveau.

Man sieht es auf einen Blick – das waren große Zeiten für den Kreml. Der Westen war schwach, die Bundesrepublik geschichtsvergessen, die Sowjetunion auf dem Wege zur Weltmacht Nummer eins. Da brauchte man nicht an die alte Kriegskoalition, an Geist und Inhalt der „gemeinsamen Nachkriegsordnung" zu erinnern, denn man wähnte sich im Kreml ja schon weit über diesen Punkt hinaus und auf dem Wege zu letzten, beherrschenden Positionen. So veranstaltete man auf dem Roten Platz eine Parade, schwieg und arbeitete voran. Heute, zehn Jahre später, ist nicht nur vieles, sondern fast alles anders. Die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Weltgewichte verändern sich. Das sowjetische Imperium selber erleidet Wandlungen. Die „Chemie" stimmt nicht mehr. Die Jahre der Reformlosigkeit rächen sich. Es geht um nichts weniger als um den inneren und äußeren Bestand. Zeit also, so befindet das Politbüro, an den amerikanischen „Verbündeten" von damals zu appellieren, er möge den sowjetischen Besitz von heute garantieren.

Projekt Tarnkappe läuft auf vollen Touren

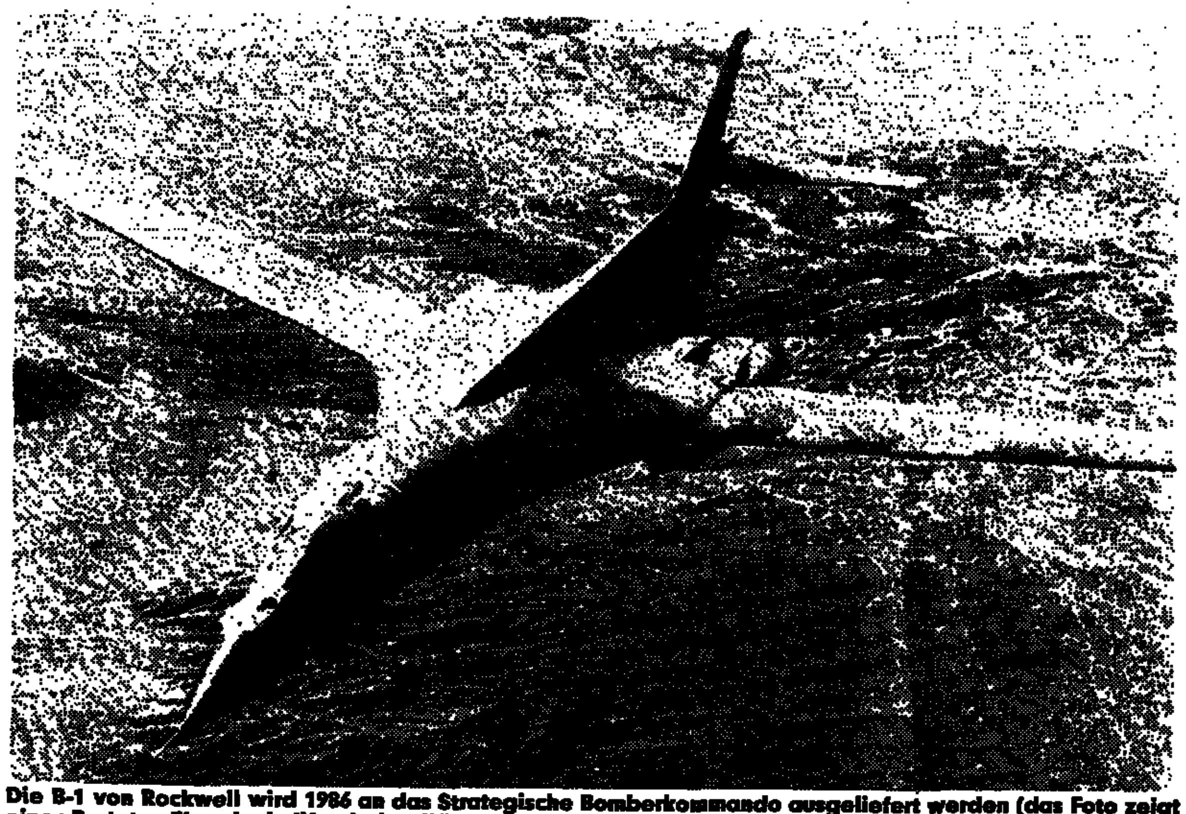
Die USA forcieren ein geheimes Projekt, das das strategische Gleichgewicht erheblich beeinträchtigen kann: der für Radar unsichtbare Interkontinental-Bomber.

Von A. BÄRWOLF

Mit dem gleichen technologischen Elan wie beim Weltraum-Verteidigungsprogramm, aber ohne die gleißende Publizität dieses kühnsten Waffenprojektes der Geschichte, vollzieht sich hinter dichten Schleiern der Geheimhaltung die elektronische Verschleierung der amerikanischen strategischen Bomber. Die Geheimhaltung ist so strikt, daß die Hersteller der elektronisch fast unsichtbaren Bomber nicht einmal in ihren Jahresberichten den Namen des Kunden erwähnen, der ihnen Hunderte und Tausende von Millionen Dollar für die Arbeiten bezahlt.

So schrieb die Firma Northrop jetzt in ihrem Jahresbericht für 1984, der größte Teil der Umsatzsteigerung auf 3,69 Milliarden Dollar gehe auf das Konto „Kundenaufträge für Forschung und Entwicklung". Dazu ein amerikanischer Elektronik-Ingenieur: „Die Adresse des Kunden ist sicher nicht der Kreml." Tatsächlich weiß Moskau, daß der im Auftrag des Pentagon von der Firma Northrop im kalifornischen Hawthorne entwickelte Bomber wegen seiner fast unsichtbaren elektronischen Silhouette von der bestehenden sowjetischen Luftverteidigung nicht bekämpft werden kann. Und Moskau weiß auch, daß die USA mit ihrer Technologie hier noch schneller als im Fall der Weltraum-Defensiv-Waffen die strategische Balance zu ihren Gunsten verändern werden.

Wie macht man 180 Tonnen Interkontinental-Bomber unsichtbar, ein Flugzeug, dessen einzige Aufgabe es ist, offensiv in das feindliche Gebiet einzudringen? Die Russen wissen das nicht, weil sie vor allem nicht die superschnellen Miniatur-Computer haben, die in Echtzeit empfangene Radarsignale in Gegensignale umsetzen können. Und in Amerika wissen es nur einige hundert Top-Ingenieure. Diese Leute, die das „unsichtbare" Flugzeug „stealth" bauen, arbeiten mit falschen Sozialversicherungskarten, so wie vor mehr als zwanzig Jahren die Lockheed-Ingenieure des U-2-Nachfolgers A-11 mit falschen Papieren gearbeitet hatten.



Die B-1 von Rockwell wird 1986 an das Strategische Bomberkommando ausgeliefert werden (das Foto zeigt einen Prototyp über der kalifornischen Wüste). Danach kommt das große Geheimnis. FOTO: DAVID WELLS/STUDIO X

Dreieinhalb Jahre ist es her, seit die Northrop-Werke den Auftrag erhielten, einen interkontinentalen Großbomber zu entwickeln, der für Radar fast vollkommen unsichtbar ist. Das Stadium der Prototyp-Fertigstellung und Flugerprobung müßte bald erreicht sein, obgleich mit öffentlichen Demonstrationen dieses Projektes vorläufig nicht zu rechnen ist. Vor seinem Erstflug wird der Bomber in seinen Einzelteilen wahrscheinlich per Laster in die Wüste von Nevada gerollt, dort, in der Nähe des Luftstützpunktes Nellis, endmontiert und dann eingeflogen werden.

Es ist ganz klar, daß die geheimnisvolle elektronische „Tarnkappe" der USA über jedes Flugzeug gestülpt werden könnte. Es brauchten nur die „schwarzen Kästen" eingebaut zu werden. Dann könnten auch die noch existierenden rund 240 und mehr als 30 Jahre alten Interkontinentalbomber B-52 oder die einhundert in Bau befindlichen Super-Bomber B-1-B elektronisch für das Feindradar weggezaubert werden. Aber die „Tarnkappe" allein, die die feindliche Elektronik austrickst, ist nicht alles. Die Maschine darf gar nicht auf den gegnerischen Radarschirmen erscheinen.

Und das bedeutet, das von vornherein in die Konstruktion ein extrem geringer sogenannter Radar-Querschnitt bei fast völliger Absorption der Radarstrahlen eingebaut wird. Das heißt: Alle scharfen Ecken und Kanten und hohe Seitenleitwerke müssen vermieden werden. Zudem müssen möglichst viele Zellenelemente aus nicht-metallischen Stoffen gefertigt werden. Hier kommen die Northrop-Werke ins Spiel.

Sie besitzen allein die Flugtest-Ergebnisse ihres Nur-Flügelbombers, der schon in den 40er Jahren geflogen wurde. Diese schwanzlosen Bomber hatten schon seinerzeit ein kleineres militärisches Ziel mit einem geringeren Radar-Echo geboten als konventionelle Großbomber. Obgleich von Northorp nicht die geringsten Informationen zu erhalten sind, gilt als sicher, daß der neue Bomber auf der Nur-Flügelkonstruktion plus geheimer Elektronik aufbaut.

Deswegen können sich auch die Hersteller der B-1, des von Präsident Carter gestrichenen und von Ronald Reagan wieder ins Leben gerufenen Interkontinental Bombers wenig Chancen ausrechnen, mehr als einhundert Exemplare an das Pentagon zu verkaufen. Der Schwenkflügler von Rockwell (siehe Foto) müßte in der Konkurrenz zum Nur-Flügler von Northorp völlig umkonstruiert werden. Die B-1, von der die erste Staffel im Herbst 1986 an das strategische Bomberkommando ausgeliefert werden soll, wird bis weit nach dem Jahr 2000 fliegen. Aber dann kommt der Bomber als Flügel, den das Radar nicht sieht.

Auch Wachstum brachte den Briten keine Arbeit

Großbritannien meldet pro Jahr Wachstumsraten von drei Prozent, doch die Zahl der Arbeitslosen steigt ungebremst weiter. Im Landesdurchschnitt sind es bereits 14 Prozent.

Von WILHELM FURLER

Als die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien Anfang 1982 zum ersten Mal die Drei-Millionen-Marke durchbrach, wurde von der Regierung Thatcher die 1979 einsetzende schwere Rezession für das erschreckend große Erwerbslosenheer verantwortlich gemacht. Besserung am Arbeitsmarkt wurde mit zunehmender Wirtschaftsbelebung in Aussicht gestellt, wenngleich es kein Regierungsmitglied wagte, sie zu versprechen. Inzwischen hat die Konjunkturerholung mit Wachstumsraten von drei Prozent pro Jahr längst eingesetzt. Nur an der extrem hohen Arbeitslosigkeit hat sich seither nichts geändert.

Im Gegenteil: Mit 3,341 Millionen Arbeitslosen einschließlich Schulabgänger mußte das zuständige Ministerium für Januar einen neuen, traurigen Rekord vermelden, 150 000 mehr als genau ein Jahr zuvor.

Damit weist der Trend unverändert nach oben. Die Regierung Thatcher aber steht solchen Negativrekorden immer noch gelassen gegenüber. Daß im Landesdurchschnitt inzwischen jeder siebte arbeitsfähige Brite auf der Erwerbslosenliste steht, veranlaßt sie keineswegs, an der Unfehlbarkeit ihrer Politik Zweifel anzumelden oder ihr Programm stärker als bislang auf die gezielte Förderung von Arbeitsplätzen auszurichten. Für sie ist hohe Arbeitslosigkeit in erster Linie das zwangsläufige Ergebnis von Verfehlungen und verpaßten Gelegenheiten, die außerhalb ihres direkten Einflußbereichs liegen und gelegen haben.

Am zehnjährigen Jahrestag ihres Amtsantritts als Führerin der Konservativen sagte sie kürzlich: „Würden wir mehr Güter produzieren und verkaufen, würde auch das Arbeitslosenproblem gelöst. Streiks und Auseinandersetzungen an der Tariffront schaden uns enorm." Doch so simpel stellt sich das Problem auch in Großbritannien schon lange nicht mehr.

Es gibt ja durchaus Unternehmen und ganze Wirtschaftszweige, die an ihrem Erfolg gemessen in das vereinfachte Schema von „Angebot, Nachfrage, Wachstum und Arbeitsplätzen" bestens hineinpassen.

Andererseits erschüttert ein Blick in die Statistik: Während die Arbeitslosenquote (Landesdurchschnitt knapp 14 Prozent) im reichen Südosten einschließlich des Großraumes London bei zehn Prozent liegt, beträgt sie im armen Norden Englands 19,1 Prozent, in Wales 17,4 und in Schottland 16,1 Prozent. Die Männer-Arbeitslosigkeit in Nordirland ist gar auf 25,7 Prozent geklettert. In etlichen Städten, Stadtteilen und Regionen hat die Arbeitslosenrate die 70 Prozent erreicht.

Professor Steven Nickell, Direktor des Instituts für Wirtschaft und Statistik an der Universität Oxford, bezweifelt denn auch, daß die von der Regierung Thatcher nur zu gerne als Hauptverursacher gebrandmarkte Gewerkschaftsbewegung für die Arbeitslosigkeit wirklich verantwortlich gemacht werden kann. Er weist nach, daß der Aufwärtsdruck auf die gesamte Lohn- und Gehaltsstruktur in den letzten fünf Jahren durch die am stärksten gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiter mit Abstand am geringsten war.

Natürlich wirken sich Streikaktionen wie die der Bergarbeiter auf die Arbeitslosenentwicklung verheerend aus. Doch die Arbeitskämpfe der letzten Jahre sind in der Mehrheit auf verpaßte Strukturanpassungen (Bahn, Stahl, Kohle), und weit weniger bloß auf altbritische Gewerkschaftsmilitanz zurückzuführen. Es sind vielmehr andere britische Untugenden, welche ganz erheblich zum Anstieg der Arbeitslosigkeit auf ein Niveau weit über dem kontinentalen Durchschnitt beigetragen haben.

Noch immer wird die teilweise Isolierung durch die Insellage eher als Schutz angesehen denn als Nachteil, den es auszugleichen gilt. Die Premierministerin selbst ist „exzessiv insulär", wie Malcolm Rutherford, einer der angesehensten Kommentatoren in der britischen Presseszene, kürzlich anmerkte.

Entsprechend hat sie nicht daran geglaubt oder viel zu spät erkannt, daß sich andere Länder ebenfalls von der schweren Rezession erholen könnten und möglicherweise sogar schneller als das eigene Land; oder daß sich der internationale Wettbewerb eher verschärfen und auf neue Gebiete ausweiten denn verringern würde.

Zwar versucht Frau Thatcher ihre Landsleute immer wieder davon zu überzeugen, daß die Wachtumskräfte gegenwärtig noch zu schwach sind, um die Arbeitslosigkeit abzubauen, und daß dies im übrigen Europa einschließlich Deutschland mit seiner Rekord-Arbeitslosigkeit auch nicht anders sei – Großbritannien so schlecht also gar nicht dastünde. Aber solche Blicke über den Kanal sind auch schon die Ausnahme.

Man gewinnt vielmehr den Eindruck, als hätten die Insulaner wenig Interesse daran, ihre Wettbewerbskraft am Weltmarkt auszuweiten. Für die Ausbildung Jugendlicher geben sie immer noch nur einen Bruchteil dessen aus, was von den Konkurrenzländern in die Nachwuchsausbildung gesteckt wird.

Die Folge ist ein alarmierendes Defizit an motivierten Facharbeitern und an einem gesunden Mittel-Management. Aber wahrhaben will dies kaum jemand. Die weitaus meisten britischen Firmen verlassen sich darauf, daß staatliche Jugendausbildungsprogramme schon ausreichen. Hier mangelt es an aufklärerischer Initiative seitens der Regierung.

Ein weiterer Nachteil gegenüber dem Ausland besteht in der unglaublich geringen Zahl von Briten, die Fremdsprachen beherrschen – ein unfaßbares Relikt insulären Dünkels. Einer der beiden Kanzler der Londoner Universität, Sir Randolph Quirn, hat auf dieses Fiasko kürzlich mit aller Deutlichkeit hingewiesen: „Wenn dir jemand etwas verkaufen will, dann kannst du es dir leisten, in deiner eigenen Sprache zu sprechen. Aber wenn du ihn überreden willst, dir etwas abzukaufen, dann wärest du gut beraten, dich seiner Sprache zu bedienen".

Ein besonderes Versäumnis dieser Regierung mit üblen Folgen ist schließlich die Vernachlässigung der Infrastruktur. Auch hier hängt das Land beängstigend hinter den meisten anderen Ländern her. Es gibt nicht einmal eine durchgehende Autobahn von London nach Schottland, ganz zu schweigen vom desolaten Straßennetz in London ebenso wie in vielen anderen großen Städten. Kein einziger wichtiger Hafen der dem Kontinent zugewandten Ostküste (nicht einmal Dover) ist direkt an das Autobahnnetz angeschlossen.

Die Elektrifizierung der Bahn ist nicht viel weiter fortgeschritten als in einem Entwicklungsland, und Wasser- und Abwassersysteme stammen zum größten Teil aus viktorianischer Zeit; entsprechend stehen sie unmittelbar vor dem Kollaps.

Zurecht beklagt sich der Industrieverband des Landes wieder und wieder darüber, daß nicht nur versäumt werde, die bestehende Infrastruktur zügig auszubauen, sondern daß es inzwischen sogar so weit sei, daß nicht einmal mehr dem Verfall von öffentlichen Gebäuden, Straßen oder Massenverkehrssystemen entschieden Einhalt geboten werde. Aber die Thatcher-Mannschaft weigert sich hartnäckig, die Staatsverschuldung aus dem festen Griff zu lassen. Grundsätzlich ist dies richtig und begrüßenswert. Doch es darf andererseits nicht heißen, daß man deswegen nicht flexibler sein könnte, daß nicht überall Spielraum auszumachen wäre, der bis jetzt nicht genutzt wird.

Wie weit Großbritannien noch zu gehen hat, um mit seinen Haupt-Wettbewerbsländern aufzuschließen, scheint nur wenigen in der Thatcher-Administration (und wohl niemandem bei Labour) bewußt zu sein. Da wird häufig so getan, als lebe Großbritannien immer noch immun von Marktkräften und internationalen Wechselbeziehungen. Dies ist ohne Zweifel ein fataler Irrtum, dem so mancher Arbeitslose sein beklagenswertes Schicksal verdankt.

Betrachtungen über den „elendesten Arbeitsplatz der Welt"

„Abschied von der Männergesellschaft?" hieß die Frage bei einem „Expertengespräch", zu dem CDU-Generalsekretär Geißler ins Bonner Konrad-Adenauer-Haus gebeten hatte.

Von EBERHARD NITSCHKE

An deutschen Schulen soll das Fach „Haushalt" für Jungen eingerichtet und bei den Zeugniskonferenzen genauso wichtig genommen werden wie Latein, Englisch und Mathematik. Das „Gift des Sexismus" soll im übrigen aus allen Schulbüchern entfernt werden, wo die Mutter noch als zuständig für Küche, Kinder und große Wäsche erscheint, während der Vater sich dem Aufbau seiner beruflichen Karriere widmen darf.

Solche und ähnliche Forderungen wurden in der Geißler-Runde gestellt. Im Vorfeld des 33. Bundesparteitages der CDU vom 20. bis 22. März in Essen, dessen Leitantrag „für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau" wirbt, waren Geißlers Einladung auch drei erklärte Feministinnen gefolgt.

Für Viola Roggenkamp, in deren kurzem Lebenslauf für die Veranstaltung angegeben war, daß sie „vorsätzlich nicht verheiratet" ist, steht „Familie nicht für Hort der Zärtlichkeit, sondern als Ort, wo Gewalt gegen Frauen mehrheitlich stattfindet". Für Frau Herrad Schenk, Jahrgang 1948, in einer Wohngemeinschaft lebende Assistentin am Institut für Sozialpsychologie der Universität Köln, muß der Mann mit dem Geld, das der „Mutterschaft" von Staats wegen zugedacht ist, zu Hause bleiben, um für ein Jahr „der Vaterschaft nachzukommen". Und für die „Spiegel"-Redakteurin Valeska von Roques ist der „Haushalt der elendeste Arbeitsplatz der Welt", in dem man „dem männlichen Geschlecht die Drohnenhaftigkeit austreiben muß", und „dazu gehört mehr als Appelle".

Der einzige Mann am Expertentisch außer Geißler, der Inhaber des Lehrstuhls für Sozialpsychologie und Soziologie an der Universität Zürich, Professor Gerhard Schmidtchen, nahm innerhalb der ersten zweieinhalb Stunden Aussprache ein einziges Mal das Wort, als er in einem Statement von zwei Minuten Dauer sagte, die Unterschiede zwischen Mann und Frau ebneten sich zwar ein, er glaube aber nicht an einen „Automatismus" dieses Vorgangs.

Daß die Veranstaltung kein einziges Mal ins Kabarettistische abglitt und völlig ernsthaft blieb, war eine Gemeinschaftsleistung aller Teilnehmer, darunter gestandene Politikerinnen wie Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms, die CDU-Bundestagsabgeordneten Helga Wex und Renate Hellwig, Elisabeth Motschmann von der „Kommission für Frauenfragen" der schleswig-holsteinischen Landesregierung und die Bundesvorsitzende der „Wirtschaftsjunioren Deutschlands", Frau Angelika Pohlenz.

Feministin Schenk meinte einmal erstaunt: „Das klingt hier alles so, als ob wir in der gleichen Frauengruppe gewesen wären. Rollentausch der Geschlechter haben wir auch nie gewollt – die Männer sollen nur ihren Part übernehmen." Genauer aber: „Der Frau fehlt nur jemand, der zu Hause die Dreckarbeit für sie macht." Das „Risiko des Gebärens auf alle zu verteilen", bedeutet nach ihrem Verständnis auch ein Einstellungsgespräch, in denen „rüstige Endfünfziger" mit der Bemerkung abgewiesen werden, sie sähen aber ganz so aus, als ob für sie noch 'mal eine Vaterschaft in Frage käme.

Doch selbst militante Feministinnen, über die Geißler ohne Zwischenrufe sagen konnte, daß die meisten jungen Frauen hierzulande die aggressive Stufe dieses Zustands überwunden hätten, konnten sich auf seine Formulierung verständigen: „Wer politisch etwas für die Frauen erreichen will, muß sich in erster Linie an die Männer wenden. Sie sind es, die auf Privilegien verzichten müssen. Wir müssen Abschied nehmen von einer Gesellschaft, in der die Männer dominieren."

Für die kritischen Damen am Diskussionstisch war die immer wieder durchbrechende Einmütigkeit fast zu schön, und es wurde der Verdacht geäußert, daß vielleicht nur bevorstehende Wahlen die CDU zu der Äußerung ihres Generalsekretärs bringe: „Wieso sollen Frauen eigentlich weniger wert sein als Wehrdienst- und Zivildienstleistende, die eine Arbeitsplatzgarantie von 15 bis 20 Monaten haben?" Frau Roggenkamps Schlußfolgerung: „Vom Titel dieses Gespräches stimmt nur das Fragezeichen."

„Bürgerängste werden geschickt geschürt"

Wissenschaftler zur Programmatik der Grün-Alternativen

F. DIEDERICHS, Berlin

In welch hohem Maße die politische und wirtschaftliche Existenz Berlins vom Ausgang der Wahl am 10. März beeinflußt wird, haben jetzt Wissenschaftler auf einem Colloquium der Berliner Hermann-Ehlers-Akademie verdeutlicht, das sich mit der Programmatik der grün-alternativen Bewegung auseinandersetzte. Unter dem kritisch gefaßten Motto „Gegen alles – aber für was?" kommen die Wissenschaftler Professor Werner Münch (Universität Osnabrück) und Professor Alexander Schwan (Freie Universität Berlin) zu dem Ergebnis: Die Vorstellungen der Grün-Alternativen, insbesondere aber der Berliner AL, gefährden Freiheit, Sicherheit und Lebensfähigkeit der Stadt.

Die an dem Colloquium beteiligten Wissenschaftler zogen damit ähnlich warnende Schlüsse wie die CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, die ebenfalls in dieser Woche ein von Berlins Innensenator Heinrich Lummer verfaßtes Thesenpapier zum Thema „Alternative" vorgelegt hat. Der CDU-Politiker vertritt in seiner Studie die Auffassung, die Alternative Liste (AL) sei eine linksradikale politische Gruppierung, deren Gründer und Repräsentanten zu einem erheblichen Teil Marxisten, Maoisten oder Anhänger der DKP sowie anderer kommunistischer Gruppierungen seien. Forderungen und Ansichten der AL seien von einer „Radikalität und Staatsverachtung geprägt, die auf fatale Weise an die Zeit des aufkommenden Nationalsozialismus und die seinerzeit als Mittel des Umsturzes betriebene Verunglimpfung des Staates und seiner Institutionen erinnern".

Die Professoren Münch und Schwan lehnten es auf der Tagung der Hermann-Ehlers-Akademie ab, den Grün-Alternativen den Status einer Partei zuzugestehen. Gegen einen derartigen Status sprächen vor allem die „fehlende Homogenität des Konsenses unter den Mitgliedern, die fehlende Anerkennung der repräsentativen Demokratie und der fehlende Wille, Verantwortung zu übernehmen", so Professor Münch in der Analyse. Die Grün-Alternativen stellen vielmehr ein Sammelbecken für alle diejenigen dar, „die nicht dem herrschenden System angehören wollen", so Münch. Ressentiments gegen alles Etablierte seien die Plattform, auf der sich Marxisten, Friedensbewegung, Atomkraftgegner und Aussteiger jeglicher Couleur treffen können.

Die wesentlichen Grundzüge der grün-alternativen Bewegung haben die Wissenschaftler in sechs Thesen niedergelegt:

- Die Grün-Alternativen verfügen über einen politisch geschulten Kern, der Bürgerängste geschickt ausnutzt und so Mitläufer gewinnt.
- Die Grün-Alternativen zeigen eine geringe Kompromißbereitschaft, *gleichzeitig* aber *einen hohen* Anspruch auf die Allgemeingültigkeit ihres Programms.
- Die Grün-Alternativen bewegen sich entgegen des Grundkonsenses aller demokratischer Parteien, der die Anerkennung des Rechtsstaates beinhaltet.
- Das demokratische Mehrheitsprinzip wird von den Grün-Alternativen in Frage gestellt.
- Die Formen möglicher inner- und außerparlamentarischer Machtausübung wurden von den Grün-Alternativen weder festgelegt noch ausdiskutiert.
- Die wesentlichen politischen Leitlinien sind einseitige Abrüstung, die Ablehnung der NATO, die Auflösung der zwei großen Militärblöcke sowie der Versuch, ein neutralistisches Deutschland zu schaffen.

Speziell auf die Berliner AL bezogen, die am Wahltag nach den bisherigen demoskopischen Umfragen bis zu 18 Prozent der Wählerstimmen erreichen könnte (1981: 7,2 Prozent), registrierte der Berliner Professor Alexander Schwan eine „klare Distanz zur parlamentarischen Demokratie". Das Parlament sei nur „Tribüne für das Wirken in der Öffentlichkeit", um „den Einstieg in den Ausstieg zu propagieren". Ausstieg bedeute in diesem Zusammenhang nicht nur die Forderung nach Abzug der alliierten Schutzmächte, sondern auch den Versuch, die Rechtseinheit Berlins mit dem Bund in Frage zu stellen. Fazit der Professoren: „Die Grün-Alternativen sind zwar demokratisch gewählt, aber trotz ihres Geredes von Basisdemokratie keine Demokraten. Ansprüche und Zielvorstellungen von ihnen würden unseren Rechtsstaat, unsere Freiheit und unsere Sicherheit untergraben."

Viel Lärm um den Nationalpark

Von BERND LAMPE

Nirgendwo in der Bundesrepublik wird der Interessenkonflikt der Politiker im Naturschutz in diesen Monaten deutlicher als in Schleswig-Holstein. Dort plant die Regierung wie auch das benachbarte Niedersachsen an der Nordseeküste zwei Nationalparks zu errichten, die lediglich von der Elbmündung getrennt zwischen der niederländischen und der dänischen Grenze mit einer Gesamtausdehnung von mehr als 470 000 Hektar das größte Schutzgebiet dieser Art in Europa werden sollen.

Im Niedersächsischen können die Pläne ohne nennenswerten Widerstand vorangetrieben werden. Im *schleswig-holsteinischen* Nordfriesland bahnt sich zwischen der kommunalen CDU und der christlich-demokratisch geführten Landesregierung eine Eiszeit an. Und das ein Jahr vor der Kommunalwahl.

„Wenn dieses Gesetz gegen die betroffene Bevölkerung durchgesetzt wird, ist Ihre Laufbahn beendet und ich nicht mehr Mitglied der CDU", schleuderte der Abgeordnete im nordfriesischen Kreistag, Peter Ewaldsen, kürzlich seinem Parteifreund, Landwirtschaftsminister Günter Flessner entgegen. Der Minister war aus Kiel zu einer CDU-Veranstaltung nach Klanxbüll gleich hinterm Deich angereist, um ein Konzept für einen 270 000 Hektar großen Nationalpark im Wattenmeer Schleswig-Holsteins zu erörtern. Er stieß auf eine nahezu geschlossene Ablehnung seiner 250 Zuhörer.

Es nützte auch nichts, daß Wirtschaftsminister Jürgen Westphal seinem bedrängten Kabinettskollegen unter die Arme griff. Von Emotionen weg wollte Westphal auf Fakten lenken. Er hielt den Nordfriesen vor, ein Verfahren abzulehnen, das demokratischer nicht sein konnte: nämlich, daß die Landesregierung den betroffenen Bürgern über Monate hinweg erklärt habe, wofür ein Nationalpark gut sei, das ein Konzept hierfür nahezu ein Jahr lang erörtert worden sei

Landesbericht Schleswig-Holstein

und daß schließlich ein Referentenentwurf nicht, wie oft üblich, in verschlossenen Schubladen verwahrt, sondern zur Diskussion veröffentlicht worden sei. Doch der Appell war vergeblich.

Vor einer Woche kam es im Husumer Kreistag zu einem seltenen Schulterschluß. Die meisten Mitglieder der CDU-Fraktion versagten der Regierung in Kiel die Gefolgschaft und unterstützten einen Antrag von SPD, FDP und den Vertretern der dänischen Minderheit, in dem die Pläne der Landesregierung eindeutig zurückgewiesen wurden.

Der Husumer Landrat Klaus Petersen (CDU) hatte das Feld gut vorbereitet. Vor mehr als zehn Jahren hatte die Landesregierung schon einmal einen Nationalpark angestrebt. Damals sorgte der Landrat mit den gleichen Argumenten wie heute dafür, daß dieses *Vorhaben nicht verwirklicht* wurde. Noch ehe er das neue Kozept für das angestrebte Schutzgebiet kannte, erklärte er, „die mageren Existenzmöglichkeiten" der Nordfriesen würden dadurch weiter eingeschränkt.

Dabei hatte die Regierung in Kiel nichts weiter im Sinn als das Wattenmeer, das neben dem Hochgebirge die einzig weitgehend natürlich belassene Großlandschaft in Europa ist, vor einer Zerstörung zu bewahren. Eine Nationalparkbehörde soll dafür sorgen, daß die Touristenströme in diesem Rückzugsgebiet für viele Pflanzen und seltene Vögel besser gelenkt werden können. Zugleich verspricht sich die Regierung, daß die Nordseeküste durch einen Nationalparks für den Fremdenverkehr noch attraktiver wird.

Parteipolitisches Kapital kann freilich auch die Opposition im Landtag, die sich den Schutz der Natur seit *Jahren auf die Fahnen geschrieben* hat, daraus nicht schlagen. Ihr umweltpolitischer Sprecher, Hans Wiesen, erklärte daher lapidar, zu viele Fragen blieben bei dem Konzept offen. Landwirtschaftsminister Flessner will indes an dem Entwurf festhalten. Er wird unterstützt von Ministerpräsident Uwe Barschel, der zwar einschränkte, daß dieser oder jener Punkt geändert werde; aber der Regierungschef beharrte auf dem Vorhaben: „Der Nationalpark kommt."

Für die CSU ist noch manche Frage offen

Waigel schreibt an Wörner zum Thema Frühpensionierung

ms. Bonn

Auf Wunsch der FDP wird das Gesetz zur Verbesserung der Personalstruktur bei der Bundeswehr – 1500 Offiziere im Alter zwischen 45 und 52 Jahren sollen bis 1991 in Ruhestand *gehen – an diesem* Donnerstag nicht im Bundestag behandelt. Die FDP-Fraktion hat signalisiert, daß sie noch Zeit für die interne Diskussion benötige. Auch bei der CSU sind die Widerstände noch nicht ausgeräumt. Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner wird heute mit der Führung der CSU-Landesgruppe über sein Vorhaben sprechen. Der Vorsitzende der Landesgruppe, Theo Waigel, hat in einem Brief an Wörner vom 16. Februar eine solche Unterredung als „zweckmäßig" angeregt. Zur Sache selbst schreibt Waigel:

„Sehr geehrter Herr Minister,

zum Entwurf des Gesetzes zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften haben in der Landesgruppe in den vergangenen Tagen und Wochen viele Diskussionen stattgefunden, die nicht zuletzt ihren Grund darin haben, daß eine große Zahl von Kollegen die Erfahrung von erheblichen Akzeptanzschwierigkeiten mit dem Gesetz machen mußte. Verschiedene Gremien der Landesgruppe haben sich mit den Problemen auseinandergesetzt. Die Gespräche haben ihren Niederschlag in einem Katalog von Fragen und Vorschlägen gefunden, der zwei Schwerpunkte hat:

– Aus der Sicht der Verteidigungspolitik ist das Vorhaben ausführlich begründet. Verstärkter Aufmerksamkeit bedarf auch die Auseinandersetzung mit den gesamtpolitischen Aspekten, die in der Debatte nunmehr in den Vordergrund getreten sind.

– Eine wichtige Rolle spielt dabei die Frage, ob es nicht auch anders geht, das heißt, es muß für jedermann verständlich sein, welcher Spielraum von Alternativen, Ergänzungen und Modifizierungen besteht."

Waigel betont in dem Brief an Wörner, „die Notwendigkeit der Stärkung der Bundeswehrstruktur steht dabei außer Frage; desgleichen richten sich Bedenken nicht gegen die Bundeswehr oder gar deren Offiziere". Seinem Schreiben fügte der CSU-Politiker einen umfangreichen Katalog bei, in dem Fragen an den Verteidigungsminister gestellt werden. Dabei wird auch die Frage aufgeworfen, ob die Offiziere nicht in „berufsfremden" und „gleichbezahlten" Positionen in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes untergebracht werden könnten. Als Bereiche werden genannt: Bundeswehrverwaltung, insbesondere Rüstungsverwaltung, Katastrophenschutz, Zivilschutz, Länderverwaltungen und Kommunen.

Konkret werden dann neben anderen noch folgende Fragen an den Verteidigungsminister gestellt:

Wie ist die Alterssituation bei den verbündeten Streitkräften?

Warum ist die Stausituation in der Bundeswehr der absolute Ausnahmefall? Wieso herrschen zum Beispiel bei der Polizei, beim Bundesgrenzschutz oder beim Zoll nicht vergleichbare Bedingungen?

Wie kann ausgeschlossen werden, daß für andere Bereiche des öffentlichen Dienstes, zum Beispiel im *Hochschulwesen,* wo *der absolute* Stau herrscht, eine „Signalwirkung" erzeugt wird?

Wie kann dem Argument begegnet werden, die für die Bundeswehr vorgesehene Regelung laufe anderen Entwicklungen zuwider? Die Nebentätigkeit im übrigen öffentlichen Dienst werde begrenzt, die Vorruhestandsregelung sei für den öffentlichen Dienst ausgeschlossen worden.

Als Alternative beziehungsweise Modifizierung werden in dem Brief von Waigel an Wörner zwei Fragenkomplexe angeschnitten:

„Wie kann der Kreis derjenigen, denen ein vorzeitiges Ausscheiden angeboten wird, funktionell stärker abgegrenzt werden, zum Beispiel Versorgung/Logistik einerseits und Kampftruppen andererseits?

Beschränkung der Zuverdienstmöglichkeiten. Können zum Beispiel höhere Prozentsätze für die Pensionen bewilligt werden und im gleichen Zug die Abfindungen und die Hinzuverdienstmöglichkeiten gekappt werden?"

Erster Mediengesetzentwurf der SPD

Dohnanyis Konzept strebt „gleiche Chancen" für private Rundfunkveranstalter an

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Als erster sozialdemokratischer Regierungschef hat der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi gestern einen Landesmediengesetzentwurf vorgelegt. Der Entwurf geht davon aus, daß der gegenwärtig blockierte Staatsvertrag zwischen den Bundesländern über die Neuen Medien doch noch zustande kommt, und berücksichtigt den letzten Verhandlungsstand zwischen den Ministerpräsidenten der Länder.

Der Gesetzentwurf mißt dem Ziel, daß privater Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) eine gleichwertige Chance für wirtschaftlich erfolgreiche Betätigung haben muß, eine besondere Bedeutung zu. Bestand und Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks werden garantiert.

Bei regionalen Programmen für Tageszeitungen mit beherrschender Stellung in Hamburg soll das Stimmrecht auf 25 Prozent beschränkt bleiben, mit Vorrang sollen Anbietergemeinschaften aus unterschiedlich ausgerichteten Kräften eine Zulassung erhalten. Besonders berücksichtigt werden sollen Anbieter, die sich zur redaktionellen Mitbestimmung verpflichten.

Für Werbung dürfen höchstens 20 Prozent der täglichen Sendezeit reserviert werden, Fernsehwerbung ist nur in Blöcken, bei mehr als einer Stunde Sendezeit mit einmaliger Unterbrechung zulässig, ebenso sind Sponsor-Sendungen erlaubt. Hörfunk und Fernsehen sollen jeweils einen offenen Kanal erhalten, der gesellschaftlichen Gruppen unentgeltlich zur Verfügung steht. Das „Dach" des privaten Rundfunks soll eine „Hamburgische Anstalt für Neue Medien" *bilden, dessen elf Vorstands*mitglieder von der Bürgerschaft gewählt werden.

Nach Ansicht der Hamburger Handelskammer ist der Entwurf Ausdruck einer „Rundfunkpolitik der Halbherzigkeiten". Die Kammer äußerte die Befürchtung, daß sich gewerbliche Programmanbieter wegen „gravierender Wettbewerbsnachteile" statt in Hamburg im Umland niederlassen könnten.

Wir nehmen Abschied von Herrn

Alfred Brenner

Hotelier

Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

im 92. Lebensjahr.

Zeit seines Lebens hat Herr Alfred Brenner, langjähriger Inhaber und bis zu seinem Tode Mitglied des Beirats von Brenner's Park-Hotel Maßstäbe für die nationale und internationale Hotellerie gesetzt.

In dankbarer Erinnerung an seine menschliche Größe wird er uns *für die Zukunft Vorbild bleiben.*

Wir alle trauern um ihn.

Direktion, Mitarbeiter und Pensionäre
von Brenner's Park-Hotel
Rudolf August Oetker, Bielefeld

Baden-Baden, den 23. Februar 1985

Die Beerdigung findet am 1. März 1985 um 11.00 Uhr auf dem Hauptfriedhof in Baden-Baden statt.

Im Anschluß daran ist das Seelenamt in der Pfarrkirche St. Josef, Lichtentaler Straße 90a.

Völlig unerwartet ist am 24. Februar 1985 mein geliebter Mann, unser stets fürsorglicher Vater und Großvater, mein lieber Sohn und Bruder

Hans-Joachim Sager

im Alter von nur 62 Jahren von uns gegangen.

Wir werden seiner stets in Liebe gedenken.

Leonore Sager geb. Roßbeck
Christian Sager und Familie
Gerwine Bayo-Martins und Familie
Luise Sager geb. Jarck
Rosemarie Röthig geb. Sager

Lenhartzstraße 19, 2000 Hamburg 20

Trauerfeier am Freitag, dem 1. März 1985, um 14.30 Uhr im Krematorium Öjendorf, Halle 3.

Unser langjähriger Prokurist

Hans-Joachim Sager

geboren am 16. Mai 1922, ist am 24. Februar 1985 im 63. Lebensjahr nach kurzer Krankheit völlig überraschend gestorben.

Während seiner nahezu 47jährigen Zugehörigkeit zu unserer Firma hat er Geist und Zusammengehörigkeitsgefühl prägend mitgestaltet.

Wir haben ihm viel zu danken und werden ihn sehr vermissen.

Mitarbeiter und Inhaber
der Firma
Leonhardt & Blumberg

Trauerfeier am Freitag, dem 1. März 1985, um 14.30 Uhr im Krematorium Öjendorf, Halle 3.

Nach einem erfüllten, inhaltsreichen und schönen Leben nahm Gott der Herr zu sich den

Diplomlandwirt

Walter Dreckmann

Gutsherr auf Rohlfshagen

* 22. 1. 1904 † 24. 2. 1985

Sein Leben war Treue und Pflichterfüllung zu den ihm Anvertrauten.

Seine ganze Liebe galt seiner großen Familie, deren Mittelpunkt er war.

In großer Verehrung und Dankbarkeit
Erika Dreckmann geb. von Marklowski
Claus-Peter Dreckmann
Frauke Dreckmann
Björn und Nicole
Elisabeth Dreckmann de Roth
Uwe Roth Schleyer
Götz, Stefanie und Franziska
Hans-Holger Dreckmann
Gisela Dreckmann
Petra, Martin, Anja und Jan
Adelheid Dreckmann
Carsten Dreckmann
Gisela Dreckmann-Gennerich
Ivo, Leonie und Max
Angelika Dreckmann

2061 Rohlfshagen

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 1. März 1985, um 10 Uhr in der Kirche in Eichede (Gemeinde Steinburg) statt.

Beisetzung im engsten Familienkreis im Familiengrab in Hamburg-Ohlsdorf.

Anstelle freundlich zugedachter Blumen wird auf Wunsch des Verstorbenen um eine Spende für die Hamburg-Rotary-Stiftung gebeten. Konto bei der Deutschen Bank – Kto.-Nr. 03-04592 (BLZ 200 700 00).

Über MBFR in Wien will Moskau die NATO-Nachrüstung stoppen

Die Sowjets fordern „Einfrieren der Rüstungen" / ADN liefert Interpretation nach

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Beim Durcharbeiten des von der Sowjetunion im Namen des Warschauer Pakts Mitte Februar in Wien vorgelegten Vertragsentwurfs für den Rückzug begrenzter Truppenkontingente der Sowjets und Amerikaner aus Mitteleuropa (MBFR-Gespräche), sind Experten auf eine Stelle gestoßen, die den Schluß erlaubt, daß die Sowjetunion auf etwas ganz anderes hinsteuert. Hinter dem angeblichen Wunsch, in Mitteleuropa möge alsbald mit der Verdünnung von Truppen in einer ersten Phase begonnen werden, verbirgt sich offenbar Moskaus Absicht, die NATO-Nachrüstung mit Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles in der Bundesrepublik Deutschland, Belgien und den Niederlanden zu stoppen. Die sowjetische SS-20-Raketenrüstung wäre davon nicht betroffen.

Voreiliges Lob

Der Pferdefuß im sowjetischen Vertragsentwurf ergibt sich aus der Formulierung, daß nach dem Abzug von 20 000 sowjetischen und 13 000 amerikanischen Soldaten als „Kampftruppenteile samt ihrer Ausrüstung" ein „Einfrieren der Streitkräfte und Rüstungen aller unmittelbaren Verhandlungspartner im Vertragsgebiet" erfolgen muß. Der Wortlaut des sowjetischen Entwurfs läßt wenig Zweifel daran übrig, daß der Westen, sollte er ihm zustimmen, die Nachrüstung anhalten müßte, wollte er nicht vertragsbrüchig werden. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hatte in einer ersten Bewertung des sowjetischen Schritts in Wien von „ernsthaften Bemühungen" Moskaus gesprochen, auf einem internationalen Verhandlungsforum zu Fortschritten zu kommen. Brüsseler NATO-Beobachtern erscheint der Kommentar inzwischen als etwas voreilig.

Zwar hat die Sowjetunion das Wort NATO-Nachrüstung in Wien noch nicht in den Mund genommen. Der Chef der sowjetischen Verhandlungsdelegation, Botschafter Valerian Michailow, aber sprach in seiner Begleitrede zur Vorlage des Vertragsentwurfs vom „Einfrieren" des Rüstungsniveaus im Vertragsgebiet. Deutlicher als Michailow wurde die zu solchen Aussagen autorisierte staatliche Nachrichtenagentur ADN der „DDR". Sie erklärte am Tag nach Vorlage des Vertragstextes: „Das Einfrieren der Rüstungen zum Beispiel würde den Stationierungsstop für USA-Mittelstreckenraketen einschließen." Die „DDR" hat den Vertragsentwurf mitgezeichnet.

Als eigentliche Sensation aber wird von manchen Brüsseler Beobachtern die Tatsache empfunden, daß die Sowjetunion zum ersten Mal den Versuch zu unternehmen scheint, gewissermaßen durch die Hintertür ihre Hand auf die NATO-Nachrüstung zu legen. In Wien wird über Truppenbegrenzungen innerhalb eines geographisch exakt umrissenen Gebietes verhandelt, das im Westen die Bundesrepublik Deutschland und die Benelux-Staaten umfaßt, im Osten Polen, die Tschechoslowakei und die „DDR". Damit wären in der Sowjetunion stationierte Waffen wie die SS 20 nicht betroffen, wohl aber Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles außerhalb Großbritanniens und Italiens. Die Pershing-Rakete wird nur in der Bundesrepublik stationiert. Für sie wäre der sowjetische Vertragstext voll wirksam.

Strategie unterlaufen

Die Staatsagentur ADN erklärte ebenfalls, weitere konventionelle Rüstung dürfe im Vertragsgebiet nicht eingeführt werden, worunter insbesondere Waffensysteme zu verstehen seien, die von der NATO nach dem sogenannten FOFA-Plan des NATO-Oberbefehlshabers, General Bernard Rogers, eingeführt werden sollen. Mit Hilfe der FOFA-Waffen will die NATO sich die Möglichkeit schaffen, die bei einem östlichen Angriff aus der Tiefe nachdrängenden Kräfte des Gegners mit konventinonellem Feuer zu stoppen. Ferner dürfte der Westen im Vertragsgebiet keine anderen neuen Waffen mehr einführen. Die Bundeswehr müßte die Auslieferung von neuen Leopard-2-Kampfpanzern und Tornadoflugzeugen an die Truppe einstellen. Zu „Reforger"-Manövern dürften US-Truppen, die ihren eigentlichen Standort in Deutschland haben, nicht mehr nach Europa gebracht werden. Alles zusammen wäre geeignet, die NATO-Strategie der „flexiblen Reaktion" nachhaltig zu beeinträchtigen. (SAD)

Behutsam geht Oslo mit Moskau um

Die Sowjets sprechen von „Störenfried" / Grenzkonflikt in der Barentssee ungeklärt

REINER GATERMANN, London

Die Entlarvung Arne Treholts als vermutlichen Spion für die Sowjetunion hat Norwegen in verschiedener Hinsicht hart getroffen. Das Land, eines der treuesten und pflichtbewußtesten NATO-Mitglieder, hat neben einer gemeinsamen Landgrenze mit der Sowjetunion auch einen bisher nicht endgültig geklärten Grenzkonflikt in der Barentssee. Dabei geht es nicht nur um das Recht auf Fischfang und Ölsuche, sondern auch um wichtige sicherheitspolitische Aspekte.

Norwegen hat sich immer aktiv um ein gutes Nachbarschaftsverhältnis mit der Sowjetunion bemüht, was mitunter auf der Gegenseite allerdings nicht entsprechend honoriert wird. Wiederholte Spionageaffären und mit der ständigen Darstellung in der sowjetischen Presse als Störenfried im militärisch sonst so ruhigen Nordeuropa sieht sich Norwegen nicht selten ähnlich heftigen Attakken ausgesetzt wie die Bundesrepublik Deutschland.

Vor knapp zehn Jahren begannen beide Länder über die territoriale Aufteilung der Barentssee zu verhandeln. Man einigte sich bald auf ein Provisorium, was die damalige norwegische konservative Opposition als Ausverkauf norwegischer Interessen bezeichnete. Dieses Provisorium besteht immer noch.

Das Abkommen war von Seerechtsminister Evensen ausgehandelt worden. An seiner Seite saß sein persönlicher Sekretär Arne Treholt. Schon damals hegten Gegner des Vertrages die Vermutung, daß „Moskau auf beiden Seiten des Verhandlungstisches" gesessen habe. Nur Beweise gab es nicht. Die kommen vielleicht jetzt im Prozeß gegen Treholt zu Tage.

Im sicherheitspolitischen Bereich ist Oslo bestrebt, alles zu vermeiden, was die Sowjetunion veranlassen könnte, mit einer auf Nordeuropa gerichteten Aufrüstung zu reagieren. Norwegen läßt in Friedenszeiten weder die Stationierung von Kernwaffen noch fremder Truppen auf seinem Territorium zu. Östlich des Nordkaps darf die NATO keine Manöver abhalten. Als es darum ging, amerikanische Depots mit schwerem Waffengerät anzulegen, um es im Krisenfall nicht erst einfliegen zu müssen, wurde dafür Zentral- und Südwestnorwegen gewählt und nicht Nordnorwegen, wie die USA und die eigene Militärführung zunächst vorgeschlagen hatten.

Selbst bei der Ölsuche achtet die Regierung darauf, alles zu unterlassen, was in den überempfindlichen Augen Moskaus auch nur den Anschein von militärischer Bedeutung haben könnte. Dazu zählt der Beschluß, die Betriebsführung auf den Plattformen der Bohrtürme vor der Nordwestküste des Landes nur norwegischen Gesellschaften zu übertragen. Ähnliche Behutsamkeit gilt dem Spitzbergen-Abkommen. Die Inselgruppe zwischen Norwegen und dem Nordpol unterliegt laut einem Abkommen von 1911 norwegischer Oberhoheit. Sie darf von allen Signatarstaaten wirtschaftlich, jedoch nicht militärisch genutzt werden – auch von Norwegen selbst nicht.

Nun ist es andererseits nicht so, daß die Regierung in Oslo – gleich welcher Couleur – die Sicherheit ihres Landes aufs Spiel setzen, nur um vom Kreml als friedliebender Nachbar anerkannt zu werden. Dazu sind die Kriegserfahrungen, als Norwegen militärisch schwach von den Hitlertruppen besetzt wurde, noch in allzu frischer Erinnerung. Oslo sieht in einer starken Allianz den besten Friedensgaranten, weswegen es auch bereit ist, den Verteidigungshaushalt jährlich um real etwa drei Prozent aufzustocken. Darüber hinaus mißtraut man den Beteuerungen des Kreml, sich nicht in die inneren Angelegenheiten einmischen zu wollen. Als warnende Beispiele werden die osteuropäischen Länder und Afghanistan genannt.

Die Sowjetunion hat bisher aus norwegischer Sicht auch nicht viel dazu beigetragen was eine geringere militärische Aufmerksamkeit rechtfertigen würde. Auch wenn man das Waffenpotential auf der Kola-Halbinsel überwiegend als Bestandteil globaler Verteidigungsstrategie sieht, so bleibt die Tatsache, daß es sich in unmittelbarer Nähe Norwegens befindet. Hinzu kommen die ständig ausgeweitete Anwesenheit der sowjetischen Luftwaffe und Flotte in der europäischen Nordregion.

USA weisen polnischen Attaché aus

DW. Warschau/Washington

Der Militärattaché der polnischen Botschaft in Washington, Oberst Zygmunt Szymanski, ist am Montag zur unerwünschten Person erklärt und aufgefordert worden, die Vereinigten Staaten umgehend zu verlassen. Das gab das State-Department in einem Kommuniqué bekannt. Diese Entscheidung der amerikanischen Regierung sei die „Antwort" auf die Ausweisung des amerikanischen Militärattachés in Warschau, Oberst Friderick Myer und seiner Frau Barbara.

Nach Angaben der polnischen Behörden waren Myer und seine Frau am Donnerstag vergangener Woche beim Fotografieren militärischer Einrichtungen rund 100 Kilometer nördlich von Warschau erwischt worden. Sie seien auf dem Weg nach Warschau angehalten worden. Bei der anschließenden Kontrolle hätten sich die beiden US-Bürger nach Auskunft der polnischen Regierung in ihrem Wagen eingesperrt und es abgelehnt, sich auszuweisen. Das mitgeführte Filmmaterial hätten sie dann in ihrem verschlossenen Wagen vernichtet.

Das US-Außenministerium hat gegen die Art und Weise, wie Oberst Myer und seine Frau „mehrere Stunden lang" von der polnischen Polizei festgehalten und vernommen wurden, bei den polnischen Behörden protestiert. Die Behandlung der beiden sei „unannehmbar" und stehe in Widerspruch zu dem Wiener Vertrag über die diplomatischen Beziehungen. Ob Myer und seine Frau tatsächlich spioniert hätten, wollte der Sprecher weder bestätigen noch dementieren.

Das US-Außenministerium gab jedoch bekannt, daß der für diese Woche vorgesehene Beginn von Gesprächen über ein bilaterales Wissenschafts- und Technologieabkommen sowie die Rückkehr des amerikanischen Geschäftsträgers nach Warschau verschoben worden seien.

Keine drastischen Preiserhöhungen

DW. Warschau

Die polnische Regierung hat nach Protesten der Gewerkschaften Pläne zur Anhebung der Lebensmittelpreise um rund zwölf Prozent aufgegeben. Nach einer Sitzung des Kabinetts unter Leitung des Partei- und Regierungschefs Wojciech Jaruszelski wurde bekannt gegeben, daß die Preise schrittweise angehoben werden sollen.

Einzelheiten über eine zeitliche Verteilung der Preiserhöhung und die Aufhebung der Rationierung in Etappen wurden nicht mitgeteilt.

In Danzig erklärte Lech Walesa, die Führung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" habe den Aufruf zu einem 15 Minuten langen Proteststreik am Donnerstag wegen des Verzichts der Regierung auf die Preiserhöhung in der ursprünglich geplanten Form rückgängig gemacht.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.S

Beim Ringen um den Rüstungsetat steht für Reagan viel auf dem Spiel

MX-Raketen bleiben Reizthema / Neubesetzung der Kongreß-Ausschüsse bedeutsam

FRITZ WIRTH, Washington

Das Gefecht um Farm-Subventionen und um die endgültige Bestätigung des General-Staatsanwaltes Edwin Meese haben im Senat das erste Rumoren des Kampflärms einer neuen Abstimmungsschlacht überdeckt, die in den nächsten Wochen die Szene auf dem Kapitol beherrschen wird. Es ist das Gefecht um den Verteidigungsetat und – quasi als Prolog zu dieser Inszenierung – der Dauerkampf um das umstrittenste nukleare Verteidigungssystem der Reagan-Administration, die MX-Raketen.

Mit ihren zehn Gefechtsköpfen, von denen jeder die Sprengkraft von 300 000 TNT hat, ist sie eine der wirkungsvollsten Interkontinentalraketen im amerikanischen Nuklear-Arsenal.

Die Administration hat in ihrem Verteidigungshaushalt 1986 den Betrag von 3,2 Milliarden Dollar für die Produktion von weiteren 48 MX-Raketen eingespiegelt. Bevor der Kampf um diesen Rüstungsposten jedoch beginnt, wird es ein hochinteressantes Nachhutgefecht aus dem letzten Haushaltsjahr geben, wenn der Kongreß über den Bau von 21 MX-Raketen aus dem Etat 1985 abstimmt. Vom Ausgang dieses Gefechts hängt auch das Schicksal der 48 MX-Raketen für 1985 ab.

Ungewisser Ausgang

Es steht also für die Administration viel auf dem Spiel in dieser bevorstehenden Abstimmungsschlacht, die 1984 im Senat so knapp ausfiel, daß die Stimme von Vizepräsident Bush den Ausschlag gab.

Dieses Mal ist der Ausgang noch ungewisser, denn die beiden Verteidigungsausschüsse im Repräsentantenhaus und im Senat sind nach der letzen Wahl neu besetzt worden. Im Haus erlag der greise Melvin Price im Kampf um den Ausschußvorsitz einer Rebellion des sehr dynamischen Demokraten Les Aspin, der in den letzten Jahren zwar für die Beibehaltung des MX-Programms stimmte, inzwischen aber immer häufiger Fragezeichen hinter dieses System setzt.

Am Montag noch warnte er den Präsidenten, daß er im Kongreß nicht nur schlicht deshalb auf Unterstützung für die MX-Raketen und seine strategische Verteidigungsinitiative rechnen könne, weil in Genf die Abrüstungsverhandlungen beginnen, „zumal wir von verschiedenen Mitgliedern der Administration verschiedene Erklärungen überdas SD1-Programm zu hören bekommen".

Noch bedeutsamer ist der Wechsel im Verteidigungsausschuß des Senats, der in den letzten vier Jahren unter Leitung des Texaners John Tower eine loyale Bastion für das Pentagon war. Dieses Ausmaß an Verläßlichkeit ist unter dem neuen Vorsitzenden Barry Goldwater nicht mehr vorhanden. Der Republikaner aus Arizona hat den Ausschuß mit Sicherheit nicht so fest im Griff, außerdem mangelt es den bisherigen militärpolitischen öffentlichen Äußerungen Goldwaters etwas an Kohärenz.

So erklärte er im Dezember das MX-Programm praktisch für tot. Es habe nur geringe Chancen, lebend den Kongreß zu passieren und Reagan sollte keine überflüssigen Energien vergeuden, es zu retten. „Ich bin keiner von jenen Toren, die die Einfrierung der Nuklear-Arsenale fordern", sagte er, „doch ich meine, wir haben genug von diesen Dingern." Außerdem machte er sich für ein Einfrieren des Verteidigungsetats stark. Sechs Wochen später sagte er, daß das Einfrieren dieses Etats ein Sicherheitsrisiko sei.

Goldwater erlaubt sich die Freiheit zu solchen Widersprüchen gewissermaßen als ein Altersprivileg. Er ist 76 und will in zwei Jahren die Politik verlassen. 21 andere republikanische Senatoren jeoch müssen sich in knapp zwei Jahren zur Wiederwahl stellen; diese Tatsache ist ein wesentlicher Faktor bei den bevorstehenden militärpolitischen Entscheidungen und Abstimmungen im Senat.

Unter dem lockeren Regime Goldwaters im Verteidigungsausschuß des Senats dürfte der Einfluß Sam Nunns, der zu den konservativsten Demokraten zählt, noch gestiegen sein, zumal es eine Reihe von militärpolitischen Problemen gibt, in denen er mit Goldwater konform geht.

Nunns Einfluß

Das wurde bereits bei der ersten öffentlichen Anhörung über Reagans Fünfjahresplan zur Verteidigung deutlich. Nunn und Goldwater kritisierten zeitweise mit gleichen Argumenten die mangelnde Einsatzbereitschaft amerikanischer Truppeneinheiten bei Kriseneinsätzen in Übersee.

Beide bilden darüber hinaus eine Koalition ihn ihrem Kampf gegen die Verschwendung von Finanzen und Material, die sich durch die mangelnde Koordination zwischen den US-Streitkräften ergibt. Nunn widmet sich nicht zuletzt deshalb diesem Problem, weil es seine eigene Position in seiner Kampagne gegen die unzureichenden Verteidigungsbemühungen der europäischen Bündnispartner schwächt. Das Schwergewicht seiner künftigen Kampagne wird auf der nach seiner Meinung unzureichenden Verteidigungsbereitschaft der NATO gegen konventionelle Attacken der Sowjetunion liegen.

Was immer jedoch auch Nunn ins Visier nimmt – es wird besonders die europäischen Verbündeten Geld kosten. Der wachsende Einfluß dieses Mannes, der im neuen Verteidigungsausschuß und im gesamten Senat wegen seiner fachlichen Qualifikation hohes Ansehen genießt, ist für die europäischen NATO-Partner deshalb Grund zu erhöhter Wachsamkeit.

Peres reagiert vorsichtig

Initiative Mubaraks bei PLO-Ausschluß willkommen

E. LAHAV, Jerusalem

„Wenn der ägyptische Präsident Mubarak direkte Verhandlungen zwischen uns und einer jordanisch-palästinensischen Delegation – unter Ausschluß der PLO – vorschlägt, so ist dies zweifellos eine positive Änderung in der Haltung Ägyptens". Mit diesen Worten reagierte Israels Premier Peres auf die Friedensinitiative Mubaraks. Vor Journalisten in Jerusalem fügte er jedoch hinzu, erst müsse er den Wortlaut prüfen, ehe er der Regierung eine offizielle Stellungnahme vorschlagen könne. Der Plan war vor zwei Tagen in einem Interview der „New York Times" erschienen.

Die Äußerungen Mubaraks kamen für Israel überraschend. Erst am vergangenen Donnerstag hatte sich Peres in Bukarest zu einem Geheimgespräch mit Mohammed Adallah, dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des ägyptischen Parlaments, getroffen. Dabei war der Friedensplan nicht erwähnt worden. Auf ausdrückliche Bitte Kairos hielt Peres das Gespräch wie verabredet geheim. Er war überrascht, daß es jetzt von Mubarak erwähnt wurde.

Für die Israelis stellt sich die Frage, was Mubarak mit dem Begriff „jordanisch-palästinensische Delegation" meint. Das Camp-David-Abkommen von 1978 verpflichtet Israel, die Jordanier sowie Vertreter „der Palästinenser" zu den Autonomieverhandlungen heranzuziehen. Eine Erwähnung der PLO war in dem Abkommen vermieden worden.

In dem Interview äußerte sich Mubarak nur sehr vage über diesen Punkt. Vor Reportern in Kairo sagte er jedoch, daß die palästinensischen Mitglieder der Delegation von der PLO gewählt werden müßten. Das mindert die Annehmbarkeit des Planes für Israel. Denn es ist anzunehmen, daß die PLO nur solche Vertreter wählen wird, die ihrer politischen Linie folgen. Ob sie formell Mitglieder der PLO sind oder nicht, ist dabei kaum von Bedeutung.

Peres teilt nicht die Befürchtungen von Likud, daß Mubaraks Initiative nur ein Manöver sei mit dem Ziel, Washington zu beeindrucken, wenn er in Kürze die Amerikaner um Finanzhilfe angehen werde. (SAD)

Wo wählte Tschernenko?

AFP, Moskau

Der 80 Sekunden lange TV-Bericht über die Stimmabgabe von Staats- und Parteichef Tschernenko bei den Wahlen zum Obersten Sowjet, den das sowjetische Fernsehen am vergangenen Sonntag viermal ausstrahlte, soll im Prominentenkrankenhaus in Moskau-Kunzewo entstanden sein. Zuverlässige Quellen versicherten am Dienstag, Augenzeugen hätten berichtet, daß ein Fernsehteam am Sonntagmorgen in dem für hohe Funktionäre vorbehaltenen Krankenhaus eingetroffen sei. Tschernenko, der an einem unheilbaren Lungenemphysem leiden soll, war bis dahin seit Ende Dezember nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen worden.

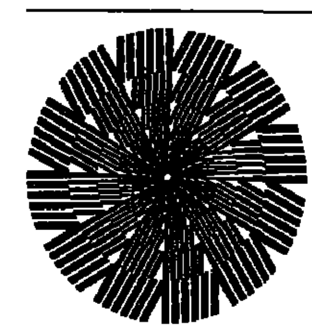
Diese Angaben stehen im Widerspruch zu Mitteilungen des Moskauer Außenministeriums, Tschernenko habe „zu Hause" gewählt. Die kurze Fernsehreportage wollte demgegenüber suggerieren, der Kreml-Chef habe in einem Büro seinen Stimmzettel abgegeben. Westliche Beobachter vertreten jedoch die Meinung, die Filmaufnahmen seien in einem Zimmer und nicht in einem öffentlichen Wahllokal gedreht worden.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Zielbereiche: Gesundheit, Beauty-Fitness, Freizeit, Heimwerker, Sport . . .

Gesucht werden: **Neue oder bewährte Produkte und Produktideen**

für die Serienfertigung und für den Vertrieb – auch in Lizenz oder Vertretung.



Meine Partner sind starke Unternehmen im süddeutschen Raum mit großen Erfahrungen im Vertrieb, starken Entwicklungskapazitäten und Produktionsbetrieben in der *Feinwerk-, Elektro- und Kunststofftechnik* sowie Elektronik. Hoher Qualitätsstandard und anspruchsvolles Design sind kein Problem.

Voraussetzung für die Kontaktaufnahme sind marktfähige Produkte.

Unsere Zusammenarbeit führt über ein ausführliches Informationsgespräch zu Direktverhandlungen.

Informationen und Offerten erbittet **Armin E. Wieland** Unternehmensberatung Marketing Bannholzring 6, D-7251 Weissach Telefon 07044/3076

Wir suchen

Handelsvertreter

für die PLG 2, 3, 5, 7, 8, die in Kliniken und Krankenhäusern (Unfall-Chirurgie und Orthopädie) bei Ärzten und Verwaltungen gut eingeführt sind und bislang wenige Spezialprodukte vertreten. Umsätze und Provisionserwartungen sind bei entsprechendem Einsatz außerordentlich.

Bewerbungen mit entsprechenden Nachweisen unter S 13 909 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir sind Hersteller/Importeur von Vliesputztüchern und Betriebs- sowie Waschraumhygiene-Artikeln und suchen für den Großraum Hannover und Großraum Frankfurt/M. Handelspartner oder Vertretung für die Zielgruppen:

1. **Industrie-, Maschinen-, Kfz.- und Handwerksbetriebe.**
2. **Krankenhäuser, Kliniken, Heime und Schulen.**
3. **Lebens- und Nahrungsmittelindustrie.**

Angeb. u. G 13 901 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

PERSONALABBAU – BESCHAFFUNG?
Erfahrener PERSONALBERATER durch Wettbewerbsbeschränkung, *sofort frei, bietet* Zusammenarbeit/Übernahme von Einzelprojekten (Vollzeit), z. B. Personalkrisenmanagement bei Abbau (Ermittlg. v. Betroffenen, Hilfe bei Bewerbungsmaßnahmen etc.) oder bei hohem Bedarf, z. B. Vertriebserw., Diversifikation, Niederlassungen etc. Strengste Vertraulichkeit. Kontaktaufnahme erbeten unter X 13 738 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsgruppen gesucht

für Erwerbermodelle Berlin – Altbau

Sehr gute Bausubstanz. Vollfinanzierung, professionelle Abwicklung.

Zuschriften erbeten unter ZC 2063 an Hans Kegeler Werbung, Bundesallee 35, 1000 Berlin 31

Berliner DOB-Fabrikant
sucht wegen Ausscheidens eines Gesellschafters stillen od. tätigen Teilhaber. Es besteht eine zukunftsorientierte Rendite. Langjähriger Kundenstamm vorhanden. Eigenkapital ab 100 000,– DM erforderlich.
Angeb. u. L 13904 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Manager auf Zeit
Betriebswirt und Maschinenbau-Ingenieur frei für
- Organisationsaufbau mit Umsatzgarantie
- Sanierungen
- Sonderaufgaben
- Übergangslösungen

25jähr. Berufserfahr. i. Stahl-, Maschinen- u. Apparatebau sowie Montagen.
Johann-W. Becker
Lenbachstraße 41, 4300 Essen 1
Telefon 02 01 / 70 67 24

EXPORTEURE

Wir würden gern als Ihre Alleinvertretung in Indien tätig werden für alle Ihre Erzeugnisse – von der Sicherheitsnadel bis hin zu schweren Maschinen. Wir bieten Ihnen großzügige Bedingungen und garantieren gute, einträgliche Geschäfte.

INDIAN EXPO · 21, Venkatakrishna Road, Mandavelli
Madras 600 028, P.O. Box 5099, Indien

Existenz der Superlative

Neu in Deutschland:
DYNAMIK EVOLUTION – Das Tor zum Erfolg

Das erste Audioprogramm, das den „Computer Unterbewußtsein" auf nachhaltigen, dauerhaften Erfolg programmiert. Einfache Anwendung. Nachweisliche Spitzenerfolge! Zielgruppe: Jeder Bürger ein Kunde.
Durch unser DYNAMIK-Vertriebssystem lösen wir eine positive Massenbewegung aus.

Von Anfang an dabeisein!

Wir vergeben kurzfristig 60 Bezirke in Deutschland mit lukrativen Verträgen. SIE, als Manager, sollten in Ihrem Gebiet 100 Mitarbeiter führen können und über eine kurzfristige Investition von DM 12 000,– verfügen. Vertriebsexperten mit Erfahrung und möglichst eigenem Büro verdienen nach dem 3. Monat mehrfach fünfstellig. Eilzuschriften an die Zentrale.
DYNAMIK FÖDERATION, Postfach 1, 7909 Dornstadt,
Tel. 0 73 48 / 2 20 22 (auch Sa. u. So. 13–17 Uhr).

Hervorragende geschäftliche Gelegenheit in Nordamerika
In ganz Nordamerika tätiges kanadisch-amerikanisches LKW-Transportunternehmen zum Verkauf. Moderne, viels., gut unterhaltene Betriebsausrüstung sowie Grundbesitz vorh. Erfahr. Management am Platze, das bis zum Verkauf der Fa. bleibt. Bruttoumsatz 1984 über $ 5 Mio. Angebote nur von geeigneten Parteien erbeten:
William H. Shawn, c/o Grove Jaskiewics, Gilliam and Cobert, 1730 M Street, NW, Suite 501, Washington, D. C. 20 036, USA. Tel. 0 02 / 2 96 – 29 00

UNTERNEHMENSBERATUNG HARTWIG

Wir suchen

für einen Mandanten zur Übernahme oder Teilhaberschaft eine bundesweit gut eingeführte Generalvertretung. Kapitalnachweis vorhanden.

Am Kahlschlag 6 - 1000 Berlin 28

Seriöser Finanzierungsfachmann
mit Sitz in Ostwestfalen sucht Zusammenarbeit mit leistungsstarken Banken, privaten Geldgebern etc.
Ang. u. A 13 741 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Ihre Adresse in der Schweiz
mit Telefon, Telex und Postanschrift.
J. Richter, P.O. Box 50, CH-6825 Capolago

Wir bieten: PR-Beratung
Wirtschaftskontakte im In- u. Ausland, Personalberatung, Betriebsorganisation, Anlageberatung sowie weitere Dienstleistungen auf Anfrage.
Unternehmensberatung Schmidt-Thoeneboehn
Wegnerstr. 109/111, 7900 Ulm
Tel. 07 31 / 3 35 89, Telex 7 31 145

HAMBURGER FIRMA
mit guten Beziehungen in Chicago, Kanada und Australien gesucht.
Angeb. u. M 13905 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

---

Lieferanten
für ital. Herren- und Damenmode wegen Geschäftseröffnung gesucht.
Zuschr. unter Y 13 805 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Bodensanierung, Industrieabriß, Beseitigung von Industrieabfällen, Behebung von Umweltschäden

Bei diesen Problemen stehen wir mit Rat und Tat kurzfristig zu Ihrer Verfügung. Tel. 02 41 / 3 82 18 oder schriftliche Anfrage mit Ihren Problemen an

Hans J. Wirtz, Umweltschutz
5100 Aachen, Südstraße 47

UNTERNEHMER
Die Finanzierungschance ohne zusätzl. Aufwand, verbunden mit echter Betreuung. Teilen Sie bitte Tel.-Nr. u. Anruftermin mit.
Star-Management, Ltd., Keulsepoortweg, Pb. 747, NL-5900 AS. Venlo

---

Garantieanmietung
Seit Jahren betreuen wir erfolgreich mehr als 4000 Immobilienobjekte. Als finanzkräftiges und leistungsorientiertes Unternehmen sind wir für Sie und Ihre Kunden der richtige Partner für die Objektbetreuung (gewerbliche Anmietung mit Mietgarantie, Miet- oder Poolverwaltung). Sprechen Sie uns an!
IMA IMMOBILIEN MANAGEMENT GMBH Adenauerallee 48 · 5300 Bonn 1 Tel. 02 28 2 69 04 51

Vertriebspartner
gesucht. Gesellschaften- u. Anlagenberater für steuerbegünstigte und konventionelle Immobilien in süddtsch. Raum für interessante, ertragreiche Objekte in Spitzenlagen. Bewerbungen unter Y 13 739 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Internationaler Wettbewerb
Wer „vermarktet" in Lizenz weltweit den Spruch: „Die Seele ist das Abbild des Körpers in geistiger Form" in allen Sprachen?
DER WASSERMANN
c/o Rainer Scheuerer, Frankepstr. 5, D-66 Saarbrücken 2

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★ ★
FORDERUNGSANKAUF
(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

Alleinvertriebsrechte
zu vergeben. In Ihrem Wohnbereich mit laufendem Nachfolgegeschäft. Sehr hohe Rendite (konkurrenzlos), gut geeignet auch als 2. Bein.
Fa. Wela KG
Tel. 0 61 04 / 33 68

Auslieferungslager mit Gleisanschluß in Berlin hat Kapazitäten frei. Ang. unt. Z 13 740 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Kleiner Industriebetrieb im süddeutschen Raum übernimmt
Aufträge als Zulieferer
Lizenzfertigung, Montage von Kleinteilen o. ä. bevorzugt.
Personal, moderne Betriebs- und Büroräume stehen zur Verfügung.
Angeb. unter U 13 933 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DM 4,70 !
je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4 mal p.a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederwenigerstr. 49 - 43 ESSEN 15

PROVINZIAL GmbH
Betriebsübernahmen
Sanierungen
Liquidationen
Maschinen-Ankauf
D-3501 Niestetal/Kassel
Tel. 05 61/52 20 84 – Tx: 9 9 607

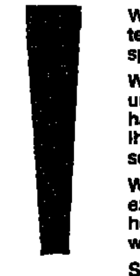
Flexible Elektrofirma
sucht Vertretung oder Service, Postleitzahlgebiet 2.
Tel. 0 41 86 / 76 08.

Wir sind ein mittelständiges Maschinenbauunternehmen für Grundüberholung und Modernisierung von Werkzeugmaschinen und suchen einige
INGENIEURBÜROS
in allen Bundesländern auf Provisionsbasis.
Anfragen an Böhnke GmbH, Hembecker Talstr. 58, 5828 Ennepetal.

Prinzessin und Herzogin
sucht adäquate nominelle Geschäftsverbindung / Beteiligung *evtl.* auch auf persönl. / *fam.* Basis.
Ausführl. Angeb. erb. u. PO 48605 an WELT-Verlag Hamburg

Firmengründungen
weltweit – Steuerdomizile.
J. Richter, P.O. Box 50, CH-6825 Capolago

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104 aufgeben.



Wir sind ein gesundes, alteingesessenes Fernverkehrsunternehmen mit 20 eigenen Zügen und decken die gesamte speditionelle Palette komplett ab.

Wenn Sie ein Industrie- oder Handelsunternehmen sind und einen jährlichen Frachtumsatz von mind. 1 Mill. DM haben, sollten wir uns unbedingt einmal unterhalten, da wir Ihnen sicher ein interessantes Angebot unterbreiten können sowie evtl. eine Beteiligung.

Wir sprechen Sie auf diesem Wege an, da wir weiter expandieren wollen und dies langfr., wie in der Vergangenheit, auf solider Basis und mit zuverlässigen Partnern tun wollen.

Sperrvermerke werden konsequent berücksichtigt; Vertraulichkeit ist selbstverständlich.

Ihre Anfragen richten Sie bitte unter B 13 742 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EXCELLENT NORTH AMERICAN BUSINESS OPPORTUNITY
Canadian-American trucking company with operations throughout North America FOR SALE. Modern, well maintained equipment of all types and real estate. Experienced management in place and will remain upon sale. 1984 gross sales in excess of $ 5 mill. Qualified principals only may respond: William H. Shawn, c/o Grove, Jaskiewics, Gilliam and Cobert; 1730 M Street, NW, Suite 501; Washington, D. C. 20036, USA, Tel.: 2 02 / 296-2900

USA
Ihre Anschrift für Texas, Florida und Georgia als Vertretung für Sie. Beste Referenzen: 2040 NE 65th Street, Fort Lauderdale, 33308/USA.
Terminvereinbarung in Deutschland: 0 40 / 4 60 30 30

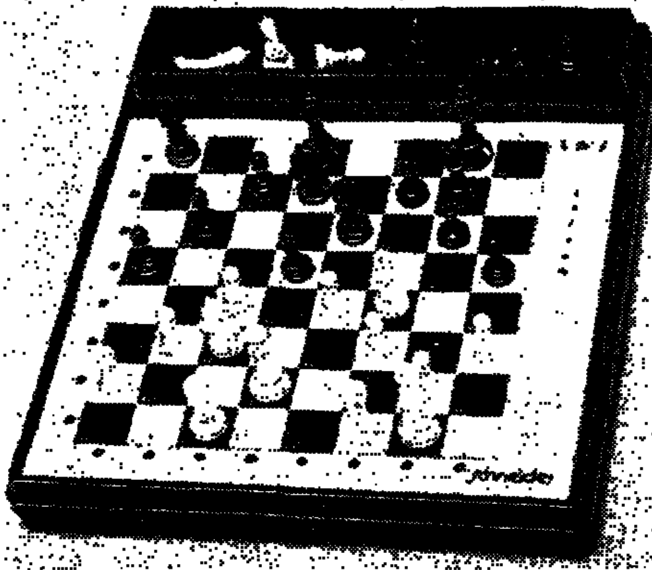
Kfz-Teilebranche
Neu gegründete Industrie- u. Handelsvertretung sucht für den norddeutschen Raum weitere Partner. Ausgezeichnete Kontakte zum Handel sowie den Automobilwerken sind seit über 15 Jahren vorhanden.
Ang. unter W 13 737 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Personal-Computer Vertriebspartner gesucht
Wir suchen bundesweit und im benachbarten Ausland selbständige Großhändler für interessantes PC-Programm. Sehr gute Verdienstmöglichkeit. Kapitalbedarf für Warenlager ca. DM 300 000,–.
Messer-Computer
Albert-Schweitzer-Ring 20
2000 Hamburg 70

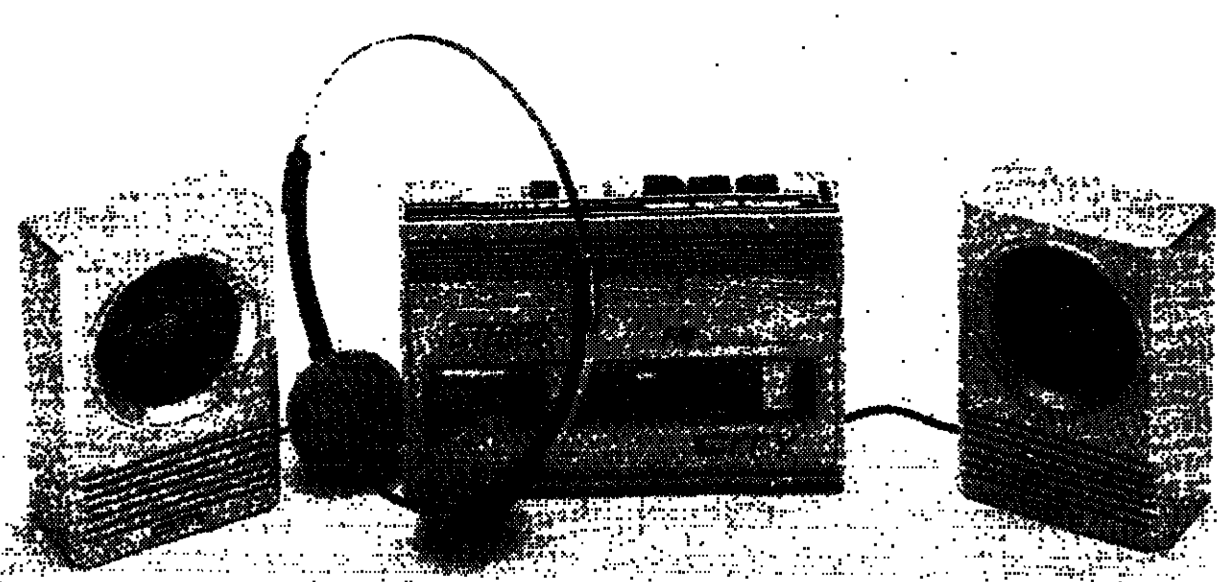
Wählen Sie Ihre Wunschprämie

Eine dieser Prämien gehört Ihnen, wenn Sie der WELT einen neuen Abonnenten vermitteln.

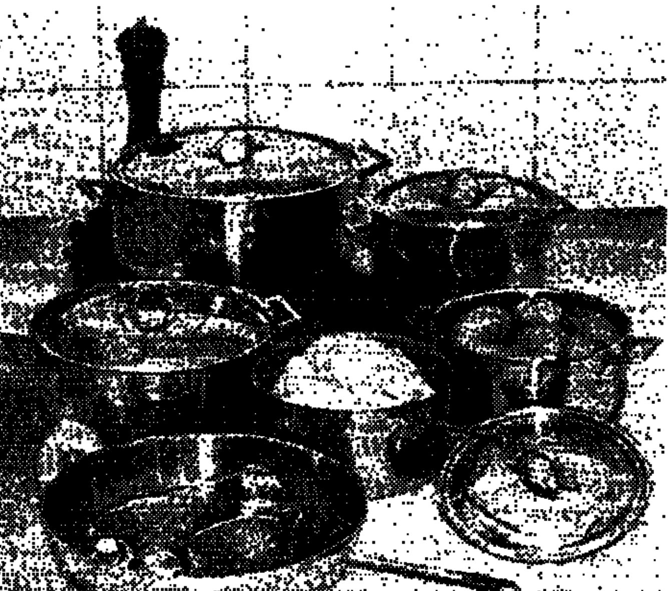
Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, Nachbarn und Kollegen über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicher werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.



Schachcomputer „Sensor Chess"
Sensortechnik, 8 Spielstärken. LED-Anzeige gibt zur Kontrolle alle Spielzüge wieder. Farbwechsel und Farbwahl. Verweigerung falscher Züge, Memory-Funktion über mehrere Monate. Mit komplettem Figurensatz. Spielt mit 4 Alkaline-Batterien ca. 100 Stunden.



Ein handlicher Stereo-Cassetten-Abspieler mit Radio
Das klangperfekte Stereo-Musik-Programm: Cassetten-Abspielgerät und eingebautes UKW-Radioteil. Funktionen: Play, schneller Vorlauf, Stop, Cassette. Mit Lautstärkeschieberegler, UKW-Stereo-Mono-Schalter, *Kopfhörerbuchse, Kopfhörer und Trageriemen. Adapteranschlußbuchse 6 Volt. Maße: 10 x 4 x 14 cm.* 2 passende Lautsprecher-Boxen werden mitgeliefert.



Ein unverwüstliches Edelstahl-Topfset mit dekorativen Messing-Griffen
Modell „Lukullus", 6teilig: 2 Fleischtöpfe 24 und 16 cm, 10 cm hoch; 2 Bräter 20 und 16 cm, 8 cm hoch; 1 Stielkasserolle 16 cm, 8 cm hoch; 1 Pfanne 24 cm Durchmesser. Rostfreier Edelstahl (Topf- und Deckelstärke 1,2 mm) mit geschliffenen Böden und massiven Messing-Griffen. Für alle Herdarten geeignet. Spülmaschinenfest.



Der neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (Absende-Datum) schriftlich widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Tragen Sie hier Ihre Wunschprämie ein und lassen Sie bitte den neuen Abonnenten mit unterschreiben.

Wir wünschen Ihnen viel Freude an Ihrer Prämie!

An: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Prämien-Gutschein

Ich bin der Vermittler
Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe untenstehenden Bestellschein).
Als Belohnung dafür erhalte ich

- ○ **den Schachcomputer**
- ○ **den Stereo-Cassetten-Abspieler mit Radio und 2 Extra-Lautsprechern**
- ○ **das Edelstahl-Topfset**

Name: ____
Vorname: ____
Straße/Nr.: ____
PLZ/Ort: ____
Telefon: ____ Datum: ____
Unterschrift des Vermittlers: ____
Der neue Abonnent ist nicht mit mir identisch.
Meine Dankeschön-Prämie erhalte ich nach Eingang des ersten Bezugsgeldes für das neue Abonnement.

Bestellschein

Ich bin der neue WELT-Abonnent.
Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 12 Monate ins Haus. Der günstige* Abonnementspreis beträgt monatlich DM 26,50
Versandkosten + Mehrwertsteuer sind eingeschlossen.

* Einsparung durch den günstigen Abonnementspreis gegenüber dem Einzelpreis jährlich DM 58,–!

Name: ____
Vorname: ____ 01-354
Straße/Nr.: ____
PLZ/Ort: ____
Telefon: ____ Datum: ____
Unterschrift des neuen Abonnenten: ____

VERLAGS-GARANTIE
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift des neuen Abonnenten: ____

„In den achtziger Jahren bringt sich wieder ein zeitweilig vergessener Faktor in Erinnerung – die Macht und die Machtpolitik von Großmächten und kleineren Staaten. Das Bewußtsein in der Bundesrepublik zögert allerdings, sich auf die neue Lage einzustellen. So ist es an der Zeit, dieser Grundtatsache internationaler Beziehungen erneut jene systematische Aufmerksamkeit zu schenken, die sie verdient." Dies schreibt Politikwissenschaftler Professor Hans-Peter Schwarz (Universität Köln) in seinem Buch „Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit". Es wird am 13. März in der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, erscheinen. DIE WELT veröffentlicht einen Vorabdruck.

Die gezähmten Deutschen

Von HANS-PETER SCHWARZ

Die Leiden der Unterdrückung und die Scheußlichkeiten technischer Kriege, zu denen verantwortungslose Machtpolitik oder auch nur dumme Machtpolitik führen, brauchen nicht eigens vorgestellt zu werden. Alpträume werden in jedem Kino und auf jeder „Friedensdemo" feilgeboten, und wer kann es den Kindern einer friedlichen Wohlstandsrepublik verdenken, wenn sie in einer Welt allgegenwärtiger Machtpolitik das Grauen packt? Viel zu wenig wird aber daran erinnert, daß man der Macht nicht zu entrinnen vermag. Sie läßt weder Völker noch einzelne entkommen, die dem Gegner allein mit diesem sympathischen Appell der Herzenserneuerung entgegentreten. Inmitten der technologischen Absurditäten globaler Machtpolitik ist der Versuch empathiebewegten Aussteigens aus der Machtpolitik leider die denkbar absurdeste Antwort. Diejenigen, denen nichts anderes einfällt, mögen allenfalls ihren Seelenfrieden retten – ihre Haut aber nicht, falls der Ernstfall wirklich eintritt.

> „Verteidigen will sich das Abendland nicht mehr – Angst will es haben, geworfen will es sein."
>
> Gottfried Benn, Kleiner Kulturspiegel, Gesammelte Werke 2, S. 491

Wer die internationale Macht als grundlegende Existenzbedingung ernst nimmt, kann nicht den leichtfüßigen Ausweg in die grünen Gefilde der Gewissensethik wählen. Genaue Beobachtung der Wirklichkeit, Kenntnis der Geschichte und skeptisches Mißtrauen gegenüber der Güte und Verbesserungsfähigkeit von Machthabern lassen einen anderen Ansatz geboten erscheinen: die Eindämmung der Macht durch verantwortliche Machtpolitik. Alle Bemühungen um die kooperative Neuordnung der internationalen Beziehungen müssen zwar weitergehen. Aber die liberalen Demokratien als stärkste Garanten einigermaßen vernünftiger Weltordnung können auch nicht auf den Einsatz von Ordnungsgewalt verzichten.

Ordnungsfunktion von Macht, verantwortliche Machtpolitik – schon diese Begriffe mögen in manchem Ohr skandalös klingen. Es ist nicht einfach, eine auf Schönwetter-Aspekte der internationalen Beziehungen fixierte Öffentlichkeit daran zu erinnern, daß Macht inmitten der Gefährdungen zwischenstaatlicher Machtpolitik möglicherweise die Lage zuverlässiger stabilisiert als manches Konzept idealistischer Weltordnung. Möglicherweise – denn im Unterschied zum Glauben der Pazifisten kann der skeptische Realist nicht mit wohlfeilen Überlebensversprechungen aufwarten. Ob bei verantwortlicher Nutzung aller Mittel unter Einbeziehung des Faktors Macht auf die Dauer durchzukommen ist, weiß niemand. Aber daß irrationaler Verzicht auf die mögliche Ordnungsfunktion von Macht sowohl die Freiheit wie den Frieden riskiert, gehört zu den ziemlich gesicherten Erfahrungen der Geschichte des 20. Jahrhunderts ...

Wissenschaft und Politik werden deutlicher als bislang geschehen herausarbeiten müssen, daß internationale Macht und Machtpolitik grundlegende Bedingungen sind, auf die man sich einzustellen hat. Nichts spricht dafür, daß die Probleme, die daraus resultieren, künftig geringer werden als in der Vergangenheit. In einem System weltweiter Interdependenzen, das aber zugleich in zahlreichen Regionen von internationaler Anarchie bedroht wird, sind die Herausforderungen der Machtpolitik eher noch größer als in der Vergangenheit.

Den beunruhigenden Sachverhalt der Macht ernstzunehmen heißt allerdings nicht dafür plädieren, daß sich die Bundesrepublik Deutschland etwa von den Prinzipien abwendet, von denen sie sich seit ihrer



Professor Dr. Hans-Peter Schwarz ist Direktor des Forschungsinstituts für Politische Wissenschaften und europäische Fragen der Universität Köln. Er ist Autor der Bände 2 und 3 der Geschichte der Bundesrepublik „Die Ära Adenauer 1949–1957 und 1957–1963"; „Adenauer-Briefe 1945 bis 1947"; „Handbuch der deutschen Außenpolitik"; „Vom Reich bis zur Bundesrepublik". FOTO: SVEN SIMON

Gründung leiten läßt: internationale Zusammenarbeit, friedliche Konfliktlösung, Respekt vor dem Lebensrecht anderer Völker, Verantwortung für die Aufrechterhaltung internationaler Ordnung – im Bereich der liberalen Industriestaaten ebenso wie im Verhältnis zu den kommunistischen Gegnern und weltweit.

Aber jenen Staaten und Staatengruppen gegenüber, die weiterhin harte, vielfach unverantwortliche Machtpolitik betreiben, oder mit Blick auf jene Regionen, in denen internationale Anarchie schrankenloser Gewaltpolitik herrscht, ist eine rein deklamatorische Prinzipienpolitik lächerlich. Ein Land, dessen Regierung fast ausschließlich von Friedenspolitik spricht und in dessen Öffentlichkeit vorzugsweise von der Welt ohne Macht geträumt wird, wäre in einer Welt voller Machtpolitik und Machtmißbrauch zum Untergang verurteilt, vielleicht auch bloß zum Vasallenstaat im europäischen Imperium der Sowjetunion.

Wird diese Ausgangsüberlegung akzeptiert, dann kann man aber der für viele lästigen Einsicht nicht ausweichen, daß selbst ein Staat mit geläuterter Einstellung zur Macht wie die Bundesrepublik den Roulettisch der Machtpolitik nicht verlassen kann. „Aussteigen" ist unmöglich. Eskapisten werden von den Machttatsachen und den Machtstaaten eingefangen, zu Verstand gebracht oder umgebracht.

Auf unabsehbare Zeit ist ein den internationalistischen Idealen verpflichtetes Volk bei der Gestaltung seiner Außenpolitik zur „Doppelstrategie" genötigt: einerseits Arbeit an einer internationalen Ordnung, in der Macht gebändigt ist und in der die Grundsätze internationaler Zusammenarbeit gelten, andererseits verantwortliche Machtpolitik, um die eigene Unabhängigkeit und das eigene Überleben inmitten des europäischen Spannungssystems und in einem von der Machtpolitik erschütterten Weltstaatensystem zu gewährleisten, aber auch, um den Zusammenbruch der liberalen internationalen Ordnung zu verhindern.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß sowohl in Teilen der Öffentlichkeit wie auch der Wissenschaft bisher keine große Neigung besteht, diese unangenehmen Tatsachen des Daseins zur Kenntnis zu nehmen oder gar daraus Konsequenzen zu ziehen. Bewußtseinsveränderungen in Politik und Öffentlichkeit der Bundesrepublik sind somit unumgänglich. Nachdem die Machtbesessenheit früherer deutscher Außenpolitik erst zur großen Katerstimmung und dann zu einer gewissen pastoralen

> „Der Historiker beobachtet, erzählt und analysiert, ohne sich deshalb zu engagieren. Der Bürger Europas sollte sich jedoch nicht, wozu er allzu häufig neigt, im Parkett niederlassen und dem Ablauf des Stücks zuschauen, als ob es ihn nichts anginge und er auf seinen Ablauf keinen Einfluß hätte. Wir Europäer spielen in dem Stück, das auf dem Welttheater gespielt wird, unsere Rolle, ob wir nun tätig oder untätig dabei sind."
>
> Raymond Aron: Die imperiale Republik, 1973, S. 16

Machtvergessenheit geführt hat, ist es Zeit für die Bewußtseinsmodifikation hin auf eine vernünftige Mittellage. Friedenswille und Machtinstinkt, Dialogpolitik und verantwortliche Machtpolitik, Sinn für die eigenen Machtinteressen und Respekt vor den Wünschen anderer, machtbewußte Eindämmung der internationalen Anarchie und Arbeit am Aufbau eines kooperativen internationalen Ordnungssystems müssen sich in einem gewissen Gleichgewicht befinden."

Weizsäcker nimmt die Vertriebenen in Schutz

„Innerdeutsche Beziehungen heute zu negativ beurteilt"

DW. Bonn

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat sich in einem Interview des SFB-Fernsehmagazins „Kontraste" erfreut darüber gezeigt, daß die Gedenkveranstaltungen zum 40. Jahrestag der Zerstörung Dresdens nicht zur Konfrontation zwischen gegenwärtigen Positionen der beiden Staaten in Deutschland geführt, sondern das Gemeinsame zur Sprache gebracht haben. Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, erklärte im Anschluß an die Sendung, seine Partei sehe sich in ihrer Auseinandersetzung mit der Bundesregierung um die Deutschlandpolitik durch die Äußerungen Weizsäckers bestärkt. Die WELT bringt im folgenden wesentliche Auszüge aus dem Interview:

„Ich glaube, daß der 13. Februar – so wie manche andere Daten, die sich in diesem Jahr zum 40. Mal jähren – hüben und drüben die Erinnerung wachruft an etwas, das damit abgeschlossen war, und etwas anderes, das neu begonnen hat. Ich möchte aber sagen, daß gerade etwa am 13. Februar in Dresden durch das, was dort amtlich gesagt worden ist, eigentlich weniger Konfrontation in die Gegenwart bezogen, sondern mehr Gemeinsames an Schicksal im Krieg und an Kriegsende zur Sprache gekommen ist."

Auf die Frage, ob er für eine Entrechtlichung der deutschen Frage plädiere, antwortete Weizsäcker: „Nein. Wir haben Sachen, über die wir uns nicht verständigen können. Wenn Sie (aber) in den Grundlagenvertrag hineingehen, können Sie feststellen, daß dort festgesetzt worden ist, daß es Dinge gibt, über die man sich einigen kann. Ich bin dafür, daß man sich an solche getroffenen Vereinbarungen auch hält. Man soll das Vokabular nicht ändern. Und man soll in bezug auf die Dinge, die dort angestrebt sind, auch zügig miteinander arbeiten. Das gibt manchmal Schwierigkeiten, manchmal weniger Schwierigkeiten. Im letzten Jahr waren die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten mit etwas zu großen Erwartungen belastet gegenüber der Realität. Heute sieht es manchmal so aus, als läge ein Mehltau auf ihnen. Für mein Gefühl werden sie heute manchmal etwas zu negativ beurteilt."

Auf die Frage, ob er Honecker zustimme, wenn dieser sage, so schlecht, wie sie gemacht würden, seien die deutsch-deutschen Beziehungen nicht, antwortete der Bundespräsident: „Es liegt an uns, die Wahrheit dieses Satzes auch von uns aus sagen zu können und entsprechende Erwartungen an die Führung in der DDR zu haben."

Zu dem Revanchismus-Vorwurf der osteuropäischen Länder gegenüber der Bundesregierung sagte Weizsäcker: „Ich glaube, daß wir den Höhepunkt dessen, was wir auf diesem Gebiet gehört haben, doch vermutlich hinter uns haben. Ich halte einen Vorwurf von Revanchismus für ganz unbegründet. Wir haben uns ganz eindeutig nicht nur in Verträgen, sondern auch in gegenwärtigen Erklärungen darauf festgelegt, daß wir keine Gebiets- und Grenzforderungen haben. Und etwas anderes könnte ja Revanchismus nicht bedeuten. Es geht uns um einen Beitrag zur Entspannung, einer Entspannung, die uns langfristig der Zusammengehörigkeit Europas näherbringt."

„Wer das Schicksal des Verlustes der eigenen Heimat und der Vertreibung aus der Heimat selber nicht erlebt hat, der wird sich schwer tun nachzuempfinden, wie es den Menschen damals gegangen ist und was es für sie bedeutet. Die Vertriebenen haben als erste den Begriff des Gewaltverzichts genannt und sind auf ihn verpflichtet. Das heißt, daß man andere Menschen in bezug auf ihre eigene Zukunft nicht verunsichern will. Die Polen, die heute in Breslau leben, leben dort genauso wie die Heimatvertriebenen bei uns seit nunmehr 40 Jahren. Wir wollen ihnen nicht das Gefühl vermitteln, daß sie dort auf Zeit oder auf Pump leben. Das ist das, was ich unter Gewaltverzicht heute verstehe."

Für die Kinder und Enkel der Vertriebenen wäre es selbstverständlich, daß sie sich für ihre Kultur und die Herkunft ihrer Vorfahren interessieren; aber man solle ihnen doch nicht nahebringen, daß sie, „die nun als Stuttgarter oder Kölner aufgewachsen sind, in ihrem eigenen Lebensgefühl Vertriebene" seien. „Wenn wir uns auf diese menschlichen Sachverhalte verständigen können, dann verliert, glaube ich, die politische Diskussion an Schärfe und, wenn ich so sagen darf, auch einfach an Bedeutung."

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Neubergers Eigentor

„Deutschland 0:1": WELT vom 20. Februar

Dem Kommentar von Herbert Kremp kann nur voll zugestimmt werden; meines Erachtens ist er noch vornehm und zurückhaltend geschrieben. Tatsächlich haben die Herren des DFB nicht nur harte Kopfbälle hinnehmen müssen, sie sind dabei auch noch auf den Hinterkopf gefallen! Herr Neuberger sollte schnellstens die „rote Karte" erhalten.

Sport gehört nicht in die Politik – so sollte es sein. Aber inzwischen weiß doch jeder politische Laie, daß der Sport gerade von den Ostblockstaaten für ihre politischen Interessen kalt mißbraucht wird. Sollte Herr Neuberger wirklich noch nicht zu dieser Erkenntnis gekommen sein? Er ist „stolz und glücklich zugleich", die EM-Endrunde in die Bundesrepublik Deutschland – ohne Berlin – erhalten zu haben. Dieses Verhalten kann nur als Verrat an Berlin und damit an Deutschland bezeichnet werden. Kein englischer oder französischer Sportfunktionär hätte solch einer faulen Sache zugestimmt.

Mit freundlichen Grüßen
W. Grote,
Lübbecke 3

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Neuberger hat doch sicher die Fußball-EM in seiner Eigenschaft als Präsident des DFB übernommen und nicht als Repräsentant oder politischer Führer der Bundesrepublik Deutschland. Zum Bereich des DFB gehört aber auch Berlin (West). Schon deshalb hätte er besser auf die Ausrichtung verzichten sollen, statt sich erpressen zu lassen. Wenn die UEFA das sportfreudige Berliner Publikum aussperren möchte, soll sie sich doch mit den britischen Rowdys herumschlagen.

Mit sportlichen Grüßen
Günther Mayer,
Essen 16

*

Sehr geehrte Redaktion,

wer dem DFB-Chef Neuberger lediglich „Naivität und Blauäugigkeit" bescheinigt, geht an der Tatsache vorbei, daß sich Herr Neuberger durchaus im klaren darüber war, daß er es im Fall der Ostblockfunktionäre mit Leuten zu tun hatte, die bewußt in erster Linie politische Interessen vertreten. Naivität ist die Kombination von Irrtum und gutem Willen, und davon kann hier nicht die Rede sein.

Man muß Herrn Neuberger leider Schlimmeres bescheinigen: Er ist in würdeloser Weise vor besagten Ostblockfunktionären zu Kreuze gekrochen, ohne daß er unter irgendeinem Zwang gestanden hätte, unter den er sich nicht selbst gesetzt hätte.

Allerdings ist das hier zum Vorschein gekommene, im Westen weitverbreitete Sportfunktionärs-Syndrom nichts Neues: Die Unfähigkeit, etwas anderes zu sehen als die egoistischen Verbandsinteressen, führte im Vorfeld der Olympischen Spiele 1980 dazu, daß sogar höchste Olympia-Funktionäre ihre eigene IOC-Satzung „vergaßen", die eindeutig bestimmte, daß ein Land, das einen Angriffskrieg führt, nicht gleichzeitig Olympische Spiele ausrichten darf.

Und wenn Herr Neuberger Kritik als „Wahlkampf" zu diffamieren sucht, so kann ich dies nur als eine Mischung von Dummheit und Arroganz bezeichnen.

Mit freundlichen Grüßen
W. Kurth,
Magstadt

*

„Neuberger wehrt sich gegen Kritik ...": WELT vom 21. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

der SPD-Kandidat für Berlin, Hans Apel, hat „kein Vertrauen in Verhandlungsgeschick und politisches Fingerspitzengefühl Neubergers".

Das Veto dreier Ostblockländer gegen Berlin als Teilnahmeort der EM ist aber gerade das Ergebnis der Verhandlungskunst der SPD. Da lassen sich Willy Brandt und Egon Bahr für eine „Ostpolitik" feiern, die keine Politik war. Ein kaufmännischer Lehrling der SPD/DGB-eigenen Coop im ersten Lehrjahr hätte für die Milliarden Mark, die wir zahlen, bessere Konditionen bei Verhandlungen mit dem Ostblock herausgeholt als Willy Brandt.

Was Brandt für West-Berlin nicht erreicht hat, soll man Neuberger nicht ankreiden. Apels Vorwürfe kämen in Unkel an die richtige Adresse.

Mit freundlichen Grüßen
G. Benjamin,
Hamburg 54

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wucher-Zoll

„Leserbrief: Die Vergessenen": WELT vom 12. Februar

Es ist ja ganz schön und richtig, daß man die Deutschen in Rumänien (in der WELT vom 14. 2. ca. 250 000, im Fernsehen am 13. 2. ca. 30 000!) unterstützen soll. Aber es ist nicht oder kaum möglich, Pakete an sie zu schicken. Ein größeres Paket mit getragenen Kleidern und Lebensmitteln (Fracht 70 Mark) an eine betagte Empfängerin (Rente umgerechnet 300 Mark monatlich) sollte mit einem rumänischen Zoll in Höhe von umgerechnet 1000 Mark (!) ausgelöst werden, was aber unmöglich war. So ging das Paket wieder in die Bundesrepublik Deutschland zurück, mit erneuten Frachtkosten von 70 Mark.

In dieser Hinsicht hätte Herr Genscher auch einmal etwas für die Besserung der beiderseitigen Beziehungen tun können! Diese rumänischen Zollgebühren sind eine Schamlosigkeit sondergleichen!

Mit freundlichem Gruß
G. Gerstner,
Freiburg

Nicht korrekt

„Sonnenschein-Blei nicht gefährlich": WELT vom 13. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

es wurde über das Ergebnis der Blutbleiuntersuchungen bei 132 Anwohnern der Bleiakkumulatorenfabrik Sonnenschein, Berlin, berichtet, welche das Bundesgesundheitsamt Berlin durchgeführt und der Tempelhofer Bezirksvorsteher Christian verbreitet hat. Die empfindlichste Methode zur Bleiaufnahme durch den Menschen – die Blutbleiuntersuchung – hat einen Durchschnitt von acht bis neun Mikrogramm Blei je 100 ml Blut bei den Testpersonen erbracht. Die beiden höchsten Werte liegen bei 16,7 und 14,3 Mikrogramm Blei.

Die für die Beurteilung dieser Analysen maßgebende „EG-Richtlinie 77/312 vom 29. 3. 1977 über die biologische Überwachung der Bevölkerung auf Gefährdung duch Blei" begrenzt die zulässigen Blutbleigehalte in folgender Weise: 98 Prozent der Testpersonen müssen unter 35 Mikrogramm Blei, 90 Prozent unter 30 und 50 Prozent unter 20 Mikrogramm Blei liegen.

Es ist also falsch, wenn in der Meldung behauptet wird, daß 20 Mikrogramm Blei im Blut bereits gefährdend sind. Es ist ebenso unrichtig, daß das vorliegende Gesamtergebnis auf eine „gesundheitliche Gefährdung" hindeutet.

Richtig ist vielmehr, daß die Anwohner nicht gefährdet sind, weil der Sicherheitsabstand zu einer möglichen Gefährdung sehr groß ist.

Im übrigen liegen die ermittelten Durchschnittswerte sogar unterhalb der bekannten, völlig unbedenklichen Meßergebnisse in Ballungsgebieten (zehn bis 15 Mikrogramm Blutblei).

Trotzdem wird in der amtlichen Verlautbarung tendenziös von einer Gefährdung gesprochen. Es ist schon sehr bedenklich, wenn offizielle Mitteilungen nicht korrekt sind.

Mit freundlichen Grüßen
Dr.-Ing. F. Hiller,
Bad Nauheim

Wort des Tages

„Es ist nicht der geringsten Gnaden eine auf Erden, fromme, treue Nachbarn zu haben. Denn die können alles Gute tun; und damit ist der Friede besser gefestigt, als wenn eine Stadt aller Welt Macht hätte und mit eitel eisernen Mauern verwahret wäre."

Martin Luther (1483–1546)

Doch Hilfe

„Äthiopien fordert Bonn zu Entwicklungshilfe auf"; WELT vom 19. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem Bericht schreiben Sie: Nach der Machtübernahme der Kommunisten in Addis Abeba vor zehn Jahren hatte Bonn die Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe mit und für Äthiopien eingestellt.

Mir scheint dies nicht die volle Wahrheit zu sein. So wird das Vorhaben „Kfz-Fachkräfte der Relief und Rehabilitations-Commission" seit 1974 gefördert. In ihr werden Abessinier von deutschen Fachkräften ausgebildet, die Zentralwerkstatt mehrfach erweitert und deren Einrichtung verbessert.

Es wurde also doch Entwicklungshilfe oder Zusammenarbeit vorgenommen.

P. Range,
Titisee-Neustadt

Personalien

PRÄSIDIALAMT

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** wird am Donnerstag Heidelberg besuchen. Die Stadt gedenkt an diesem Tage des ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, **Friedrich Ebert**, dessen 60. Todestag am 28. Februar ist. Baden-Württembergs Ministerpräsident **Lothar Späth** und Heidelbergs Oberbürgermeister **Reinhold Zundel** werden den Bundespräsidenten am Morgen auf dem US-Flughafen in Heidelberg begrüßen. Im Rathaus trägt sich von Weizsäcker in das Goldene Buch ein. An den Gesprächen über eine nationale Gedenkstätte für **Friedrich Ebert** in Heidelberg wird im Rathaus auch der SPD-Vorsitzende **Willy Brandt** teilnehmen. Anschließend besucht der Bundespräsident zusammen mit dem Oberbürgermeister das Geburtshaus von Friedrich Ebert in der Pfaffengasse. Auf dem Bergfriedhof wird von Weizsäcker am Grabe von Friedrich Ebert einen Kranz niederlegen. Auch Bundeskanzler **Helmut Kohl**, vertreten durch seinen Parlamentarischen Staatssekretär **Peter Lorenz**, wird am Grabe des ehemaligen Reichspräsidenten einen Kranz niederlegen lassen. Für Bundespräsident von Weizsäcker gibt es anschließend ein Treffen mit Schülern. Das Staatsoberhaupt trifft sich mit der 13. Klasse des Leistungskurses Geschichte im Kurfürst-Friedrich-Gymnasium. Heidelberg, vollgepackt für von Weizsäcker mit Gesprächen, hat noch mehr zu bieten: Mit Repräsentanten der Universität wird der Präsident die Vorbereitungen zur 600-Jahr-Feier der Uni Heidelberg im Jahr 1986 durchsprechen. Vor seiner Abreise besucht der Bundespräsident außerdem noch das Europäische Laboratorium für Molekularbiologie.

GEBURTSTAG

Der seit 1972 in Freiburg lehrende Professor **Werner Ehrlicher** feierte seinen 65. Geburtstag. Im Rahmen einer Feierstunde aus Anlaß des Geburtstages waren zahlreiche Ehrengäste aus Politik und Wissenschaft nach Freiburg gekommen, darunter der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. **Helmut Geiger**, und der Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, Dr. **Helmut Schlesinger**; den Festvortrag hielt Professor **Karl Häuser** aus Frankfurt am Main. Ehrlicher, in Oberfranken geboren, lehrte nach seiner Habilitation in Erlangen, Heidelberg und Freiburg Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft. 1963 folgte er einem Ruf nach Hamburg, wo er bald darauf auch die Leitung des Instituts für das Spar-, Giro- und Kreditwesen übernahm. In den Jahren 1967 bis 1969 war Professor Ehrlicher an der Universität Hamburg, 1972 erhielt er einen Ruf nach Freiburg. Neben den zahlreichen Veröffentlichungen wurde er insbesondere durch die Zeitschrift „Kredit und Kapital" zusammen mit Professor **Lipfert** im Jahre 1968 bekannt.

VERANSTALTUNG

Seit zwei Jahrzehnten wird **Franz Josef Strauß** alljährlich beim Schwabinger Fischessen ein sinniges Geschenk überreicht, mal war's ein Nebelhorn, mal eine Dampfmaschine, ein Leierkasten und ein Fernrohr waren auch dabei. In diesem Jahr gab es für den Parteichef und Ministerpräsidenten das Modell des BMW-Rennwagens M 1 mit Katalysator und den gereimten Rat, mit diesem Gefährt voranzufahren, auf daß sich die Nebel in Bonn lichten, die – zumindest aus Münchner Sicht – dem Kanzler den Horizont verengten und den **Vogel** zum Blindflug im Zickzack verleiteten. „Du bist für uns, bei meiner Treu', der ungekrönte Bayernleu", wurde der Landesvater gelobt, worauf er sich herzlich bedankte und den 1200 fischessenden Zuhörern ungeschminkt erzählte, was er vom Trubel um den Abgas-Katalysator hält: „Man soll erst dann reden, wenn man sich über die technischen, wirtschaftlichen und sonstigen Probleme der Abgasreinigung im klaren ist." Was darüber bisher geredet wurde, ist für Strauß „Gegacker, bevor die Henne das Ei spürt". Sollte sich dieser oder jener Unions-Politiker betroffen fühlen, dann bittet ihn Strauß schon vornweg um Entschuldigung: „Man muß mir manchmal verzeihen, wenn ich die Opposition von innen her mache und mich über manches Wichtige und weniger Wichtige aufrege."

EHRUNG

Der Marburger Unternehmer, Musikautor und Kunstmäzen **Wolfgang Sulzer** wurde in Würdigung seiner zahlreichen Veröffentlichungen über Mozart-Werke und seiner Initiative bei der Gründung eines Fonds zum Erwerb von Mozart-Autographen mit der Goldenen Mozart-Nadel geehrt. Bei der Überreichung der Auszeichnung in Mozarts Wohnhaus in Salzburg erklärte der Präsident der Internationalen Stiftung Mozarteum, **Richard Spängler**, daß sich Wolfgang Sulzer vor allem mit seinen kritischen Beiträgen zu den Opern „Figaros Hochzeit", „Die Entführung aus dem Serail" und „Die Zauberflöte" als ein besonders engangierter Mozartianer erwiesen habe.

AUSZEICHNUNGEN

Zur Eröffnung der „didacta 85" hat die Bonner Bildungsministerin **Dorothee Wilms** in Stuttgart die Preisträger im Ideenwettbewrb „User's Input" bekanngegeben. Die ersten Preise – jeweils ein Microcomputer im Wert von 4000 Mark – gingen in der Gruppe der Auszubildenden an den schwerbehinderten Feingeräte-Elektroniker **Xaver Spitz** (23) aus Neumarkt bei Nürnberg und in der Gruppe der Ausbilder an **Hans-Jochen Nadler** (34) aus dem bayerischen Münchsmünster bei Neustadt an der Donau.

*

Mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland wird heute der Frankfurter Tierpfleger **Hellmut Neubüser** ausgezeichnet. Neubüser ist seit 1946 Tierpfleger im Zoologischen Garten von Frankfurt am Main. Er war maßgeblich an der Entwicklung und Anerkennung des Ausbildungsberufes Tierpfleger beteiligt.

ERNENNUNG

Der Vorstandsvorsitzende der Norddeutschen Landesbank in Hannover, Dr. **Bernd Thiemann**, ist zum Honorar-Generalkonsul Großbritanniens für die Regierungsbezirke Hannover und Braunschweig ernannt worden.

Der Ehrenvorsitzende des nordrhein-westfälischen Landesverbandes des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands, **Franz Döring**, ist im Alter von 63 Jahren gestorben. Döring hat von 1968 bis 1980 an der Spitze des VdK-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen gestanden.

Neues Auto: Entlastende Technik.

Ein neues Auto macht es Ihnen leichter:

Wenn Sie heute ein neues Auto kaufen, können Sie sicher sein, Sie und unsere Umwelt werden entlastet. Denn die moderne Automobiltechnik macht vieles leichter. Intelligente Problemlösungen stehen im Vordergrund.

Diese Technologie erhöht Ihre Sicherheit. Sie befreit Sie auch von lästigen Wartungs- und Kontrollaufgaben. Damit fahren Sie entspannter und kommen sicher an.

Ein neues Auto macht es der Umwelt leichter:

Wie sehr technische Höchstleistungen unsere Umwelt entlasten können, zeigen die neuen Autos. So sparen Sie beispielsweise viel Kraftstoff durch die Verfeinerung bei der Elektronik und der Aerodynamik.

Jeder Neuwagen verbraucht heute weniger Kraftstoff als die Modelle früherer Jahrgänge. Schon deshalb werden erheblich weniger Schadstoffe frei. So wurde z.B. bei neuen Fahrzeugen innerhalb von 10 Jahren die Emission von Kohlenmonoxid um über 50% und die von Kohlenwasserstoff und Stickoxid um 40% reduziert. Damit unterschreiten neue Autos die bei uns und in Europa gültigen Grenzwerte. Meist erfüllen sie schon die verschärften Auflagen, die in der EG erst ab 1.10.86 in Kraft treten.

Der Katalysator leistet noch mehr. Sie können sich sofort für ihn entscheiden, ihn aber auch erst später einbauen lassen. Mit bleifreiem Benzin können Sie sofort fahren – heute üblichen Kraftstoff bekommen Sie auch noch nach dem Jahr 2000. Auch der besonders umweltverträgliche Diesel ist eine gute Entscheidung. Lassen Sie sich also nicht verunsichern: Mit Ihrem neuen Auto fahren Sie vorn im Umweltschutz.

Fahren Sie ein neues Auto:

Wer heute ein neues Auto erwirbt, dient nicht nur unserer Umwelt. An Karosserie, Motor, Fahrwerk und Innenraum zeigt sich der hohe Stand moderner Technik. All dies erhöht Ihr Fahrvergnügen.

Tun Sie das Richtige: Kommen Sie zur Probefahrt zu uns. Steigen Sie um auf Ihren Beitrag zur Technik, die jeden entlastet.

Mehr für Mensch und Umwelt.
Die deutsche Automobilindustrie.

Eine Talkshow feiert Jubiläum: „Ich stelle mich" zum 50. Mal im WDF

Aber zu zahm darf es nicht sein

Claus Hinrich Casdorff, der Grandseigneur der Moderatoren des WDR, feiert goldenes Jubiläum mit seiner 50. Sendung von „Ich stelle mich", die vom Westdeutschen Fernsehen ausgestrahlt wird. Diesmal ist sein „Opfer" der deutsche Designer und Modeschöpfer Karl Lagerfeld, der sich bisher als einziger Deutscher in Paris einen Namen gemacht hat.

„Ich stelle mich" hat nach den Worten von Casdorff längst seinen eigenen Stellenwert. Die letze Einschaltquote lag bei 11 Prozent (eine gute Million), nicht übermäßig hoch, aber „sehr beachtlich" – so Casdorff. Die Sendung strebt es auch nicht an, ins begehrte erste Programm überzuwechseln. Sie will das „Dritte" reizvoller machen, schon wegen der sehr günstigen Sendezeit und wegen der Möglichkeiten, die eine Länge von 90 Minuten bietet. Auch die Verlegung der Sendung von Montag auf Mittwoch ist ihr gut bekommen.

„Ich stelle mich" bietet dem Gast große Möglichkeiten, sich darzustellen. Er weiß – so Casdorff –, daß er nicht unfair und nicht ungerecht behandelt wird. Der Gast ist es, mit dem die Sendung steht und fällt. Schwierigkeiten, geeignete Gäste zu finden, gibt es kaum. Aus welchen Beweggründen sie ihre Zusage geben, ist unterschiedlich. Die einen tun es der damit verbundenen Publicity wegen, die anderen um sich zu rechtfertigen. Bisher erhielt die Redaktion keine nennenswerte Zahl von Absagen.

Im Laufe der Zeit – die Sendung ist seit 1979 im Programm – haben sich Änderungen ergeben. Man hat festgestellt, daß es für die Sendung günstiger ist, wenn nur ein Moderator auftritt und sozusagen den roten Faden

Ich stelle mich: Karl Lagerfeld – West III, 20.15 Uhr

in der Hand hat. Wegen der Länge von 90 Minuten sind Unterbrechungen erforderlich, um sie auch unterhaltsam zu gestalten und den Zuschauer nicht zu ermüden. Das führte zur Einführung der Streitgespräche. Übrigens liebt der Zuschauer die Kontroverse und will, daß es nicht zu zahm zugeht. Auch Filmeinlagen machen die Sendung unterhaltsamer. Abwechslung ist das Losungswort.

Frauen sind mit einer oder zwei Ausnahmen bisher nicht als Gäste aufgetreten. Dies soll hauptsächlich daran liegen, daß man ihre mangelnde Fernseherfahrung fürchtet, um eine 90-Minuten-Sendung durchzustehen, und daß sie vielleicht auch nicht so viel Berichtenswertes von allgemeinem Interesse haben – Gründe, die jedoch nicht sonderlich zu überzeugen vermögen. Verlegerin Aenne Burda steht immerhin auf der Liste der Einzuladenden.

Die Vorbereitungen für die Sendung gehen folgendermaßen vonstatten: Nachdem die Zusage des Gastes vorliegt, führen Mitglieder der Redaktion Gespräche mit ihm. Aber kein Gast erfährt vorher, wer an den Streitgeprächen über ihn bei der Aufnahme teilnimmt.

Zu erwähnen wäre noch, daß es sich um eine besonders preisgünstige Sendung handelt, sowohl vom Aufwand her als auch was die Honorare anbetrifft. So erhält der Gast ein Honorar von 2000 Mark für sein Auftreten vor der Kamera und für das mehrere Stunden dauernde Vorgespräch. Politiker verzichten immer auf ihr Honorar, viele Gäste stellen das Geld für wohltätige Zwecke zur Verfügung. Um der Sendung gleichsam das Gütesiegel aufzudrücken, wird sie, anstatt bisher neun-, nun 14mal im Jahr ausgestrahlt. EVA JENTSCH

KRITIK

Wahre Experten unter sich

Wenn man zwei Reportern des ZDF glauben wollte, wäre es eine der leichtesten Sachen der Welt, deutsche Kampfpanzer Leopard 2 oder amerikanische Düsenjäger des Typs F-15 über dunkle Kanäle an Länder der Dritten Welt zu verschieben. Statt Bargeld sei Bezahlung auch mit Rauschgift möglich, suggerierte der Film **Waffenhändler** von Ingolf Falkenstein und Sigmund Gottlieb.

Dem erschrockenen Fernsehbetrachter kann versichert werden: Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß ein Kampfpanzer Leopard 2 (oder Leopard 1) illegal das Gebiet der Bundesrepublik verläßt. Vor dem Export derartiger Waffen steht das Kriegswaffenkontrollgesetz. Leopard-2-Panzer gibt es bis heute in der Bundesrepublik, den Niederlanden und der Schweiz, sonst nirgends in der Welt. Warum hat sich das reiche Saudi-Arabien, das den Leopard 2 auf Biegen und Brechen haben will, nicht wie das ZDF inzwischen auf dem Münchener Drogenmarkt bedient?

Das gilt auch für die amerikanische F-15, bei der es sich nicht, wie ein als Kronzeuge angeführter Drogenhändler in einer Münchener Grünanlage behauptete, um einen Jagdbomber handelt, sondern um einen Luftüberlegenheitsjäger. Die wahren Experten waren da unter sich. Tatsachen: Die F-15 wird gegenwärtig in der amerikanischen Luftwaffe geflogen. Mit Billigung des Kongresses wurde das Flugzeug ausgeführt an Israel, Japan und Saudi-Arabien. Sonst fliegt es nirgendwo in der Welt.

Vermutlich haben die beiden ZDF-Reporter selbst geglaubt, was ihnen Drogenhändler und Aufschneider zu sagen hatten. Zu ihren Gunsten muß man annehmen, daß sie den Stoff selbst nicht besser beurteilen konnten.

CAY GRAF BROCKDORFF

Esoterischer Spuk mit Seelenqualen

Eine prachtvolle Villa, bewohnt von einem exzentrischen Bühnenautor und seinem nicht minder exzentrischen Faktotum (der junge Mann übersetzt heimlich „Hamlet" ins Finnische). Der Autor engagiert zwei Schauspielerinnen für die Privataufführung eines von ihm verfaßten Stückes. Die Proben beginnen, das Verwirrspiel auch ...

Theater der Liebe *hieß Jacques Rivettes* Komödie über die Unberechenbarkeit von Gefühlen (ARD). Oder war es eher ein Drama? Den Akteuren gerät der angelernte Text immer mehr zur Wirklichkeit, während die Realität sich zwischendurch in Schein auflöst. Was ist noch wirklich, was schon wieder Imagination?

Die an diesem esoterischen Spuk Beteiligten bringen das Emotionstheater – unter mehr oder minder starken Seelenqualen – irgendwie hinter sich. Der Zuschauer auch, wenn er nicht schon auf halber Strekke (so gegen Mitternacht) vor der undurchschaubaren Subtilität kapituliert hatte, die schließlich nichts als Langeweile und Ermüdung produzierte.

Möglicherweise haben ja die beiden prominenten Hauptdarstellerinnen Geraldine Chaplin und Jean Birkin begriffen, worum es Regisseur Rivette in seinem labyrinthischen Opus ging. Obwohl auch sie am Schluß etwas ratlos aus der Szene gingen.

CORNELIA REISER

Großer Gestus einer Saga

Die amerikanische Serie über den Bürgerkrieg **Die Blauen und Grauen** (ARD) hat sechs Teile. Schon nach der ersten Folge sich zu dem Ganzen zu äußern wäre voreilig und unfair. Man kann nur sagen, was die erste Ausgabe zu versprechen scheint. Da wäre zunächst das Konzept des Werkes, soweit es in den ersten 55 Minuten deutlich wird: Der Krieg wird nicht mit den Augen des Politikers oder Strategen gesehen, sondern mit denen des Bürgers; nicht *von einer großen Menge dargestellt,* sondern am Alltag der Familie, wie sie ihn schon vor dem Ausbruch ahnt und fürchtet und sich – so oder so – auf ihn vorbereitet.

Zweitens: Nicht der große Wurf einer künstlerischen Vision gerät hier auf den Schirm, sondern das Produkt einer liebevoll ausgemalten handwerklichen Routine. So ist denn die Schablone nicht fern und das Wiedererkennen von Standardfiguren aus der amerikanischen Szene, aber alles dies bleibt eingebettet in den weitausholenden Gestus einer Saga.

Werner Baecker, „unser Mann in Amerika", ist mit seiner informativen Einführung zu Beginn jeder Sendung durchaus hilfreich.

VALENTIN POLCUCH





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 WISO
Moderation: Hans-Ulrich Spree
10.35 Geschichten aus der Heimat
11.50 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Blutiger Sommer
Wiedersehen mit Beirut
Film von Ulrich Kienzle
16.55 Lemmi und die Schmöker
Wieviel Erde braucht der Mensch?
Nach dem Buch von Leo N. Tolstoi
Da der arme Bauer Pachom auch so einen dicken Wanst haben will wie sein Schwager, der in der Stadt lebt, schließt er einen Pakt mit dem Teufel. Der verspricht ihm für wenig Geld soviel Land, wie Pachom von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang abschreiten kann.
17.25 Kein Tag wie jeder andere
Drei Wochen Nordost (2)
Abenteuer mit drei Pferden
Die zweite Etappe Richtung Westerwald erweist sich für Pferd und Auto gleichermaßen schwierig. Während sich ein Vierbeiner nachts im Stall verletzt, bleibt der Wagen einmal im Schlamm und einmal am Berg stecken.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Das Boot (2)
Fernsehfilm in drei Teilen nach dem gleichnamigen Roman von Lothar-Günther Buchheim
Mit Jürgen Prochnow, Herbert Grönemeyer, Klaus Wennemann u. a.
Regie: Wolfgang Petersen
Nur mit Mühe gelingt es dem Alten, seine Verfolger abzuschütteln und das U-Boot aus der Gefahrenzone herauszumanövrieren. Während die Mannschaft dieses Ereignis feiert, ergeben sich die nächsten Widrigkeiten.
22.00 Brennpunkt
Eigentor im Fußball? – Europameisterschaft ohne Berlin
22.30 Tagesthemen
23.00 Einsatz in Manhattan
Schwarzer Sonntag
Artie Gowler, ein kleiner Autodieb, wird erschossen aufgefunden. Die Nachforschungen Kojaks ergeben, daß sich der Ganove noch vor kurzem damit gebrüstet hatte, bald zu sehr viel Geld zu kommen. Ein Notizbuch mit einigen rot eingetragenen Telefonnummern und ein markierter Stadtplan geben Kojak die ersten Hinweise ...
23.45 Tagesschau

ZDF

13.32 Der Waschbär Rascal
Tierpfleger gesucht
Weil Robby mit seinem Vater die *kranke Mutter in Milwaukee besuchen will,* bittet er seinen Freund Oscar, während dieser Zeit auf Rascal, die Krähe Poh und die fünf Stinktiere aufzupassen.
13.57 Heute im Parlament
Regierungserklärung und Debatte zur Lage der Nation
17.50 Ein Heim für Tiere
Ema
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Hitparade im ZDF
Präsentiert von Viktor Worms
20.15 Kennzeichen D
Die gespaltene Region – Wer steht hinter der Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wakkersdorf? / Umwandlung von Mietwohnungen – Das große Geschäft mit der Angst / Urteil in 3. Instanz – Warum ein „Vierteljude" in Deutschland nicht auf Beleidigung klagen darf / Uwe Johnson, Deutscher – Zum 1. Todestag des deutsch-deutschen Schriftstellers
Moderation: Dirk Sager
21.00 Der Denver-Clan
Adams Geständnis
21.45 heute-journal
22.05 Ein Stimm begann zu klagen
Friedrich Spee von Langenfeld (1591–1635): Dichter, Seelsorger und Kämpfer gegen den Hexenwahn
Film von Walter Rupp
22.35 Die Sport-Reportage
Berichte vom 20. Spieltag der Bundesliga
23.00 Das kleine Fernsehspiel
Der Ruf der Sibylla
Mit Christine Lauterburg, Max Rüdlinger, Michael Schacht u. a.
Regie: Clemens Klopfenstein
Der Film erzählt die Geschichte einer problematischen Beziehung: Die Schauspielerin Clara will ihren Freund Balz, einen Kunstmaler, eines anderen Mannes wegen verlassen. Durch einen „Zaubertrank" entwickelt Balz magische Kräfte, mit deren Hilfe er Clara umzustimmen hofft.
0.50 heute
Anschl. Gute-Nacht-Musik
Schubert: Ständchen
Ludwig Baumann, Bariton, und Oresta Cybriwsky, Klavier

Es gibt Schwierigkeiten in der Beziehung zwischen Clara (Christine Lauterburg) und Balz (Max Rüdlinger). (Der Ruf der Sibylla – ZDF, 23.00 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich
Karl Lagerfeld
21.45 Wissenschaftsshow
Natur und Technik
Das Gold der Inkas
Sendung von Jean Pütz und Rolf Pflücke
22.30 Weekend
Französischer Spielfilm (1968)
Mit Mireille Darc u. a.
Regie: Jean-Luc Godard
0.10 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Avanti! Avanti! (21)
19.00 Auskunft (5)
Modeberufe – das falsche Bild von der Zukunft
19.15 Und ewig stinken die Felder
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
Das Pfeifkonzert von Husum – Ignaz Kiechle und norddeutsche Bauern / Zwischen Theorie und Praxis – Gleichberechtigung am Arbeitsplatz / Schwierigkeiten mit der Solidarität – DGB-Spenden und britische Bergarbeiter
21.00 Wu Song oder Die Rebellen von Liangshan (1)
21.45 Movie, Movie
Amerikan. Spielfilm (1978)
23.25 Actualités
23.40 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Das Geheimnis des Weidenkorbes (5)
18.55 Die kleine Dampflok (5)
19.05 Was tun mit der Zeit
Ein Freizeitmagazin
19.45 Rasse = Klasse?
Großer Schweizer Sennenhund
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.00 Schwerpunkt
Aktueller Beitrag
21.30 Drei aktuell
22.00 Affäre Blum
Fernsehspiel von R. A. Stemmle

SÜDWEST

17.25 Zwischen Rockband und Leistungskurs
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Englisch (11)
Helping our neighbours
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
Mit Tom Robinson and Crew
20.15 Cafés am Montparnasse
Film von Hans Emmerling
21.00 Champagner-Mörder
Franz. Spielfilm (1966)
Mit Anthony Perkins, Maurice Ronet, Yvonne Furneaux u. a.
Regie: Claude Chabrol
22.35 Gärten in England
6. Folge: Perfekte Pracht
23.05 Nachrichten

BAYERN

18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '85
19.45 Die Krimistunde
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
Im Venner Moor
21.50 Delle und Brenton (2)
Australische Fernsehserie in acht Teilen
22.40 Was man tun kann, um gesünder zu leben
Experten antworten
23.25 B III Sport aktuell
0.25 Rundschau
0.30 News of the Week

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Der Wettbewerb
15.00 Indian River
Der Wendige
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Kum Kum
Es regnet Asche
Als eines Tages der Feuerberg ausbricht, werden das Dorf und die ganze Umgebung mit Asche zugedeckt. Der Aschenregen hat einen Teil der Ernte ruiniert, und die Dorfbewohner wissen noch nicht, wie sie den Winter überleben sollen.
17.00 Südseeinseln des Feuers
Australischer Dokumentarfilm von Ben Cropp
18.00 Es darf gelacht werden
Der hosenlose Opa
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
Das Konzentrationsspiel
19.10 Sport-Report
Personen und Hintergründe
Motocross Harald Ott
Moderation: Peter Glauche
19.35 Tele-Kiosk
Die Fernseh-Illustrierte mit den bewegten Bildern
Hinter den Kulissen der „Goldenen Kamera"
Moderation: Wolf-Dieter Herrmann
20.30 Love Boat
Des Barkeepers Isaac Washington Mutter geht auf Kreuzfahrt, um mal wieder in der Nähe ihres Sohnes zu sein. Aber – dummer Zufall – Isaacs Freundin ist auch an Bord. Klar, daß es Komplikationen gibt.
21.25 Astrologisches Telegramm aus dem All
Das Fernseh-Horoskop für Marz 1985 von Marlene Krüger
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Hängt ihn höher
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Mit Clint Eastwood, Inger Stevens, Ed Begley u. a.
Regie: Ted Post
Um ein Haar wäre der Exsheriff Cooper gehängt worden – und zwar unschuldig, wie das Gericht zum Glück erkennt. Cooper wird nicht nur freigesprochen, er soll auch die schuldige Bande fassen, die ihn fast das Leben gekostet hätte.
Zum Sendeschluß:
APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Aktion Grün
12. Wie man sich vorwärtsstrampelt
Merlin
12. Die große List
19.00 heute
19.30 Unsere schönsten volkstümlichen Lieder
Vorgestellt von Carolin Reiber und Max Schautzer
Musikalische Leitung: Erich Becht
Regie: Ekkehard Böhmer
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Die Spieler
Vom Vergnügen, ein Fußballprofi zu sein
Film von Gerd Winkler
Sie werden beneidet, umjubelt und beschimpft. Wie groß ist das Vergnügen, als Profi einen Fußball zu treten? Der Autor beobachtete eine Reihe typischer Fußballspieler.
23.15 3SAT-Nachrichten

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1985

Rechtswissenschaften
1. Semester

	von	nach
1	Augsburg	Bonn
2	Augsburg	FU Berlin
3	Augsburg	Hannover
4	Augsburg	Köln
5	Augsburg	Münster
6	FU Berlin	Köln
7	FU Berlin	Kiel
8	FU Berlin	Münster
9	Bayreuth	Bonn
10	Bayreuth	Bochum
11	Bayreuth	Köln
12	Erlangen	Göttingen
13	Erlangen	Hannover
14	Gießen	Bonn
15	Gießen	Frankfurt
16	Gießen	Köln
17	Gießen	Kiel
18	Göttingen	Hannover
19	Münster	Göttingen
20	Münster	Hannover
21	Passau	Bonn
22	Passau	Göttingen
23	Passau	Osnabrück
24	Regensburg	Bielefeld
25	Regensburg	Bonn
26	Regensburg	Bochum
27	Regensburg	Köln
28	Saarbrücken	Bonn
29	Saarbrücken	Köln

Rechtswissenschaften
3. Semester

	von	nach
1	FU Berlin	Bonn
2	FU Berlin	Hamburg
3	Gießen	Hamburg
4	Heidelberg	Frankfurt
5	Heidelberg	Hannover
6	Kiel	Hamburg
7	Mannheim	Tübingen
8	Münster	Hamburg
9	Passau	Freiburg
10	Passau	Tübingen
11	Tübingen	Hamburg

Humanmedizin
3. vorklinisches Semester

	von	nach
1	Aachen	FU Berlin
2	Aachen	Gießen
3	Aachen	Heidelberg
4	Aachen	Köln
5	Aachen	Marburg
6	Aachen	Mainz
7	Bonn	Freiburg
8	Bonn	Heidelberg
9	Bonn	Hamburg
10	Bonn	Tübingen
11	Bochum	Bonn
12	Bochum	Freiburg
13	Bochum	Gießen
14	Bochum	Göttingen
15	Bochum	Heidelberg
16	Bochum	Münster
17	Bochum	TU München
18	Bochum	Uni München
19	Bochum	Saarbrücken
20	FU Berlin	Aachen
21	FU Berlin	Bonn
22	FU Berlin	Göttingen
23	FU Berlin	Hannover
24	FU Berlin	Hamburg
25	FU Berlin	Lübeck
26	FU Berlin	Köln
27	FU Berlin	Kiel
28	Düsseldorf	FU Berlin
29	Düsseldorf	Münster
30	Essen	Freiburg
31	Essen	Göttingen
32	Essen	Heidelberg
33	Essen	Hamburg
34	Essen	Uni München
35	Essen	Tübingen
36	Essen	Ulm
37	Freiburg	Aachen
38	Freiburg	Bonn
39	Freiburg	TU München
40	Freiburg	Uni München
41	Freiburg	Mainz
42	Gießen	Hannover
43	Göttingen	Bonn
44	Göttingen	Erlangen
45	Göttingen	Münster
46	Göttingen	Uni München
47	Göttingen	Regensburg
48	Hannover	TU München
49	Hannover	Uni München
50	Hannover	Ulm
51	Heidelberg	TU München
52	Heidelberg	Uni München
53	Uni Kiel	Bonn
54	Uni Kiel	Göttingen
55	Kiel	Hamburg
56	Kiel	Marburg
57	Marburg	Bonn
58	Münster	Freiburg
59	Mainz	Freiburg
60	Regensburg	Erlangen
61	Regensburg	Ulm
62	Regensburg	Würzburg
63	Saarbrücken	Aachen
64	Saarbrücken	Bonn
65	Saarbrücken	Düsseldorf
66	Saarbrücken	Frankfurt
67	Saarbrücken	Freiburg
68	Saarbrücken	Heidelberg
69	Saarbrücken	Köln
70	Saarbrücken	Münster
71	Saarbrücken	Mainz
72	Saarbrücken	Tübingen
73	Ulm	Frankfurt
74	Ulm	Freiburg
75	Ulm	TU München
76	Ulm	Uni München
77	Ulm	Mainz
78	Ulm	Tübingen
79	Würzburg	Frankfurt
80	Würzburg	Freiburg
81	Würzburg	Hamburg
82	Würzburg	Lübeck

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1984/85

NACHRICHTEN

Rolff bleibt in Hamburg

Hamburg (dpa) – Fußball-Nationalspieler Wolgang Rolff hat seinen Vertrag beim Bundesliga-Klub Hamburger SV für zwei Jahre verlängert. Der neue Vertrag ist leistungsbezogen. Zum Saison-Ende laufen die Verträge weiterer sechs Hamburger Spieler aus.

Ickx: Strafe reduziert

Paris (sid) – Die Strafe für den zweimaligen Endurance-Weltmeister Jacky Ickx (Belgien), die ihm als Rennleiter des Großen Preises von Monaco 1984 auferlegt worden war, ist vom Berufungsgericht des internationalen Automobilsport-Verbandes von 6000 auf 2000 Dollar reduziert worden. Ickx hatte den Formel-1-WM-Lauf wegen starken Regens abgebrochen, ohne wie vorgeschrieben die Zustimmung der Sportkommissare einzuholen.

Politik stoppt Handball

Elneshagen (sid) – Die Handall-Nationalmannschaft von Kuwait ist bei der B-Weltmeisterschaft in Norwegen im Trostrunden-Spiel gegen Israel aus politischen Gründen nicht angetreten. Die kuwaitische Regierung, die keine diplomatischen Beziehungen zu Israel unterhält, hatte der Teamleitung ein Spiel gegen Israel kurz vor Anpfiff der Begegnung per Telegramm verboten.

Orden für Sabetzki

Calgary (sid) – Juan Antonio Samaranch, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), wird heute den Düsseldorfer Präsidenten des Eishockey-Weltverbandes Günther Sabetzki mit dem Olympischen Orden auszeichnen. Samaranch will die höchste IOC-Auszeichnung in der neugebauten Olympia-Eishalle von Calgary während des Punktspiels der amerikanischen Profiliga zwischen den Calgary Flames und den New York Islanders überreichen.

Beckers Debüt

Hannover (dpa) – Der 17 Jahre alte Mannheimer Boris Becker gehört erstmals zum Davis-Cup-Aufgebot des Deutschen Tennis-Bundes, das in der ersten Runde vom 8. bis 10. März in Sindelfingen gegen Spanien spielt. Neben Becker nominierte Trainer Niki Pilic die Neusser Michael Westphal, Andreas Maurer und Wolfgang Popp.

Thränhardt verzichtet

Köln (dpa) – Hochspringer Carlo Thränhardt hat auf seinen Start bei den 16. Hallen-Europameisterschaften der Leichtathleten am Wochenende im griechischen Piräus verzichtet. Der Kölner, der 1983 den Titel gewonnen hatte und 1984 Zweiter hinter Olympiasieger Dietmar Mögenburg wurde, legt nach einer für ihn bislang unbefriedigend verlaufenden Hallen-Saison eine Pause ein.

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 881 621,80 Mark, 2: 181 512,20, 3: 6464,40, 4: 112,20, 5: 9,10. – **Toto, Elferwette:** Gewinnklasse 1: 31 490,60, 2: 1110,20, 3: 85,70. – **6 aus 45:** Klasse 1: unbesetzt – Jackpot: 212 149,85, 2: 14 143,30, 3: 3977,80, 4: 57,80, 5: 5,20. – **Rennquintett, Rennen A:** Klasse 1: 258,80, 2: 141,60. – **Rennen B:** Klasse 1: 205,70, 2: 23,50. (Ohne Gewähr)

VFB STUTTGART / Trotz des schwachen Abschneidens herrscht Ruhe

Der Meister ist kein Großer mehr – Erinnerung an ein schönes Märchen

MARTIN HÄGELE, **Stuttgart**

Für die Arbeitnehmer sprach der Kapitän der Mannschaft: Es sei jetzt Zeit, die Verträge unter Dach und Fach zu bringen. Das sei wichtig für die klare Linie, so Karl-Heinz Förster, „daß man endlich weiß, woran man ist". Der Star konnte freilich leicht reden. Er hatte sich schon für drei weitere Jahre an den VfB Stuttgart gebunden.

Die Linie des Arbeitgebers formulierte der Präsident: „Es soll mir bloß keiner kommen und sagen, meine ungewisse Zukunft belastet mich", schimpfte Gerhard Mayer-Vorfelder. „Wenn die so eiskalte Profis sein wollen, müssen sie das auf dem Spielfeld auch beweisen, nicht nur am Verhandlungstisch."

Das klingt fast wie Tarifkampf. Zwei harte Fronten. Und das in einer Situation, die wirtschaftlich wie sportlich äußerst bescheiden ist. Der Meister allenfalls Mittelmaß, weg vom großen Geld, das im Europapokal oder auf kleiner Ebene um den nationalen Pokal zu verdienen ist, im Bundesliga-Alltag gerade einer von vielen. Kein Großer mehr. Deutscher Meister VfB – ein Märchen aus dem Sommer '84.

Woanders hätten sie sich schon zerfleischt. Zumindest den Trainer dorthin gejagt, wo der Pfeffer wächst. Im Aus-der-Stadt-Treiben und Schreiben seien die Stuttgarter Journalisten sowie die Schlimmsten. Eine Behauptung, mit der Stuttgarter Sportjournalisten seit Jahren leben müssen.

Doch Helmut Benthaus führt weiterhin ein Herrenleben. Man müsse den Mann halten, fordern die „Stuttgarter Nachrichten", in Sachen Fußball und VfB der Meinungsmacher Nummer eins in der schwäbischen Metropole.

„Helmut Benthaus muß nur noch ja sagen. Er weiß das. Wir müssen nicht mit ihm ringen. Aber ich wünsche mir, daß er das möglichst bald tut", erklärt der Geschäftsführer Ulrich Schäfer. Frage: Und wie verhält es sich mit den Herren Schafstall und Csernai, die schon als Nachfolger gehandelt werden und denen ein Angebot des VfB vorliegen soll?

Er habe mit niemand verhandelt, erklärt Schäfer. Und darauf gibt er das Ehrenwort eines Mannes, der mal als Beamter und Bürgermeister vereidigt worden war.

Die Erklärungsfrist des Fußballehrers Benthaus läuft am 31. März ab. Diese Abmachung hat man in den Kontrakt mit dem Trainer geschrieben. Dann verlängert sich das Arbeitsverhältnis um ein weiteres Jahr. Von jenem Datum profitiert der Trainer: Im März mißt sich der VfB mit Werder Bremen, Bayer Uerdingen, Bayern München und dem 1. FC Köln, den ersten Vier der Tabelle. Anschließend wird Benthaus nicht nur das Gefühl, sondern die Erkenntnis besitzen, welche Perspektive seine Mannschaft hat, und ob er diese Perspektive mit ihr teilen will.

Benthaus und seine Truppe, das ist schon längst kein Liebesverhältnis mehr. „Ich weiß, daß in der Mannschaft Stimmen gegen den Trainer laut geworden sind, aber das stört mich nicht", meint der Klubführer Mayer-Vorfelder. „Denn was letztes Jahr richtig war, kann heute nicht falsch sein."

Mayer-Vorfelder, im Hauptberuf Politiker, Vertreter der harten Welle, greift trotz harscher Worte im Klub nicht zum Messer. Er rechnet damit, daß sich die Stimmung und damit auch die Leistung beim Meister von selbst wieder repariert zu einem normalen Betriebsklima.

Der Boß und sein Statthalter Schäfer nehmen ihre Zuversicht aus jenen Gesprächen, die sie in den vergangenen Tagen mit ihren Angestellten geführt haben. „Die Spieler waren sehr zerknirscht. Die Pokalblamage gegen Saarbrücken und die Niederlage in Braunschweig ist denen gewaltig in die Knochen gefahren. Ich glaube, jetzt hat auch der letzte Profi kapiert, daß nicht nur seine berufliche Zukunft, sondern die persönliche Ehre auf dem Spiel steht."

Einige Großverdiener, die in dieser Saison auf dem Platz nur Bruchteile ihres Gehaltes wert waren, zeigen sich plötzlich als reuige Büßer. Die Ex-Nationalspieler Bernd Förster (28) und Kurt Niedermayer (29) signalisierten, daß es ihnen in Stuttgart nicht nur ums Geld ginge.

Statt dessen um die Altersversorgung? Oder brachte sie die Marktlage zur Vernunft? Der ältere Förster und Niedermayer gehören zu jenen sieben Profis (Karl Allgöwer, Guido Buchwald, Günther Schäfer, Thomas Kempe, Armin Jäger), deren Zukunft beim VfB noch nicht entschieden ist. Wer nun bleibt, wer dafür kommt? Solch interessanten Planspielen an Schreibtisch und Theken begegnet Schäfer mit dem Charme eines Schalterbeamten. Es wird keinen spektakulären Schnitt und auch kaum neue Gesichter im VfB-Kader geben. Komme, was da wolle. Und selbst, wenn's ganz bös kommt. Schäfer: „Der Verein ist nicht abhängig vom Auf und Ab der momentanen Situation. Die Rückrunde wird uns auch keine große Kasse bescheren – aber wir planen mittelfristig."

Dieses „mittelfristig" nach vorn gucken ist geprägt von schwäbischen Gepflogenheiten. Vorsichtig und sparsam. Nach dem Posten „UEFA-Cup" sucht man im VfB-Etat des Jahres '85 vergebens. Die Hoffnung, nachträglich eine Spalte in den Haushaltsplan einziehen zu können, hält sich jedoch wacker im Herzen von Ulrich Schäfer.

Grippewelle – Köln bangt um Schumacher

sid, **Düsseldorf**

Beim 1. FC Köln steigen die Aktien sprunghaft wie der Dollar. Der frühlingshafte Sonnenschein, den die Fußball-Bundesliga nach Wochen von Eis, Schnee und Frost herbeisehnte, scheint dem Klub vom Rhein golden in die Kasse. Beim Duell der Verfolger gegen Werder Bremen heute abend wird das Bankkonto bei 40 000 erwarteten Zuschauern um 600 000 Mark aufgestockt. Zudem werden die mit 60 000 Zuschauern ausverkauften Heimspiele am 9. März gegen Bundesliga-Spitzenklub Bayern München und am 20. März im UEFA-Pokal gegen Inter Mailand die Kasse noch einmal kräftig klingeln lassen.

Aber nicht nur die Finanzen stimmen bei den Kölnern. Innerbetriebliche Querelen sind unter den Teppich gekehrt, langfristige Planungen wurden mit den Vertragsverlängerungen von Trainer Hannes Löhr und Torhüter Harald Schumacher eingeleitet. Doch gerade Schumacher bereitet den Kölnern derzeit Probleme, da er vom Länderspiel in Lissabon mit einer starken Grippe zurückkehrte. Sein Einsatz ist heute mehr als fraglich.

Still und leise mogelte sich der dreimalige deutsche Meister und viermalige Pokalsieger an die Spitze, nach Verlustpunkten gleichauf mit Bayern München. Nach einem Fehlstart in die neue Saison mit 3:7 Punkten und Rückschlägen mit hohen 1:5-Heimniederlagen gegen Borussia Mönchengladbach und Bayer Uerdingen stimmt jetzt die Richtung: Nach sechs Siegen in Folge greifen die Kölner erstmals seit 1978 wieder nach der Meisterschafts-Trophäe.

„Wenn wir aus den nächsten drei Punktspielen gegen Bremen, in Uerdingen und gegen die Bayern 5:1 Punkte holen, werden wir Meister", sagt Kapitän Klaus Allofs, der nicht wie vorgesehen zum Einsatz kommt – seine alte Verletzung brach im Training wieder auf. Das Risiko, gegen Inter Mailand nicht spielen zu können, veranlaßt Trainer Löhr, auf seinen Stürmer zu verzichten. Auch Libero Paul Steiner fehlt wegen der vierten Gelben Karte.

Das Stürmer-Duell Pierre Littbarski gegen Rudi Völler, beim 2:1-Sieg der Nationalmannschaft in Lissabon die Hauptdarsteller und Torschützen, ist weiter in Frage gestellt. Völler konnte auch gestern wegen eines in Portugal eingefangenen Grippe-Virus nicht trainieren. Der Bremer Torjäger reiste mit nach Köln, aber Trainer Otto Rehhagel will erst unmittelbar vor dem Anpfiff über seinen Einsatz entscheiden. Völler: „Ich fühle mich schon besser, aber das letzte Wort hat der Arzt."

Das haben die Mediziner bei Olaf Thon bereits gesprochen. Der Nationalspieler des FC Schalke 04 fällt im Heimspiel gegen Bayer Leverkusen aus, zumal er sich neben einer Grippe noch eine Mittelohr-Entzündung zugezogen hat. Wegen eines grippalen Infekts wird auch mit dem Ausfall von Stürmer Klaus Täuber gerechnet.

Die schlimmsten Personalsorgen plagen ausgerechnet den Tabellen-Letzten Borussia Dortmund. Trainer Ribbeck muß in Mönchengladbach auf die verletzten Koch, Pagelsdorf und Storck sowie die gesperrten Egli und Schüler verzichten.

Heute spielen: Köln – Werder Bremen (2:6), Stuttgart – Bielefeld (7:2), Düsseldorf – Kaiserslautern (1:3), Schalke – Leverkusen (2:2), Mönchengladbach – Dortmund (3:2), Hamburg – Bochum (0:0). In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde. Alle Spiele beginnen um 20.00 Uhr.

FUSSBALL

Berlin gibt Pokalfinale nicht zurück

sid/dpa, **Hannover/Berlin**

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat den Deutschen Fußball-Bund (DFB) aufgefordert, bei der Sitzung des Exekutiv-Komitees der Europäischen Fußball-Union (UEFA) am 15. März in Lissabon Berlin als Austragungsort der Europameisterschaft 1988 einzubringen. Diesen Appell richtete der Ausschuß für Bundesangelegenheiten und Gesamt-Berliner Fragen. Der Ausschuß-Vorsitzende Jürgen Wohlrabe meinte, Politiker und Sportfunktionäre sollten sich auf „diplomatischem Wege und mit eisenharter Strenge" für mindestens ein Spiel in Berlin einsetzen.

Der Verband Berliner Ballspielvereine (VBB) erklärte sich bereit, das DFB-Pokalfinale am 26. Mai im Berliner Olympiastadion in jedem Falle auszurichten. Gleichzeitig wurde der DFB jedoch aufgefordert, alles zu tun, um Berlin als Spielort bei der EM 1988 sicherzustellen. Sollte dies nicht gelingen, so muß der DFB auf die Ausrichtung der EM 1988 verzichten.

Inzwischen hat sich in die Diskussion um die Einbeziehung Berlins in die Europameisterschaft auch der frühere Regierende Bürgermeister von Berlin, Heinrich Albertz, eingeschaltet. Albertz forderte alle Politiker auf, „sich lieber um die echten Probleme Berlins zu kümmern, als sich darüber groß aufzuregen, ob nun in West-Berlin ein Fußballspiel stattfindet oder nicht". Er bezeichnet die Aufregungen um Berlin als „Quatsch".

EISHOCKEY

Für Philipp kommt bald das Ende

dpa, **Köln**

Mindestens noch drei Spiele, wenn der Kölner EC sieglos ausscheidet, höchstens zehn Spiele, wenn seine Mannschaft im Halbfinale gegen Mannheim und im erhofften Finale gegen Rosenheim oder Kaufbeuren bis zum Entscheidungsspiel durchhält – dann ist endgültig Schluß für den Eishockey-Stürmer Rainer Philipp. Der Kölner, mit 199 Länderspielen nach dem Ausscheiden der Landshuter Alois Schloder und Erich Kühnhackl der erfahrenste Spieler im Halbfinale der Eishockey-Bundesliga, gibt für die übriggebliebene Konkurrenz die Richtung an: „Der Weg zum Titel führt nur über uns."

Die Mannschaft von Trainer Jozef Golonka sei „unheimlich ehrgeizig", die Meisterschaft erfolgreich zu verteidigen. 1969 gelang dies dem EV Füssen zum letzten Mal. „Das ist nicht nur eine statistische Zahl. Wir wollen das schaffen, um uns neu zu beweisen, daß wir eine Mannschaft sind und nicht nur aus Stars bestehen, wie es immer kritisiert wird", sagt Philipp.

Die Karriere in der Nationalmannschaft war für den 34 Jahre alten ehemaligen Nauheimer schon vor einem Jahr beendet – und Rainer Phillip schaut etwas traurig auf die Zahl 199 in der Statistik. Ein 200. Spiel in Ehren hätte ihm eigentlich niemand verwehren dürfen. „Aber Dank darfst Du heute eben nicht mehr erwarten", sagt er.

SCHACH-WM

Neuauflage beginnt am 2. September

AFP, **Manila**

Die französische Nachrichten-Agentur AFP meldete gestern, daß der Kampf um die Schach-Weltmeisterschaft zwischen dem Weltmeister Anatoli Karpow und dem Herausforderer Gari Kasparow am 2. September wieder neu beginnen wird. Der Titelkampf der beiden Spieler aus der UdSSR war am 15. Februar in Moskau abgebrochen worden. Den neuen Termin soll Florencio Campomanes, Präsident des Welt-Schachverbandes (FIDE), am Dienstag in Manila mitgeteilt haben.

Auf Drängen von Präsident Campomanes hatte die FIDE den Kampf um den WM-Titel im Februar nach 48 Partien beendet. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die beiden Schachspieler aus der UdSSR schon fünf Monate um den Titel gespielt. Zum Zeitpunkt des Abbruchs führte der Weltmeister Anatoli Karpow mit 5:3. Ein Sieg hätte ihm bereits zur erfolgreichen Titelverteidigung gereicht. Doch der Weltmeister schien, je länger der Kampf dauerte, immer mehr mit seinen Kräften am Ende. Noch heute wird im Schachsport über die Entscheidung, den Kampf abzubrechen, gestritten (siehe auch nebenstehenden Standpunkt).

Die neue Ausgabe des Titelkampfes soll auf 24 Runden begrenzt werden. Die endgültigen Spielregeln wird der FIDE-Kongreß im August in Graz festlegen.

STAND ● PUNKT / *Traurig*

Die allgemeine Empörung der internationalen Öffentlichkeit über den unverständlichen und regelwidrigen Abbruch des Titelkampfes um die Schach-Weltmeisterschaft beim Stand von 5:3 zwischen Weltmeister Karpow und Herausforderer Kasparow (beide UdSSR), mit dem der Titel für den schwer angeschlagenen Weltmeister mindestens vorübergehend gerettet worden ist, war so stark, daß sogar kein Ostblockstaat versuchte, die Manipulationen sowjetischer Funktionäre und des Präsidenten des Weltschachbundes (FIDE) in irgendeiner Form zu rechtfertigen.

Aber eine wirksame Schützenhilfe kam trotzdem, und zwar – wie könnte es anders sein – aus der Bundesrepublik Deutschland. Nach der Rückkehr aus Moskau erklärte der Ex-Präsident des Deutschen Schachbundes (DSB), Alfred Kinzel, daß der Abbruch der Weltmeisterschaft völlig richtig gewesen wäre. Nach Informationen aus Moskau soll sich Kinzel an diese Entscheidung als Mitglied der Schiedsrichterkommission sogar aktiv beteiligt haben. Trifft es zu, so muß sich mit dem lauten Ruf nach dem Rücktritt des FIDE-Präsidenten Felicio Campomanes auch die Frage der deutschen Vertretung im Weltschachbund verbinden. Es ist sowieso nicht einzusehen, warum der jetzige DSB-Präsident Heinz Hohlfeld, der als objektiver und sachkundiger führender Funktionär gilt, nicht die internationale Vertretung des deutschen Schachs übernimmt.

Noch schlimmer war es jedoch in der abschließenden Fernsehsendung „Schach dem Weltmeister", der einzige Begünstigte sei – man höre und staune – der Herausforderer Kasparow! Diese erschütternde Logik zeigte Dr. Helmut Pfleger – selbst Schachgroßmeister. Wenn also ein Sportler mit seinen Kräften am Ende ist, und der Wettkampf unverständlicherweise ohne Resultat abgebrochen wird, dient es angeblich seinem Gegner!

Noch überboten wurde Helmut Pfleger von seinem Gesprächspartner Anatoli Karpow. Die einzige richtige Lösung sei, so meinte der Weltmeister, daß man den Wettkampf nun einfach weiterspielt. Selbstverständlich nach einer ausreichenden Erholungspause für Weltmeister Anatoli Karpow, ZK-Mitglied des Komsomols und Vorsitzender des sowjetischen „Friedenskomitees"! Nicht einmal das Moskauer Fernsehen wagte es, so einen unverschämten Vorschlag zu verbreiten! Warum auch – so ist es doch viel wirksamer!

So zeigt sich auch im Schachsport, wie bereitwillig sich deutsche Funktionäre und Kommentatoren am unsauberen Spiel der Schachpolitik beteiligen.

LUDEK PACHMAN

„Niemand ist befugt, Grenzen neu zu definieren"

● Fortsetzung von Seite 1

die DDR erreichen konnten, daß wir für sozial schwache Gruppen den Mindestumtausch senken oder abschaffen konnten. Wir haben Verbesserungen für den innerstädtischen Verkehr und den Transitverkehr Berlins erreicht. Und es waren 40 000 Übersiedlungen möglich.

WELT: Wo liegen die Grenzen für die Deutschlandpolitik?

Schäuble: Die Grenzen in der Deutschlandpolitik, das muß man ganz nüchtern sehen, sind durch das bestimmt, was im Osten ohne eine Gefährdung des Systems als möglich angesehen wird. Wir haben im vergangenen Jahr erleben müssen, daß die Kreml-Führung noch engere Grenzen für den Spielraum in den deutsch-deutschen Beziehungen gesetzt hat. Bundeskanzler Helmut Kohl wird in seiner Regierungserklärung auf den Zusammenhang zwischen nationaler Frage und Freiheit hinweisen. Das ist das Problem der DDR. Die nationale Frage ist eine Frage der Freiheit, und die Freiheit ist auf unserer Seite. Sie ist ansteckend. Im Westen wird die Anziehungskraft der Freiheit häufig unterschätzt. Wir haben also Grund zur Zuversicht.

WELT: Ost-Berlin besetzt Felder der deutschen Geschichte. Dahinter *steckt die Absicht, sich als die* „guten Deutschen" darzustellen?

Schäuble: Es gibt zweifellos Bemühungen in dieser Richtung, sich in der Pflege eines sehr ausgewählten Geschichtsverständisses darzustellen. Wir sagen: Die deutsche Geschichte ist unteilbar. Man kann sich nicht nur die Butterseiten heraussuchen, und dies wird der DDR auch nicht gelingen. Auch der 8. Mai gehört zur unteilbaren deutschen Geschichte. Wir haben uns vorgenommen, an diesem Tag der Opfer des Zweiten Weltkriegs und des Schreckensregimes der Nationalsozialisten zu gedenken, ebenso wie der Tatsache, daß der 8. Mai 1945 der Anfang zu einer freiheitlichen Entwicklung jedenfalls in einem Teil Deutschlands gewesen ist. Es wird auf Dauer nur einem freiheitlichen System gelingen, für die Deutschen das System zu werden, unter dem sie sich ihre nationale Einheit wünschen, mit dem sie den Gedanken der nationalen Einheit verbinden.

Gorleben-Entscheidung als „Zwischenprüfung"

Lagerung radioaktiver Abfälle untersagt / Wirtschaft in Sorge

dos, Hannover

Die Lagerung von Behältern mit hochradioaktiven Abfällen im Zwischenlager Gorleben ist vorerst verboten. Das Verwaltungsgericht in Lüneburg, das am Montag nachmittag mit dieser Entscheidung einem Eil-Antrag des Berliner Anwalts Reiner Geulen stattgab, verweist allerdings darauf, daß die Entscheidung den Charakter einer Zwischenprüfung habe.

Geulen hatte im Namen der von ihm vertretenen fünf Bürger aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg den entsprechenden Antrag gestellt und damit die sofortige Vollziehbarkeit der Lagergenehmigung der physikalisch-technischen Bundesanstalt in Braunschweig angefochten. Nach Angaben des Berliner Anwalts bedeutet die Entscheidung der Lüneburger Richter, daß solange keine hochradioaktiven Abfälle in Gorleben eingelagert werden dürfen, bis das Verwaltungsgericht selbst einen Beschluß verkündet. Eine solche Entscheidung sei erst in einigen Wochen zu erwarten.

Geulen der bereits im Zusammenhang mit der umstrittenen Inbetriebnahme des Kraftwerks Buschhaus bei Helmstedt einen spektakulären Erfolg bei Gericht erzielt hatte, begründete seinen Eil-Antrag mit unmittelbar bevorstehenden Transporten. Bereits für den gestrigen Dienstag sei der erste Transport sogenannter Castor-Behälter vorgesehen gewesen.

Dabei handelte es sich um drei Behälter, die vom Kernkraftwerk Stade nach Gorleben transportiert und dort gelagert werden sollten. Die Castor-Behälter enthalten jeweils vier Brennelemente. Die Behälter wiegen zwischen 80 und 120 Tonnen.

Von der in Hannover ansässigen Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen, die über eine Tochtergesellschaft das Zwischenlager Gorleben betreibt, hat die Entscheidung des Lüneburger Gerichts bedauert. Gegen den Beschluß, so erklärte ein Sprecher, könnten keine Rechtsmittel eingelegt werden.

Die Gerichtsentscheidung bezieht sich ausschließlich auf die Lagerung der Castor-Behälter, nicht aber auf schwach- und mittelradioaktive Abfälle, die im Zwischenlager Gorleben bereits in Fässern aufbewahrt werden.

Das Zwischenlager hat eine Kapazität von 1500 Tonnen Uran abgebrannter Brennelemente sowie 35 000 „Gebinde" schwachradioaktiver Abfälle und wurde Ende 1983 fertiggestellt. Die Aufbewahrungsgenehmigung der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt stammt aus dem September 1983. Einen Monat später erteilte die Staatliche Gewerbeaufsicht Lüneburg die „Umgangsgenehmigung mit radioaktiven Stoffen zur Einlagerung im Zwischenlager". Seit dem 8. Oktober 1984 wird das Zwischenlager genutzt.

Nach Angaben der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK), die das Kernkraftwerk Stade betreibt, wird jetzt mit Hochdruck an einer anderen Lösung für die Lagerung der hochradioaktiven Brennstäbe gearbeitet. Ein NWK-Sprecher erklärte, die Castor-Behälter, die tatsächlich gestern auf den Weg nach Gorleben gebracht werden sollten, befänden sich nach wie vor in Stade.

Terminliche Schwierigkeiten erkennt die NWK bereits Mitte März, wenn der vorgesehene Wechsel der Brennelemente in Stade erfolgen soll. Das Abklingbecken, in dem abgebrannte Brennstäbe zunächst versenkt werden, ist nach den Worten des Sprechers bereits zum Teil besetzt. Ob der Platz für die zusätzlichen Brennelemente in den Abklingbecken ausreicht, sei nicht sicher.

Inzwischen stehe die NWK in direktem Kontakt zur Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe und zur französischen Cogema, die die deutschen Kernkraftwerke weitgehend entsorgt. Sollten diese Gespräche erfolglos bleiben, müßte in Stade auch die Möglichkeit einer Kraftwerksabschaltung in Betracht gezogen werden. Allerdings wäre auch bei diesem Schritt die Versorgung der Bevölkerung mit Strom nicht gefährdet. Nach Angaben des NWK-Sprechers sind bisher von Stade aus etwa 150 Transporte mit abgebrannten Kernbrennstäben zur Cogema-Wiederaufarbeitungsanlage nach La Hague erfolgt. In keinem Fall habe es Anlaß zu Beanstandungen gegeben.

Jugoslawische Wissenschaftler: KP soll Wirtschaft in Ruhe lassen

Belgrader Führung politisches Fehlverhalten vorgeworfen / IWF in Schutz genommen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Führende jugoslawische Wissenschaftler haben die kommunistische Partei ihres Landes aufgefordert, sich aus der Wirtschaft zurückzuziehen. Nur so sei ein Funktionieren des jugoslawischen sozialistischen Systems möglich. Auf einer Konferenz der Serbischen Akademie der Wissenschaften in Belgrad, an der 200 Professoren, hauptsächlich aus den Fachrichtungen Nationalökonomie und Soziologie, teilnahmen, wurde festgestellt, der Hauptgrund für die in Jugoslawien gegenwärtig herrschende Wirtschaftskrise liege in der „Herrschaft der politischen Sphäre über die Wirtschaft".

Krise nicht eingedämmt

Jahrelang habe in Jugoslawien der politische „Voluntarismus" die ökonomischen Tatsachen ignoriert. Jetzt müsse dieses Fehlverhalten der politischen Spitze außerordentlich teuer bezahlt werden.

Der Belgrader Wirtschaftswissenschaftler Kosta Mihailovic erklärte, auch im vergangenen Jahr hätte die politische Führung die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Krise versäumt. Das Programm zur Inflationsbekämpfung (die Inflation des Dinar beträgt inzwischen 100 Prozent) sei verspätet in Kraft gesetzt worden.

Niemand habe sich dann an die beschlossenen Maßnahmen gehalten. Das Programm der wirtschaftlichen Stabilisierung werde nur zögernd verwirklicht.

Nur drei bedeutende Maßnahmen sind nach Auffassung des Wirtschaftswissenschaftlers Mihailovic bisher realisiert worden: die Einführung eines realen Wechselkurses für den Dinar, realistische Zinsen sowie ein Regime der freien Preisbildung. Diese Maßnahmen gingen auf Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zurück.

Mihailovic nahm den IWF gegen Vorwürfe gewisser jugoslawischer Politiker in Schutz, die behauptet hatten, der Währungsfonds habe „Jugoslawien das Messer an die Gurgel gesetzt". In Wirklichkeit sei es umgekehrt, sagte der Wissenschaftler: „Niemand hat uns gezwungen, uns zu verschulden."

Der Währungsfonds sei lediglich daran interessiert, daß sich die jugoslawische Wirtschaft stabilisiere, damit sie ihre Schulden bezahlen könne. Das bisherige Wachstum der jugoslawischen Wirtschaft, so erklärte ein Diskussionsredner, habe sich nur auf „gepumpte ausländische Mittel" gegründet – und sei sofort versiegt, als dieses Geld nicht mehr zur Verfügung stand.

„Große Chance vertan"

Der zur Praxis-Gruppe gehörende Professor Mihailo Markovic kritisierte, daß Jugoslawien eine große politische Chance vertan habe: sich im Kampf gegen den Stalinismus so zu entwickeln, „daß nicht die große Idee der Arbeiterselbstverwaltung kompromittiert wird".

Der Soziologe Svetozar Stojanovic warnte schließlich vor einer „ideologischen Vernebelung" der Diskussion um das politische System in Jugoslawien.

Besonderes Aufsehen verursachte der Diskussionsbeitrag des ehemaligen Politbüro-Mitglieds Svetozar Vukmanovic-Tempo. Der jetzt in Pension lebende Spitzenfunktionär erklärte, die von Tito und Kardelj 1974 konzipierte Verfassung Jugoslawiens widerspreche dem Parteiprogramm der jugoslawischen KP.

USA werfen UdSSR Vertragsbrüche vor

dpa, Washington

Die Abteilungsleiter des Verteidigungs- und Außenministeriums, Richard Perle und Richard Burt, haben der UdSSR vor dem außenpolitischen Ausschuß des Senats am Montag erneut vorgeworfen, im Gegensatz zu den USA erheblich gegen Rüstungskontrollvereinbarungen verstoßen zu haben und Tausende von neuen Atomsprengköpfen zu stationieren. Moskau habe Schlupflöcher in bestehenden Abkommen genutzt, um neue Verteidigungssysteme zu entwickeln.

Perle versicherte, daß die USA bei den Genfer Verhandlungen versuchen würden, den Ausbau der nuklearen Arsenale zu verhindern. „Wir versuchen, die Dinge anders zu regeln, wir versuchen, auf die wirklichen Reduzierungen als einzig sichere Maßnahme zu bestehen."

Anschlag auf Kasseler Stadtwerke

DW. Karlsruhe

Vermutlich Terroristen haben in der Nacht zu gestern auf das Verwaltungsgebäude der Kasseler Stadtwerke einen Sprengstoffanschlag verübt. Die Generalbundesanwaltschaft teilte gestern mit, daß ein mit selbstgefertigtem Sprengstoff gefüllter Feuerlöscher kurz nach Mitternacht vor der besetzten Telefonzentrale des Gebäudes detoniert war. Da die Zentrale mit Panzerglas abgesichert war, entstand kein Personenschaden; der Sachschaden wurde auf mehr als 20 000 Mark geschätzt.

Die Bundesanwaltschaft sieht einen Zusammenhang mit Anschlägen auf das Regierungspräsidium, die Gesamthochschule und eine Autowerkstatt in Kassel 1984. Auch diesmal liege kein Bekennerschreiben vor. Das hessische Landeskriminalamt wurde mit Ermittlungen beauftragt.

Finanzhof kritisiert Kfz-Steuerpläne

AP, München

Der Präsident des Bundesfinanzhofes, Franz Klein, hat erhebliche Bedenken gegen die Pläne der Bundesregierung geäußert, abgasentgiftete Autos bei der Kraftfahrzeugsteuer zu begünstigen. Klein sagte gestern auf der jährlichen Pressekonferenz des höchsten deutschen Steuergerichts in München, daß die vorgesehenen, vielfältigen Abstufungen „zu neuen Komplizierungen und damit sicher auch zu neuen Gerichtsverfahren" führten. Sollten Fahrzeuge mit abschaltbarem Katalysator angeboten werden, sei ein Steuerentscheid besonders problematisch.

Klein sieht die Kraftfahrzeugsteuerpläne als Beispiel für die zu komplizierte Steuergesetzgebung an; der Bundesfinanzhof sei mit dem Rekord von 5107 eingegangenen Verfahren total überlastet.

Arbeitslose Lehrer als Bankkaufleute

PETER PHILIPPS, Bonn

Ein neuer Weg, arbeitslosen Lehrern zu helfen, ist jetzt in Berlin beschritten worden: Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien und der regionale Bankenverband haben sich darauf geeinigt, vom September an 20 Jung-Lehrer, die über beide Staatsexamina verfügen, in einer verkürzten Lehre zu Bankkaufleuten auszubilden. Sie erhalten die tarifliche Ausbildungsvergütung von 960 Mark, können diese allerdings bis zu 1800 Mark monatlich aufstocken, indem sie „nebenbei" auf Honorar-Basis im Fortbildungsbereich als Lehrer arbeiten.

Angesichts von rund 1500 stellungslosen Pädagogen allein in Berlin ist die Aktion natürlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Frau Laurien hat deshalb auch dazu aufgefordert, „das Umschulungsmodell in anderen Wirtschaftszweigen aufzugreifen". Sie geht damit bewußt einen anderen Weg als manche ihrer Kultusminister-Kollegen, die zur Bewältigung des Problems eher auf Arbeitszeit-Verkürzung, Sabbat-Jahr und Teilzeit-Arbeit setzen, das heißt auf den Versuch, die fertig ausgebildeten Lehrer auch im gelernten Beruf einzusetzen.

Rund 60 000 arbeitslose, fertig ausgebildete Pädagogen gibt es zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland – mit immer noch, wenn auch langsamer steigender Tendenz. Versuche, zumindest einen Teil dieser Akademiker in der Wirtschaft unterzubringen, gibt es schon länger. So hat es beispielsweise ein Modellvorhaben des unternehmernahen Institutes der deutschen Wirtschaft in Köln gegeben. Doch immer wieder stießen die Firmen auf grundsätzliche Schwierigkeiten: Die Jung-Lehrer erwiesen sich nur als bedingt flexibel, wollten – trotz nicht sichtbarer Beschäftigungs-Chancen – an ihrem einmal gefaßten Berufsziel festhalten, wichen lieber in Aushilfsjobs aus, als sich auf eine andere Lebensplanung festzulegen. Aber, und dies war dann die überraschende Fortsetzung der Geschichte auf anderer Ebene: Wenn sie nur Zeitverträge als Lehrer angeboten bekamen, ohne die Garantie einer anschließenden Übernahme ins Beamtenverhältnis, und dies dann auch noch mit einem Umzug verbunden war, lehnten – beispielsweise in Nordrhein-Westfalen – 800 Gymnasiallehrer angebotene Stellen deshalb ab.

Wer macht da dumm?

J. G. – Es ist schon ein bißchen pikant. Ein Bundesunternehmen liegt coram publico mit dem Bundesinnenminister im Clinch. Als größter deutscher Produzent der Branche setzten sich die Vereinigte Aluminium-Werke (VAW) nun empört gegen den Vorwurf aus Zimmermanns Haus zur Wehr, VAW und die gesamte Branche betrieben irreführende Werbung und „Verdummung der Verbraucher". Der Stein des Anstoßes ist mal wieder der Umweltschutz, den der politisch primär zuständige Innenminister seit Jahren schon mit nicht nur glücklicher Hand fördert.

Konkret geht es um den Einweg/Mehrweg-Verpackungsstreit und hier um die Blechdose. Ein neues Recycling-System, das die leere Dose nicht erst von der Müllhalde, sondern schon beim Einzelhandel in den Rohstoffkreislauf zurückführt, versucht die Aluminiumindustrie derzeit als „wiederverwendbare Verpackung" auch werblich dem Verbraucher nahezubringen.

Der Erfolg bleibt abzuwarten. Aber Schelte hat er nicht verdient. Obendrein: Der Rohstoff-Rücklauf auch von der Müllhalde ist bei Dosen, ob aus Aluminium oder Weißblech, durch unternehmerische Anstrengung ohnehin schon beachtlich hoch. Zudem sind leere Getränkedosen am gesamten Hausmüllanfall nur mit einem halben Prozent beteiligt. Wer da mit Unternehmerschelte einen Kreuzzug für die „echte" Mehrwegpackung (Pfandflasche) leitet, betreibt Verdummungspolitik.

Dollar-Lamento

ed. – Alle möglichen berufenen und unberufenen Experten lamentieren über den steigenden Dollarkurs, doch der Markt läßt sich von dem Gerede nicht beeindrucken. Egal ob die Argumente schlüssig sind oder nicht. Und die Zentralbanken schauen – wie es scheint – hilflos zu, wie der Dollar immer neue und immer unvernünftigere Rekorde „knackt". Sie warten offenbar bis die Dollarhausse von allein in sich zusammenbricht. Das tun sie allerdings schon lange, und das scheint dem Kursauftrieb eher noch zusätzlichen Schub zu geben. Manche Beobachter sind ob dieser *Entwicklung inzwischen so beunruhigt*, daß sie befürchten, das einzige Mittel gegen einen weiteren Kursanstieg seien Kapitalverkehrskontrollen, die verhindern, daß laufend D-Mark aus der Bundesrepublik abfließt. Doch das wäre der allergrößte Unfug, den man sich vorstellen kann. Einmal sind es ja gar nicht in erster Linie die Kapitalabflüsse, die den Dollar gegenüber der D-Mark hochjagen. Vor allem aber würde eine Reglementierung des Kapitalverkehrs die D-Mark erst recht unter Druck setzen.

LEIPZIGER MESSE / Die mitteldeutsche Wirtschaft hat großen Modernisierungsbedarf

Unternehmen erwarten neue Impulse für den Handel mit der „DDR"

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Produzenten von Investitionsgütern in der Bundesrepublik hoffen *auf höhere Abschlüsse mit der „DDR"* bereits während der Leipziger Frühjahrsmesse, die am 10. März beginnt. Nach Ansicht des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) steht diese Messe ganz im Zeichen des 1986 beginnenden Fünf-Jahres-Plans. Im vergangenen Jahr mußten die Lieferanten aus der Investitionsgüterbranche Einbußen hinnehmen. Der innerdeutsche Handel schloß 1984 mit einem Überschuß von rund 1,3 Milliarden Mark für die „DDR".

Der Deutsche Industrie- und Handelstag weist in seiner Analyse darauf hin, daß 1984 sowohl die Bundesrepublik als auch die „DDR" ihren Außenhandel kräftig steigern konnten. Verglichen damit habe sich der deutsch-deutsche Warenaustausch gegenläufig entwickelt, er stagnierte (plus zwei Prozent) praktisch, „wenn auch bei beachtlichen 15 Milliarden Mark". Beträchtlichen Absatzeinbußen von Lieferungen aus der Bundesrepublik hätten erheblich höhere Bezüge aus der „DDR" gegenübergestanden.

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes blieben die Lieferungen in die „DDR" im vergangenen Jahr um acht Prozent unter dem Ergebnis des Vorjahres. Dagegen konnte die „DDR" ihre Lieferungen um zwölf Prozent steigern. Unter Einbeziehung der Dienstleistungen stiegen die Bezüge aus der „DDR" um neun Prozent, während die Lieferungen um sechs Prozent sanken. Im bilateralen Verrechnungsverkehr ergab sich dadurch ein Überschuß der „DDR" nach Angaben des DIHT von 1,3 Milliarden Mark.

Der DIHT sieht neue Impulse für den deutsch-deutschen Warenaustausch: Die „DDR" hat ihr Kredit-Standing international erheblich aufgebessert, im gesamten Westhandel hat sie einen Außenhandelsüberschuß von rund 1,5 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet, durch ihre konsequente Sparpolitik der letzten Jahre gibt es einen Investitionsstau und schließlich könnten sich Kooperationen mit der „DDR", wie beispielsweise mit dem Volkswagenwerk bei der Motorenfabrikation, zu einem neuen Instrument der Handelsausweitung entwickeln. Kurz: die Lieferanten setzen auf den Modernisierungsbedarf der „DDR", stellt der DIHT fest.

Die Entwicklung des Warenverkehrs wie auch die nach zehn Jahren erstmals wieder aktive Handelsbilanz gegenüber der Sowjetunion haben das internationale Kredit-Standing der „DDR" verbessert. So habe beim jüngsten Konsortialkredit unter Führung der Bank of America über 150 Millionen Dollar einen Risikozuschlag zur Londoner Bankenrate von sieben Achtel Prozentpunkten gezahlt werden müssen. Beim 400-Millionen-Dollar-Kredit Ende vergangenen Jahres unter Führung der Deutschen Bank Luxemburg lag der Aufschlag noch bei einem Prozent. Nach der Analyse des DIHT hat die „DDR" nicht nur ihre Verschuldung reduziert, sondern auch in der Hochzinsperiode aufgenommene Kredite abgelöst.

Nach Ansicht der Kammerorganisation hat die „DDR" ihre Position für die in diesem Jahr anstehenden Verhandlungen über den zinslosen Überziehungskredit (Swing) von jetzt 600 Millionen Mark gestärkt. Sie habe den Spielraum, der 1984 noch bei 690 Millionen Mark lag, nur zu rund 30 Prozent ausgenutzt. Die im Zahlungsverkehr aufgelaufenen Schulden seien auf unter drei Milliarden Mark gesenkt worden.

Ein Schwerpunkt der neuen Planperiode sei der verstärkte Absatz der heimischen Braunkohle als Energieträger und Rohstoff sowie die Modernisierung der Metallogie. Außerhalb der Grundstoffbereiche werde jedoch die Rationalisierung vorangetrieben. Bei mittelgroßen Modernisierungsprojekten – mit Milliardenvorhaben rechnet der DIHT nicht – hätten die Anbieter aus der Bundesrepublik gute Ausgangschancen. Der DIHT kritisiert den geringen Anteil technologisch anspruchsvoller Produkte im innerdeutschen Handel, den er auf nur elf Prozent beziffert. Eine Möglichkeit, um dieses zu ändern, sieht er in einer verstärkten Kooperation nach dem VW-Muster.

DOLLAR

Auslandsvermögen fließen jetzt nach Amerika zurück

H.-A. SIEBERT, Washington

Für die machtvolle Stärke des Dollars gibt es viele Gründe. Nationalökonomen *in den USA nennen* vor allem die hohe Realverzinsung in Amerika, die Wachstumslücke in den anderen Industriestaaten sowie das seit 1981 geschaffene Vertrauenskapital, also den Reagan-Bonus. Aber mindestens ebenso wichtig ist die Tatsache, daß die Amerikaner nicht nur im Ausland viel mehr Geld borgen als verleihen, sondern auch ihre ausländischen Vermögen auflösen und zurückrufen.

Warum das so ist, hat jetzt die Federal Reserve Bank in St. Louis ausgelotet. Die neue Studie ergänzt ihre im vergangenen Jahr vertretene These, wonach die Ausländer nicht allein Amerikas stärksten Investitionsboom seit 1945 finanzieren und dadurch den Dollarkurs in die Höhe treiben. Folgt man der Notenbank am Mississippi, dann haben sich die Netto-Kapitalimporte der USA nie weit vom 1981 erreichten Niveau entfernt, während die Nettokapitalexporte 1983 und 1984 scharf gesunken sind.

Die als konservativ geltende Bank legt diese Zahlen vor: Die ausländischen Guthaben in den USA (Netto-Kapitalzufuhr) veränderten sich 1981 um netto 81,3, 1982 um 95,2, 1983 um 81,7 und vom ersten bis dritten Quartal 1984 um 83,1 Mrd. Dollar. Demgegenüber schrumpften die amerikanischen Guthaben im Ausland (Netto-Kapitalabflüsse) in den gleichen Zeiträumen um 111; 118,9; 49,5 und 6,7 Mrd. Dollar. Mit dem Abbau ihres Auslandsengagements haben die Amerikaner 1983 begonnen, 1984 hat er sich erheblich beschleunigt.

Diese Entwicklung und daß private Investoren wie Banken und Firmen ihre Vermögen repatriieren, belegt die Notenbank ebenfalls. So veränderten sich 1981 die Auslandsguthaben der US-Regierung um 10,3, 1982 um 11,1, 1983 um 6,2 und vom ersten bis dritten Quartal 1984 um neun Mrd. Dollar. Die privaten Zahlen machten für die ersten drei Jahre 100,7, 107,8 und 43,3 Mrd. Dollar aus; 1984 entstand sogar ein Netto-Minus in Höhe von 2,3 Mrd. Dollar.

Wie groß die Bedeutung der betrieblichen Investitionen für die US-Wertschöpfung ist, zeigt ihr Anteil am Bruttosozialprodukt, der 1984 real 12,5 Prozent erreichte. Dieser regelrechte Boom, so die Federal Reserve Bank in St. Louis, „ist nicht mit zusätzlich importiertem Auslandskapital, sondern mit Geldern finanziert worden, die von amerikanischen Investoren von ausländischen Kapitalmärkten in die USA umgelenkt worden sind".

Die Bank zieht daraus den Schluß, daß der enorme Dollarkurs mit einiger Sicherheit nicht auf die ausländische Nachfrage nach Dollar, sondern auf die rückläufigen Käufe ausländischer Währungen durch Amerikaner zurückzuführen ist. Das heißt aber nichts anderes, als daß besonders die amerikanischen Banken ein größeres Vertrauen in US-Unternehmen haben.

Sorgen in Hannover

Von DOMINIK SCHMIDT

Wer es nicht besser wüßte, hätte meinen müssen, die heiße Phase des Wahlkampfes sei in vollem Gange. Mit einer Haushaltsdebatte im herkömmlichen Sinn nämlich hatte das, was sich in der vergangenen Woche im niedersächsischen Landtag abspielte, kaum noch etwas gemein. Schulterklopfen innerhalb der Regierungspartei ob der tatsächlichen oder vermeintlichen Erfolge, heftige Angriffe der Opposition, die der Landesregierung Konzeptlosigkeit und mangelndes Verständnis für die wirtschaftlichen Probleme in Niedersachsen vorwirft.

Tatsächlich hätte der viertägigen Debatte mehr Nüchternheit und Sachlichkeit gut getan. Die derzeitige Situation hätte es geboten, weniger zu interpretieren und statt dessen mit mehr Gefühl für das Machbare realistische Entwicklungen aufzuzeigen. Niedersachsen ist beileibe nicht das Land, in dem Milch und Honig fließen. Und wenn Ministerpräsident Ernst Albrecht meint, der Bevölkerung des Landes gehe es gerade jetzt so gut wie noch nie bisher, dann ist dies starker Tobak, und zwar nicht nur für jene knapp 400 000 Menschen, die Ende Januar ohne Arbeit waren.

Mit welchen Mitteln allerdings die Opposition, wäre sie in der Regierungsverantwortung, das Arbeitslosenheer abbauen würde, die zweifellos vorhandenen Strukturprobleme kurzfristig beheben und dem Land Niedersachsen zu neuer wirtschaftlicher Kraft verhelfen könnte, ist ebensowenig verdeutlicht worden. Es ist das alte Lied: Wirtschaftspolitik kann auf Landesebene nur bedingt beeinflußt werden. Es sind bestenfalls Trends korrigierbar; die Weichen werden anderswo gestellt.

Die jüngsten Untersuchungen des niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung bestätigen einmal mehr die These, daß Niedersachsen mit Strukturnachteilen zu leben hat, die sich – wenn überhaupt – nur sehr langfristig beheben lassen. Dazu gehört die Ungleichgewichtigkeit der Regionen des *Flächenlandes*. Die Wertschöpfung ist stärker noch als die Bevölkerung auf Süd- und Südost-Niedersachsen konzentriert: Fast 55 Prozent aller Güter und Dienstleistungen werden dort produziert.

Die vier größten Industriezweige des Landes (Straßenfahrzeugbau, Ernährungsindustrie, Maschinenbau und Elektrotechnik) beschäftigen rund die Hälfte aller Industriearbeiter. Im Bundesdurchschnitt setzt sich die Rangliste der vier beschäftigungsstärksten Branchen aus dem Maschinenbau, der Elektroindustrie, dem Straßenfahrzeugbau und der chemischen Industrie zusammen.

Die Entwicklung der Wertschöpfung in Niedersachsen ist im Aufschwung günstiger als im Bundesdurchschnitt, in Zeiten der Rezession dagegen ungünstiger. Dabei zeigt sich, daß die allgemein als anfällig geltenden ländlichen Regionen hinsichtlich des Produktionswachstums stabiler als die industriellen Kernräume des Landes sind. Die Abhängigkeit von einigen Branchen beziehungsweise großen Unternehmen macht sich negativ beim Export bemerkbar. So entfallen rund 40 Prozent der niedersächsischen Auslandslieferungen auf VW.

Unverändert größtes Problem indes bleibt die Arbeitslosigkeit. Mit einer Quote von 14,1 Prozent hat sich der Abstand zum Bundesdurchschnitt (10,6 Prozent) weiter erhöht. Seit 1980 errechnet sich für Niedersachsen ein Beschäftigten-Rückgang, der um ein Drittel stärker ausfiel als in der Bundesrepublik insgesamt. Davon betroffen sind alle Wirtschaftszweige.

Wenn die in der Regierungsverantwortung stehenden Landespolitiker Ursachenforschung betreiben, warum die Wirtschaftsentwicklung im Lande so und nicht anders verläuft, wird oft und gerne auf Versäumnisse der Vergangenheit hingewiesen. Eine vorausschauende Strukturpolitik jener Qualität, wie sie etwa in Bayern oder Baden-Württemberg schon frühzeitig betrieben wurde, hätte bereits in den 60er Jahren in Gang gesetzt werden müssen, damit wären die Probleme in Branchen wie Stahl oder Schiffbau dann zumindest gemildert worden, wenn zukunftsträchtige Industrien hätten gewonnen werden können.

Einlassungen dieser Art mögen ihre Berechtigung haben. Strukturpolitik bedarf eines langen Atems. Der Hinweis der Oppsoition im niedersächsischen Landtag auf die vergangenen zehn Jahre indes ist gleichfalls nicht ganz ohne Relevanz.

AUF EIN WORT

„Wenn Frauen Chancengleichheit im Beruf nicht nur auf dem Papier erwirken möchten, müssen sie die gleichen Pflichten auf sich nehmen wie die Männer. Vielleicht müssen anfänglich Nachteile in Kauf genommen werden. Der weitgehende Verzicht auf Schutzbestimmungen wäre aber sicherlich ein lohnendes Opfer."

Lis Plaggemars-Bronnold, Leiterin der Landesgruppe Württemberg in der Vereinigung von Unternehmerinnen.
FOTO: DIE WELT

DEVISENMARKT

Der Höhenflug des Dollar hat sich etwas verlangsamt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Aufwärtsbewegung des Dollars hat sich gestern etwas verlangsamt. Der kurz nach dem Fixing am frühen Nachmittag erreichte Spitzenkurs war mit 3,48 DM „nur" um knapp drei Pfennig höher als am Montag. Der amtliche Kurs wurde in Frankfurt mit 3,4690 nach 3,4575 DM am Montag notiert, der niedrigste Kurs lag morgens bei 3,4450 DM, nachdem der Dollar in Asien etwas an Boden verloren hatte. Notenbankinterventionen hat es, wie am Markt zu hören war, gestern nicht gegeben.

Entgegen manchen Prognosen ist der Dollar gestern nachmittag nicht weiter gestiegen, als die über die Erwartungen hinausgehende Zunahme der US-Auftragseingänge für langlebige Wirtschaftsgüter im Januar um 3,8 Prozent gegenüber Dezember und die ebenfalls höher als erwartet ausgefallene Steigerung der Verbraucherpreise um 0,2 Prozent bekanntgegeben wurde. Ein Anstieg dieser Indikatoren in dieser Größenordnung, so glaubte man, könnte die Notenbank zu einem schärferen Kurs veranlassen, der zinssteigernd wirkt. Zuvor waren die Dollarzinsen am Euromarkt leicht gesunken, während die für D-Mark etwas anzogen. Gegenüber dem Schweizer Franken und den meisten EWS-Währungen hat sich die D-Mark gestern erholt. Schwach tendierten besonders italienische Lira und das Pfund, das auf einen neuen, historischen Tiefststand unter 1,0430 Dollar sank.

Am Rentenmarkt hat sich die Lage gestern beruhigt; teilweise waren Erholungsansätze zu beobachten. Auch an der deutschen Aktienbörse verlangsamte sich die Abwärtsbewegung bei den Standardwerten.

Diskussionen ohne Ende

dpa/VWD, Brüssel

Die EG-Agrarminister haben sich bis gestern mittag nicht auf Regeln geeinigt, mit denen die Wein- und Milchüberschüsse begrenzt werden können. Umstritten sind technische Details der Prämien für die Rodung von Rebstöcken und die Wiederbepflanzungsrechte von Weinstöcken. Bei den Milchquoten gibt es Probleme, *weil Italien diese Regelung nicht* anwendet, Irland Vorbehalte gegen die ihm zugeteilte Quote hat und mehrere Länder die vereinbarten Strafgelder nicht überweisen. Vermutlich haben die Minister erst gestern abend begonnen, die Agrarpreise 1985/86 zu erörtern.

BUNDESFINANZHOF

„Das Steuerrecht sollte endlich vereinfacht werden"

rtr, München

Der Bundesfinanzhof (BFH) sieht sich einer wachsenden Flut von Gerichtsverfahren gegenüber. Darauf hat gestern der Präsident des obersten deutschen Steuergerichtes, Franz Klein, vor Journalisten hingewiesen. Dies wiederum führe zu immer größeren Verzögerungen bei Entscheidungen, die dadurch für die Verfahrensbeteiligten manchmal zu spät ergingen, sagte KLein. Er forderte deshalb erneut eine Vereinfachung des Steuerrechtes. Der BFH habe dem Gesetzgeber hierfür bereits eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet.

Der BFH-Präsident kritisierte die vom Bundeskabinett geplanten Steuerbegünstigungen mit „etlichen Abstufungen" für Kraftfahrzeuge mit Katalysatoren und umgerüstete Fahrzeuge. Für die umweltpolitischen Ziele, die die Bundesregierung damit verfolge, könne man zwar Verständnis haben, doch mache die damit verbundene vielfältige Differenzierung das deutsche Kfz-Steuersystem noch komplizierter. Dies habe fast zwangsläufig zur Folge, daß es zu einer steigenden Zahl von Gerichtsverfahren kommen werde.

Die Tätigkeit des BFH im Jahr 1984 hatte laut Klein mehrere „Rekorde" zu verzeichnen. So habe die Zahl der eingereichten Klagen mit 3100 Fällen einen Höchststand erreicht. Die nicht erledigten Verfahren hätten Ende 1984 einen Rekordstand von 4993 erreicht, obwohl gleichzeitig mit 2710 erledigten Fällen ebenfalls eine Höchstmarke *registriert* wurde. *Die* Verfahrensdauer liege bei durchschnittlich knapp zwei Jahren, die der Revisionsverfahren bei zwei Jahren und vier Monaten, erklärte KLein. Der am schnellsten wachsende Bereich seien die Ertragssteuer-Einsprüche.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Agrarstruktur im EG-Vergleich

	Durchschnittl. landwirtschaftl. Betriebsgröße in ha	Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft (einschl. Fischerei) in Prozent der Erwerbstätigen
Griechenland	4,3	30,7
Italien	7,4	12,1
Bundesrepubl.	15,3	5,4
Belgien	15,4	2,9
Niederlande	15,6	4,9
Irland	22,5	17,1
Dänemark	24,9	8,4
Frankreich	25,4	8,2
Luxemburg	27,6	4,7
Großbritannien	65,7	2,7
EG insgesamt	15,7	6,7

Im EG-Vergleich liegt die durchschnittliche Betriebsgröße der deutschen Landwirtschaft ziemlich am Ende der Skala. Zwar ist auch der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft Erwerbstätigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik geringer als im EG-Durchschnitt, für ein hochindustrialisiertes Land ist dieser Anteil jedoch relativ hoch.
QUELLE: ILLUPRESS

Überschuß im Außenhandel gesunken

Wiesbaden (dpa/VWD/AP) – Die *Bundesrepublik erzielte im Januar* einen Exportüberschuß von 2,6 Mrd. DM verglichen mit einem Plus von 6,1 Mrd. DM im Dezember und zwei Mrd. DM im Januar 1984. Die Leistungsbilanz schloß dabei mit einem Fehlbetrag von 600 Mill. DM. Noch im Dezember hatte sie ein Plus von 6,4 Mrd. DM ausgewiesen. Das Statistische Bundesamt teilte weiter mit, von der Bundesrepublik seien im Januar 1985 Waren im Wert von 39,55 Mrd. DM eingeführt und für 42,107 DM ausgeführt worden.

Mehr Insolvenzen

Köln (dpa/VWD) – Die leichte konjunkturelle Erholung im Einzelhandel hat sich auf die Insolvenzentwick*lung offenbar noch nicht ausgewirkt.* So nahm mit 1751 Insolvenzen (Konkurse und Vergleichsverfahren) ihre Zahl im Einzelhandel 1984 noch um 0,5 Prozent zu, nachdem im Vorjahr die Zahl der Konkurs- und Vergleichsverfahren geringfügig zurückgegangen war, berichtete die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) gestern in Köln. Damit liegt die Zahl der Insolvenzen erneut nur knapp unter dem bisherigen Höchststand von 1982.

Prof. Hesse neuer „Weiser"

Bonn (dpa/VWD) – Der Göttinger Volkswirtschafts-Professor Helmut Hesse ist zum Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung berufen worden. Die Ernennungsurkunde wurde dem neuen „Wirtschaftsweisen" von Staatssekretär Otto Schlecht überreicht, wie das Bundeswirtschaftsministerium gestern mitteilte. Hesse löst Olaf Sievert ab, der nach fast 15jähriger Mitarbeit am 28. Februar aus dem Sachverständigenrat ausscheidet.

Ohne Ergebnis

Frankfurt (adh) – Eine „bedingungslose Kapitaulation," so der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI), Frankfurt, hätten die Krankenkassen von der Industrie gefordert. Deshalb seien die Gespräche *zwischen* Kassen und BPI über Kostendämpfung im Gesundheitswesen ergebnislos abgebrochen worden. Das geforderte Verbot von Arzneimittelmustern für Ärzte und die Entlassung von 2500 bis 3000 Außendienstmitarbeitern würde neuen Firmen die Chance nehmen, in den Wettbewerb auf dem Arzneimittelmarkt einzugreifen. Bei mehrerren Kassenforderungen sei darüber hinaus kein Zusammenhang mit der Kostendämpfung im Gesundheitswesen erkennbar gewesen.

Höhere Verzinsung

Frankfurt (dpa/VWD) – Die durchschnittliche Verzinsung bei Bundesobligationen und Finanzierungsschätzen wird ab 27. Februar steigen. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank ergibt sich bei 7,25 Prozent Verzinsung und 98,70 (99,50) Ausgabekurs für fünfjährige Bundesobligationen eine Rendite von 7,57 (7,37) Prozent. Bei Finanzierungsschätzen mit zweijähriger Laufzeit lautet bei einem Verkaufszins von 6,30 (6,20) Prozent die Rendite auf 6,97 (6,84) Prozent.

Beschluß zurückgenommen

Jerusalem (AFP) – Die israelischen Arbeitgeber haben die am Wochenende ausgesprochene Kündigung des Sozialpaktes mit Regierung und Gewerkschaften zurückgenommen, da ein Kompromiß mit dem Finanzministerium über geplante Preiserhöhungen erzielt werden konnte. Dies teilte in Jerusalem der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Eli Horowitz, mit.

Ölimporte verteuert

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Rohölimporte der Bundesrepublik haben sich im Januar verteuert, lagen aber mit 58 Mill. Tonnen niedriger als im gleichen Vorjahresmonat (61,3 Mill. Tonnen). Nach Mitteilung des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, Eschborn, belief sich die Rohölrechnung auf 3,8 Mrd. DM. Damit war die Tonne Importrohöl im Schnitt um 6,1 Prozent teurer als vor einem Jahr.

Atomauftrag aus China

Peking (AP) – Zwei französische Unternehmen haben nach einem Bericht der englischsprachigen Zeitung „China Daily" den Zuschlag für die technische Ausrüstung eines Kernkraftwerks in der nordostchinesischen Provinz Liaoning erhalten.

EINKOMMEN

Reallöhne sind 1984 erstmals seit 1980 wieder gestiegen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Erstmals seit 1980 sind die Reallöhne *in der Bundesrepublik 1984 wieder* gestiegen, obwohl sich der Anstieg des Lohnniveaus, wie es im jüngsten Lagebericht des Bundeswirtschaftsministerium heißt, seit 1981 deutlich verringert habe. So habe die Erhöhung der Tarifentgelte (Löhne und Gehälter auf Monatsbasis) in der Gesamtwirtschaft 1981 noch 5,5 Prozent betragen. Diese Zuwachsrate habe sich bis 1984 auf 2,8 Prozent nahezu halbiert. Bei den Effektivverdiensten sei gleichzeitig die jährliche Steigerungsrate von rund fünf auf drei Prozent gesunken.

In dem selben Zeitraum habe die Inflationsrate von 6,3 auf 2,4 Prozent abgenommen. Werden die Nominal*lohnzuwächse mit den* Preissteigerungen saldiert, dann ergebe sich ein Rückgang des Reallohnniveaus von 1,4 Prozent 1981 und eine Zunahme um 0,7 Prozent im vergangenen Jahr. „Diese Entwicklung belegt, daß sinkende Nominallohnzuwächse nicht gleichbedeutend mit entsprechenden Reallohnveränderungen sein müssen, sondern mit einer günstigeren Entwicklung der Kaufkraft der Einkommen einhergehen können", so das Wirtschaftsministerium.

Die Effektivlöhne und Gehälter im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe seien im Durchschnitt der ersten elf Monate 1984 um 3,9 Prozent gestiegen. Da die Produktivität gleichzeitig um 4,9 Prozent zugenommen hat, seien die Lohnstückkosten um ein Prozent gesunken. Diese Entwicklung habe einen erheblichen Teil der von den deutlichen höheren Einfuhrpreisen (sechs Prozent im Jahresdurchschnitt) ausgehenden inflationären Tendenzen kompensiert.

ENTWICKLUNGSHILFE / Untersuchung über Auflagenpolitik und Politik-Dialog

Einfluß durch Höhe des Engagements

HEINZ HECK, Bonn

Politische und wirtschaftliche Auflagen bei der Vergabe von Entwicklungshilfe sind aus völkerrechtlicher Sicht unproblematisch, wenn sie vom Empfängerland akzeptiert werden. Ob und inwieweit aber ein Geberland seine außenpolitischen Beziehungen zur Dritten Welt mit entwicklungspolitisch motivierten Auflagen oder Empfehlungen belasten will, hängt letztlich von der Bereitschaft ab, die damit verbundenen Konflikte mit den betroffenen Ländern durchzustehen.

Dies ist eine der Kernthesen einer Untersuchung über „Auflagenpolitik und Politik-Dialog in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit", die Detlef Radke vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Berlin im Auftrag des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) jetzt erstellt hat.

Ungeachtet des etwas blaß anmutenden Titels geht es hier um eine der zentralen Fragen der Entwicklungspolitik und ihrer Wirksamkeit. Läßt sich, konkreter gefragt, über die Vergabe von Entwicklungshilfe Einfluß auf die Wirtschaftspolitik eines Landes ausüben? Was hilft es, wenn zum Beispiel die Bundesregierung ein knappes Drittel und damit den höchsten Anteil ihrer Zusagen für Landwirtschaftsprojekte vergibt, wenn gleichzeitig die meisten Regierungen in der Dritten Welt etwa durch Druck auf landwirtschaftliche Erzeugerpreise und eine überzogene Industrieförderung den wichtigsten Wirtschaftszweig in ihren Ländern benachteiligen?

Radkes eingangs zitierte These zeigt allerdings auch seine Skepsis schon gegenüber der Bereitschaft des Geberlandes, bei bilateralen Verhandlungen mit Auflagen anzutreten. Zwar laufe die strukturelle Asymmetrie der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern darauf hinaus, daß letztere im allgemeinen größere Kompromißbereitschaft zeigen müßten. Doch warnt er zugleich vor Illusionen. Denn die Möglichkeiten, vereinbarte Auflagen zu unterlaufen oder nur zum Teil zu erfüllen, seien groß – die der Geber, das zu unterbinden, dagegen gering.

Bleiben vielleicht zwei Auswege: Über internationale Finanzierungsinstitutionen wie Weltbank und Internationalen Währungsfonds ließen sich eher Auflagen und Kursänderungen im Empfängerland durchsetzen. Schließlich könne auch jedes Geberland – schon im Interesse der Glaubwürdigkeit seiner Politik – sein Engagement gegenüber solchen Ländern reduzieren, in denen Fehlentwicklungen und Mißstände zu beobachten sind. Dadurch lasse sich unter Umständen ein größerer Anpassungsdruck erzielen als durch Auflagenpolitik und Politik-Dialog.

ITALIEN / Textilbranche stößt auf Schwierigkeiten

US-Export erheblich erhöht

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Textil- und Bekleidungsindustrie erwartet im laufenden Jahr eine geringere Zunahme der Ausfuhr, während auf dem Inlandsmarkt nach dreijähriger Rezession und Stagnation mit einer leichten Absatzsteigerung gerechnet wird. Wachsende Probleme erwarten die Hersteller vor allem von der weiter hohen Inflations- und Lohnkostendifferenz gegenüber der ausländischen Konkurrenz und dem damit verbundenen weiteren Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit auf wichtigen Absatzmärkten. Sorgen bereiten der Branche in diesem Zusammenhang insbesondere die EG-Märkte, auf denen sich die Preis-Kosten-Schere mehr und mehr bemerkbar macht. Bei nahezu stabilen Wechselkursen innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) erhöhten sich die Listenpreise in der italienischen Bekleidungsindustrie für Frühjahr/Sommer-Ware um zehn bis zwölf Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit, während für Herbst/Winter eine noch ausgeprägtere Zunahme bevorsteht.

Einen fühlbaren Preisschub brachten den italienischen Herstellern die nicht zuletzt durch den Höhenflug des US-Dollar ausgelösten Rohstoffverteuerungen auf den internationalen Märkten. Gleichzeitig trug die Aufwertung des US-Dollar gegenüber der Lira auch entscheidend dazu bei, die italienischen Lieferungen in die Vereinigten Staaten zu erhöhen.

Im Jahre 1984 stieg die italienische Ausfuhr von Damenoberbekleidung in die USA wertmäßig um 90 Prozent, die von Damenstrickwaren sogar um 220 Prozent bei einer mengenmäßigen Verdoppelung.

Dank dieser Entwicklung rückten die USA in der insgesamt um 20 Prozent auf 4150 Mrd. Lire gestiegenen Ausfuhr von Konfektion hinter dem westdeutschen Markt vor Frankreich auf den zweiten Platz, während in der um 16 Prozent auf 4200 Mrd. Lire zugenommenen Strickwarenausfuhr der US-Markt nach den beiden Hauptkundenländern Deutschland und Frankreich seinen dritten Platz beträchtlich ausbaute.

Gerade diese Steigerung und die weiter auf den US-Markt gerichtete Export-Offensive eines immer größeren Teils der italienischen Hersteller sind es indessen auch, die in Branchenkreisen zunehmende Sorgen bereiten. Von den USA aus gesehen droht die steigende Importwelle, die protektionistischen Versuchungen zu verstärken und läßt die Gefahr auftauchen, daß die US-Behörden einen Teil der Einfuhren Kontingenten unterziehen. Eine solche Maßnahme hätte, wie jetzt der Präsident des Zentralverbandes der italienischen Textilindustrie, Gian Carlo Lombardi, feststellte, „katastrophale Folgen, nicht nur weil sie das Tor zu einem wichtigen Absatzmarkt schlössen, sondern weil sich dadurch die Waren aller Welt auf die europäischen Märkte ergössen". Nach Ansicht des italienischen Verbandspräsidenten wäre dies nicht zuletzt deshalb fatal, weil „Westeuropa keine sofortige Reaktionsfähigkeit besitzt, jede Verzögerung in der Verteidigung gegen diese Invasion aber verheerende Wirkungen hätte".

Sie verleitet Unternehmen, schwierigere Märkte zu vernachlässigen. Als mögliche Folge sehen Verbandsexperten auch den anhaltenden Rückgang des westdeutschen Anteils an den Ausfuhren der Bekleidungsindustrie an. Zwischen 1983 und 1984 verminderte sich dieser Anteil von 25 auf 23,3 Prozent, nachdem er 1976 noch 34 Prozent betragen hatte. Auf dem westdeutschen Markt halten sich die italienischen Hersteller nur, wenn sie imstande sind, Waren im richtigen Qualitäts-Preis-Verhältnis anzubieten. Das wird angesichts der italienischen Kostenentwicklung schwieriger.

NORDRHEIN-WESTFALEN / Diskussion über Energie, Umwelt und Arbeit

„Ungenutzte Energie ist die teuerste"

HANS BAUMANN, Essen

Es blieb Erhard Eppler, Mitglied des Parteivorstandes der SPD überlassen, den Funken in die Diskussion zu werfen, zu der sich auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung Fritz Ziegler, Mitglied des Vorstandes der Ruhrkohle AG, Prof. Wolf Häfele, Vorsitzender des Vorstandes Kernforschungsanlage Jülich, Karl-Heinz Janzen, Vorstandsmitglied der IG Metall, Joseph Spalthoff, Mitglied des Vorstandes des RWE und Friedrich Späth, Vorstandsmitglied der Ruhrgas AG, in Essen getroffen hatten, um über Arbeit – Umwelt – Energie in Nordrhein-Westfalen zu diskutieren. Begrüßt und komplettiert wurde die Runde von Prof. Friedhelm Farthmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Düsseldorf.

Eppler stellte die These auf, daß es ökologisch und ökonomisch vernünftiger sei, die Quellen der Energie besser zu nutzen, als immer neue Ressourcen zu erschließen. Sein Beweis: *Vor zehn Jahren hätte es niemand für* möglich gehalten, daß ein Viertel des Ölverbrauchs eingespart werden könnte.

Auf Widerstand stieß Eppler mit dieser These bei Späth, der feststellte, daß diese nicht verbrauchte Energie die teuerste Energie überhaupt sei, da sie die Konjunktur und viele Arbeitsplätze gekostet habe. Späth appellierte an die Diskussionsrunde, die vorgegebenen Thesen nicht einzeln zu betrachten, sondern sie in Abhängigkeit voneinander zu sehen. Er erinnerte daran, daß früher die Hauptsorge für die Zukunft die Beschaffung von Energie gewesen sei. Da nun als gesichert angenommen werden dürfe, daß über einen längeren Zeitraum Energie in ausreichendem Maße vorhanden sei, *sollte man diese Zeit der* Ruhe nutzen, das vernachläßigte Umweltproblem besonnen anzugehen.

Ziegler hob hervor, daß die Probleme in NRW besonders gravierend seien, weil dieses Land die größte Rohstoffindustrie mit den meisten Emissionen habe. Farthmann dagegen gab sich relativ optimistisch, eben weil man in NRW sehr früh da*mit begonnen habe, Umweltgesetze* zu erlassen, oder aber auf freiwilliger Basis Umweltschäden zu vermeiden. Wenn die verabschiedeten Gesetze in wenigen Jahren gegriffen hätten, werde Nordrhein-Westfalen eine so saubere Umwelt haben wie vor 80 Jahren – zu Beginn der Industrialisierung.

Franz-Joseph Spalthoff appellierte an die Politik, nun erst einmal die riesigen Investitionen aus der Großfeuerungsanlagen-Verordnung wirken zu lassen, und nicht bereits während der Zeit der Umrüstung weitergehende Forderungen zu stellen.

Prof. Häfele hielt ein Plädoyer für die Kernkraft, die Arbeit schaffe, Wettbewerbsfähigkeit bewahre und die Umwelt schone. Zur Lösung des Arbeitsproblems meint er, man müsse auf Innovationen warten, denen Investitionen vorangehen müßten. Für einen Kurzzeitraum böten sich hier Biotechnologie und Kommunikation an. Längerfristig gelte es, die Massenströme gerade in NRW in einen geschlossenen Kreis zu führen, also zu recyclieren.

Im Gegensatz zu Häfele meinte *Janzen, daß Kernenergie keine* Arbeitsplätze schaffe. Auch neue Kommunikationstechniken würden Arbeitsplätze vernichten.

AFRIKA-HANDEL / Der hohe Dollarkurs beflügelte die deutschen Einfuhren

Erstmals seit 1981 ein kräftiger Zuwachs

JAN BRECH, Hamburg

Der rückläufige Trend im deutsch-afrikanischen Außenhandel ist 1984 zunächst einmal unterbrochen worden. Wie der Hamburger Afrika-Verein in seinem Tätigkeitsbericht 1984 mitteilt, ist das Handelsvolumen zum ersten Mal seit 1981 wieder kräftig gestiegen. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1984 hat sich eine Zunahme um insgesamt 15 Prozent auf knapp 40 Mrd. DM ergeben. Dabei weiteten sich die deutschen Einfuhren um 18,1 Prozent auf 22,2 Mrd. DM und die Ausfuhren um 11,8 Prozent auf 17,4 Mrd. DM aus.

Das starke Plus bei den Importen ist zum Teil wechselkursbedingt. Durch den gestiegenen Dollarkurs und die überwiegende Fakturierung wichtiger Exportgüter Afrikas auf *Dollarbasis haben die afrikanischen* Staaten von der Stärke der US-Währung profitiert. Die gestiegene Kaufkraft, so erklärt der Afrika-Verein, sei weitgehend für den Abbau der Auslandsverschuldung und zunehmender Importe verwendet worden.

Der Handelsüberschuß zugunsten Afrikas ist um fast 50 Prozent auf 4,8 Mrd. DM gestiegen. Im Vergleich zum gesamten deutschen Außenhandel haben die Einfuhren aus Afrika überdurchschnittlich zugenommen, während die Afrika-Exporte hinter der allgemeinen Ausfuhrentwicklung zurückblieben. Das Export-Ergebnis, so meint der Verein, sei aber noch immer besser als allgemein erwartet ausgefallen. Der Anteil Afrikas an den gesamten deutschen Einfuhren erhöhte sich auf 6,2 Prozent, der an den Exporten blieb mit 4,3 Prozent nahezu unverändert.

Fast drei Viertel des deutschen Afrika-Geschäfts konzentrieren sich auf eine Gruppe von fünf Ländern. Dabei handelt es sich um Südafrika sowie die *ölproduzierenden Länder* Algerien, Libyen, Ägypten und Nigeria. Bei den Einfuhren dominiert Rohöl mit einem Anteil von fast 60 Prozent. Es folgen Kaffee mit fünf Prozent, Kakao, Eisenerze und Kupfer mit jeweils 2,5 Prozent und Holzprodukte mit ein Prozent. Gemessen am Wert war in den ersten zehn Monaten des Jahres 1984 Libyen der größte Lieferant mit 5,4 Mrd. DM. Nigeria lieferte Waren im Wert von 5,1 Mrd. DM, Südafrika von 2,5 Mrd. DM, Algerien von 2,4 und Ägypten von 1,1 Mrd. DM. Überdurchschnittliche Zuwachsraten erreichten jene Staaten, die Kaffee und Kakao nach Deutschland exportieren.

Unter den deutschen Ausfuhrgütern rangieren Maschinen mit 40 Prozent Anteil an der Spitze. Auf Fahrzeuge entfallen 17 Prozent, auf chemische Erzeugnisse 13 Prozent. Eisen und Stahl, Textilien und Metallwaren machen jeweils drei Prozent aus. Größter Abnehmer bleibt Südafrika, das seine Importe aus der Bundesre*publik um 40,8 Prozent auf 5,7 Mrd.* DM steigerte. Aus der Spitzengruppe weiter zurückgefallen ist Nigeria. Die drastische Verschlechterung der Finanzlage hat bei den Exporten nach Nigeria nochmals zu einer Halbierung auf 0,9 Mrd. DM geführt.

BUNDESVERBAND DEUTSCHER BANKEN

Konjunktur auf solider Basis

DANKWARD SEITZ, München

Mit einer Wachstumsrate von zwei bis 2,5 Prozent im Jahr 1985 steht die Konjunkturentwicklung in der Bundesrepublik auf einer soliden Grundlage. Erfreulich ist dabei, daß nun zunehmend die Investitionsgüternachfrage neben den noch immer guten Exporten zum tragenden Faktor werden. Diese Ansicht vertrat der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth, vor dem Club Münchner Wirtschaftspresse. Er warnte allerdings davor, dies zum Anlaß zu nehmen, die äußerst erfolgreiche Haushaltskonsolidierung jetzt abzubrechen, denn das Staatsdefizit sei noch immer zu hoch.

Nur durch die Haushaltskonsolidierung und die geschickte Zinspolitik der Bundesbank sei es auch gelungen, so Schroeder-Hohenwarth, das derzeitig erfreuliche deutsche Zinsniveau vom amerikanischen Kapitalmarkt abzukoppeln. Mit der leichten Anhebung des Lombardsatzes habe die Bundesbank keineswegs eine Trendwende eingeleitet, denn durch andere Kapitalmaßnahmen habe sie dem Markt per saldo immerhin noch 5,5 Milliarden Mark mehr an Liquidität zur Verfügung gestellt. Wenn auch derzeit der Markt in Richtung acht Prozent tendiere, sei mit einem signifikanten Anstieg auf Dauer nicht zu rechnen.

Gefahren drohten allerdings, so der Banken-Präsident, von dem erstaunlich hohen Dollar-Kurs. Jeder weitere Anstieg verstärke den Handlungsbedarf der Bundesbank. Als „Berufsoptimist" vertraue er aber auf die ökonomische Einsicht der Berater des US-Präsidenten, etwas gegen das hohe amerikanische Haushaltsdefizit tun zu müssen, wenn die USA nicht zum größten Schuldnerland der Welt werden wollten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neubeginn bei Eisvoigt

Wolfenbüttel (dpa/VWD) – Die Kühlmöbelfabrik Eisvoigt Ludwig Voigtländer GmbH + Co. KG, Wolfenbüttel, die im Herbst 1984 in Konkurs gegangen war, hat unter dem Namen Eisvoigt Anlagen- und Gerätebau GmbH die Produktion von Kälteanlagen wieder aufgenommen. Nach Angaben vonHauptgesellschafter Bernhard Quentin will sich Eisvoigt mit der von 210 auf 70 Mitarbeiter geschrumpften Belegschaft auf die Technologie für Bäckerhandwerk und Backindustrie konzentrieren.

30 Mrd. DM für Wartung

Düsseldorf (dpa/VWD) – Wartung und Überholung von Flugzeugen gewinnen für die Luftverkehrsunternehmen immer mehr an Bedeutung. Allein die Linienfluggesellschaften gaben dafür im vergangenen Jahr mehr als 30 Mrd. DM aus. Dies berichteten Experten in Düsseldorf anläßlich der 4. internationalen Fachmesse für Instandhaltung von Flugzeugen und Hubschraubern, „AIRMEC 85", die bis zum 1. März dauert.

Krupp Widia in China

Düsseldorf (J. G.) – Als bedeutenden Einstieg in den ständig wachsenden China-Markt wertet der Hartmetallproduzent Krupp Widia GmbH, Essen, einen nun perfekten Vertrag über die Lieferung von Maschinen, Ausrüstungen und Know-how im Wert von etwa 30 Mill. DM an die Tianjin Cemented Carbide Factory (TCTW), Tianjin. Die TCTW will unter Einsatz von Widia-Technik ihre Kapazität von Hartmetall und Hartmetallwerkzeugen modernisieren und erweitern. Der Vertrag soll eine „mehrjährige Kooperation" in der Technik und in gegenseitigen Lieferbeziehungen begründen.

Beka-Umsatzplus

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Kochgeschirrhersteller Braun + Kemmler GmbH + Co. KG, Tübingen (Marke Beka) steigerte seinen Umsatz 1984 auf fast 95 Mill. DM. Beim Ertrag wurden schwarze Zahlen geschrieben. Beschäftigt werden kaum verändert 540 Mitarbeiter.

Opel gibt EDV-Bereich ab

Rüsselsheim (dpa/VWD) – Die Adam Opel AG, Rüsselsheim, will ihren gesamten EDV-Bereich an die ebenfalls zum General-Motors-Konzern gehörende Datenverarbeitungsfirma EDS abtreten, die mit dem Aufbau einer deutschen Filiale begonnen hat. Rund 700 EDV-Kaufleute von Opel sollen zu EDS überwechseln.

HERTIE / Vorstandsvorsitzender zurückgetreten

Sanierung blieb stecken

INGE ADHAM, Frankfurt

Der Vorstandsvorsitzender der Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Frankfurt und Berlin, Bruno Lippmann (56) hat sein Amt niedergelegt. Mit Schreiben vom 23. Februar hat Lippmann, seit dem 1. März 1981 im Amt, dem Aufsichtsratsvorsitzenden Hans-Georg Karg mitgeteilt, daß er „wegen grundlegender Meinungsverschiedenheiten in unternehmenspolitischen Fragen" für eine Erneuerung seines Vertrages (der am 28. Februar 1986 ausläuft) nicht mehr zur Verfügung steht. Gleichzeitig bat Lippmann darum, ihn für die restliche Vertragsdauer von seinen Aufgaben zu entbinden.

Wie Hertie mitteilt, will der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am kommenden Montag darüber beschließen. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß dem Wunsch Lippmanns, der von Grundig zu Hertie gekommen war, entsprochen wird, auch wenn noch völlig offen ist, wie die Nachfolgeregelung aussehen könnte. Lippmann war bei Hertie schon seit längerem unter Beschuß geraten. Die unter seiner Ägide erwartete Sanierung des drittgrößten deutschen Warenhauskonzerns blieb nach respektablen Anfangserfolgen stecken.

Von 1976 bis einschließlich 1983 führt Hertie runde 470 Mill. DM operative Verluste ein, mit sinkender Tendenz zwar, aber im vergangenen Jahr scheinen sie doch deutlich wieder nach oben gegangen zu sein. Die Hertie-Umsätze rutschten um 6,4 Prozent auf 5,69 (6,09) Mrd. DM und damit deutlich stärker als bei der Warenhauskonkurrenz, die um die drei Prozent Umsatz einbüßte. Im Vorstand amtieren derzeit Lothar Deppe, Jürgen Holst, Jürgen Krüger und Christoph Schwierholz.

ARBED SAARSTAHL / Optimistische Studie von Unternehmensberater Berger: „Richtigen Weg eingeschlagen"

Positive Einschätzung mit erheblichen Risiken

JOACHIM WEBER, Völklingen

Ein Lichtblick für die Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, das langjährige Sorgenkind der Wirtschaftspolitiker in Bund und Saarland: Die Unternehmensberatungs-Gesellschaft Roland Berger und Partner bescheinigte dem Stahlunternehmen jetzt, wenigstens den richtigen Weg eingeschlagen zu haben. Das Restrukturierungsprogramm der Saarhütten sei „insgesamt plausibel und zielführend", heißt es im Zwischenbericht.

Die Berger-Studie war von der „Schäfer-Kommission" in Auftrag gegeben worden, eine Arbeitsgruppe aus Geschäftsführung-Mitgliedern von Arbed Saarstahl, Arbed Luxemburg und den Dillinger Hüttenwerken unter dem Vorsitz des langjährigen Saarbrücker Kammerpräsidenten und ehemaligen saarländischen Wirtschaftsminister Manfred Schäfer. Nach dieser Studie hat das Unternehmen sogar gewisse Chancen, 1986 wieder die Gewinnschwelle zu erreichen und fortan ohne weitere staatliche Unterstützung auszukommen.

Diese Einschätzung ist freilich mit erheblichen Risiken belastet. Sie basiert auf den Ergebnissen des Jahres 1984 und geht von weitgehend unveränderten Rahmenbedingungen aus. Unter dieser Prämisse könnten die bis 1986 noch anstehenden Anpassungsmaßnahmen – vollständige Übernahme der Roheisenversorgung durch gemeinsam mit der Dillinger Hütte betriebene Anlagen, weiterer Personalabbau von derzeit 13 600 auf 11 600 Mitarbeiter, weitere Modernisierung und Stärkung der Hochwertpalette bei gleichzeitiger Verbesserung der Absatzorganisation – Einsparungen und Mehreinnahmen von 290 Mill.DM pro Jahr bringen.

Diese Summe würde ausreichen, um den „Ergebnisverbesserungsbedarf" des Jahres 1984 von 280 Mill. DM (gerechnet ohne die unbefristet von Bund und Land übernommenen Zins- und Tilgungszahlungen von 121 Mill. DM auf Bürgschaftskredite) auszugleichen. Allerdings: Schon in dieser statischen Betrachtung kommen die Unternehmensberater auf ein Ergebnisrisiko von 50 Mill. DM.

Unter der realistischeren Annahmen, das wichtige Rahmengrößen wie Marktvolumen, Absatzerlöse, die extrem dollarabhängigen Einkaufspreise, Zinssätze oder Rationalisierungsbemühungen der Konkurrenz keineswegs unverändert bleiben werden, ergibt sich eine mögliche Abweichung von 120 Mill. DM für 1986.

Sie kann eintreten, muß aber nicht, „denn zumindestens ein Teil dieser Ertragskomponenten kann sich auch zugunsten von Arbed Saarstahl verändern", merkte Arbeitsgruppenchef Schäfer an. Im übrigen: Die McKinsey-Unternehmungsberatung, im Auftrag der EG-Kommission in Sachen Subventionsprüfung am Werk, kam für 1986 auf Basis der Daten von 1982 auf ein Verlustrisiko von 170 Mill.DM.

Um die Ergebnisrisiken abzudekken, schlagen die Berger-Leute zusätzliche Anpassungsmaßnahmen vor:

1. Einen weiteren Personalabbau um 600–700 Mitarbeiter, der sich noch um 300 erhöhen könnte, wenn sich die geplanten Absatzsteigerungen nicht realisieren lassen.
2. Straffung der Vertriebsorganisation und Neugestaltung der Massenstahlvertriebs-Kooperation mit der Luxemburger Trade Arbed.
3. Organisationsstraffung in den Gemeinkostenbereichen sowie in den Hilfs- und Nebenbetrieben.
4. Straffung des Produktprogramms – von heute allein 1000 Stahlsorten –, auch durch Produktaustausch mit der Luxemburger Mutter oder anderen Anbietern.
5. Vertriebskooperation mit anderen Langstahlherstellern zur Programmbereinigung und Frachtenoptimierung.

Kooperationsmöglichkeiten sehen sowohl Berger als auch die Schäfer-Kommission vor allem mit Arbed Luxemburg und auch mit den Dillinger Hütten. Die Zusammenarbeit mit dem Flachstahlhersteller Dillingen – hier war sogar die Vollfusion im politischen Gespräch – sei jedoch schon durch die unterschiedlichen Techniken begrenzt. Um die Vertrauensbasis für weitergehende Kooperationen mit Dritten zu schaffen, sollen Bund und Land nach Bergers Ansicht die Saarstahlbilanz durch Umwandlung ihrer 1,2 Mrd. DM Bürgschaftskredite in eine Schuldübernahme entlasten.

„Die Verbesserungen müßten ausreichen, Arbed Saarstahl nach 1986 keinen Subventionsfall mehr sein zu lassen", meint Roland Berger. Die Wettbewerbssituation werde allerdings in Zukunft auch für die Saarhütten noch härter werden und weitere Rationalisierungserfordernisse begründen. Fürs laufende Jahr besteht ohnehin noch ein Risikopotential von 160 Mill. DM, maximal 200 Mill. DM.

Allem Anschein nach ist nun auch ein neuer Geschäftsführungsvorsitzender für Arbed Saarstahl gefunden: Der Österreicher Kurt C.E. Kühn dürfte schon am kommenden Freitag vom Aufsichtsrat bestellt werden, nachdem seine Gespräche mit dem AR-Präsidium und der Personalvertretung zufriedenstellend verlaufen sind.

Matthias Seefelder wird 65 Jahre



Als Matthias Seefelder Mitte 1983 vorzeitig – mit 63 Jahren – den Vorstandsvorsitz der BASF AG, Ludwigshafen, an seinen Nachfolger Hans Albers weitergab, da war er noch keineswegs „reif" für den Ruhestand. Und wenn er morgen 65 Jahre wird, ist er dem Ruhestand noch genauso fern.

Als Aufsichtsratsvorsitzender seines eigenen Unternehmens wie auch der Gutehoffnungshütte hat er zwei Positionen, die allein einen Mann voll und ganz auslasten können. Eine Fülle zusätzlicher Ämter, denen eine Persönlichkeit seines Rufs und seiner Erfahrung nie entgehen kann, sorgt dafür, daß ihm auch heute erspart bleibt, was er ohnehin nie leiden konnte: die Hände in den Schoß zu legen.

Unter der Ägide des bayrischen Schwaben Seefelder, der nie mit seiner Meinung hinter dem Berg zu halten pflegt, wurde der Chemiekonzern den sein Vorgänger Bernhard Timm mit so viel Mut und Elan zusammengekauft hatte, erst einmal zu einem geschlossenen Gebilde zusammengeschmiedet. Doch mit der Konsolidierung allein mochte sich der Förstersohn auch nicht zufriedengeben. Auf sein Konto geht die Ausweitung der BASF-Aktivitäten in Richtung hochveredelter und konsumnaher Produkte. Seinen Geburtstag feiert er typischerweise ganz weit weg: in Südamerika. (Wb.)

ALTANA / Vor allem mit Auslandsgeschäft zufrieden

Umsatz kräftig gestiegen

dpa/VWD, Bad Homburg

Eine insgesamt erfreuliche Ertragsentwicklung weist die zum Quandt-Bereich gehörende Altana Industrie-Aktien und Anlagen AG, Bad Homburg, für das Geschäftsjahr 1984 aus. Wie es im jüngsten Aktionärsbrief des Herstellers pharmazeutischer und diätetischer Produkte heißt, werde die Dividende wieder zufriedenstellend ausfallen. Für 1983 waren zehn DM je 50-DM-Aktie ausgeschüttet worden. Die Hauptversammlung findet am 2. Juli in Bad Homburg statt.

Der Weltumsatz der Altana AG ist 1984 um 17 Prozent auf 1,54 Mrd. DM gestiegen. Berücksichtigt man die erstmalige Konsolidierung von Byk-Chemie und Wolin Lacke, beträgt die vergleichbare Steigerungsrate elf Prozent. Rund 54 Prozent des Umsatzes entfielen auf den Export und das Geschäftsvolumen der Auslandsgesellschaften. Zum weltweiten Wachstum haben das internationale Geschäft mit einer Steigerung von 29 und das inländische Geschäft mit fünf Prozent beigetragen. Investiert wurden 1984 weltweit 76 (63) Mill. DM, davon 45 Mill. DM im Inland. Die Zahl der Mitarbeiter erhöhte sich weltweit auf 7330 (6766) Personen.

Der Umsatz der Sparte Pharmazeutik ist im Berichtsjahr um 16 Prozent auf 796 Mill. DM gewachsen. Im Inland erhöhte sich das Geschäftsvolumen aufgrund erfolgreicher Produktneueinführungen um sieben Prozent. Das internationale Geschäft expandierte kräftig um 25 Prozent.

Die Byk-Chemie, zu deren Produktprogramm chemische Zusätze (Additive) für die Lack- und Kunststoffindustrie sowie Meßinstrumente zählen, weitete ihr Geschäftsvolumen um 16 Prozent auf 74 Mill. DM aus. Die Sparte Diätetik setzte mit 631 Mill. DM um fünf Prozent mehr um als 1983. Das internationale Geschäft erhöhte sich um 13 Prozent, wobei das Exportgeschäft besonders erfolgreich verlief. Im Inland war der Markt für Kindernahrung von der weiter rückläufigen Geburtenzahl belastet, so daß der Umsatz um zwei Prozent schrumpfte. Die auf dem Gebiet der Speziallacke und Farben tätige Rhenania erzielte zusammen mit ihrer Tochter Wolin 39 Mill. DM Umsatz.

Singer erwartet wieder Gewinne

dpa/VWD, Stutensee

Die Singer GmbH, Stutensee bei Karlsruhe, deutsche Tochter der Singer International, Jersey City, erwartet nach Jahren hoher Verluste 1985 wieder schwarze Zahlen. Dies sei das Ergebnis eines dreijährigen Sanierungsprogramms, sagte der Vorsitzende der Geschäftsführung, Franz-Josef Sarna. Der Betriebsverlust sei von 22,9 Mill. DM 1982 auf 2,2 Mill. DM 1984 gesunken. Ohne den Anstieg des US-Dollar wäre das Unternehmensziel bereits 1984 vorzeitig erreicht worden.

Schwerpunkte der Sanierung und Umstrukturierung waren ein drastisches Kostensenkungsprogramm, der Ausbau des indirekten Vertriebsnetzes, die Modernisierung der eigenen Filialen sowie Ergänzungen zum Nähmaschinensortiment. Die deutsche Singer-Gruppe erzielte 1984 einen Umsatz von 149,5 Mill. DM. Zum Jahresende 1984 waren knapp über 1000 Mitarbeiter beschäftigt.

NAMEN

Georg Becker, Inhaber der W. L. Schwaab, Inhaber Gebrüder Becker GmbH + Co., Lackfabriken KG, Weingarten, wird heute 75 Jahre.

Hans Katzbach, von 1958 bis 1980 Vorsitzender des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen (VdAK), feiert heute den 70. Geburtstag.

Marcus Moller-Racke, Präsident der kalifornischen Racke-Tochter Buena Vista Vinery, wurde in den Vorstand der Pott-Racke-Dujardin GmbH + Co. KG berufen. Vorstandsmitglied **Wolfgang Egeler** wird sich künftig als Generalbevollmächtigter gemeinsam mit **Hanno W. Melcher** auf die Leitung der im Vorjahr übernommenen Dujardin GmbH konzentrieren.

Dr. **Jürgen Hübbe** (42), bisher Leiter des Finanzwesens der kabelmetal electro GmbH, Hannover, ist Anfang dieses Jahres in die Geschäftsführung der Schütz GmbH, Selters, eingetreten. Gleichzeitig ist **Winfried Heibel** (42), bisher Leiter des Einkaufs, zum weiteren Geschäftsführer bestellt worden.

Hermann Theilen, von 1960 bis 1976 Vorstandsmitglied der Preussag AG, Hannover, vollendet am 1. März das 70. Lebensjahr.

Dr. **Helmut Carl**, ehemaliger Leiter des Erzeugnisgebietes Übertragungstechnik der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL) ist am 23. Februar im Alter von 68 Jahren gestorben.

William R. Boesch, Internationaler Geschäftsführer, und **Joseph J. Tighe**, Geschäftsführer für die Vereinigten Staaten, wurde zum Vize-Präsidenten bei Emery Worldwide, gewählt.

Helmuth Peter Kopp wurde zum Sales & Marketing Manager für die Emiconductor Business Division der General Electric Company U.S.A., ernannt.

Dr. **Horst Wagner**, seit 1966 Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Degussa AG, scheidet nach Vollendung des 60. Lebensjahres zum 30. April aus dem Unternehmen aus. Seine Nachfolge übernimmt **Joachim Hospe** (49), bisher Leiter der Presseabteilung der Kraftwerk Union AG, Mülheim.

E. D. E. / Eisenwarenhandel „vorsichtig optimistisch"

Sicherheit statt Expansion

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Arg daneben gegriffen (wie andere auch) hat die Einkaufsbüro Deutsche Eisenwarenhändler GmbH (E. D. E.), Wuppertal, vor Jahresfrist mit ihrer 1984er Umsatzerwartung. Statt der prophezeiten zehn bis 15 Prozent Plusrate steigerte diese im Umsatz drittgrößte Einkaufsorganisation der deutschen Hausrat- und Eisenwarenhändler 1984 den Umsatz nur noch um 6,1 (25,8) Prozent auf 1,51 Mrd. DM. Die Zahl der angeschlossenen Fachhändler (deren gesteigerte Einkaufskonzentration das hohe 1983er Umsatzplus mitverursachte) wird mit unverändert 1065 angegeben, ihr Gesamtumsatz unverändert mit 3,8 Mrd. DM.

„Vorsichtig optimistisch" sieht das Einkaufsbüro das laufende Jahr mit gerade noch drei Prozent erwarteter Umsatzsteigerung. Das Unternehmensziel liege derzeit nicht in einer Umsatzexpansion, sondern „eher in der Absicherung der Mitgliedsunternehmen und der jeweiligen Standorte". Angestrebt wird dieses Ziel vom Einkaufsbüro einerseits mit dem Propagieren der seit zwei Jahren neu entwickelten „Fachmärkte" – Betriebstypenkonzepte im Mitgliederkreis. Und andererseits natürlich mit noch mehr Preisvorteilen aus noch mehr Einkaufskonzentration auch auf eine reduzierte Zahl von Vertragslieferanten. Dem gleichen Ziel dient eine ab Anfang 1985 begonnene Kooperation mit dem Spezialverband „Küchenring", Münster, die im Bereich „Küchen, Einbau- und Weißgeräte" Einkaufskonditionen wie Marketing zum Wohle der E. D. E.-Mitglieder verbessern soll.

Sein 1984er Umsatzplus erreichte das Einkaufsbüro vor allem in den Warengruppen Baubeschläge/Bauelemente/Baubedarf mit 482 (439) Mill. DM und Werkzeuge mit 363 (316) Mill. DM Umsatz. Dagegen fielen Grobe Eisenwaren/Feld- und Gartengeräte auf 277 (303) Mill. DM zurück. Hier habe sich der „zum Teil gravierende Preisverfall" im Stahlbereich (zumal bei Baustahlmatten) ausgewirkt. Generell erwartet die Wuppertaler Zentrale für ihre Mitglieder auch 1985 eine weitere Wettbewerbsverschärfung „in erster Linie über den Preis".

Brillantleuchten geht an die Börse

adh. Frankfurt

Zum Kurs von 175 DM werden die Aktien von 3 Mill. DM Grundkapital (insgesamt 11 Mill. DM) der Brillantleuchten AG, Gnarrenburg, bis zum 5. März zur Zeichnung angeboten (Konsortialführer DG-Bank). Aus der auch für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 4.) erwarteten Dividende von 9 DM je 50-DM-Aktie errechnet sich ein Kurs-Gewinnverhältnis von 10,4.

Die Brillantleuchten AG, deren Aktien in Bremen und Frankfurt notiert werden sollen, hat sich auf Leuchten für den Wohn- und Arbeitsbereich spezialisiert. Im Geschäftsjahr 1983/84 war der Umsatz des bisherigen Familienunternehmens um 34,5 Prozent auf 58,4 Mill. DM nach oben geschnellt (Jahresüberschuß 3,1 Mill. DM), in diesem Geschäftsjahr wird mit einem Umsatzplus von gut 8 Prozent und einem Gewinnzuwachs von rund 10 Prozent gerechnet.

BADISCHE STAHLWERKE / Nun wird konsolidiert und thesauriert – Kapitalerhöhung

Auf dem Wege zu neuen Ufern

WERNER NEITZEL, Achern

Nach der Vergleichserfüllung und der inzwischen erfolgten Einigung mit der EG-Kommission hinsichtlich begangener Quotenüberschreitungen und Geldbußenzahlungsmodalitäten strebt die Badische Stahlwerke AG (BSW), Kehl, die als Teil der Korf-Gruppe mit dieser zusammen in den Insolvenzen-Strudel gerissen wurde, zu neuen Ufern. Es werde jetzt, wie BSW-Vorstandssprecher Horst Weitzmann in Achern vor Journalisten ausführte, konsolidiert und thesauriert. Unternehmerisches Ziel sei eine rasche Verstärkung der Eigenkapitaldecke. Um auf diesem Wege voranzukommen, soll die kommende Hauptversammlung am 27. Juni über eine Kapitalerhöhung um 10 Mill. DM auf 40 Mill. DM beschließen.

Wer das Kapital einschießen wird und zugleich auch die Rolle des industriellen Partners bei der BSW spielt, darüber hüllt man sich bei der BSW einstweilen noch in Stillschweigen. Hans Ringwald, einstiger Vergleichsverwalter und jetziger Berater des BSW-Vorstands, läßt lediglich durchblicken, daß eine Lösung der gesellschaftsrechtlichen Fragen gefunden sei, die zugleich eine Verstärkung der Marktposition mit sich bringe. Das Lösungsmodell müsse jedoch noch dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth präsentiert werden. Diese Notwendigkeit resultiere aus den Auflagen zu einer Landesbürgschaft (zur Sicherung der Kehler Arbeitsplätze) im Volumen von 40 Mill. DM, von dem 20 Mill. DM in Anspruch genommen wurden.

Zur Zeit liegen die 30 Mill. DM BSW-Aktien nach wie vor zu 92,5 Prozent beim BSW-Weiterverarbeitungsbetrieb Neckar Drahtwerke GmbH, Eberbach. An diesem Unternehmen, dessen Aufsichtsratsvorsitzender der Ex-BSW-Vergleichsverwalter Hans Ringwald ist, hält die BSW eine Rückbeteiligung von 45 Prozent. Mit eingebunden in das komplizierte Beteiligungsgeflecht der Gruppe ist die Baden-Württembergische Gesellschaft für Beteiligungen mbH, Stuttgart, an der neben der Landeskreditbank Baden-Württemberg und der Aachen-Münchener auch indirekt die Otto-Wolff-Gruppe beteiligt ist. Über letztere war spekuliert worden, sie könne vielleicht der kommende BSW-Partner sein, doch scheint dies, wie aus dem Umfeld verlautet, nicht mehr realistisch zu sein.

Jedenfalls will die BSW zügig dahin kommen (wozu die Nutzung des steuerfreien Verlustvortrags gute Dienste leistet), wieder eine Eigenkapitalquote von 20 Prozent vorzuweisen. Der jetzt durch den Vergleichsabschluß verzögert vorliegende Jahresabschluß 1983, den die außerordentliche Hauptversammlung gestern verabschiedete, weist einen Jahresüberschuß von 18 Mill. DM aus, wobei eine Quotenbuße von 15 Mill. DM „verdaut" wurde. Durch den Überschuß vermindert sich der Verlustvortrag auf 56,4 Mill. DM. Den für das Jahr 1984 erwirtschafteten Jahresüberschuß beziffert Weitzmann mit 10 Mill. DM, hinzu kommen 48 Mill. DM Sanierungsgewinn.

Produziert hat die BSW im vergangenen Jahr 665 000 (1983: 655 573) Tonnen Stahl. Die Geamtleistung vergrößerte sich 1984 um 12 Prozent auf 478 Mill. DM. Einschließlich seiner Verarbeitungsbetriebe kommt die Gruppe, die rund 1500 Mitarbeiter beschäftigt, auf einen Umsatz (nicht konsolidiert) von annähernd einer Mill. DM. Von der EG-Kommission ist der BSW, die sich seit Mitte 1984 wieder im Quotensystem bewegt, für 1985 eine Stahlproduktion von 620 000 Tonnen zugestanden worden.

Die Beschäftigungslage wird als günstig bezeichnet, wobei in letzter Zeit der Export immer stärkeres Gewicht erhält. Bei der starken Ausrichtung auf den Baustahl-Sektor strebt die BSW in ihrer Produktpolitik eine weitere Auffächerung und Verfeinerung der Angebotspalette an. Auch sei in der Produktivität, die sich für 1983 mit 670 Tonnen Stahl pro Kopf errechnet und ziemlich beispiellos in Europa ist, das „Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht".

Die Investitionen von 17 bis 20 Mill. DM jährlich sollen verstärkt auf Maßnahmen für den Umweltschutz ausgerichtet werden. Allein für 1985 sind in diesem Bereich (zur Umrüstung auf Erdgaseinsatz) 10,5 Mill. DM von insgesamt 19 Mill. DM Investitionen vorgesehen.

Anleihemarkt uneinheitlich

Der Rentenmarkt konnte nur begrenzt davon profitieren, daß zunehmend deutsche Anleger Dollar-Anleihen verkaufen und damit auch die Dollar-Währungsgewinne kassieren. Hemmschuh für den deutschen Markt blieb auch am Dienstag die Ungewißheit, ob der Zentralbankrat am Donnerstag zinserhöhende Beschlüsse fassen wird. Jedenfalls scheint sich die Tendenz an den Märkten für öffentliche Anleihen aber stabilisiert zu haben mit Kursabweichungen bis um 0,2 Punkte nach oben und 0,3 Punkte nach unten. Pfandbriefe blieben eher noch auf der Abwärtsstraße.

	26. 2.	25. 2.
M 7 dgl. Pf 20	97,5G	97,5bG
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	99,75	99,75
7 dgl. Pf 31	100G	101G
6 dgl. Pf 34	98,25G	98,25G
6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,5G
8 dgl. Pf 51	100G	100G
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	91,5G	91,5G
7½ dgl. Pf 87	96,75G	96,75G
6 dgl. KS 28	83,25G	83,25G
7 dgl. KS 30	99,95G	99,95G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	120,5G	120,5G

	26. 2.	25. 2.
D 5 RW Bodencr. Pf C	126G	126G
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	105G	105G
6 dgl. Pf 28	97G	97G
6½ dgl. Pf 67	88G	88G
5½ dgl. KO J+E	128G	124,5G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	110G	110G
5½ dgl. Pf 109	72,5G	72,5G
7 dgl. Pf 125	100G	100G
7 dgl. Pf 128	93G	93G
8 dgl. Pf 177	101,75G	101,75G
8 dgl. KS 77	81,5G	81,5G

Industrieanleihen

	26. 2.	25. 2.
F 6 Badenwerk 78	97,25G	97,5
F 8 Chem. Hüls 71	100,3G	100,5
7¾ Cont. Gum. 71	100,36	100,36
5¾ HEW 62	100G	100G
7½ dgl. 71	100G	100G
4½ Harpen 59	2250G	2250G
7½ Hoesch 71	100,1G	100,1G
7½ Karstadt 71	100,25G	100,25G
7½ Kaufhof 71	100	100,25G
7¾ dgl. 71	100,3G	100,3bG
7½ dgl. 76	100,8	100,25

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

8 dgl. 84 S 45	3/89	101,6	101,6
7½ dgl. 84 S 46	4/89	99,9	100,1
7¾ dgl. 84 S.47	7/89	100,7	100,75
7¾ dgl. 84 S.48	9/89	100,4	100,5
7½ dgl. 84 S.49	10/89	99,3	99,5
7¼ dgl. 84 S.50	11/89	98,35	98,35
7 dgl. 84 S 51	12/89	97,75	97,6
6¾ dgl. 84 S 52	2/89	96,6	96,6

Bundesbahn

7 dgl. 77	2/87	99,9	99,9
6 dgl. 77	9/87	97	92,1
6 dgl. 78 II	7/88	96,5	96,4
6½ dgl. 77	5/89	97	97,2

6 dgl. Pf 34	75,5G	75,5bG
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	82,75G	82,75bG
5 dgl. KS 1	99,9G G	99,9G G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	98,7G	98,7bG
6 dgl. IS 16	97,75G	97,75bG
6 dgl. IS 17	96,75bG	97bG
8½ dgl. KO 49	100,75G	100,75G
8½ dgl. KO 48	100,75G	100,75G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	100,5G	100,5bG
9½ dgl. IS 726	100bG	100bG
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	120,5bG	121G
6 dgl. Pf 4	92,5bG	93,5bG
6½ dgl. Pf 3	88,5G	88,5bG
6½ dgl. Pf 12	88G	88bG

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Deutlich schwächer schlossen zum Wochenbeginn sowohl die Edelmetallnotierungen als auch Kupfer an der New Yorker Comex auf Grund des erneut dramatisch gestiegenen Dollar-Kurses. Auch Kaffee ging überwiegend niedriger aus dem Markt. Die Kakao-Notierungen zogen dagegen leicht an.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	25. 2.	22. 2.
März	346,00	349,50
Mai	335,00	339,50
Juli	326,50	331,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cd.	25. 2.	22. 2.
St. Lawrence 1 CW	260,36	254,59
Amber Durum	250,81	241,94

Gerste Winnipeg (can. $/t)	25. 2.	22. 2.
März	133,00	132,80
Mai	132,50	132,20
Juli	130,30	131,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	25. 2.	22. 2.
Terminkontr. März	142,00	143,80
Mai	141,70	142,21
Juli	141,00	141,50

Kakao New York ($/t)	25. 2.	22. 2.
Terminkontr. März	2165	2120
Mai	2190	2150
Juli	2165	2138
Umsatz	3835	2034

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	3,86	3,85
Mai	3,97	4,03
Juli	4,32	4,37

Zucker London ($/t), Nr. 6		
März	109,00–110,00	111,00–111,40
Mai	114,00–114,20	115,80–116,00
Aug	122,00–122,20	123,80–124,00
Umsatz	2330	2257

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	25. 2.	22. 2.
schw. Sarawak spez.	500,00	geschl.
weißer Sarawak	705,00	geschl.
weißer Muntok	715,00	geschl.

Öle, Fette, Tierprodukte

	25. 2.	22. 2.
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	605,00	605,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Nederl. fob Werk	263,00	264,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	945,00	835,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	289,50	290,00

Talg New York (c/lb)		
top white	20,50	20,50
fancy	20,25	20,25
bleichfähig	18,75	18,75
yellow max. 10% fr. F.	17,50	17,50

Schweine Chicago (c/lb)		
April	45,90	46,60
Juni	50,85	51,90
Juli	51,75	53,15

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
März	67,70	69,10
Mai	68,10	69,45
Juli	67,10	69,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Sisal London ($/t)	25. 2.	22. 2.
cif eur. Haupthäfen East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg)	25. 2.	22. 2.
AAA, ab Lager März	12 358	12 448
April	12 458	–

Kautschuk London (p/kg)	25. 2.	22. 2.
Nr. 1 RSS loco	68,00–73,00	–
März	67,00–71,00	67,00–71,00
Apr.	68,00–72,00	68,00–72,00
Mai	69,00–73,00	69,00–73,00

Tendenz: sehr ruhig

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

(DEL-Notiz)	466,93–470,01	471,80–474,91
Blei in Kabeln	127,00–128,00	131,00–132,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

* Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	26. 2.	25. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	442–449	444–451
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	478–480	480–481
MS 63	478–484	482–488

NE-Metalle

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Zürich mittags	284,40–284,90	284,00–285,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	96 800	96 650
Silber (p/Feinunze) London Kasse	535,25	513,65
3 Monate	552,80	530,85
6 Monate	570,10	546,80
12 Monate	601,60	579,35
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	234,85	248,50
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	106,05	110,20

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

3 Monate	1287,0–1288,0	1290,0–1291,0
abends Kasse	1269,0–1270,0	1269,0–1270,0
3 Monate	1264,0–1266,5	1264,0–1266,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1264,0–1266,0	1264,0–1266,0
3 Monate	1285,0–1287,0	1285,0–1287,0
Zink (£/t) Kasse	836,00–837,00	830,00–832,00
3 Monate	819,00–820,00	815,50–816,00
Zinn (£/t) Kasse	10 026–10 027	10 135–10 145
3 Monate	10 026,5–10 027	10 160–10 165
Quecksilber ($/Fl.)	295–305	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	72-77	72-77

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constanze Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 566

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

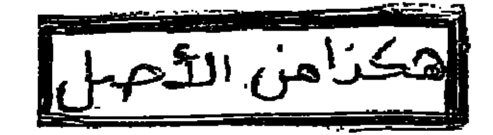
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



STELLENANGEBOTE

Nördlich von Hamburg erwartet Sie in einem leicht erfaßbaren und schnell zu überschauenden Rahmen eine neue Aufgabe, die in der Branche nicht oft geboten wird. Werden Sie der

Vertriebs-Assistent der Geschäftsführung

für den Bereich Eisen. Wir denken an einen jungen, im wahrsten Sinne des Wortes „unternehmens-lustigen" Vertriebs-Mitarbeiter, der sich weiterentwickeln möchte. Hier bekommen Sie die Chance, nach der Assistenten-Tätigkeit selbst voll verantwortlich die Geschicke in die Hand zu nehmen – und erfolgsorientiert bezahlt zu werden. Voraussetzung: Sie müssen sich im Marketing unserer Branche auskennen, dem

Eisengroßhandel

Wenn Sie ca. 30 Jahre alt sind und die Hemdsärmel für eine aktive Vertriebs-Arbeit aufkrempeln wollen, schicken Sie mir Ihre aussagefähige Bewerbung, die ich vertraulich behandele.
Angeb. u. P 13907 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junge Familie in Genf (Schweiz) mit 2 Kindern (2 und 4 Jahre) sucht für April ein
AU-PAIR-MÄDCHEN
Schreiben Sie bitte an Fam. R. Bailif, 1, rte. de Sauverny, CH-1290 Versoix.

Wir sind eine junge Unternehmensberatung in Bremen. In zweijähriger intensiver Aufbauarbeit haben wir uns in unserem Markt etabliert. Eine erfolgreiche Geschäftsentwicklung rechtfertigt jetzt die Erweiterung unseres Beraterteams. Wir suchen einen berufserfahrenen Personalreferenten als Assistenten der Personalberatung.

Personalreferenten als Assistenten der Personalberatung

Wir denken dabei an einen jüngeren Personalmann bis Anfang 30, der nach seinem Abitur und einer kaufmännischen Ausbildung ein wirtschafts- oder sozialwissenschaftliches Studium absolviert hat, um in mindestens zweijähriger mitverantwortlicher Tätigkeit, vorzugsweise im Personalwesen eines großen Dienstleistungs-, Handels- oder Industrieunternehmens Praxis „gelernt" zu haben.

Wir brauchen ihn als junge Persönlichkeit mit Lernbereitschaft, Ehrgeiz und Stehvermögen. Je nach Vorkenntnis und Dauer der Assistententätigkeit wird er sich die Chance für eigenverantwortliches Mitwirken erwerben und damit seine weitere Karriere beeinflussen können.

Wenn Sie selbst nicht interessiert sind – empfehlen Sie dieses Angebot gerne weiter.



MÖNNEKEMEYER & PARTNER
BERATUNGSSOZIETÄT IN BREMEN
Geschäftsbereich Personalberatung
Balgebrückstraße 14 · D-2800 Bremen 1
✉ 103129 · ☎ (0421) 321848

Wir sind ein bedeutendes Unternehmen der metallverarbeitenden Industrie in Südwestfalen und suchen

Assistenten der Geschäftsführung

zum schwerpunktmäßigen Einsatz in den Bereichen

Verkauf Inland „Maschinen"

und

Marketing

für den Gesamtbereich unseres Unternehmens

Unsere neuen Mitarbeiter sollten auf diesen Gebieten bereits erfolgreich tätig gewesen sein. Gelegenheit zur gründlichen Einarbeitung geben wir gern.

Zu unserem Kundenkreis gehören: Werkzeugmaschinen- und Werkzeughandel, Stahlbau, Maschinen- und Anlagenbau, Landmaschinenhersteller, Fahrzeugbau, weiterverarbeitender Stahlhandel.

Bei Eignung besteht die Möglichkeit, in eine leitende Position aufzusteigen.

Ausführliche Bewerbungen mit Lichtbild, unter Angabe der Gehaltswünsche sowie des frühestmöglichen Eintrittstermins, bitte unter U 13 911 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Pall Luftfahrttechnik, eine Tochtergesellschaft der Pall-Firmengruppe, ist ein weltweit führender Hersteller hochwertiger Filtrationssysteme für den Luft- und Raumfahrtbereich. Hierzu gehören unter anderem komplette Filtereinheiten, Filterelemente, Überwachungsgeräte und Zubehör für Hydraulik-, Kraftstoff-, Schmier- und Pneumatiksysteme sowie für Bodenausrüstung.

Für unser stark expandierendes Geschäft suchen wir einen

Verkaufsleiter

sowie den

Versuchsleiter

Luftfahrttechnik/Hydraulik

Sie sollten als Diplom-Ingenieur bereits Erfahrungen in der Luftfahrttechnik (Hydraulik, Pneumatik und verwandten Gebieten) gesammelt haben und eine Führungsposition im Management bekleiden.

Nicht nur die hochinteressanten Arbeitsgebiete, sondern auch die guten Entwicklungsmöglichkeiten machen diese Positionen besonders attraktiv. Sagen Sie uns in Ihrer Bewerbung deshalb nicht nur, was Sie bisher gemacht haben, sondern auch, was Sie in Zukunft erreichen wollen. Wir werden dann ausführlich mit Ihnen sprechen. Englische Sprachkenntnisse sollten Sie mitbringen.

PALL

Pall Luftfahrttechnik APME Deutschland GmbH
Postfach 102120 · Philipp-Reis-Straße 6 · 6072 Dreieich 1 (bei Frankfurt/M.) ☎ 06103 / 307-0 · Telex 417979

Aufstrebendes, leistungsstarkes Unternehmen der chemischen Industrie, mit weltweiten Aktivitäten im Kunststoff- und Polyurethanbereich, sucht den

Fachmann

für Verkauf und Anwendung von Trennmitteln

Unser neuer Mitarbeiter, exponiert angesiedelt in der Vertriebsgruppe, sollte umfangreiche Erfahrung im Umgang mit PU-Trennmitteln besitzen und in der einschlägigen Industrie bestens eingeführt sein.

Die marktgerechte Infrastruktur unseres Unternehmens bietet dem Bewerber den Freiraum für Kreativität und setzt somit ein hohes Maß an Verantwortungswillen voraus.

Mit unseren Vertragsbedingungen haben wir überzeugende Argumente für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Interessierte Bewerber wenden sich bitte unter K 12 781 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SAS INSTITUTE GMBH

die stark expandierende Tochtergesellschaft eines etablierten amerikanischen Computer-Softwarehauses mit europäischem Hauptsitz in Heidelberg, hat in Europa ca. 2000 – davon etwa 500 im deutschsprachigen Raum – von weltweit mehr als 17 000 SAS-Produkteinheiten installiert, die unter anderem in folgenden Bereichen eingesetzt werden: Kapazitätsplanung, Datenverwaltung und -auswertung, Informationszentrum, Business-Grafiken, statistische Analysen und Prognosen.

Bedingt durch unser explosives Wachstum, möchten wir möglichst kurzfristig neue Mitarbeiter für unser Team in Heidelberg begrüßen können. Wir suchen erfahrene

VERTRIEBSBEAUFTRAGTE

die daran mitarbeiten wollen, den Markt in Deutschland, Österreich und der Schweiz weiter zu erschließen.

Wenn Sie als Informatiker, Betriebswirtschaftler oder Mathematiker Erfahrung in SAS, PL/1, den IBM-Betriebssystemen MVS, CMS und DOS/VSE oder den Betriebssystemen VMS, AOS/VS und PR1MOS haben, bringen Sie wertvolle Voraussetzungen mit. Ebenso wichtig aber sind ein hohes Maß an Selbstmotivation, Flexibilität und Belastbarkeit sowie die Bereitschaft, ein dynamisches junges Team zu ergänzen.

Der Vertragsrahmen ist attraktiv und wird Sie sicher ansprechen.

Die angebotene Position hat Ihr Interesse geweckt? Sie fühlen sich durch diese Aufgabe herausgefordert? Sollten Sie außerdem noch sehr gute Englischkenntnisse haben, bewerben Sie sich noch heute mit den üblichen Unterlagen und unter Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung.

R. J. Roehner
SAS Institute GmbH
Rohrbacher Straße 22
D-6900 Heidelberg 1



ALUNORF

Wir sind ein führendes Aluminiumwalzwerk und suchen zur Mitarbeit in unserer technischen Entwicklung und Verfahrenskontrolle

DIPLOM-INGENIEUR

Verformungskunde / Metallurgie

Aufgabengebiet des neuen Mitarbeiters wird die Produkt- und Prozeßentwicklung für Aluminium-Walzprodukte sein.

Neben guten metallurgischen Kenntnissen werden Grundkenntnisse in der Verformungskunde und vor allem in Walzprozessen erwartet. EDV-Kenntnisse und gute englische Sprachkenntnisse sind erwünscht.

Bewerbern aus verwandten Fachgebieten wird die Gelegenheit zur Einarbeitung gegeben.

Wir bieten Ihnen ein leistungsgerechtes Einkommen und die für ein großes Unternehmen üblichen Sozialleistungen.

Aussagefähige Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte an unsere Personalabteilung für Angestellte.

ALUMINIUM NORF GMBH, 4040 Neuss 1, Postfach 603

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte sucht Stellen für:
Bundesanstalt für Arbeit

Bilanzbuchhalter

45, kfm. Ausbildung, Fachkurse im Personal-, Sozial- und Rechnungswesen, Berufserfahrung in Großhandel, Industrie und Handwerk. Berufl. Kenntnisse in Rechnungswesen, Buchführung, Personalwesen, Lohn- und Gehaltsabrechnung, Mahn- und Klagewesen, Zahlungsverkehr, Kalkulation, Ausbildungsberechtigung; sucht leitende Tätigkeit im kfm. Bereich – branchenunabhängig.

Auskünfte erteilt: Frau Rudolph
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4
2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-593 oder -595

Diplom-Ingenieur Chemie (FH)

28, Diplom gut, gelernte Chemielaborantin, Studienschwerpunkte: Wasserwirtschaft und spez.-anorg. Chemie; Erfahrung in präp. und analyt. Arbeiten; sucht verantwortungsvolle Tätigkeit, möglichst im Großraum Hamburg.

Auskünfte erteilt: Herr Kell
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2437, FS 2163213

Auslieferungslager:

Speditionskaufmann, 44 Jahre, mit 20jähriger Außendiensterfahrung, bietet Lager von ca. 300 m² mit Parkplätzen und evtl. Büroraum in verkehrsgünstiger Lage zwecks Lagerung, Auslieferung und Kundenbetreuung an. Objekt liegt ca. 500 m vom Einkaufszentrum entfernt; mit günstiger Verkehrsverbindung von 8 km zur Autobahn. Standort: Hochsauerlandkreis, Stadt 75 000 Einwohner.
Zuschriften unter X 13 364 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Arzt, Dr. med., 34 Jahre

vielseitig interessiert, belastbar, kooperativ, sucht als Alternative zur eigenen Praxis entwicklungsfähige, interessante Tätigkeit zum 2. Jan. 1986, evtl. später. Weitere Daten: Approbation 1976, 6 Jahre Kliniktätigkeit, Anerkennung als Arzt für Allgemeinmedizin. Längere Praxisvertretungen.
Angebote unter B 13 896 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. (TH) Bauwesen

z. Z. Niederlassungsleiter (ppa) einer Bau-AG in Norddeutschland, 52 J., verh., nicht ortsgebunden, will sich verändern.
Angeb. unt. C 13897 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Baubeschläge – Bauelemente – Werkzeuge

VERKAUFSLEITER

40 J., verh., 16 Jahre Außendienst, Akquisition, Verkauf, Objektberatung bei Architekten, Bauämtern, Handwerk und Industrie. Gutes techn. Verständnis, belastbar, reisebereit, sucht neue, verantwortungsvolle Tätigkeit im Raum NW-Deutschland.
Angebote erbeten unter X 13 694 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ich suche keinen JOB sondern eine AUFGABE, mit der ich mich identifizieren möchte.

Sekretärin/Sachbearbeiterin (46)

Neben einer kaufm. Ausbildung biete ich meine Erfahrungen als Sachbearbeiterin im Rechnungswesen und als Allein-Sekretärin an. In einem Vertriebsunternehmen erledige ich heute die gesamte Brief- und Telex-Korrespondenz, bereite die Buchhaltung für die EDV vor und wickle den Zahlungsverkehr ab.
Zum 1. 4. 85 oder später suche ich eine Vertrauensstellung.
Ihr Angebot erbitte ich unter R 13 098 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Tschechoslowakin
34 J., Hotelsekretärin, 5 Sprachen, sucht interessante Tätigkeit, Pkw vorhanden.
Ang. unter Z 13 894 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Architekt/Bau-Ing.
40 J., led., 15 J. Berufserfahrung in Entwurf, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Bauleitung, Abrechnung, sucht neuen Wirkungskreis, auch freie Mitarbeit.
Tel. 05 21 / 88 53 73 od. Zuschr. u. F 13 724 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebsleiter, 43 J.
langj. Erf. mit Baumasch. u. -Geräten, Bauhof, Fuhrpark, Lager, Haus- u. Grundstücksverwaltung, EDV-Kenntn., einsatzfreudig, dynam., flexibel, mö. sich verändern.
Ang. unter Y 13 893 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

KAUFMANN
39, Schweizer, Englisch, Spanisch, Franz., Erfahrung im Eisenwaren-Einzel- und -Großhandel (spez. Werkzeuge, Maschinen) sowie Import und Export, Auslandsaufenthalte Afrika und Südamerika, z. Z. in ungekündigter Stellung in Südafrika, sucht neuen Wirkungskreis, evtl. verbunden mit Reisetätigkeit oder Auslandseinsatz.
Ang. u. E 13 899 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Steuerfachgehilfe
28 J., perf. in Engl., Kenntn. in Ital. u. Franz., 4 J. Erfahrung in Steuerberatung, 3 J. Erf. in Lederwareneinzelhandel, sucht verantwortungsvollen Aufgabenbereich in Düsseldorf od. Umgebung.
Zuschr. u. C 13 721 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann
43 J., nicht ortsgebunden, unternehmerisch ausgerichtet, mit guter Außendiensterfahrung, verhandlungssicher, kontakt- und entscheidungsfreudig, sucht neuen Wirkungskreis, bevorzugt Baubranche, nicht Bedingung.
Zuschrift. u. D 13 722 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kfz-Teile-Branche
37jähriger Spitzenmann des Kfz-Teile-Großhandels sowie der Automobilzulieferbranche, seit Jahren als Vertriebsleiter bzw. Geschäftsführer tätig, sucht zu einem zu vereinbarenden Termin eine angemessene neue Position, in der er seine ausgezeichneten Kontakte zum Handel und zur Industrie voll nutzen kann. Standort Hamburg.
Ang. unt. C 13 743 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer
Bau- und Heimwerkermärkte, 40 J., Einkauf-Verkauf-Personal-Werbung, sucht neue Aufgaben im Großraum Hamburg.
Ang. u. F 13 746 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Baukaufmann –
Betriebswirt, 39 J., erfahren in der Abwicklung von Großbaustellen und Argen, sucht neuen Wirkungskreis in einer Bau- oder Anlagenbauunternehmung.
Kontakt Tel.-Nr. 0 21 51 / 57 29 42 (nach 18 Uhr) oder unter Z 13 696 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Industriekaufmann, 42 J., 5 J. Außendienst, sucht anspruchsvolle Tätigkeit, Norddeutschl. od. HH, im Innendienst od. seriösem Außendienst d. Industrie.
Ang. unt. D 13 744 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Skipper
42, Österr., 14jähr. Praxis im Mittelmeer, Werkzeug- u. Maschinenbauer, sucht für 85 Veränderung, evtl. auch Bauaufsicht. Kein Aussteiger, versiert in a. Wartungs- u. Reparaturarbeit.
J. Berlitsch, A-9851 Lieserhofen 142
Tel. abends 00 43 / 47 62 / 4 50 84

Kommunikations-Fachmann
in den Bereichen PR/Werbung/Promotion, Werbekfm., 49 J., mit umfangreicher Führungserfahrung, kreativ u. praxisbezogen, ungekündigt, sucht neue Herausforderung in Industrie, Verlag u. Agentur.
Ang. u. R 13 930 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SINOLOGE
Dr. phil., 40 J., verh., langj. Auslandserf. (Europa-Asien), Chin., Jap., Franz., Engl. fließend, su. Tätigkeit in Industrie oder Verwaltung.
Angeb. unt. G 13 747 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

STELLENGESUCHE

Werbefachmann 35, Führungserfahrung im Bereich Agentur, Handel und Industrie (Markenartikel und Investitionsgüter), mobil, führungsstark, organisatorisch begabt, sucht herausfordernde Tätigkeit zur Realisierung seiner kreativen und planerischen Fähigkeiten.
Angebote unter A 13 895 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Volljurist/Dipl.-Volksw.
36 J., Staatsexamina, vollbefr., Diplom befr., Berufserfahrung als RA und Syndikus in Rechts- u. Personalabt., Schwerpunkt Wirtschafts- u. Arbeitsrecht, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe.
Zuschriften unter T 13 910 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Industriekaufmann
Wirtschaftswissenschaftler über den zweiten Bildungsweg (Fachhochschule und Universität), Dipl.-Kfm., Praktiker, 41 Jahre, sucht tätige u./o. finanzielle Beteiligung: Betrieb / Unternehmen, unabhängig von Branche, in mittlerer Größe, auch auf Rentenbasis angenehm.
Zuschriften erbeten unter N 13 906 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Abiturientin
Ausbildungsplatz als Werbe- od. Verlagskauffrau, ortsungebunden. Grit Meyer, Steenrott 3, 2303 Altwittenbek/Kiel

Appr. Arzt mit umfangreicher Industrieerfahrung
41, Exam. 83, 1½ J. klin. Forschung Phasen IV (Derm., Psych.) und z. Z. Phase II (Antiarrhythm., Hyperton., AVK), **umfangreiche kaufm. Erfahrung,** Imp./Export, teils leitd., Auslandstätigkeit, sucht verantw. Wirkungskreis.
Ang. u. H 13902 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Techn. Kaufmann
Vertriebsspezialist, 39 J., Erfahrung als VK-Leiter, Innen-/Außendienst, Vertriebsaufbau, Organisation, Marketing. Domizil PLZ 44, sucht neue Position als VK-Leiter, NL-Leiter o. ä. für NRW/Norddeutschl., in zukunftsorientiertem, ausbauf. Industrie-/Handelsunternehmen (Kapital, Büro, Tel., Pkw vorh.).
Zuschriften unter D 13 876 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Sekretärin
deutsch, mit Wohnsitz in England, sucht Anstellung in England oder in Verbindung mit Reisetätigkeit England/Bundesrepublik Deutschland.
Zuschr. unter F 13 900 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Arzt mit Kapitänspatent (AG)
Berufserfahrung, 32 J., sucht interessante Entwicklungsmöglichkeit.
Angeb. u. K 13 903 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Die Gewinnmitnahmen überwogen

Trotz fortgesetzter Auslandskäufe gaben die Kurse weiter nach

DW. – An der Dienstagbörse kauften ausländische Anleger auch weiter deutsche Spitzenaktien, aber Gewinnmitnahmen brachten so viel Material auf den Markt, daß die Notierungen zeitweise nachgaben. Die Abgabeneigung wurde verstärkt durch Nervosität über die seit Tagen beobachtete Schwäche an den Rentenmärkten, so daß Überlegungen an Gewicht gewannen, ob der Aktienmarkt sich auf Dauer eine Verminderung der Aktienrenditen durch steigende Kosten leisten kann, wenn die Rentenrenditen immer weiter steigen.

Im Blickpunkt blieben auch am Dienstag die Farbennachfolger, von denen allerdings BASF wieder unter die am Vortag genommene 200-Mark-Hürde rutschten. Ähnlich war es in den vergangenen Wochen auch bei Bayer gewesen, die sich jetzt nur eben auf der 200er Linie hielten. Bei Siemens, wo auch ausländische Käufer im Markt waren, überwogen ebenfalls die Verkäufe. so daß die Notierungen um etwa 3 DM sackten, das gleiche gilt bei den Banken. Vor allem Bankaktien zogen allerdings im Verlauf wieder etwas an. Autowerte entwickelten sich der Allgemeintendenz entsprechend etwas schwächer. Bei den Maschinenbauern gaben erneut Linde stärker nach.

Frankfurt: Adt gaben um 2,90 DM und BHF-Bank um 6 DM nach. Asko stockten um 31 DM und Dywidag um 3 DM auf. Grünzweig u. Hartmann verbesserten sich um 4 DM und Pittler Maschinen ebenfalls um 4 DM. Nachgegeben haben BBC um 6,50 DM und Varta um 5 DM.

Düsseldorf: Audi NSU erhöhten um 4 DM, Braun VA um 20 DM und Hindr. Auffermann um 10 DM. Hagen Batterie verminderten um 3,50 DM, Keramag um 4,50 DM und Pegulan um 5 DM. Bei den Versicherungen gaben Agrippina um 20 DM und Allianz Leben um 100 DM nach.

Hamburg: Hapag Lloyd kamen auf 145 DM. Markt und Kühlhallen wurden mit 204 DM bezahlt. Je 0,90 DM verloren HEW bei 92,90 DM sowie NWK-Vz. bei 166,10 DM. Bremer Vulkan schwächten sich um 1,80 DM auf 73,20 DM ab. Holsten Brauerei gaben um 3,50 DM auf 250,50 DM nach. Vereins- und Westbank wechselten zu 311 DM den Besitzer.

Berlin: Spinne Zehlendorf zogen um 30 DM, Bergmann um 22 DM und Orenstein um 7,50 DM an. DUB-Schultheiss konnte sich um 3 DM erholen. DeTeWe wurden um 31 DM schwächer gehandelt. Kempinski büßten 5 DM, herlitz St. 4 DM, Herlitz Vz. 3,50 DM ein. Lehmann lagen um 1,50 DM und Bekula um 1 DM leichter.

München: Aigner erhöhten um 2 DM und Dywidag um 3 DM. Brauhhaus Coburg verbesserten sich um 15 DM und Süd Chemie um 6 DM. Nahcgegeben haben Electro 2000 um 12 DM, Esterer um 4 DM und Flachglas um 3 DM. Neue Baumwolle Hof verminderten um 1 DM.

Nachbörse: leichter

WELT-Aktienindex: 169,7 (170,6)
WELT-Umsatzindex: 3060 (3420)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

	26. 2.	25. 2.
H AachM Beteil. 9+2,5	1196	1199
H Aach. M. Vers. 7	346G	352G
D Aach. Rück. 9	1210	1220
D Asoag *4	455T	455T
M Ack-Gögg 4	98bG	98,1
H Adca 0	130	135
D Adler 9	320G	320G
F Adt AG 0	65,1	68
F AEG-Telef. 0	109	109,1
D AEG-Kabel 8	286	288G
S Aesculap 8	389	380bG
F AGAB 5	114	114
D Agrippina *0	850T	870T

	26. 2.	25. 2.
H Br. H. Hypo 10	300B	300B
Hn Brsch. Jute *0	105	100G
H Breitenb.-C. *28	595	595G
H Br. Straßb. *0	450G	450G
H Br. Vulkan 0	74,5	76
H Br. Wollk. 6	147	154,5
F BBC 6	213	219,5
S BSU Textil %20	1300TG	1300TG
D Buckau-W. 4,1	135G	135G
D Buderus *12	395G	395G
M Bgl. Br. Ing. *12+2	805B	805B
S Bgl. Brh. Rav. *0	405G	405G
S Calw D. **30+18	730G	730bG
F Cassella *10	560	560

	26. 2.	25. 2.
M En. Oberfr. 4,5	275bG	270G
M En. Ostb. 5+1	230	225bG
H Elikraft 0	43	43
B Engelhardt 7	205G	205G
D Enka 6,67	360T	405
M Erlus 12,5	345bG	345G
M Erste Kulmb. 9	1300G	1300G
S esbl *0	11bB	11,3bB
S Esl. Masch. 6	296	300
M Esterer **16	541	545bG
D Farb. Liqu. RM 0	6,8	6,95
F Flachglas 8	221,8	221,5
D Ford *19,56	900T	900T
B Fort. Ebn. *4	2700bB	2600G

	26. 2.	25. 2.
D Hoffm. St. 0	167G	167
S Hohner *6	246bG	243,5
H Holsten-Br. 6+1	250,5	254
F Holzmann 10+1	390	385
D Horten 6	163	164
B Hw. Kayser *12	248T	251B
D Hussel 8	295	295
D Huta Heg. 0	–	–
M Hutschenr. 9	235bB	235bB
H Hypo Hbg. 12,5	432	412
D IKB 7,5	189,1	190bB
S IWKA 0	276	280
M Isar-Amper 6,5+1	350	349
D Isenbeck 4,75	170T	170T

Brüssel

	26. 2.	25. 2.
Arbed	1685	1730
Brux. Lambert	2145	2150
Cockerill Ougrée	272	279
Ebes	2885	2920
Gevaert	3780	3800
Kredietbank	8050	–
Pétrofina	7100	7100
Soc. Gén. d. Belg.	1915	1935
Sofina	7500	7500
Solvay	4260	4280
UCB	4970	4970
Index	2232,42	–

Singapur

	26. 2.	25. 2.
Cycle + Car.	3,40	3,16
Cold Storage	2,70	2,70
Dev. Bk. of Sing.	6,00	5,95
Fraser + Neave	5,20	5,20
Kl. Kepong	2,51	2,42
Mal. Banking	5,95	5,95
Nat. Iron	3,24	3,20
OCBC	9,15	9,15
Sime Darby	1,96	1,94
Singapur Land	3,00	2,97
Un. Overs. Bank	4,52	–

Devisenmärkte

Der US-Dollar stürmte zu Beginn des Handels in Europa erneut nach oben, nachdem an den asiatischen Märkten noch niedrigere Kurse bis 3,4320 genannt wurden. Die Tagesspitze lag am 26. 2. bei 3,4780, die amtliche Notiz wurde mit 3,4690 festgestellt. Sie erforderte heute einen längeren Zeitaufwand, da ein mehrmaliger Wechsel der Anfangsbasis vorgenommen werden mußte ehe ein Ausgleich zustande kam. Die Bundesbank war weder im Freiverkehr noch zur Notiz aktiv. Die Auftragseingänge für langlebige Wirtschaftsgüter in den USA wiesen für Januar ein hohes Plus von 3,8 Prozent auf, die Verbraucherpreise, zum gleichen Zeitpunkt veröffentlicht, blieben mit einem Anstieg von 0,2 Prozent in den Erwartungen. Das Ergebnis der deutschen Handelsbilanz für Januar wurde kaum beachtet. Schlechte Handels- und Leistungsbilanzergebnisse in Großbritannien waren verantwortlich für das schwache Pfund, das gegen D-Mark um fast 1 Prozent auf 3,621 amtlich zurückfiel. Im Freiverkehr wurde beinahe 3,60 erreicht. Der japanische Yen entwickelte sich mit einem Kursgewinn von 1,45 Prozent auf 1,3270 wieder sehr stark. US-Dollar in: Amsterdam 3,9355; Brüssel 69,95; Paris 10,6145; Mailand 2187,90; Wien 24,3610; Zürich 2,9274; Ir. Pfund/DM 3,109; Pfund/Dollar 1,0438; Pfund/DM 3,621.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 26. Februar: In D-Mark 2,22134 (Parität 2,24184); in Dollar 0,639234 (12. März 1979: 1,33444).

Ostmarkkurs am 26. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Im Tagesverlauf kam es bedingt durch ¼ Prozent festere DM-Zinssätze und leicht nachgebende Dollar-Depor am 26. Februar zu deutlich verringerten Termin-Depor

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,84/0,74	2,74/2,64	5,55/5,35
Pfund/Dollar	0,45/0,43	1,23/1,19	1,79/1,74
Pfund/DM	3,10/ 1,70	7,70/ 6,30	12,60/11,2
FF/DM	20/4	48/32	87/71

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 26. 2.: Tagesgeld 5,40–5,50 Prozent; Monatsgeld 5,50–5,[illegible] Prozent; Dreimonatsgeld 5,95–6,10 Prozent.

Privatdiskontsätze am 26. 2.: 10 bis 29 Tage 4,05 G 3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 26. 2.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00) 7,00 (5,97) – 7,50 (6,45) – 8,00 (6,80) – 8,25 (7,05) – 8,50 (7,2[illegible]) Ausgabe 1985/4 (Typ B) 6,00 (5,00) – 7,00 (5,80) – 7,50 (6,4[illegible]) – 8,00 (6,87) – 8,25 (7,14) – 8,50 (7,37) – 8,50 (7,5[illegible]) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 98,70, Rendite 7,37.

Tatsachen einer Satire

mar – „Was darf die Satire?" fragte einst Kurt Tucholsky und gab gleich selbst die Antwort: „Alles." Das war 1919, und das ist lange her. Inzwischen haben sich die Zeiten geändert. Die Satire darf inzwischen wirklich alles. Aber offensichtlich haben sich die Leute nicht geändert. Und deswegen können noch immer viele eine Satire nicht von einem Tatsachenbericht unterscheiden. Das belegt ein seltsamer Wortwechsel zwischen München, Warschau und Washington, dessen Hintergründe jetzt publik wurden.

Den Polen, obwohl sie allen Grund dazu hätten, ist das Lachen noch nicht vergangen. Deshalb bastelten Satiriker im Inland und in der Emigration die Parodie einer satirischen Zeitschrift zusammen. Den Namen „Szpilki" (Nadeln) borgten sie sich von dem regimetreuen Warschauer Witzblatt aus. Die Witze der Untergrund-Szpilki waren jedoch alles andere als regimetreu. Sie verspotteten den General mit der Sonnenbrille nach allen Regeln der Kunst. Dafür erfanden sie eine Rede, die Hitler angeblich 1939 in Nürnberg hielt und in der er unter anderem die freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion (wie es ja nach dem Hitler-Stalin-Pakt den Realitäten entsprach) lobte. Es war natürlich kein Zufall, daß diese Rede denen ähnelte, die General Jaruzelski zu halten liebt.

Redakteure von Radio Free Europe in München fanden das so komisch, daß sie diese „Rede" (unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß es eine Satire sei) in ihrem polnischen Programm sendeten. Die Herren in Warschau fanden es dagegen gar nicht komisch. Also schickten sie ihren Regierungssprecher vor, der – gestützt auf einen Zeithistoriker – nachwies, daß Hitler diese Rede nie gehalten hatte. Zugleich gab man sich höchst indigniert. Das beeindruckte wiederum das diplomatische Washington, das sich flugs entschuldigte.

Die Satire, die nicht als Satire erkannt wurde, zeugte also eine neue Satire. „Wenn einer bei uns einen guten politischen Witz macht, dann sitzt halb Deutschland auf dem Sofa und nimmt's übel", schrieb Tucholsky 1919. Nur Deutschland?

Ein geteilter Goldener Bär und ein Silberner für einen versklavten Professor: Schlußbericht von den 35. Berliner Filmfestspielen

Gute Mimen veredeln schlechte Drehbücher

Die 35. Berlinale wird als ein denkbar schwacher Jahrgang in die Festspiel-Geschichte eingehen. Die Regisseure aus 26 Ländern, die sich am diesjährigen offiziellen Wettbewerb beteiligten, blieben durchweg unter ihrem Niveau. Fast alle wichen sie der Gegenwart aus, beschäftigten sich mit Themen einer näher oder ferner liegenden Vergangenheit. Insofern war der, zusammen mit dem englischen Beitrag „Wetherby" (vgl. die WELT vom 21. 2.), mit dem Goldenen Bären ausgezeichnete „DDR"-Beitrag „Die Frau und der Fremde" von Rainer Simon typisch für dieses verkorkste Festival: eine rührselige Liebesgeschichte aus der Zeit des Ersten Weltkriegs, nach der Novelle „Karl und Anna" von Leonhard Frank.

Auch die Ängstlichkeit der Jury, die es nicht wagte, einem einzelnen Film die Krone zuzusprechen, ist bezeichnend. Wobei man bei der Auszeichnung des „DDR"-Beitrags durchaus politische, auf eine „Entspannungsgeste" erpichte Antriebe vermuten darf, hatte dieser Beitrag doch nicht einmal einen überragenden Mimen, der über die Dünne des Drehbuchs hätte hinweghelfen können.

Das war dagegen bei dem spanischen Beitrag „Stico" der Fall, wo Fernando Gomez furios einen skurrilen Gelehrten verkörperte; er bekam dafür zu Recht den Silbernen Bären als bester männlicher Darsteller. Vielleicht wäre Jaime de Arminans Film insgesamt für den Goldenen Bären gut gewesen, bot er doch wenigstens eine originelle Perspektive. Es geht darin um einen emeritierten Professor für römisches Recht, der in Madrid am Rande des Existenzminimums leben muß. Als er per Zufall einen früheren Schüler trifft, kommt ihm die rettende Idee. Er bietet sich diesem Schüler, der unter dem Spitznamen „pikanter Lachs" für Gourmet-Journale schreibt, als Ghostwriter und überhaupt als „Sklave" an, um besser über seine alten Tage hinwegzukommen.

Der Journalist stimmt widerstrebend zu, ein Kontrakt besiegelt das außergewöhnliche Arbeitsverhältnis. Stico – so hieß im antiken Rom der Haussklave – ist bald die dominierende Figur in der Familie seines neuen Herrn und wird diesem schnell unbequem und lästig. Aber es ist gar nicht



Gewann einen halben „Goldenen Bären": Szene mit Vanessa Redgrave aus David Hares Filmerstling „Wetherby", dem britischen Beitrag zur Berlinale FOTO: JAN HOLM

so einfach, ihn wieder loszuwerden. Man muß die ganze Palette menschlicher Gemeinheit entfalten. Wehmütig und traurig gibt der Alte schließlich doch auf. Fernando Gomez als Stico macht aus alledem eine brillante Tragikomödie voller schauspielerischer Pointen. Und er zeigt, daß ein Stückchen von Stico, dem Sklaven, in uns allen steckt.

Maria Schell und der Engländer Paul Scofield, als „Mann für jede Jahreszeit" oscargekrönt, begaben sich in des Briten Hugh Brodys Debütfilm „1919" auf eine lange Reise in die Vergangenheit. Sie: eine verbitterte Mittfünfzigerin, die über ihre Jugendliebe zu einer anderen Frau nicht hinwegkommt. Er: ein ehemaliger russischer Gutsbesitzer mit einem perversen Verlangen nach Frauen, die er nicht liebt. Im Wien des Jahres 1970 erinnern sich die beiden, was im Wien des Jahres 1919 geschah, als sie bei Siegmund Freud auf der Couch lagen. In zahlreichen Rückblenden sehen wir sie im plüschigen Behandlungszimmer Freuds, während die Stimme des Meisters, beruhigend oder provozierend, aus dem Off ertönt. Geheilt werden die beiden freilich nicht. Quälend und langatmig war diese filmische Reise, ohne die beiden phantastischen Schauspieler wäre sie nicht zu ertragen gewesen.

Diane Keaton, Woody Allens frühere Lebensgefährtin, Oscarpreisträgerin auch sie, ist im zweiten Spielfilm der australischen Regisseurin Gillian Armstrong die Titelheldin „Mrs. Soffel". Dieser Film, für die USA in der Konkurrenz, erzählt eine Geschichte, die sich 1901 in Pittsburgh tatsächlich ereignet hat. Mrs. Soffel, eine tief religiöse, biedere Frau und Mutter, Gattin eines Gefängnisdirektors, verliebt sich in einen zum Tode verurteilten Mörder und verhilft ihm und seinem Bruder zur Flucht, ja, sie flieht sogar mit ihnen. Die Geschichte endet erwartungsgemäß tragisch. Diane Keaton versucht nach Kräften, Norma zu sein oder Madame Bovary. Doch der Film, ein kitschiges Melodram, ist leider weder an Ibsen noch an Flaubert geschult und fiel verdientermaßen durch.

Von allen Nationen, die am diesjährigen Berlinale-Wettbewerb beteiligt waren, hat Frankreich zweifellos den besten Eindruck gemacht, mit drei diskutablen Filmen, die freilich alle recht esoterisch daherkamen. Bemerkenswert vor allem Michel Devilles „Gefahr im Verzug", in dem nichts so ist, wie es zu sein vorgibt. Dieser Film ist ein Kammerspiel mit sechs Personen, die in undurchsichtiger Beziehung zueinander stehen. Heimlicher Held ist ein stattliches Haus im Park. Ein hübscher junger Mann gibt der halbwüchsigen Tochter des Hauses Gitarrenstunden und spinnt eine Liaison mit der Mutter an. Der Hausherr (Michel Piccoli), der seinerseits von einem melancholischen Killer beschattet wird, lauert den Liebenden auf. Alles, was im Haus geschieht, hält die Nachbarin gegenüber von ihrem Fenster aus auf Video fest und manipuliert es auf ihre Weise.

Deville benutzt das klassische Krimimuster, um es immer wieder ironisch zu brechen, und beruft sich – hochliterarisch – auf Baudelaires Faszination vom Blick durchs geschlossene Fenster, hinter dem „das Leben lebt, träumt und leidet".

Jean-Luc Godards skandalträchtiger, mit Spannung erwarteter Film „Maria und Joseph" entpuppte sich als „halb so wild". Mühsam tastete er sich von Bild zu Bild. Es geht um die „unbefleckte Empfängnis". Zu den Klängen von Bach vollzieht sich diese Empfängnis ganz modern, zwischen Tankstellen, Würstchenbuden, blühenden Wiesen und nächtlichen Monden. Es ist eine lange, sehr schön ins Bild gesetzte Reflexion über Liebe und Mutterschaft, die den „normalen" Kinogänger aber entschieden langweilt.

Weniger esoterisch als die Franzosen gab sich der 32jährige Bobby Roth, ein hoffnungsvoller Newcomer aus Hollywood, mit den „Heartbreakers". Zwei junge Intellektuelle Mitte dreißig, ein Maler und ein Fabrikant, kommen nicht zurecht: mit dem Leben nicht, mit den Frauen nicht und mit sich selber nicht. Zu allem Unglück lieben sie auch noch dasselbe Mädchen, was ihre Freundschaft fast zerstört. Roth hat sich sensibel in die männliche Psyche eingefühlt und immerhin einen etwas erfrischenden kleinen Film zustande gebracht, mit einer hinreißenden Musik und klaren Bildern, für die der deutsche Kameramann Michael Ballhaus verantwortlich zeichnet.

Die Bundesrepublik ging so saft- und kraftlos, so blamabel und armselig aus dem Rennen, wie sie mit Egon Günthers „Morenga" hineingegangen war. Christian Ziewers „Tod des weißen Pferdes", ein Bauernepos aus dem 16. Jahrhundert, war bombastisch und weiter nichts. Zwischen Guten und Bösen war zwei Stunden lang nichts weiter als ein einziges Hauen und Stechen, in schlechtester Action-Manier dargeboten. Hüllen wir darüber, wie über diese Berlinale insgesamt, schnell den Mantel des Vergessens.

DORIS BLUM

Wiederbelebungsversuch mit Heinrich Mann – „Das gastliche Haus" in Kiel

Späte Rache an Geheimrat Schummer

Vor 58 Jahren spielte man das Stück zum ersten und zum letzten Mal. Jetzt unternahm die Regisseurin Maria Reinhard einen Wiederbelebungsversuch. In Kiel wurde Heinrich Manns Komödie „Das gastliche Haus" gegeben.

Es ist eine Schiebergeschichte aus der wirren Zeit am Ende des deutschen Kaiserreiches und dem Beginn der Weimarer Republik, also 1919. Es wurde 1923 auf dem Höhepunkt der Inflation geschrieben, und als es 1927 unter der Regie von Erwin Piscator an den Münchner Kammerspielen mit dem üblichen Skandal aufgeführt wurde, war es im Grunde schon passé. Das wundert nicht, denn es ist ein reines Zeitstück, ohne übergreifenden allgemeinen Anspruch. Glänzend und bis heute interessant ist es nur in seiner expressionistischen, höchst geistreichen, satirischen Sprache, die freilich den Schauspielern gelegentlich Schwierigkeiten machte. Wenn diese Sprache dann aber einmal richtig gesprochen wurde, führte sie zu einer Leichtigkeit der Dialoge, zu einem Esprit, der bezaubern konnte. In Kiel war das streckenweise der Fall.

Dieses schmale Guthaben wurde allerdings während der langen Pause wieder verspielt. Mit historischem Kasperletheater und vergilbten Agitpropsprüchen, sozusagen mit dem Holzhammer, wurde versucht, dem Publikum Nachhilfeunterricht in Sachen Geschichte zu geben. Aber wer bis dahin nicht in der Lage gewesen war, aus dem geschickten Bühnenbild (Herbert Murauer), der Musik und dem Programmheft sowie einigen textlichen Hinweisen herauszufinden, um welche Epoche es sich handelte, dem war ohnehin nicht zu helfen.

Für den Rest blieb trotz der Pausenverdatterung ein elegantes sprachliches Fest, das im ganzen die Aufführungsmühe lohnte. Die Handlung ist simpel: Es werden lauter Figuren gezeigt, die als anständige Leute angesehen werden möchten, es aber nur auf die unanständigste Art sein können. Diese Zierden der bürgerlichen Gesellschaft sind: das hochstapelnde Grafenpaar Cassini, die Geheimratsfamilie Schummer, der proletenhafte Schieber mit dem seine Herkunft avisierenden Namen Milbe sowie seine schlechtere Hälfte Trinetraute.

Jeder Schein trügt hier. Die Cassinis heißen in Wirklichkeit Geschwister Quasse. Sie kommen aus Amerika ins gastliche Haus ihrer Kindheit zurück, um Rache zu nehmen an Familie Schummer, die sie „vor unvordenklichen Zeiten" (1880) aus der Wohnung gejagt hat, nun aber Gefahr läuft, selbst daraus entfernt zu werden, weil Schummers Geschäfte nicht gut laufen und der Lebensmittelschieber Milbe alles aufgekauft hat. Dieser Milbe besitzt aber nicht den richtigen gesellschaftlichen Schliff und benötigt daher die Grafen- und Geheimratsfamilie, um in der Gesellschaft akzeptiert zu werden. Alle Rachepläne des gräflichen Geschwisterpaares scheitern, und zum Schluß gibt es ein Happy-End.

Die besten schauspielerischen Leistungen des durchgehend guten Ensembles stammen von Peter Bernhardt als unheimlich-präfaschistischem Diener, von Rainer Bock als Rechtsanwalt Dr. Schummer, von Siegfried Kristen als salbaderndem Geheimrat mit Durchsetzungskraft und von Almuth Schmidt als höchst differenziert ihre Mittel einsetzender Gräfin, die sowohl zarte als auch brutale Töne im Zusammenspiel mit dem Ensemble zu zeigen vermochte, so daß die Komödie Manns am Ende doch vom beschwingten Publikum akzeptiert wurde.

CHRISTIAN ANDREE

Viele Worte im Hotel Bellevue – René Schickeles „Am Glockenturm" in Bern

Auftritt für einen toten Hochstapler

Im wunderschönen, bewußt „altmodisch" gelassenen Berner Stadttheater hat eine „Uraufführung" stattgefunden: „Am Glockenturm". Der übrigens nicht vorkommt. Er ist ein Symbol für die Stadt Bern, wo er heute wie eh und je steht. Wie auch das elegante Hotel „Bellevue", das es noch gibt. Und 1918 schon gab.

1918 wurde das Stück geschrieben, das im Bern der Kriegsjahre 1914 bis 1918 spielt. René Schickele hat es sich ausgedacht. Er lebte damals in der Schweiz, wo er „Die Weißen Blätter", eine der führenden literarischen Zeitschriften, herausgab. Dazwischen schrieb er Theaterstücke. Sein erfolgreichstes war „Hans im Schnakenloch" (1915), ein Drama über die zwei Seelen in der Brust eines jeden Elsässers. Es findet heute noch gelegentlich den Weg auf die Bühne. Der „Glockenturm" hingegen ist seit seiner versuchsweisen Aufführung in Saarbrücken 1920 nie mehr gespielt worden. Zu Recht, weil das Stück nichts taugt.

Eigentlich wäre Schickele der Mann gewesen, der das von Agenten, Spionen, Schiebern und Kriegsgewinnlern berstende Weltkriegs-Bern hätte beschreiben können. Aber er tat es nicht.

Er war gerade in seiner expressionistischen Phase. Nun gab es schon damals und auch später bedeutende expressionistische Dramen, man denke etwa an Hasenclever, Kaiser, Toller. Aber für Schickele bedeutete damals Expressionismus schreiende und protestierende Menschen, keinesfalls irgendeine Handlung, die den Namen verdiente.

So stellt er nur einige Figuren auf die Bühne, die sich zufällig im nächtlichen Bern treffen, vor allem in einer Luxussuite des Hotels Bellevue. Hier reden sie höchst selten miteinander, meist aneinander vorbei. Was sie sagen, ist ihnen nicht verständlich, und schon gar nicht dem Publikum.

Da haben wir einen alternden, ehemaligen schweizerischen Parlamentarier, der irgendwie räsoniert. Da ist ein blutjunger Bursche, der, obwohl obdachlos oder vielleicht gerade deshalb, seiner jungen Frau ein Kind macht. Das stirbt, was sie gegen ihn ungemein aufbringt, obwohl niemand recht versteht, warum. Er hat sie übrigens bereits zugunsten einer Kokotte (so nannte man das damals) im Stich gelassen, verdient Unsummen mit Falschspiel, wirft das Geld aber mit Verachtung wieder weg. Zuletzt will er fort, in eine bessere, reinere Zukunft.

Dann ist da noch der internationale Hochstapler Manolescu, der um die fragliche Zeit längst tot war, was er auch auf der Bühne zugibt; außerdem besagte Kokotte, deren Spezialität es ist, in Depressionen zu verfallen; und eine Journalistin, von der man erst aus dem Programmheft erfährt, daß sie eine ist, die aber zur Handlung nichts beitragen kann, weil es keine Handlung gibt.

Das alles zerläuft, zur Begleitung des langsamen Walzers – man nannte ihn seinerzeit Boston. Gespielt wird unter der Regie von Eike Gramss. Ob gut oder richtig, läßt sich bei einem Werk, von dem man nicht weiß, was es soll, schwer sagen. Interessant waren immerhin die Lichteffekte und das Handhaben eines schwarzen Vorhanges, der den Besuchern der ersten Reihe gelegentlich auf den Schoß fiel.

Ob der Regisseur aus den Schauspielern „alles herausgeholt" hat, ist schwer zu sagen. Wolfgang Kaiser ist der alternde Parlamentarier mit O.-E.-Hasse-Tönen. Interessant und zukunftsträchtig erscheint Martin Gelzer, der als Jüngling eine bessere Welt will: ein neues Gesicht. Das einzige Neue.

CURT RIESS

Der Schauspieler Erich Schellow wird 70 Jahre alt

Immer erfindungsreicher

Dieser Schauspieler, als er noch jung war (und er hat, sehr jung noch, schon in Gründgens' Berliner Staatstheater begonnen), war von berückend schöner Erscheinung. Er hatte den natürlichen, jugendlichen Adel. Er war der geborene Schiller-Jüngling. Er konnte leuchten, aber auch temperamentvoll schnauben. Seine Stimme klang wie ein jugendliches Clairon. Er war ein edles Sinnbild der klassisch absoluten Reinheit. Er brachte, wie mühelos, jedes Parkett zum Schmelzen. Der junge Schellow ist unvergeßlich.

Ein solcher hat es, wenn er in die Jahre kommt, schwer. Schellow hat es erfahren. In Berlin war er geboren. In Berlin hat er (abgesehen von ein paar kurzen Ausflügen nach Hamburg, ans Wiener Burgtheater und nach Zürich) sein langes Schauspielerleben in mehr als 70 Rollen gespielt.

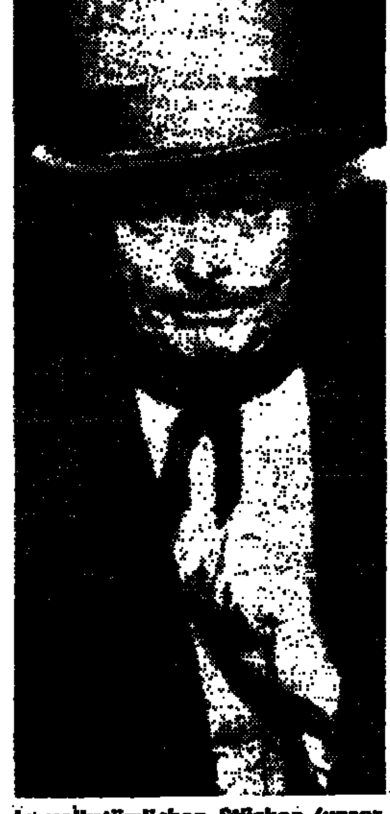
Er war unter Fritz Kortner der beste Posa, den man je sah. Er war der geborene Hamlet. Er war, wieder unter Kortner, der eindrucksvollste Karl Moor, dessen man je ansichtig wurde. Er war, neben Klaus Kammers „Clavigo", der edelste Carlos, den man je in einem Schauspielerleben erleben durfte. Er war, unter Hans Schweikert, der sich tragisch reibende „Menschenfeind" seiner Generation.

Er schien festgelegt auf die hohen Rollen der klassischen Nobilität und Unabdingbarkeit. Barlog hat ihn dann in Albees „Virginia Woolfe" ins Charakterfach geführt. Jetzt konnte Schellow plötzlich auch die moderne, reißende Psychologie der Aktualität spielen. Er setzte Humor an. Er war Berlins bester Mephisto. Er konnte plötzlich bei Lessing ein ekelhaft bündiger Marinelli sein. Er konnte sogar singen und brillierte leicht und sardonisch in Offenbach-Operetten.

Er hat den Adel seiner Erscheinung, der ihm früh und deutlich Grenzen zu setzen schien, immer wieder klug und erfindungsreich übersprungen. Er ist, älter werdend, darstellerisch immer erfindungsreicher geworden. Heute gehört er zu den bedeutenden deutschen Charakterspielern. Er war sozusagen als Star und Bühnenidol geboren – und ist so viel reicher und ausdrucksvoller geworden mit den langen Jahren.

Jung ist er immer noch, da er heute (unglaubwürdigerweise) 70 Jahre alt sein soll. Wir erwarten von ihm noch sehr viel.

FRIEDRICH LUFT



In volkstümlichen Stücken (unser Bild) genauso populär wie in Schiller-Dramen: Erich Schellow wird heute 70 Jahre alt FOTO: RÖHNERT

Aus vielen Stückchen ein neuer Händel – Martinotys „Pasticcio" in Karlsruhe

Pastete für einen schurkischen König

Ein „Pasticcio" ist eine „Pastete", eine Mischung aus verschiedensten Zutaten. Das ist gar keine schlechte Bezeichnung für ein Kompositions-Verfahren, das sich vor allem in der Barockzeit großer Beliebtheit erfreute. Die Komponisten damals pflegten sich nämlich für ein neues Werk ungeniert bei den Kollegen zu bedienen. Der Regisseur Jean-Louis Martinoty hat zu Händels 300. Geburtstag und zur Eröffnung der Karlsruher Händel-Festspiele ein solches „Pasticcio" auf die Bühne der Karlsruher Oper gebracht, zusammengemischt aus einigen unbekannten Händelopern. Von einer „Uraufführung", die das Programmheft in Anspruch nahm, kann also keine Rede sein.

Höchstens von einer Neuzusammenstellung, mit der Martinoty zeigen wollte, daß die Handlungs-Stereotypen in Barockopern beliebig zu kombinieren sind, weil es auf folgerichtige Entwicklungsschritte ohnehin nicht ankommt. Im Libretto seines „Pasticcio" blieb denn auch kaum eine Ungereimtheit ausgespart: Eine junge Schönheit gerät in die Fänge eines schurkischen Königs und erlebt die sonderbarsten Abenteuer. Ständig ist irgendwer in irgendwen verliebt und singt Verzweiflungsarien, wenn er nicht erhört wird. Verwandlungen mit Hilfe von Göttern oder Zauberern sind an der Tagesordnung. So kann die ohnehin krude Handlung jederzeit eine gänzlich neue Richtung gewinnen. Das Libretto – und damit wollte Martinoty zu verstehen geben: jedes Barocklibretto – ist nicht mehr als ein Vorwand für schöne Arien.

Oder sollte das alles nur ein großer Händel-Jux, ein parodistischer Kontrapunkt zu den allzu salbungsvollen Händelfeiern sein? Dazu fehlte es der Inszenierung jedoch an Witz. Von gelegentlichen vordergründigen Gags abgesehen, standen die Akteure meist nur mit ausgebreiteten Armen singend auf der Bühne herum. Der Einfallsreichtum von Martinoty und seinem Bühnenbildner Heinz Balthes erschöpfte sich offenbar beim verschwenderisch ausgestatteten Szenarium. Die Drehbühne und die hydraulischen Hebevorrichtungen hatten Hochsaison, dauernd wurde irgendein Zwischenvorhang herabgelassen oder hochgezogen – nur zielte das alles ins Leere. Es waren technische Spielereien, weiter nichts.

Das vom Libretto im Stich gelassene Publikum mußte sich also an die Musik halten, an die stählerne Strahlkraft von Ute Trekel-Burkhardts hinreißender Mezzo-Stimme, an Edda Mosers dämonische Zauberinnen-Verkörperung, an Pamela Hamblins koloraturgewaltigen Sopran oder Michael Ebbeckes warmen, modulationsfähigen Bariton.

Das Publikum sorgte auch dafür, daß sich nicht nur auf der Bühne ein Stück Barockoper abspielte. Es erweckte eine damals gängige und inzwischen totgeglaubte Unsitte wieder zum Leben: Nach dem letzten Arien-Ton wurde hemmungslos applaudiert, da konnten die Deutschen Händel-Solisten unter Jean-Claude Malgoire so lange weiterspielen, wie sie wollten. Dabei wäre Malgoires trockener, nerviger Händel-Klang der lautlosen Beachtung zweifellos wert gewesen, obwohl er mit Intonation und Zusammenspiel nicht immer ganz zurechtkam.

Die Musik war allemal überzeugender als das Stück selbst. Es gibt schließlich genug Händelopern mit mäßigen Libretti. Da muß man nicht unbedingt noch eine dazuerfinden.

STEPHAN HOFFMANN

JOURNAL

Everding und Sawallisch bleiben in München

AP, München

Generalintendant August Everding und Staatsoperndirektor Wolfgang Sawallisch bleiben in München. Kultusminister Hans Maier hat mit ihnen die Verlängerung ihrer Verträge vereinbart. Das bayerische Kabinett muß dem noch zustimmen. Everdings Vertrag als Generalintendant, der am 31. August 1987 ausläuft, soll um sechs Jahre verlängert werden. Sawallisch, der bis 1988 Staatsoperndirektor und bayerischer Generalmusikdirektor ist, verpflichtete sich auf weitere fünf Jahre.

Uwe-Johnson-Nachlaß für Frankfurter Uni

dpa, Frankfurt

Der Nachlaß des Schriftstellers Uwe Johnson ist vom Suhrkamp Verlag der Frankfurter Universität zu wissenschaftlichen Arbeiten überlassen worden. Das Uwe-Johnson-Archiv an der Universität, das in einer Villa eingerichtet wurde, enthält den kompletten Nachlaß des Autors, wie er bei dessen Tod in seinem Haus in Sheerness vorgefunden wurde. Dazu gehören insbesondere die Bibliothek, Briefe, Manuskripte und andere schriftstellerische Notizen und Unterlagen.

Fotos von Willi Moegle und Diether Münzberg

DW. Essen

Zwei sehr unterschiedliche Genres stellt die Fotografische Sammlung des Museum Folkwang in Essen vor. Zum einen zeigt sie die „Sachaufnahmen" von Willi Moegle, ausgeklügelte Fotografien von Geschirr, Möbeln und anderen Gebrauchsgegenständen in Schwarzweiß (Katalog 10 Mark). Zum anderen „Stadtlandschaften im Revier", Panoramaaufnahmen von Diether Münzberg, den Versuch, die Schönheit des Ruhrgebietes sozusagen in Breitwand und Farbe vorzustellen (Katalog 15 Mark). Beide Ausstellungen sind bis zum 21. April zu sehen.

Eintrittspreise in Museen erhöht

AFP, Paris

Die Eintrittspreise für den Louvre und weitere staatliche Museen wie das Pariser „Jeu de Paume" oder die Säle im Schloß von Versailles werden ab 1. März 1985 auf 16 Francs (rund fünf DM) erhöht werden. In anderen staatlichen Museen steigen die Eintrittspreise auf acht bis zwölf Francs. Die neuen Preise sollen zum Teil die Teuerung auf dem Kunstmarkt ausgleichen.

Kurt Mühlenhaupt in New York

DW. Albstadt

Die Kunstprofis sind sich nicht einig, ob sie Kurt Mühlenhaupt den gelernten Malern oder den Naiven zurechnen sollen. Nur daß er ein typischer Berliner ist, steht außer Zweifel. Im vorigen Jahr hat er allerdings einmal erprobt, wie er sich in einer anderen Großstadt fühlt. Das Ergebnis zeigt die Städtische Galerie Albstadt in der Ausstellung „Kurt Mühlenhaupt – New York". Es sind rund siebzig Pastellmalereien, auf denen das typische Berliner Mühlenhaupt-Milieu ins Amerikanische gewendet wird. Die Ausstellung ist bis zum 14. April zu sehen, der Katalog (Merlin-Verlag) mit einer lesenswerten Schilderung des New-York-Aufenthaltes von Mühlenhaupt selbst kostet 29 Mark.

„Medicis"-Preisträger wegen Plagiats verklagt

AFP, Paris

Der letztjährige „Medicis"-Preisträger Bernard Henri-Levy ist von der Geschichtslehrerin Marie-France Barrier aus Nantes wegen Plagiats verklagt worden, weil wesentliche Teile des Bestsellers „Le Diable en Tête" aus ihrem Manuskript „Ecurie 80", das sie ein Jahr zuvor dem Schriftsteller zugesandt habe, übernommen wurden. Sie forderte von dem Autor und dem Verlag Grasset die Streichung von rund 150 Seiten aus dem inkriminierten Band sowie einen Franc als symbolischen Schadensersatz. Henri-Levy räumte nach anfänglichem Leugnen bei der Gerichtsverhandlung ein, das Manuskript in Händen gehabt und „nicht ohne Interesse gefunden" zu haben.

Wolfgang Preiss 75

„Selbst in Uniform nicht uniform" wirkten seine Offiziersrollen, hat man von Wolfgang Preiss gesagt. Und er hat wahrlich viele Uniformen im deutschen Film getragen, in „Canaris", in „Hunde, wollt ihr ewig leben?" und die des Grafen von Stauffenberg in „Der 20. Juli", eine Rolle, für die er den Bundesfilmpreis erhielt. Wolfgang Preiss hat viel Theater gespielt, Filme synchronisiert, und seit einigen Jahren arbeitet er vorwiegend für das Fernsehen. Seine jüngste Filmarbeit – eine Rolle in „Vergeßt Mozart" von Slavo Luther – soll im Mai uraufgeführt werden. Heute wird er 75. Fa.

Das Konzept heißt: vorbeugen und helfen

„Weißer Ring" tritt seit Jahren für Verbrechens-Opfer ein

Von GISELA KRANEFUSS

Ein weißer Ring symbolisiert seit fast acht Jahren Hilfe für Verbrechensopfer. „Weißer Ring" ist auch der Name des gemeinnützigen Vereins zur Unterstützung von Kriminalitätsopfern und zur Verhütung von Straftaten mit Sitz in Mainz. Eduard Zimmermann, der mit seiner TV-Sendung „XY – ungelöst" zu Fernsehruhm gelangte, gründete den „Weißen Ring" zusammen mit 16 prominenten Persönlichkeiten des deutschen Rechtslebens.

Mehr als vier Millionen registrierte Straftaten verzeichnet die Kriminalstatistik jährlich in der Bundesrepublik. Einen „Spitzenplatz" nehmen die unter dem Begriff Gewaltkriminalität zusammengefaßten Delikte ein: Die Statistik erfaßt mehr als 100 000 Opfer von Mord, Totschlag, Vergewaltigung, gefährlicher und schwerer Körperverletzung. Aber von 1,6 Millionen Tatverdächtigen jährlich wird weniger als die Hälfte verurteilt; in 800 000 Fällen kommt es überhaupt nicht zur Verurteilung, weil es an Beweisen fehlt.

Der „Weiße Ring" hat 20 000 Mitglieder, von denen mehr als 800 in 190 Außenstellen in der Bundesrepublik ehrenamtlich tätig sind. Über sie erhalten Opfer von Verbrechen schnell und unbürokratisch Hilfe. Versorgungsämter, Sanitäter von Rettungsfahrzeugen, Krankenhäuser und Arztpraxen geben die Anschriften der zuständigen Mitarbeiter und Büros des „Weißen Rings" weiter. 20 Millionen Mark hat der Verein bis heute an direkter finanzieller Unterstützung an die Opfer ausgezahlt. Die Finanzmittel erhält die Einrichtung durch Mitgliedsbeiträge (monatlich drei Mark), steuerlich absetzbare Spenden und Bußgeldzuweisungen.

Dank der Künstlerhilfe wurde eine Schallplatte mit Roger Whitaker, Reinhard Mey, Udo Jürgens und vielen anderen auf den Markt gebracht. Der Erlös von 2,50 Mark pro verkaufter Platte fließt in den Opferhilfsfonds des „Weißen Rings".

Zu dem breitgefächerten Hilfsprogramm des „Weißen Rings" gehören auch kostenlosen Erholungsaufenthalte für die Opfer von Verbrechen. In Hamburg wurde vor zwei Jahren das Pilotmodell „Arbeits- und Gesprächskreis für vergewaltigte Frauen" unter Leitung von Ursula Feldhusen gegründet. Acht Frauen sind rund um die Uhr zu erreichen. Ihre erfolgreiche Arbeit ist richtungsweisend für geplante Einrichtungen in Hannover und Frankfurt.

Frankfurt besitzt seit Ende 1984 als Versuchsmodell eine hauptamtliche, ganztägig ansprechbare Hilfszentrale. Das soll eine Ausnahme bleiben, weil der „Weiße Ring" bei seinem Prinzip der überwiegend ehrenamtlichen Vereinsarbeit bleiben will. Frankfurt mit seiner kriminellen Größenordnung bedarf aber einer besonderen Ausrüstung, denn es weist von allen deutschen Großstädten die höchste „Häufigkeitszahl" – das ist die Zahl der Straftaten pro 100 000 Einwohner – auf: Bei 600 000 Einwohnern werden jährlich über 100 000 Straftaten begangen. In Essen sind es bei vergleichbarer Bevölkerungszahl 45 000.

Zu einem Erfolg führte die „Weiße Ring"-Initiative, in der seit Jahren immer wieder auf die Unzulänglichkeiten des Gesetzes und das Schicksal der sogenannten „Stichtagsopfer" hingewiesen wurde, die nach dem Opferentschädigungsgesetz vom 16. Mai 1976 leer ausgingen. Mit der am 30. Dezember 1984 in Kraft getretenen OEG-Novellierung, haben auch jene Opfer von Gewaltverbrechen, die in der Zeit vom 23. Mai 1949 bis zum 15. Mai 1976 geschädigt wurden, Anspruch auf Hilfe. Wer nach dem Gesetz als schwerbeschädigt und bedürftig gilt und seinen Wohnsitz in der Bundesrepublik hat, kann bei den Versorgungsämtern seine Ansprüche geltend machen.

In den vergangenen Tagen beschritt der Verein neue Wege in der Verbrechensvorbeugung und verteilte an staatliche Kindergärten und Grundschulen kostenlos das Lernspiel „Vorbeugen und helfen". Besonders Kinder und Jugendliche leiden unter den Folgen ständig steigender Kriminalität, weil die Straftäter auf ihre Arg- und Wehrlosigkeit spekulieren. Unter Anleitung eines Erwachsenen soll das Kind in spielerischer Weise mit drohenden Gefahren bekanntgemacht werden.

Im Forderungskatalog des Weißen Ringes wird für die Zukunft verstärkter Schutz für die Zeugen gefordert und ein Opfer-Anwalt auf Staatskosten. Immer häufiger hat die Praxis gelehrt, daß Zeugen aus Angst vor dem Umfeld des Täters nicht vor Gericht auszusagen bereit sind. Der „Weiße Ring", der die Resozialisierung der Täter zur Verhinderung weiterer Straftaten für unumgänglich erachtet, fordert aber, daß darüber nicht das oft lebenslang arbeitsunfähige Opfer vergessen wird.



FOTO: CHRISTA KUJATH

Attacke der Preußen bei Leuthen

Die Dezembernacht war kalt, und die Worte, die der Monarch am Vorabend der Schlacht seinen versammelten Generalen sagte, waren es nicht minder: „Messieurs, wir müssen den Feind besiegen oder uns vor seinen Kanonen begraben lassen!" In einem Hamburger Kaufhaus ist, zierlich in Zinn, die Szene nachgestellt, zusammen mit einem Diorama der Schlacht von Leuthen 1757 auf einer Fläche von 15 Quadratmetern mit 5000 Figuren.

Zinnfiguren waren etwa bis zum Ersten Weltkrieg ein überall in Europa beliebtes Kinderspielzeug. Heute sind die winzigen Gestalten – die „Normgröße" von Fußspitze bis zu den Augen des „Fußers" beträgt 3,5 Zentimeter – als sorgfältig in der Schieferform nach historischen Darstellungen gravierte, mit Akribie bemalte Miniaturen längst zum Hobby für Erwachsene avanciert.

Es gibt kaum ein Ereignis der Weltgeschichte, kaum eine bedeutende Persönlichkeit (von der jüngsten Vergangenheit einmal abgesehen), die nicht „verzinnt" wurde. Oft waren und sind die Werke bedeutender Maler – von David über Menzel und Röchling bis zu Horace Vernet – die Vorlage.

Gegensätzlich zur üblichen Bezeichnung „Zinnsoldaten" zeigt die Ausstellung, daß es durchaus richtig ist, wenn die Sammler von „Zinnfiguren" sprechen: Ob Tiere der Urzeit oder Hippies mit Gitarren und Sandalen, ob elegante Herren und Damen des Rokoko beim Picknick oder beim höfischen Fest, ob indische Bauchtänzerinnen (sehr schwer zu bemalen wegen des Fleischtons und seiner Schattierungen) – auch dies und viel mehr gibt es in der Welt der winzigen Miniaturen.

Joachim Ringelnatz, alles andere als eine militärische Natur, hat die kleinen Figuren besungen, Kurt Tucholsky hat sie bitter geschmäht. Doch unerschütterlich wie Andersens unsterblicher Zinnsoldat wagen sich gelegentlich die Sammler an die Öffentlichkeit, zeigen ihre Schätze, denen man die Mühe des Bemalens nicht ansieht, und genießen das Staunen der großen und kleinen Betrachter.

ohn/E. Z.

Drei Tote bei Bränden in Niedersachsen

AP, Hannover/Bremen

Bei drei Bränden sind in Niedersachsen in der Nacht zum Dienstag drei Menschen ums Leben gekommen. Bei einem Hotelbrand in Braunlage starben zwei niederländische Gäste. Ein Gebäudeteil des Hotelkomplexes brannte bis auf die Grundmauern nieder. Die Ursache des Feuers ist ungeklärt, der Sachschaden wird auf 100 000 Mark geschätzt. In der Innenstadt von Hannover brannte aus ungeklärter Ursache ein Appartement. Ein 43jähriger Mann starb in den Flammen, ein Mitbewohner konnte sich noch rechtzeitig ins Freie retten. Das Feuer, das am Montag in einer Lager- und Produktionshalle der Bremer Wollkämmerei ausbrach, konnte bis in die gestrigen Abendstunden nicht gelöscht werden. Eine 80 mal 120 Meter große Halle für Jute, Baumwolle und Zelluloseballen ging in Flammen auf. Die Brandbekämpfung war wegen der Rauchentwicklung und der Einsturzgefahr sehr schwierig. Verletzte gab es nicht.

Fälscherwerkstatt entdeckt

AP, Kiel

Eine Fälscherwerkstatt für 50-Dollar-Noten hat die Polizei in Steinfeld (Kreis Schleswig-Flensburg) ausgehoben. Sie nahm zwei arbeitslose Brüder im Alter von 23 und 25 Jahren als Tatverdächtige fest. Der jüngere fiel in München auf, als er bei einer Bank drei der „Blüten" in Mark umwechseln wollte. In seinen Taschen stellte die Polizei weitere 917 falsche Noten sicher.

Wieder Gasexplosionen

AP, Minden/Velbert

Zwei schwere Explosionsunglücke ereigneten sich gestern in Nordrhein-Westfalen. In Petershagen (Ostwestfalen) explodierte die Gasheizung eines Zweifamilienhauses. Sechs Bewohner, darunter drei kleine Kinder, konnten sich retten; der 43jährige Familienvater starb in den Trümmern. In einem Gießereibetrieb in Velbert kam es zu einer größeren Gasexplosion, als ein Ofen gereinigt wurde. Ein Arbeiter erlitt schwere Verletzungen.

Grippe grassiert

AP, Hannover

Ein Grippevirus mit dem Namen „Philippina" macht zur Zeit Erwachsenen und Kindern zu schaffen. Die Krankheit verlaufe „relativ harmlos", ließ das Staatliche Medizinische Untersuchungsamt in Hannover wissen. Lediglich bei Kindern, Erwachsenen über 65 Jahren und chronisch Kranken könnten Fieber, Bronchitis und Kreislaufschwäche zu Komplikationen führen. Bis jetzt gibt es keinen Impfstoff, der lebenslang vor Grippeviren schützt.

LEUTE HEUTE

Treue Freunde

Die Untersuchungszelle des Wiener Landesgerichtes, die derzeit vom Chef der renommierten k. u. k. Hofzuckerbäckerei Demel, **Udo Proksch** (51), „bewohnt" wird, entwickelt sich allmählich zum Treffpunkt der Prominenz. Der dreifache Formel-1-Weltmeister **Niki Lauda** ließ es sich nicht nehmen, seinen alten Freund und Förderer Udo im „Grauen Haus" einen Höflichkeitsbesuch abzustatten. Er kam in Begleitung von Burg-Schauspielerin **Erika Pluhar**, der früheren Gattin des High-society-Zuckerbäckers, und der aus dieser Ehe stammenden 25jährigen Tochter **Anna**. Und weil es in Wiens harter Gefängniswelt manchmal wie im fidelen Operetten-Gefängnis der „Fledermaus" zugeht, mußte Niki Lauda nach dem Besuch den Zellenwärtern Autogramme geben. Ein anderer prominenter Freund Prokschs, Österreichs Außenminister **Leopold Gratz**, der sich bereit erklärt hatte, für den unter dem Verdacht des Millionen-Versicherungsbetruges stehenden Proksch den Kronzeugen abzugeben (WELT vom 21. Februar), wird heute vor dem Untersuchungsrichter als Zeuge aussagen.



Erika Pluhar

Die Schätze des Herrn Joffo suchen ihre wahren Besitzer

„Kunstausstellung" in einem Pariser Polizeikommissariat

A. GRAF KAGENECK, Paris

Gepflegte ältere Herren hielten instinktiv die Hände vor das Gesicht. Damen in Pelzmänteln versuchten, den Objektiven der Kameras durch Hochhalten der Handtasche zu entgehen. Andere dagegen berichteten mit dem Lächeln des Philosophen, sie hättem beim besten Willen ihren Familienschmuck in dem Haufen nicht wiedererkennen können, da alle Steine auseinandergerissen worden seien. Sie alle kamen aus der eigenwilligsten „Kunstausstellung", die Paris je erlebte.

Seit drei Tagen, und bis zum 9. März, hält die französische Kriminalpolizei, Sonderdezernat „Schwerer Raub", in den Räumen ihres Zentralkommissariats am Quai des Orfèvres neben dem Justizpalast den größten Schatz an Diebesgut feil, der ihr seit Menschengedenken in die Hände fiel: 15 Kilogramm Schmuck aus dem „Besitz" eines wahren Ali Baba unserer Zeit, des Starcoiffeurs und Restaurantbesitzers und Hehlers Maurice Joffo, in Jahren zusammengetragen von organisierten Zigeunerbanden im Raum Paris. Smaragdjuwelen, Brillantdiademe, Uhren, goldene Ketten, Goldbarren und Golddollars aus den Hochburgen der Finanzaristokratie des Pariser Westens, aber auch aus den Sparstrümpfen der kleinen Leute und Opferstöcken der Kirche. Geschätzter Gesamtwert: 50 Millionen Franc (17 Millionen Mark).

Die Polizei hat gedruckte Einladungskarten an 1500 wohlbeleumundete Bürger versandt, die sich in den letzten Jahren als Opfer von Diebstählen gemeldet hatten. Die ersten Personen wurden jetzt an den zehn bewachten Vitrinen vorbeigeschleust.

Maurice Joffo sitzt in Untersuchungshaft. Er war im letzten November nach wochenlanger Beobachtung vor seinem Luxusrestaurant „Le Doubais" am Victor-Hugo-Platz verhaftet worden, als er zwei jungen Zigeunern einen Briefumschlag in die Hand drückte. Längst vermutete die Polizei, daß sich hinter der Person des stadtbekannten Inhabers von Friseursalon- und Restaurantketten der „grand Momo" (der große Moritz) verbarg, der ihnen in Verhören dingfest



Maurice Joffo

gemachter Diebe immer wieder als Mittelsmann und Hehler genannt worden war. Was sich für sie lange nicht reimte, war der ungewöhnliche „legale" Reichtum und die nur durch krankhafte Kleptomanie oder Sammlerwut erklärbare Doppelperson des Millionärs. Nach Joffos Verhaftung fand man in seinen Pariser Wohnungen und Landhäusern in Schränken, unter Betten und Badewannen verstaut, die ungewöhnlichste Diebesgutanhäufung der letzten Jahrzehnte.

„Wir Juden haben in diesem Jahrhundert so vieles erleiden müssen, daß ich für eine neue Katastrophe vorsorgen wollte", erklärte der Sohn eines redlichen Einwanderers aus Polen. Joffos jüngerer Bruder Josef hat in den letzten Jahren mit großem Erfolg Bücher über den Leidensweg seiner Familie herausgebracht.

Melina Mercouri: Berlin kulturelle Metropole Europas

EVI KEIL, Bonn

Berlin soll nach Athen und Florenz „kulturelle Hauptstadt Europas" werden. „Das ist doch normal, daß ich diesen Vorschlag unterstütze", erklärte gestern gegenüber der WELT Griechenlands Kulturministerin Melina Mercouri. Die zukünftige „Kulturmetropole Berlin" brachte erstmals 1984 der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), in Brüssel im Hinblick auf die 750-Jahr-Feier der Stadt ins Gespräch.

Die Proklamation einer europäischen Metropole zur kulturellen Hauptstadt Europas war 1983 beim EG-Gipfel in Stuttgart beschlossen worden. Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der Frau Mercouri im Auswärtigen Amt empfing, sagte ihr die Unterstützung der Bundesregierung für die am 21. Juni beginnenden Feiern in Athen zu.

Frau Mercouri kündigte „einen nachhaltigen Kampf für ein Kulturbudget innerhalb der EG" an. Sie nannte es skandalös, „daß es bisher in der EG nur um Tomaten und Kartoffeln geht, ein Kultur-Budget aber praktisch nicht existiert".

Von den Briten forderte Frau Mercouri in Bonn erneut die Herausgabe des Parthenon-Frieses, der sich seit Anfang des 19. Jahrhunderts im Britischen Museum in London befindet. „Ich will jetzt keine Revolution in den Museen der Welt ausrufen", erklärte sie gegenüber der WELT. „Ich fordere nicht die Herausgabe aller alten Kulturgüter, auch wenn Griechenland praktisch in alle Museen der Welt ausverkauft worden ist."

Das Parthenon aber, sagte sie, gehöre nun einmal zu einem „einzigartigen Monument, der Akropolis in Athen, die mit großem Aufwand restauriert wird", und sei für die Griechen ein Symbol der Demokratie, „für die viel Blut geflossen ist".

ZU GUTER LETZT

„Die Statistik belegt es – der Winter war wirklich kalt", meint dpa zum diesjährigen Rekordwinter.

Streiken die Kumpel?

Premierminister Fabius kündigt Untersuchung an

AFP, Forbach

Der französische Premierminister Laurent Fabius hat sich gestern morgen nach Forbach in Lothringen begeben, wo am Montag bei der schwersten Bergwerkskatastrophe seit zehn Jahren 22 Bergleute ums Leben gekommen waren und 103 weitere Kumpel verletzt wurden. Fabius kündigte die Aufnahme von zwei getrennten Untersuchungsverfahren über die Ursache des Unglücks an. Eine Untersuchung wird die Bergwerksgesellschaft selbst einleiten, eine zweite soll die Staatsanwaltschaft von Saargemünd aufnehmen.

Fabius antwortete damit auf Forderungen verschiedener Gewerkschaften, die Vorwürfe wegen unzureichender Sicherheitsmaßnahmen erhoben hatten. Der Staatssekretär für Energiefragen, Martin Malvy, der den Regierungschef nach Forbach begleitet hatte, unterstrich seinerseits, die Gewerkschaften würden an den Untersuchungen beteiligt und genauestens unterrichtet.

Die Gewerkschaften hatten unmittelbar nach dem Unglück eine Untersuchung der Ursachen für das Schlagwetter gefordert. Die christlich orientierte CFTC hat zu einem „Tag der Trauer und der Abwesenheit (vom Arbeitsplatz)" für morgen, den Tag der Beisetzung der Verunglückten, aufgerufen. Ihr für Bergleute zuständiger Sprecher Henri Zibelli betonte, die Sicherheitsmaßnahmen in der Grube seien unzureichend gewesen. Die kommunistische CGT hat ihre Anhänger für morgen zu einem 24stündigen Streik aufgerufen.

Die sozialdemokratische FO hat angekündigt, sie werde bei einem juristischen Untersuchungsverfahren als Nebenklägerin auftreten, um Zugang zu allen Unterlagen zu haben. Die sozialistische CFDT ihrerseits betonte, in der betroffenen Simon-Grube habe es keine ferngesteuerten Schlagwettermeßgeräte gegeben. „Verwunderung" herrschte gestern auf Gewerkschaftsseite darüber, daß Premier Fabius bei seinem Besuch in Forbach keine Vertreter der Arbeitnehmerschaft empfangen hatte.

Gewerkschaftsvertreter kamen am Dienstag vormittag mit Staatssekretär Malvy zusammen, der ihnen anschließend bescheinigte, eine „verantwortungsbewußte Sprache" zu sprechen.

WETTER: Gebietsweise heiter

Wetterlage: Eine über dem Norden und Osten Deutschlands liegende Luftmassengrenze trennt die relativ milde Luft im Süden von kälterer Luft im Norden und bestimmt das Wetter der nächsten Tage.



Vorhersage für Mittwoch:
Im Norden und Osten Deutschlands stark bewölkt oder neblig trüb, aber kaum Niederschlag. Sonst teils heiter, teils wolkig und dunstig. Tageshöchsttemperaturen zwischen 5 und 10 Grad, in Nebelgebieten um 4 Grad. Nächtliche Tiefsttemperaturen zwischen plus 3 und minus 3 Grad. Überwiegend schwacher Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Wenig Änderung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	2°	Kairo	13°
Bonn	10°	Kopenh.	0°
Dresden	6°	Las Palmas	19°
Essen	9°	London	6°
Frankfurt	5°	Madrid	9°
Hamburg	4°	Mailand	8°
List/Sylt	1°	Mallorca	12°
München	3°	Moskau	-12°
Stuttgart	9°	Nizza	13°
Algier	18°	Oslo	-1°
Amsterdam	6°	Paris	6°
Athen	12°	Prag	3°
Barcelona	10°	Rom	12°
Brüssel	8°	Stockholm	-4°
Budapest	1°	Tel Aviv	9°
Bukarest	-3°	Tunis	14°
Helsinki	-5°	Wien	0°
Istanbul	0°	Zürich	4°

Sonnenaufgang* am **Donnerstag:** 7.10 Uhr, Untergang: 18.01 Uhr; **Mondaufgang:** 10.22 Uhr, Untergang: 2.36 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Suche blieb ohne Erfolg

Vermutungen über das Verschwinden von „Polar 3"

DW. Madrid/München

Die fieberhafte Suche nach dem seit Sonntag abend mit drei Mann Besatzung über der Westsahara-Küste verschollenen deutschen Expeditionsflugzeug „Polar 3" blieb auch gestern ohne Erfolg. Das Flugzeug war vom Flughafen Dakar in Senegal nach Lanzarote gestartet. In der Marinekommandatur der Kanareninsel wurde nach spanischen Presseberichten nicht ausgeschlossen, daß das Expeditionsflugzeug von der Polisario-Front für die Befreiung der Westsahara abgeschossen worden sein könnte. Die Vertretung der Polisario-Befreiungsfront in Madrid erklärte, daß sie keinerlei Informationen über das vermißte Flugzeug habe. Die deutsche Botschaft in Rabat wies jede Spekulation über eine mögliche Kriegshandlung zurück.

Flugzeuge des spanischen Flugrettungsdienstes (SAR) der Kanarischen Inseln suchten gestern weiter nach der „Polar 3". Zugleich wies die Marinekommandatur alle Fischereifahrzeuge in den umliegenden Gewässern an, sich an der Suche nach der Maschine zu beteiligen. Auch die marokkanischen Streitkräfte helfen mit einem Aufklärungsflugzeug bei der Suche. „Polar 2" ist am Montag früh von Lanzarote nach Las Palmas zurückgeflogen, um dort für einen Notsuchdienst bereitzustehen.

Der Sprecher der Dornier GmbH in München betonte, die „Polar 3" sei bestens mit einer Notausrüstung versorgt. Bei den drei Besatzungsmitgliedern soll es sich um den 47jährigen Piloten Herbert Hampel, den 28jährigen Bordmechaniker Josef Schmidt (beide aus München) und den 47jährigen Kopiloten Richard Möbius aus Hamburg handeln.

In der zwölfwöchigen Mission des Teams der Expedition „Ganovex IV" stand unter anderem die erstmalige Überquerung der Antarktis und die Landung am geographischen Südpol auf dem Programm. Die Flugzeuge waren von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Zusammenarbeit mit dem Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung und Dornier eingesetzt.

Vom Eintreffen am 2. Dezember 1984 am eigentlichen Zielort, einer Sommerstation am Rossmeer, bis zum Rückflug von der US-Station Momurdo haben die beiden Maschinen 48 000 Kilometer wissenschaftlich vermessen.

Das Ende eines Mammut-Projekts

Ein Bauvorhaben der Volksfürsorge in Hamburg „schrumpfte" mit den Jahren

dpa, Hamburg

Einst sollte es das größte Bürogebäude Europas werden: der Neubau der gewerkschaftseigenen Volksfürsorge Versicherung in Hamburg, drei Hektar Bürofläche über 21 Stockwerke, 90 Meter hoch und für 4500 Mitarbeiter geplant. Doch auf dem Gelände, das die Versicherung 1972 im Stadtteil Barmbek erwarb, hat sich trotz eines auf ihre Wünsche zugeschnittenen Bebauungsplanes bis heute nichts getan. Kritiker vermuten dahinter ein Spekulationsobjekt ohne Beispiel, sprechen wie Walter Wellinghausen, SPD-Abgeordneter im Bezirksparlament Nord, von einem kommunalpolitischen Skandal.

Im vergangenen Sommer kündigte die gewerkschaftseigene Versicherung an, sie wolle 1985 endgültig mit dem Bau – allerdings in kleinerem Maßstab – beginnen. Zur Zeit ist die Volksfürsorge auf neun Standorte in Hamburg verteilt. 1983 hatte das Unternehmen den Bauantrag gestellt, ohne allerdings alle Pläne einzureichen, wie aus informierten Kreisen bekannt wurde. Die Gegner des Mammutprojekts sahen in dem Antrag lediglich eine Formalie, mit der die Volksfürsorge sich innerhalb einer gesetzlichen Frist das Baurecht sichern wollte, um so den Wert des Geländes zu erhalten. Nach sieben Jahren, die 1983 abliefen, hätte der Bezirk den alten Bebauungsplan ändern oder aber vier Jahre Aufschub erreichen können, um in dieser Zeit neue städtebaupolitische Akzente hineinzuschreiben.

Da der Bauantrag der Volksfürsorge das alte Projekt von 21 Etagen vorsah, wogegen Bezirks-Bürgerinitiativen und die Grün-Alternative Liste protestierten, löste der Schritt der Versicherung in Hamburger Behörden hektische Verhandlungen mit dem Antragsteller aus. Auf keinen Fall, so hatte es bereits vorher aus der Baubehörde und dem Bezirk geheißen, wollte man das Großprojekt noch in dieser Form verwirklicht sehen. Bausenator Eugen Wagner (SPD) erreichte Zugeständnisse der Volksfürsorge: nur noch 14 Etagen, Wohnungsbau nebenan und Verzicht der Versicherung auf eine Entschädigung für den „Baumassenverlust".

Doch ob nun tatsächlich gebaut wird, muß abgewartet werden. Denn schon häufiger hatte es „alles klar" geheißen. „Alles klar", rief Wirtschaftssenator Helmuth Kern (SPD) im Januar 1972, als die Volksfürsorge das knapp 80 000 Quadratmeter große ehemalige Gaswerksgelände in Barmbek von der Stadt für elf Millionen Mark gekauft hatte.

Als die Baupläne nach jahrelanger Feinarbeit schließlich bei der Stadt lagen, beschlossen 1976 die Bezirksversammlung und die Bürgerschaft den Bebauungsplan. Kaum war das geschehen, tauchten Gerüchte auf: Die Versicherung habe kein Interesse mehr zu bauen, spekuliere nur noch auf den Wertzuwachs der City-nahen Fläche. In der Zwischenzeit zogen die Baupreise erheblich an, und der Vorstand dachte möglicherweise noch mal über das Projekt nach.

Der Volksfürsorge konnte an einer Änderung des Bebauungsplanes und jahrelangem Streit vor Ort über eine Neufassung nicht gelegen sein. Da sie die 21 Stockwerke nicht mehr braucht, bot die Versicherung dem Senat Gespräche über Gebäudedetails an. Das Ergebnis der Verhandlungen: Der Bebauungsplan wurde nicht geändert, die Versicherung verzichtete aber in einer freiwilligen Erklärung auf die volle Ausschöpfung des Baurechts und auf Entschädigungsforderungen.

Feste Verbindung

vdH – Sie zählen zu den kleinen Dingen des Alltags, zu den Selbstverständlichkeiten, über die man nur dann spricht, wenn sie fehlen. Oder wenn sie locker sind. Fast überraschend ist es für den Laien, daß es dafür einen ganzen Industriezweig gibt mit Tausenden von Arbeitsplätzen und mit modernsten Hochleistungsmaschinen, in denen pro Minute *Hunderte solcher* Teile unterschiedlichster Form gepreßt und mit Gewinde versehen werden können. Teile mit einer Genauigkeit, deren Toleranzen oft feiner sind als die Dicke eines Menschenhaares.

Kopfform und Durchmesser, Länge und Gewindeausführung sind bei weitem nicht alle Kriterien für die Unterscheidung Zehntausender von Sorten. Zahlreiche Werkstoffe werden verarbeitet, teils mit aufwendiger Wärmebehandlung zur Erzielung günstigster mechanischer Werte. Und eine große Vielfalt von Oberflächenbezügen zum Korrosionsschutz wird von den Verwendern gefordert und von den Werken geliefert.

Von der Raumfahrt bis zum Hobbyhandwerker reicht das Spektrum der Abnehmer. Die größte Gruppe ist die Fahrzeugindustrie, die mehr als ein Drittel des Produktionsvolumens aufnimmt. Kein Wunder – stecken doch allein in dem renommierten Mittelklasse-Fahrzeug einer bekannten Automarke nicht weniger *als 1290* Schrauben und 458 Muttern. Die größten Kaliber – manchmal mit Zentnergewichten – wandern in den Schiffsmotoren- und Kraftwerksbau. Minischrauben – hundert Stück der allerkleinsten wiegen nur 2,5 Gramm – finden wir in Brillen und Fotoapparaten. Zwischen diesen Extremen liegt der Bedarf vieler anderer Industriezweige für Elektro- und Hausgeräte, Maschinen und Apparate, für Fernseher und Radio, Möbel, Haus- und Fassadenbau, für Flugzeug, Eisenbahn und Bergbau.

GEPRÜFTE SICHERHEIT

Mit Schall und Pulver auf Pannenforschung

Das verstärkte Sicherheitsbedürfnis und der gesteigerte Umweltschutz führen zu immer mehr industriellen Anlagen mit behördlicher Genehmigung. Die sicherheitsbeeinflussenden Teile dieser Anlagen, zu denen auch die Verbindungselemente zählen, unterliegen festgelegten Qualitätsnormen, deren Einhaltung durch erhöhten Prüfaufwand sichergestellt wird. Diese Prüfungen werden durch vom Hersteller unabhängige Überwachungsorganisationen – wie zum Beispiel den TÜV – durchgeführt.

Aber auch andere Unternehmen, die nicht behördliche Auflagen erfüllen müssen, lassen Schrauben, deren Versagen zu einem wirtschaftlichen Schaden führen können, durch neutrale Sachverständige prüfen. So ist keine Versicherung bereit, bei Hochseeschiffen ein Risiko abzudecken, wenn nicht die Verbindungselemente im Antriebsbereich von den Sachverständigen einer Klassifikationsgesellschaft geprüft und abgenommen sind.

Die Prüfungen erstrecken sich nicht nur auf das Produkt, sondern setzen oft auch eine intensive Prüfung des Herstellers voraus. Dem überprüften Betrieb wird eine allgemeine Zulassung für die Herstellung von Sicherheitsteilen gegeben. Sie verpflichtet ihn, Qualitätsmaßnahmen im weitesten Sinne in Qualitätshandbüchern aufzulisten und Verfahrensanweisungen den Mitarbeitern vorzugeben.

Hierdurch ist der Verantwortungsbereich jedes Mitarbeiters für das von ihm herzustellende Produkt klar umrissen. Auch der Mindestkenntnisstand des Prüfpersonals für die werksinterne Qualitätsprüfung wird festgelegt.

Ein Handbuch für Qualität

Prüfpläne und Anweisungen, wie bei festgestellten Abweichungen verfahren wird, vervollständigen das Qualitätshandbuch. Dieses Verfahren hat zur Folge, daß nur mit dem neuesten Stand der Technik vertraute Firmen als Lieferer für Sicherheitsteile in Frage kommen.

Diese Prozedur hat jedoch nur Sinn, wenn auch die Vormaterialhersteller – in diesem Fall die Stahlerzeuger – den Qualitätsanspruch in gleicher Weise abdecken. Wenn es bei Schrauben für den allgemeinen Verwendungszweck ausreicht, Abmessung und Güte vorzuschreiben, so sind bei Schrauben als Sicherheitsteilen auch Festlegungen für das Vormaterial und die durchzuführenden Prüfungen zu treffen. Hier ist ein enger Kontakt zwischen Besteller, Schraubenhersteller und gegebenenfalls auch der Prüfungsgesellschaft Voraussetzung für eine optimale Qualitätssicherung. So wird beispielsweise eine Schraube für ein Druckventil, das auf einer Bohrinsel in der Nordsee eingebaut werden soll, aus anderem Werkstoff gefertigt und geprüft als ein gleiches Teil, das im Nahen Osten verwendet wird.

Analyse schafft Klarheit

Die Vielfalt der Prüfungen beginnt schon bei der Eingangskontrolle des Vormaterials. Neben der Maßprüfung kann schon eine Prüfung auf äußere Fehler durch Magnetpulver oder auf innere Fehler durch Ultraschall oder Röntgen gefordert werden.

Eine Stückanalyse verschafft Klarheit, ob der gelieferte Werkstoff von seiner Zusammensetzung her den Angaben im mitgelieferten Werkszeugnis des Stahlherstellers entspricht. Bei der Fertigung werden eventuell notwendige Wärmebehandlungen exakt protokolliert und sind dadurch jederzeit reproduzierbar. Um Verwechslungen auszuschließen, werden die Teile durch persönliche und nur dem Prüfer zugängliche Stempel gekennzeichnet. Das fertige Produkt durchläuft dann noch alle in den Prüfplänen festgelegten Kontrollen.

So wird durch eine zerstörungsfreie Brinellprüfung die Gleichmäßigkeit der Festigkeit nachgewiesen. Lastversuche bis zum Schraubenbruch geben Auskunft über die tatsächliche Festigkeit des Bauteils. Der spätere Einsatzort der Schraube bestimmt dabei, ob die Versuche im hohen Temperaturbereich von 300 Grad Celsius beispielsweise oder etwa bei Minus 60 Grad Celsius gefahren werden.

Eine genaue Kennzeichnung der Teile mit Herstellerzeichen, Güte und Prüfstempel macht die Zuordnung zum mitzuliefernden Zeugnis möglich. In diesem Zeugnis sind alle qualitätsrelevanten Daten von der Stahlzusammensetzung über die Festigkeit bis zur Kennzeichnung enthalten. Diese umfangreiche Dokumentation wird später Bestandteil der Qualitätsunterlagen der Gesamtanlage.

HANS EGON HARTMANN

DIE BRANCHE / 1984 mehr als 50 Milliarden Verbindungselemente im Wert von 1,8 Milliarden Mark produziert

Deutsche Schrauben weltweit gefragt

Steigerung der Produktqualität und ein schnelles Eingehen auf neue Technologien sind Forderungen an die Industrie, die in diesem Jahrzehnt zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. Moderne Montagetechniken und ausgeklügelte Liefervorschriften der Großabnehmer stellen gerade an die Zulieferer steigende Ansprüche. Die deutschen Schraubenhersteller haben sich den neuen Forderungen zügig und elastisch angepaßt.

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland hat ihre starke Exportorientierung in den letzten Jahren weiter gesteigert; mit diesem Rezept ist sie bisher gut gefahren. Kehrseite der Entwicklung ist die Tatsache, daß immer mehr Länder auf den verschiedensten Märkten den Wettbewerb mit den alten Industrienationen aufnehmen. Steigende Importe und rückläufiger Inlandsabsatz der heimischen Hersteller sind dort die Folge. Um so mehr werden Kreativität und innovatives Denken gerade in den traditionsreichen Branchen gefordert.

Die deutsche Schrauben-, Muttern- und Niete-Industrie hat hier keine Sonderstellung. Personell ist sie – wie viele andere Bereiche der Wirtschaft – in den letzten 15 Jahren geschrumpft, doch hat sie es verstanden, ihr angestammtes Qualitätsniveau auf dem Weltmarkt zu halten. Der hohe Exportanteil belegt diese Aussage: 119 000 Tonnen Verbindungselemente im Wert von 820 Millionen Mark wurden 1984 von Herstellern und Händlern im Ausland abgesetzt. Der hohe Durchschnittserlös zeigt, daß es sich vielfach um Spezialteile mit erheblichem Know-how handelt. Unberücksichtigt in diesen Zahlen sind jene Milliarden von Verbindungselementen, die bereits montiert in Autos, Maschinen oder Elektrogeräten über die Grenze gingen.

Nach drei Jahren rückläufiger Entwicklung ist die Produktion der deutschen Hersteller 1984 erstmals wieder gestiegen. Etwa 350 000 Tonnen Verbindungselemente – weit mehr als 50 Milliarden Schrauben, Muttern und Niete – im Wert von 1,8 Milliarden Mark wurden hergestellt. Die Zunahme der Einfuhren – der Importanteil liegt bei 35 Prozent des Inlandsbedarfes – hat in den letzten 15 Jahren zum Verlust von 6000 Arbeitsplätzen geführt und auch in diesem Wirtschaftszweig viele Probleme geschaffen. Heute finden 13 500 Menschen in der Branche Beschäftigung; mehr als die Hälfte der Werke sind in der Region zwischen Rhein, Ruhr und Sieg angesiedelt.

Welche Wege ist die Branche zur Bewältigung der Zukunft gegangen? Daß Tausende von DIN-Sorten – metrische Schrauben und Muttern, Holz- und Blechschrauben – ständig auf Lager gehalten werden und kurzfristig lieferbar sind, ist ein selbstverständliches Angebot vieler inländischer Werke. Die kurze Verbindung zwischen Kunden und Hersteller, die Sicherheit der Versorgung, das schnelle Eingehen auf Kundenwünsche, die fachliche Beratung – kurzum der Service – sind weitere Vorteile, die deutsche Hersteller ihren Abnehmern bieten.

Dann ist vor allem die innovative Tätigkeit vieler Werke, ihr Angebot an Problemlösungen, zu nennen. Zwar besteht die Schraube auch heute noch, genau wie zur Zeit der alten Rittersleute, aus den Grundelementen Kraftangriff und Schraubenschaft mit Gewinde – doch welche Möglichkeiten zweckbezogener Veränderungen bestehen hier? Individuelle Lösungen erfordern besondere Produkte. Dünnschaft und Dehnschrauben verändern den Schaft zur Steigerung der Elastizität. Der Schraubenkopf erhält einen Bund oder Flansch, um die Flächenpressung zu vermindern; der traditionelle Längsschlitz des Schraubenkopfs weicht verschiedenen Formen des Kreuzschlitzes und anderen Innen-Angriffsformen, die technisch effizienter und für die Montage besser geeignet sind.

Eine breite Palette von Schrauben, die ihr Gegengewinde in Blechen, Holz- und Plastikwerkstoffen selbst formen, sind auf dem Markt. Hier ist die jeweilige Gewindeausführung den besonderen Werkstoff- und Montageerfordernissen hervorragend angepaßt. Und eine Vielzahl von Elementen zur Sicherung gegen unbeabsichtigtes Lockern und Losdrehen wird gleichfalls von deutschen Herstellern angeboten; dazu zählen Rippen- und Sperrzahn-Schrauben und -muttern ebenso wie Produkte mit mikroverkapselten Klebstoffen, Schrauben und Muttern mit Klemmteilen.

Qualitätsschrauben sind oft teurer als importierte Produkte – diese Feststellung ist sicher berechtigt. Doch der Verwender weiß inzwischen, daß die Kosten für Schrauben und Muttern meist nur 20 Prozent der Gesamtkosten einer einsatzfähigen, montierten Schraubenverbindung ausmachen. Wenn dadurch bei den übrigen 80 Prozent gespart werden kann, dann darf ein einwandfreies Verbindungselement schon etwas teurer sein.

Der Herstellprozeß dieser Teile ist heute in vielen Werken gekennzeichnet durch ständige Prozeßüberwachung, durch automatische Abschalteinrichtungen an den Maschinen, durch Fremdteilselektion mittels Kontrollautomaten und andere Maßnahmen. Die für den verbesserten Reinheitsgrad der Teile vom Hersteller berechneten Mehrkosten sichern beim Schrauben-Verbraucher das einwandfreie Funktionieren der Montageautomaten; Störungen bei der Zufuhr und im automatischen Zusammenbau werden minimiert. Und davon hängt die Wirtschaftlichkeit ab.

Moderne Montagetechniken haben bereits die innerbetriebliche Landschaft der Autoindustrie verändert. Das Stichwort Roboter weckt nicht nur Emotionen, es hat im Schraubenbereich Evolutionen bewirkt. Die montagefreundliche Schraube ist das Ergebnis – ein Präzisionsteil, das durch automatengerechte Veränderungen für diesen Zweck am besten gestaltet und geeignet ist.

Heute wird eine moderne Logistik gefordert, das heißt, die optimale Abstimmung zwischen Abnehmer und Zulieferer über Lieferzeit, Losgrößen und Qualitätsprüfung auf der Basis einer Minimierung der gemeinsam dafür aufzuwendenden Kosten. Die im Deutschen Schraubenverband e. V. organisierte Schrauben-, Muttern- und Niete-Industrie stellt sich dieser Forderung und sieht hier eine hervorragende Möglichkeit, sich im weltweiten Wettbewerb zu behaupten.

H. v. d. H./U. P.

Seminare und Diskussionen

DS. Düsseldorf

In den Schraubenseminaren der Technischen Akademien Wuppertal und Esslingen wird seit zwanzig Jahren über Stand und Entwicklung der modernen Verschraubungstechnik berichtet. Die Hauptthemen lassen sich zusammenfassen:

- Technische Lieferbedingungen für mechanische Verbindungselemente;
- Fertigung und fertigungsgerechtes Gestalten von Verbindungselementen;
- Berechnung und Tragfähigkeit von Schraubenverbindungen;
- selbsttätiges Lösen und Sichern;
- Montage von Schraubenverbindungen;
- Korrosionsschutz und nichtrostende Verbindungselemente;
- produktbezogene Themen (zum Beispiel Blechschrauben, Gewindeformende Schrauben, Schraubenverbindungen für den Leichtbau).

Zielgruppe der Veranstaltungen sind alle Ingenieure und auch technische Kaufleute, die mit Normung, Berechnung, Entwicklung, Fertigung und Anwendung von Schraubenverbindungen befaßt sind.

Das nächste Seminar ist vom 20. bis 22. Mai (Montag bis Mittwoch) in Wuppertal unter Leitung von Dipl.-Ing. Dieter Strelow vom Deutschen Schraubenverband e. V. (Auskunft: Informations-Centrum Schrauben ICS, Postfach 24 01 27, 4000 Düsseldorf 1).

*

Die Schraube als „mechanisches Verbindungselement" – um diesen Begriff der Techniker und Normungsleute zu verwenden – ist in der Tat alt. Der Sage nach geht ihr Stammbaum sogar auf Archimedes zurück. Doch wie so oft bei großen Dynastien: Der Ursprung liegt im dunkeln. Jedenfalls stammt sie nebst Mutter aus einer soliden und traditionsreichen Verbindung. Die beiden sind beweglich geblieben, sie drehen sich gern (natürlich nur, wenn sie es dürfen) und sind Neuerungen zugetan – kurzum: attraktiv und entwicklungsfähig bis auf den heutigen Tag. Überall, wo eine mechanische Verbindung wieder gelöst werden soll, haben Schrauben und Muttern ihren Platz. In der Sprache der Ingenieure: Lösbar und wiederverwendbar, berechenbar und voll belastbar – das sind und bleiben die Vorzüge der Schraubenverbindung, auf die eine moderne Technik nicht verzichten kann.

NIETE / Auf diesem Sektor brachten die letzten Jahre eine Vielzahl von neuen Produkten

Mit Innovation Marktstellung behauptet

Fast alle Nietehersteller in der Bundesrepublik Deutschland fertigen auch heute noch einfache Vollniete. Zahlreiche Firmen produzieren auch Halbhohlniete. Es handelt sich hierbei um Niete, deren Schaft am Ende nach Erfordernis zwecks leichterer Schließkopfbildung aufgebohrt ist. Von einigen Firmen werden auch Rohrniete hergestellt. Diese genannten Niete stellen das übliche Angebot dar.

Schon in diesen Nieten steckt das Ergebnis praxisnaher Forschung und Entwicklung: Es geht nicht nur um die speziell zum Kaltpressen geeigneten Werkstoffe. Von Bedeutung sind auch die Abmessungen und Formen der Köpfe. Bei Nieten handelt es sich heute um einen modernen technischen Artikel, bei dem Prüfmerkmale wie Zug-, Scher- und Dauerstandfestigkeit, Kopfschlagzähigkeit, Koaxialität, Rauheitsgrad, Materialgefüge, Korngröße, Oberflächenbeschichtung sowie die Prozeßfähigkeit eine Rolle spielen.

Der Bedarf an Starknieten hat durch die Entwicklung der Schweißtechnik an Boden verloren. Niete über zehn Millimeter Durchmesser werden im wesentlichen nur noch für Reparaturen eingesetzt.

Schnelle, automatische Nietsetzmaschinen sorgen dafür, daß der Einsatz dieser Verbindungselemente von Jahr zu Jahr wächst. Vielfach setzen Nietmaschinen heute gleichzeitig mehrere Niete. Besondere Erwähnung verdient die Entwicklung von Nietmaschinen, die selbstlochende Niete verarbeiten. Diese Maschinen sind in der Lage, Halbhohlniete ohne Vorlochen oder Bohren zu setzen.

Zwar folgt die Produktion auch in dieser Branche der Konjunktur, jedoch läßt sich der aufsteigende Trend insgesamt nicht verkennen. Verwendung finden Niete in fast allen Sparten der Metallindustrie. Ob es sich um schwere Eisenkonstruktionen, Küchengeräte, Elektroartikel, feinmechanische Apparate oder Meßinstrumente handelt, bei näherem Hinsehen findet man immer wieder Niete.

Kein Kraftfahrzeug fährt ohne Niete. Denken wir nur an die Kupplungen. Als Konkurrenz zum Nieten werden weniger das Schrauben als das Kleben und Schweißen angesehen.

Seit einigen Jahren sind Blindniete auf dem Vormarsch. Bei diesen Befestigern handelt es sich um Niete, die mittels Spezialwerkzeugen ohne Gegenhalten gesetzt werden können.

Stärker als bei den bisher genannten Produkten kommen auf diesem Gebiet immer neue Ausführungen auf den Markt. Besondere Bedeutung haben Dichtblindniete gewonnen. Hierbei geht es um Blindniete mit geschlossenen Schließköpfen, die die Korrosionsmöglichkeiten vermindern, die Dichtigkeit der Verbindung garantieren.

Die Verwendung von Blindnieten bietet eine Reihe von Vorteilen: Die Setzwerkzeuge sind nicht ortsgebunden und leicht zu transportieren; die Niete können überall von einer Person und von einer Seite in rascher Folge gesetzt werden; dadurch ergibt sich die Möglichkeit, in und an geschlossenen Profilen, Rohren oder Gehäuseteilen zu nieten.

Inzwischen hat der Sektor Niete eine wichtige Ausweitung erfahren: Unter dem Begriff Befestiger und Befestigungselemente werden eine Vielzahl von Preßteilen hergestellt. Diese müssen auch nicht unbedingt als Verbindungselemente dienen. Es handelt sich in vielen Fällen um Achsen, Halterungen, Bolzen, Distanzbolzen, Stifte, Hülsen, Stutzen, Blind-Einnietmuttern. Täglich werden neue Forderungen an die Betriebe gestellt.

Häufig geht es um die Umstellung von Drehteilen auf gepreßte Teile. Durch das Pressen wird gegenüber dem Drehen eine Werkstoffeinsparung erzielt. Dadurch, daß bei der Herstellung von Preßteilen der Faserverlauf des Materials erhalten bleibt und eine Verdichtung eintritt, kann häufig ein anderer Werkstoff eingesetzt werden, wodurch eine zusätzliche Verbilligung des Artikels erreicht wird.

FRANZ VANNAHME

Die Schraube mit der Furche

Hi. Schwabach

Gewindefurchende Schrauben stellen ihr Muttergewinde selbst her und ermöglichen im gleichen Arbeitsgang das Verschrauben der Bauteile. Die Löcher können gebohrt, gestanzt, aufgedornt, durchgezogen oder gegossen sein. Geringe Eindrehmomente bieten die Gewähr für eine sichere Montage. Diese Schrauben können in alle Werkstoffe mit guter Umformbarkeit eingeschraubt werden, zum Beispiel in Stahl bis zu einer Zugfestigkeit von ca. 600 n/mm^2, Aluminium, Kupfer, Zink und deren Legierungen. Gewindefurchende Schrauben werden in verschiedenen Formen angeboten; sie müssen alle mit ihren mechanischen und funktionellen Eigenschaften den Forderungen in DIN 7500 entsprechen (Auskunft: Richard Bergner GmbH + Co, Postfach 118, 8540 Schwabach).

Erhöhter Rostschutz

k. k. Gummersbach

Wohl kein anderes Bauteil wird von so verschiedenen Parametern in seinem Korrosionsverhalten beeinflußt wie eine verspannte Schraube. Korrosionsschäden an Schraubenverbindungen ziehen vielfach teure Nachfolgeschäden oder Wartungsarbeiten nach sich, die in keinem Verhältnis zum Schraubenwert stehen. Ein Hersteller in Gummersbach hat unterschiedliche Korrosionsschutzarten an Schrauben untersucht. Ein Ergebnis ist, daß organische Oberflächenbeschichtungen den elastischen Verformungen einer vorgespannten Schraube besser folgen als metallische Schutzschichten. Ferner tritt eine gleichmäßige Oberflächenkorrosion wesentlich später auf als beispielsweise bei galvanisch verzinkten Oberflächen. Kontaktkorrosion ist weitgehend ausgeschlossen (Auskunft: Arnold Knipping GmbH, Postfach 10 05 53, 5270 Gummersbach 1).

Demontagesichere Verbindung

hpk. Neuss

In Konstruktionen müssen häufig Funktionsteile vor einem unbefugten Zugriff geschützt werden, oder es sollen Teile diebstahlsicher verschraubt werden. Dafür wurde eine Schraube entwickelt, die auf herkömmliche Weise nicht mehr zu lösen ist. Der Kopf dieser Schraube ist so ausgebildet, daß Demontagewerkzeuge abgleiten. Die Demontage der Schraube ist nur durch Aufbohren möglich; es werden zwei Ausführungen angeboten: Form A für versenkte Montage und die Form B für nicht versenkte Montage (Auskunft: Bauer & Schaurte Karcher GmbH, Postfach 546, 4040 Neuss).

Sicherungsrippen patentiert

Kü. Neuss

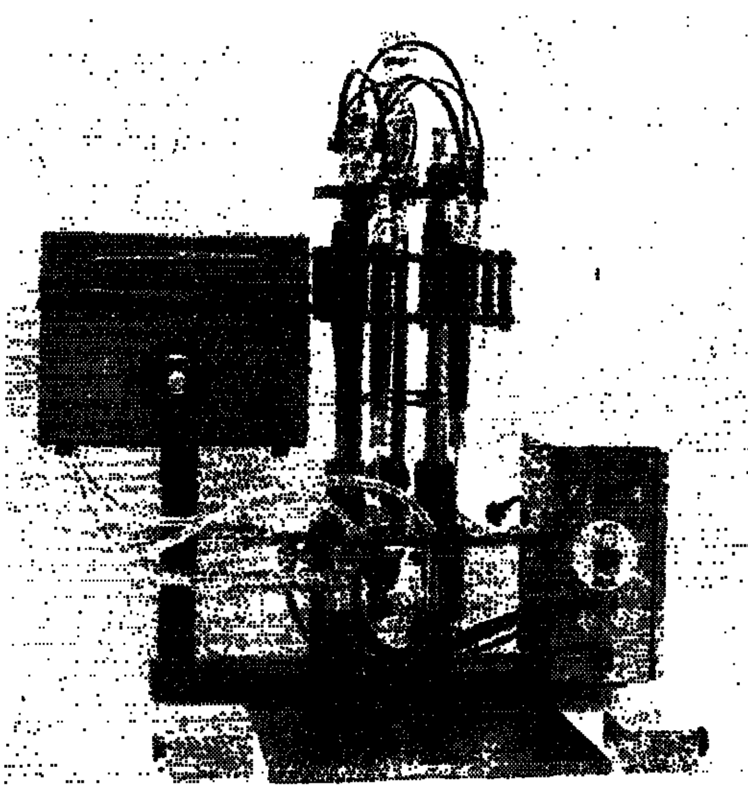
Auf das neue Sicherungssystem Verbus Ripp wurde jetzt auch in der Bundesrepublik Deutschland und in den wichtigsten europäischen Industrieländern das Patent erteilt. Das Neuartige an diesem System sind die Sicherungsrippen. Diese sind abgerundet und gleiten ähnlich wie Glattwalzelemente über die Oberfläche, die dadurch verfestigt wird. Die auftretende elastisch-plastische Verformung gewährleistet eine ausreichende Sicherheit gegen selbsttätiges Losdrehen. Im Vergleich zu herkömmlichen Sicherungselementen mit Verriegelungszähnen ergeben sich wesentliche Vorteile: Beim Losdrehen wird wie beim Anziehen Material elastisch-plastisch verformt, die Oberfläche also weitgehend geschont; die abgerundeten Rippen verfestigen durch den Glattwalzeffekt die Oberfläche des zu verschraubenden Materials gleichmäßig. Diese Eigenschaften eröffnen der Sicherungstechnik zusätzliche Anwendungsgebiete; so lassen sich dünne Teile problemlos verspannen, da der Fräseffekt fortfällt.

Schraub-Automaten und Automaten-Schrauben

Die automatische Herstellung von Bauteilen provoziert auch die Automation ihres Zusammenfügens. Montage-Automation erfordert verbesserte Schraubenqualitäten. Schraubautomaten werden zur Zeit für Schrauben bis sechs Millimeter häufiger angewendet als für stärkere Schrauben. Der Grund dafür liegt einerseits in der Mengenstruktur, andererseits in den unterschiedlich gearteten Qualitätsanforderungen für Kleinschrauben, zu denen beispielsweise gehören: Gewindeschrauben mit Schlitz und Kreuzschlitz, die Gruppe der selbstformenden Schrauben, Blechschrauben und Bohrschrauben, Spanplattenschrauben, Schrauben für Kunststoffe. Die für diese Schrauben üblichen Anziehverfahren sind im allgemeinen drehmoment- oder anschlagorientiert, während bei Verbindungen mit hochfesten Schrauben die Vorspannkraft auch streckgrenz- oder drehwinkelgesteuert erzeugt werden kann.

Kernstück aller Schraubautomaten sind die Kraftschrauber, deren Wiederholgenauigkeiten für die Anzugmomente noch vor etwa zehn Jahren ±30 Prozent bis ±10 Prozent betrugen. Heute werden Werte von ±1 Prozent erzielt. Diese Genauigkeiten erleichtern die Anziehvorgänge, welche den jeweiligen Drehwinkel-Momenten-Funktionen angepaßt sein müssen, die ihrerseits von den zu verbindenden Bauteilen und den eingesetzten Schrauben abhängig sind.

Diese Schrauber lassen sich mit „Mundstücken" vervollständigen, in welche die Schrauben eingeführt werden und die während der Montage die Schrauben halten und zentrieren. Das Zuführen der Schrauben zum Mundstück erfolgt entweder über Transportschläuche oder bei kopflastigen Schrauben auch durch mechanische Einstoßvorrichtungen. Das Zuführen setzt Lagesortieren und Speichern der Schrauben voraus, was überwiegend in Vibrationsfördertöpfen erfolgt.



Zweispindel-Schraubautomat mit Schlauchzuführung FOTO: DEPRAG

Einheiten der vorbeschriebenen Art sind Kraftschrauber mit automatischer Schraubenzuführung, die oft angewendet werden zur Rationalisierung manueller Arbeitsplätze. Durch Kombination solcher Einheiten mit Vorschubgeräten und entsprechender Steuerung entstehen ortsfeste „Schraubautomaten". Mehrere solcher Einheiten können auch zu Mehrspindel-Schraubautomaten zusammengesetzt werden.

„Montageautomaten" entstehen, wenn auch der Bauteiletransfer mechanisiert oder automatisiert wird. Die Rentabilität solcher Maschinen setzt einen möglichst störungsfreien Betrieb voraus. Ein möglicher Störfaktor von großer Bedeutung sind dabei die verwendeten Schrauben, weshalb deren Qualität wachsenden Ansprüchen unterworfen ist. Die geltende Norm für Kontrolle und Abnahme derartiger Massenteile (DIN 267 Teil 5) reicht hier nicht aus. Die Folge sind vermehrte Anstrengungen verschiedener deutscher Schraubenhersteller zur Produktion sogenannter „Automatenqualitäten".

Eine eindeutige Definition darüber gibt es zur Zeit noch nicht, sicher ist jedoch, daß inzwischen deutliche Qualitätsverbesserungen erzielt wurden. Diese entstehen durch bisher nicht üblichen Aufwand in Fertigung und Qualitätskontrolle, zum Beispiel durch prozeßgesteuerte Produktionsmaschinen, rechnerunterstützte Kontrollverfahren, Selektion am Ende des Produktionsprozesses sowie „sterile" Verpackung und Versand. Das verteuert die Waren, was verbraucherseitig noch oft ignoriert wird. Der Aufwand des Herstellers steigt überproportional mit der vom Verbraucher geforderten Qualität.

Ganz abgesehen von diesem Aufwand sind gelegentlich geforderte „Reinheitsgrade" von beispielsweise einem fehlerhaften Teil pro 10^6 gleich einer Million Gutteile schon darum übertrieben, weil sich das eine fehlerhafte Teil kaum noch glaubwürdig nachweisen läßt. Praktisch sinnvolle „Reinheitsgrade" dürften sich bei 10 000 bis 100 000 Gutteilen pro Ausschußteil bewegen.

Dem Herstelleraufwand steht der Verbrauchernutzen gegenüber, der mit größeren Reinheitsgraden zunimmt. Doch je größer der geforderte Reinheitsgrad ist, desto höher ist auch der beim Produzenten anfallende Aufwand. Daraus folgt, daß der Aufwand bei der Herstellung und der Nutzen bei der Anwendung in sinnvoller Weise ausbalanciert werden müssen.

HERMANN GROSSBERNDT

SICHERUNG / Durch Verriegeln an der Auflagefläche und Verkleben im Gewinde werden Verbindungen sicherer

Schlupf tritt nun nicht mehr auf

Wer ärgerte sich wohl noch nie über eine Schraube, die sich gelockert oder selbsttätig losgedreht hatte? Nahezu täglich hat man mit Geräten zu tun, bei denen das Versagen von Schrauben zu Störungen und Ausfällen führen kann.

Da mag uns „nur eine Schraube" schon zur Verzweiflung bringen, wenn das Messer des Rasenmähers wieder einmal lose ist, die Sicherungsmutter der Schnitthöhenverstellung klemmt auch nicht mehr wie gewünscht . . .

Über derartige Kleinigkeiten ärgert man sich. Schlimmer sind jedoch Folgeschäden, verursacht durch unsachgemäße Konstruktion oder Montage, die zu teuren Reparaturen oder Unfällen führen. Manchesmal ist der Grund auch ein falsch angewandtes Kostendenken, da die gute und wirkungsvolle Schraubensicherung ein wenig teurer ist als die jetzige Lösung. Doch was machen diese Mehrkosten aus, verglichen mit den Reparaturkosten?

Der Grund für das Versagen von Schraubenverbindungen ist neben Montagefehlern oft das Lockern und das selbsttätige Losdrehen von Schrauben und Muttern infolge falscher Konstruktionsauslegung.

Das Lockern infolge von Setzvorgängen führt zu Klemmkraftverlusten. Diese können durch konstruktive Maßnahmen verhindert oder begrenzt werden. Kritisch sind bei hochfesten Schraubenverbindungen zum Beispiel mitverspannte Dichtungen oder Lackschichten in den verspannten Trennfugen.

Näher betrachtet sei hier das Losdrehen von Schraubenverbindungen bei durch Betriebskräfte auftretenden Gleitbewegungen. Klemmkraftverlust durch selbsttätiges Losdrehen kann zum Herausdrehen der Schrauben führen oder zum Dauerbruch bei teilweisem Vorspannungsverlust. Ursachen – überwiegend bei kurzen Verbindungen – sind Querverschiebungen senkrecht zur Schraubenachse oder wechselnde elastische Verformungen der Verbindung. Derartige Relativbewegungen führen zur Verringerung oder zum Aufheben der Selbsthemmung; es tritt Schlupf in den Trennfugen auf. Die Schraube erfährt erzwungene Gleitbewegungen auf den Gewindeflanken, und bei ausreichendem Verschiebeweg kommt es zum Gleiten unter Kopf oder an der Mutternauflage. Infolge der verringerten Reibung dreht sich die Verbindung los. Dies kann auch durch Lastspitzen erfolgen, was sich durch partielles Losdrehen mit Dauerbruch nach verhältnismäßig langen Laufzeiten bemerkbar macht.

Außer konstruktiven Maßnahmen ist es auch möglich, wirkungsvolle Sicherungselemente einzusetzen. Aber da hat der Trend zu immer höheren Fertigkeitsklassen zu einer Verunsicherung des Anwenders geführt, da Sicherungselemente, welche bei früher oft eingesetzten unvergüteten Schrauben durchaus funktionierten, bei hochfesten vergüteten Schrauben wirkungslos sind.

So führt die Verwendung unwirksamer Sicherungselemente wie Feder-, Zahn- und Fächerscheiben, Sicherungsblechen und Kronenmuttern zu den Ausfällen, da sich die Sicherungselemente möglicherweise nur ins weichere Auflagematerial eingraben, aber die vergütete Schraube sich auf der harten Scheibe dreht.

Auch die sogenannten Verliersicherungen, die zwar das vollkommene Losdrehen verhindern und infolge einer Restvorspannkraft (zum Beispiel durch ein Klemmoment im Gewinde) das Auseinanderfallen blokkieren, können den Klemmkraftverlust durch partielles Losdrehen nicht ausreichend ausschließen.

Die Praxis, durch umfangreiche Versuche untermauert, zeigt als geeignete Losdrehsicherungen:

- Schrauben und Muttern mit Verriegelungszähnen oder -rippen an der Auflage;
- Sichern durch Verkleben im Gewinde.

Verriegeln an der Auflage sichert wirksam durch Eingraben der Sicherungszähne ins Gegenmaterial oder durch plastisch-elastische Deformation der Sicherungsrippen oder des Gegenwerkstoffs.

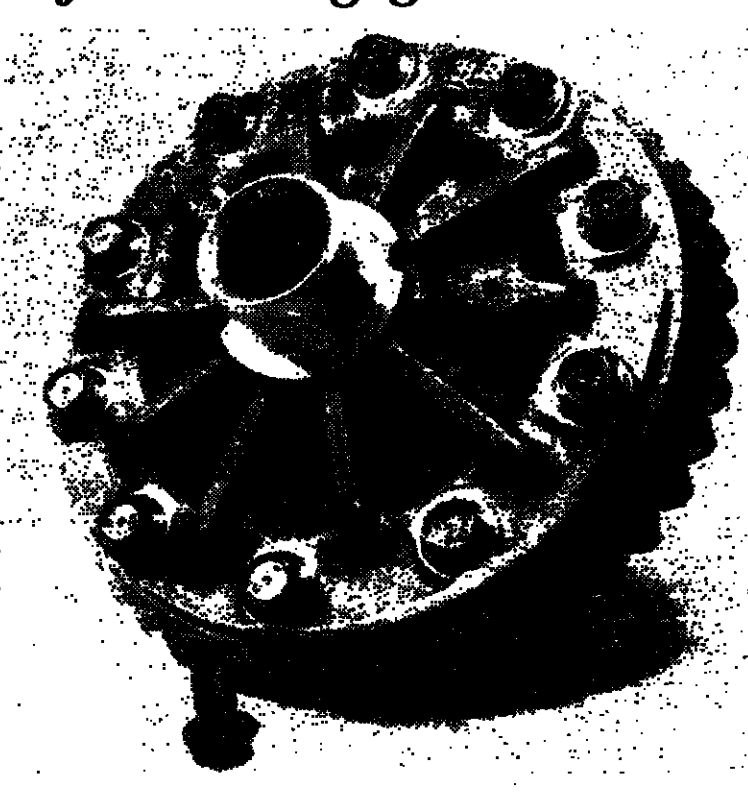
Voraussetzung ist, daß das Auflagematerial weicher ist als die Verriegelungszähne. Günstiger verhalten sich die Verriegelungsrippen, welche gut vorgespannt auch auf gehärteter Auflage sichern.

Zunehmenden Zuspruch findet das Verkleben im Gewinde. Hauptsächlich zwei Varianten kommen zur Anwendung: Anaerob aushärtende Kleber (Flüssig-Kunststoff) finden heute in jeder Werkstatt Verwendung. Bei richtiger Anwendung (saubere, fettfreie Montageverhältnisse) bringen sie eine gute Sicherungswirkung. Die etwas aufwendige Handhabung bei der Montage fällt wenig ins Gewicht, wenn es sich um geringe Stückzahlen handelt.

Mit mikroverkapseltem Klebstoff vorbeschichtete Schrauben finden vor allem in der Großserie Anwendung, insbesondere die Kleberprodukte, welche ölunempfindlich und wiederverwendbar sind, gleichzeitig den Reibwert der Schrauben nicht verändern. Als Schüttgut anlieferbar, problemlos bei der Montage, werden sie vielfach verwandt. Ein Nachteil ist die geringe Temperaturbeständigkeit.

JOSEF ESSER

Maßnahmen gegen Lockern und Losdrehen



Das verhindert das Lockern: Einsatz längerer Schrauben oder von Dehnschrauben; Schrauben mit angepreßter, federnder Scheibe beziehungsweise Bundschraube mit konkaver Auflagefläche; Erhöhung der Klemmkraft durch Wahl von Schrauben mit höherer Festigkeit; Einsatz von Spannscheiben oder Tellerfedern mit hoher Steifigkeit; Bundschrauben und -muttern oder vergütete Unterlegscheiben zur Verringerung der Flächenpressung.

Und diese Maßnahmen können gegen das Losdrehen von Schraubverbindungen getroffen werden: Erhöhung der Klemmkräfte durch höhere Vorspannkraft (Wahl höherer Festigkeitsklassen, größere Abmessungen); Erhöhung der elastischen Dehnungen (größere Klemmlänge, Verjüngung des Schraubenschafts, Dünnschaft- oder Dehnschrauben); Begrenzung der Querverschiebung durch Formschluß; Wirkungsvolle Losdreh-Sicherungen.

Das Foto zeigt die Tellerradverschraubung eines Kraftfahrzeugs mit Sicherungsschrauben mit Verriegelungsrippen

Schrauben für flexible Automaten

WR. Osterode

Beim Verschrauben mit Robotern sind Gestaltungsrichtlinien in bezug auf Schraubenmaße, Kopfform, Form des Schaftendes und Toleranzhaltigkeit zu beachten. Mit dem Schraubensystem Robolt wurden die Maße und Toleranzen für den Abmessungsbereich M 6–M 14 festgelegt. Ob man einen Rollschaftdurchmesser oder – als Zentrierungshilfe zum Zeitpunkt der Fügemomentaufbringung während des automatischen Montierens bei langen Teilen – einen Schaftansatz verwendet, hängt vom Anwendungsfall ab.

Sollen Schrauben mit Unterlegscheibe verschraubt werden, geht man heute bei der angerollten Scheibenversion dazu über, diese nicht durch das Gewinde zu halten, sondern durch Rillen, die direkt unter Kopf angebracht sind. Damit kann das Spiel zwischen Scheibe und Kopfauflage unter ein Maß von 0,1 Millimeter gebracht werden. So wird ein Verkanten der Scheibe verhindert.

Um ein schiefes Aufsetzen der Schraube zu vermeiden, werden die Schrauben am Gewindeende stark angefaßt. Aufwendiger, aber sicherer ist es, die Schrauben wahlweise mit einem Zapfen oder einer Ansatzspitze ähnlich DIN 78 auszustatten, damit Positionsabweichungen zwischen Werkstück und Schraubroboter ausgeglichen werden und ein schnelles Zentrieren im Mutterngewinde erfolgt.

Werden die Schrauben mit Magnetnüssen oder über Vakuum angesaugt, so wird zur besseren Haftung vom Werkzeug die Schraubenkopfoberseite mit einer vertieft eingeprägten Kennzeichnung (Festigkeitsklasse und Herstellerzeichen) versehen (Auskunft: Kamax-Werke, Postfach 14 60, 3360 Osterode).

Die Branche in Stichworten

WR. Düsseldorf

Die deutsche Schraubenindustrie beschäftigt etwa 13 500 Personen in rund hundert Betrieben. Die Unternehmensstruktur ist vorwiegend mittelständisch; etwa 60 Prozent der Werke haben weniger als hundert Mitarbeiter. Mehr als die Hälfte der Betriebe haben ihre Standorte im südwestfälischen Raum zwischen Ruhr und Sieg, die anderen Produktionsstätten liegen im Bundesgebiet und Berlin ohne örtliche Schwerpunkte.

Die Jahresproduktion 1984 lag bei etwa 350 000 Tonnen Verbindungselemente – das sind weit mehr als 50 Milliarden Schrauben, Muttern und Niete. Der Wert der Produktion lag 1984 bei etwa 1,8 Milliarden Mark. Der hohe Exportanteil der Schraubenbranche wird durch die folgenden Zahlen belegt: 119 000 Tonnen Verbindungselemente im Gesamtwert von 820 Millionen Mark wurden im vergangenem Jahr von Herstellern und Händlern im Ausland abgesetzt.

Die Abnehmerbereiche der Schraubenbranche sind unter anderem der Fahrzeug-, Maschinen- und Stahlbau, die Elektroindustrie, die Bauwirtschaft und Möbelindustrie sowie Eisenbahn und der weite Bereich der Luftfahrttechnik.

Die Verbandsstruktur: Fachorganisation ist der Deutsche Schraubenverband e. V. – Hersteller mechanischer Verbindungselemente in Düsseldorf. Diese Organisation ist Mitglied des Wirtschaftsverbandes Stahlverformung e. V. in Hagen, der seinerseits dem Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. in Köln angehört; internationaler Zusammenschluß im „European Industrial Fasteners Institute – EIFI" in Köln. Dieses internationale Institut vertritt auch die Interessen der zugehörigen Gruppen bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel.

Forschung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit

Trotz angespannter wirtschaftlicher Lage hat die deutsche Schraubenindustrie auch in den vergangenen Jahren unter der Federführung des Deutschen Schraubenverbandes eine größere Anzahl von Forschungsarbeiten durchgeführt oder betreut. Die Betreuung von Forschungsprojekten an den Technischen Hochschulen geschieht durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln und Versuchsmaterial sowie durch Beratung in projektbegleitenden Gesprächen.

Forschung und Entwicklung in der Schraubenindustrie laufen auf drei Schienen:

- Grundlagenforschung an den Technischen Hochschulen als Gemeinschaftsaufgabe,
- Ringversuche von Verbandswerken in wechselnder Zusammensetzung und
- Prduktentwicklung in den einzelnen Werken.

Die Grundlagenforschung ist für die Mitgliedswerke des Deutschen Schraubenverbandes von besonderem Vorteil. Sie können damit auf Forschungsergebnissen aufbauen, die ihnen die enge Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Institutionen bietet.

Diese enge Verzahnung von Wissenschaft und Praxis auf dem Gebiet der Verschraubungstechnik sucht in der Welt ihresgleichen. Allein beim Institut für Werkstoffkunde der TH Darmstadt wurden im vergangenen Jahr zehn Forschungsvorhaben aus dem weiten Einsatzgebiet von Schraubenverbindungen im Maschinen-, Apparate- und Stahlbau veranstaltet. Die Themen lassen sich in folgende Gruppen zusammenfassen: Dauerhaltbarkeit von Schraubenverbindungen, Spannungsverteilung in Schraubengewinden, Wasserstoffversprödung, Oberflächenbehandlung.

Abgeschlossen wurde beispielsweise das Forschungsprojekt „Haltbarkeit exzentrisch beanspruchter Schraubenverbindungen". Aufgrund dieser Versuchsergebnisse konnten beispielsweise die Berechnungsmethoden für Schraubenverbindungen weiter präzisiert werden.

Ringversuche werden verabredet, wenn mehrere Firmen an der gleichen Problemlösung interessiert sind und das Thema oder der Versuchsumfang für ein wissenschaftliches Forschungsvorhaben an einer Hochschule nicht in Frage kommt.

Als Beispiel seien hier die umfangreichen Versuche mit Schrauben aus niedriggekohlten borlegierten Werkstoffen bei mehreren Mitgliedsfirmen des Schraubenverbandes genannt. Die Untersuchungen führten zu dem Ergebnis, daß die mechanischen Eigenschaften solcher Schrauben sowohl bei Raumtemperatur als auch bei 300 Grad Celsius mit denen aus herkömmlichen Stählen durchaus vergleichbar sind.

Die Produktentwicklung in den einzelnen Werken wird vielfach initiiert durch anwendungsorientierte Probleme. Deutsche Hersteller betrachten es als selbstverständliche Aufgabe, an der Lösung anwendungstechnischer Probleme mitzuarbeiten, und zwar durch Versuche im eigenen Hause und durch Beratungsgespräche bei den Kunden.

Auf dieser Basis ist in den vergangenen Jahrzehnten eine Entwicklungsarbeit gewachsen, die ihren Niederschlag in zahlreichen neuen Produkten und Verfahren gefunden hat: Beispielsweise Verbindungselemente, die speziell für den Einsatz in bestimmten Werkstoffen entwickelt wurden, wie etwa den unterschiedlichen Holzwerkstoffen, Gipskartonplatten, Thermo- und Duroplasten. Ein weiteres Beispiel sind die verschiedenen Ausführungen von gewindeformenden Schrauben, die durch Wegfall bisher erforderlicher Arbeitsgänge eine kostengünstigere Fertigung beim Anwender ermöglichen.

Entwicklungen kosten Zeit und Geld. Solche Leistungen werden gern als Service abgetan. Doch wem bewußt ist, welche hohen Anforderungen hierbei an das theoretische Wissen und die praktischen Erfahrungen gestellt werden, wird auch respektieren, welche hohen Vorleistungen von der deutschen Schraubenindustrie erbracht werden. Es liegt auf der Hand, daß der Verbraucher davon den größten Nutzen hat.

Die oft praktizierte erfolgreiche Zusammenarbeit von Schraubenhersteller und -anwender wird jedoch in Frage gestellt, wenn der Zulieferer für die anschließende Serienproduktion ausschließlich nach dem niedrigsten Preis ausgewählt wird und derjenige, der zuvor als Problemlöser gute Dienste geleistet hat, unberücksichtigt bleibt.

Auf lange Sicht erwartet der Deutsche Schraubenverband jedoch, daß durch die Erkenntnisse der erwähnten Grundlagenforschung, Ringversuche und Produktentwicklungen

- technische und wirtschaftliche Vorteile beim Schraubenanwender eintreten,
- die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Schraubenhersteller gestärkt wird und
- der Aufwand der einzelnen „Problemlöser" für die F(orschungs)-+E(ntwicklungs)-Tätigkeit honoriert wird.

Erfahrungsgemäß dauert es einige Jahre, bis neue Erkenntnisse bei einem Teil der möglichen Anwender bekannt, und weitere Jahre, bis sie sinnvoll angewendet werden. Mit Hilfe der jährlich stattfindenden Schraubenseminare an den Technischen Akademien in Esslingen und Wuppertal versuchen Fachleute aus Schrauben-Industrie und Wissenschaft, diese Umsetzung zu beschleunigen. Die Seminare sind praxisnah und vermitteln einen zeitbezogenen Überblick über Stand und Entwicklung der Verschraubungstechnik.

DIETER STRELOW

NORMUNG / Spezialteile für besondere Problemle

Arbeit mit nichtrostenden Verbindungselementen

Immer höhere Ansprüche werden an Schrauben, Muttern und Sicherungen gestellt. Änderungen in der Logistik, die begonnene Umstellung auf automatische Montagetechniken sowie Forderungen nach Prüfzertifikaten oder TÜV-Anerkennungen haben den Wandel vom problemlosen Schüttgut zum hochspezialisierten Verbindungselement begleitet.

Der Anteil der genormten Teile überwiegt dabei; zur Erleichterung des internationalen Warenaustausches werden die nationalen Normen zusammengefaßt, fließen sie immer mehr in eine internationale Norm ein.

Der Konstrukteur wird zunächst versuchen, genormte Teile einzuplanen, da einfache und schnelle Beschaffung, Preisvorteile sowie Austauschbarkeit ohne Einschränkung auf mechanische und funktionelle Eigenschaften gewährleistet sind.

Sehr oft aber lassen sich Verbindungsprobleme mit genormten Teilen nicht lösen. In den letzten Jahren hat sich der Trend zu Spezialteilen immer mehr verstärkt. Viele erfolgreiche Problemlösungen sind erarbeitet worden, die oftmals ohne lange Versuchsreihen sowie Beratung und Abstimmung zwischen Anwender und Hersteller nicht denkbar sind. Dafür Beispiele:

Zwei verschiedene Teile wurden bisher durch Schweißen zusammengefügt. Durch Massivumformung ist es nunmehr möglich, diese Teile kostengünstig zu pressen.

Die Entwicklung der Umformtechnik ermöglicht, auch komplizierte Teile vorzuformen. Trotz der erforderlichen Endbearbeitung bringt dieses kombinierte Verfahren mehrere Vorteile: rationelle Fertigung, Materialersparnis, hohe Festigkeit.

Verbindungselemente mit Zusatzfunktionen, wie Schneiden, Bohren, Zentrieren, Justieren, Sichern und Dichten. Teile, die in vielfacher Form die Montage vereinfachen.

Völlig neue Produkte nach Zeichnung, jeweils für einen spezifischen Problemfall, sind in großer Anzahl entwickelt worden.

Spanlose Verformung ist für alle genannten Innovationsformen das gängige Fertigungsverfahren. Zusatzbearbeitungen wie Fräsen, Schleifen, Bohren und Oberflächenverbesserungen durch Kaltwalzen werden häufig angewendet.

Was nützt das ausgefeilteste Verbindungsteil, wenn seine Funktionen durch Korrosion nicht mehr gewährleistet sind? Die jährlichen Schäden werden auf zweistellige Milliardenbeträge geschätzt. Das Versagen von Verbindungselementen durch Korrosion ist fünfmal höher als alle anderen Versagen zusammen. Die Vorteile, die sich aus der Verwendung von Verbindungsteilen aus nichtrostenden Stählen ergeben, machen sich daher immer mehr Anwender zunutze:

● Fast unbegrenzte Lebensdauer, auch wenn Nebel, Regen, Säuren, Laugen jahrelang auf die Teile einwirken.

● Die Sicherheit ist gewährleistet. Keine verrosteten Elemente, keine Reparaturzeiten, kein Maschinenstillstand, keine Folgekosten.

● Einwandfreies Aussehen auch nach langer Betriebszeit, zum Beispiel bei Großküchenanlagen und im Metallbau. Keine Rostnasen, keine Verfärbung, kein Anlaufen.

Weitere wertvolle zusätzliche Eigenschaften sind:

Kaltzäh – bis zu Temperaturen von minus 196 Grad Celsius. Hierdurch eignet sich der Einsatz ganz besonders im Bereich Kälteanlagen.

Hitzebeständig – Anwendung im Dampfkesselbau und überall dort, wo Temperaturen bis zu plus 800 Grad Celsius auftreten können.

Antimagnetisch – wichtig in den Bereichen Kernforschungsanlagen, Elektroindustrie, Marine.

Der Anteil von rostbeständigen Verbindungselementen liegt heute bereits bei etwa sieben Prozent. Einerseits haben immer größere Serien für den Verbraucher günstige Preise bewirkt, andererseits machen sich alle Branchen den Gewinn an dauernder Sicherheit zunutze. Ob im Bauwesen, in der chemischen Industrie, im Pumpen- und Schiffsbau, in der Automobilindustrie, im Reaktor-, Maschinen- und Gerätebau können Produktionsausfall, Folgekosten und die Nachwirkungen der Produkthaftung zum Alptraum werden. Die einmalige Mehrausgabe für ein Qualitätserzeugnis wird durch bleibende Vorteile mehrfach aufgewogen.

PETER OERTEL

Nationale und internationale Normen sollen den Warenaustausch sichern

Die Aktivitäten in der internationalen Normung mechanischer Verbindungselemente mit dem Ziel absoluter Austauschbarkeit der Produkte halten unvermindert an. Bei besonders dominierenden Produkten – zum Beispiel Sechskantschrauben und Sechskantmuttern – gehen die vom Technischen Komitee ISO/TC 2 „Fasteners" der International Organization for Standardization (ISO) erstellten Internationalen Normen bereits in die zweite Generation: Sie werden nun vervollständigt und im Größenbereich ausgeweitet. Bisher lag die Grenze im allgemeinen bei M 36; zukünftig wird sie für eine Reihe von Produkten bei M 64 liegen, also bei 64 Millimeter Gewindedurchmesser.

Die Internationalen Normen (ISO-Normen) über mechanische Verbindungselemente lassen sich wie folgt ordnen: Fachgrundnormen, Funktionsnormen, Prüfnormen, Produktnormen.

Die Gruppe der Fachgrundnormen ist im wesentlichen abgschlossen. Zu dieser Gruppe gehören auch Verständigungsnormen, beispielsweise ISO 1891 (siehe DIN ISO 1891) mit Benennungen für mechanische Verbindungselemente in sechs Sprachen (Englisch, Französisch, Russisch, Deutsch, Italienisch und Spanisch).

Ferner sei in diesem Zusammenhang noch ISO 225 (DIN ISO 225) erwähnt. In dieser Norm sind Festlegungen für die Bemaßung von Schrauben und Muttern enthalten, nach denen internationale und letztlich dann auch nationale Normen gestaltet werden sollen.

Neue Produktklassen

Eine weitere Norm ISO 4759/1 (DIN ISO 4759 Teil 1) nennt die Produktklassen (A, B, C) anstelle der bisher national üblichen Ausführungen (m, mg, g) und ordnet diesen Klassen bestimmte Toleranzen zu, die als Basis für die jeweiligen Produktnormen dienen, wobei die Produktklasse A die engsten Toleranzen vorsieht.

Die Gruppe der Funktionsnormen befaßt sich mit den mechanischen und funktionellen Anforderungen an Verbindungselemente. In detaillierter Form sind alle Eigenschaften niedergelegt, die für eine umfassende Beurteilung der Produkte erforderlich sind.

Hier sind in erster Linie die Festigkeitsklassen für Schrauben und Muttern zu nennen (ISO 898/1 und ISO 898/2 – siehe DIN ISO 898 Teil 1 und Teil 2), die bereits vor Jahren die bis dahin üblichen nationalen Festigkeitsklassen ohne Austauschgefährdung ersetzt haben (siehe DIN 267 Teil 3).

Konsequenzen für Muttern

Bei den Festigkeitsklassen für Muttern haben sich international neue, durch Versuche und Berechnungen belegte Erkenntnisse ergeben; die damit verbundenen Konsequenzen mußten als dem derzeitigen Stand der Technik entsprechend akzeptiert werden.

Zur Gruppe der Prüfnormen ist in erster Linie die Norm ISO 3269 zu nennen, die im September 1984 erschienen ist und die die Annahmeprüfung für Verbindungselemente festlegt: ein besonders heikles Kapitel internationaler Normung, weil hier Auswirkungen nationaler Rechtsprechungen beachtet werden mußten.

Entsprechend lange haben die Vorarbeiten zu dieser Norm gedauert und konnten erst nach der Veröffentlichung von zwei ISO-Entwürfen abgeschlossen werden. Im Vorgriff auf diese ISO-Norm wurde bereits im Januar 1984 eine Neufassung der deutschen Norm DIN 267 Teil 5 erstellt, die mit geringen Abweichungen dieser ISO-Norm entspricht.

Bei einigen Normen der ISO über mechanische Verbindungselemente ist eine klare Trennung zwischen Funktion (Eigenschaft) und Prüfung nicht gegeben, die erforderlichen Festlegungen sind in einer Norm enthalten (Beispiel ISO 848/1 = ISO 898 Teil 1).

Die Gruppe der internationalen Produktnormen für mechanische Verbindungselemente ist bereits sehr umfangreich geworden. Als genormte Produkte können genannt werden: Sechskantschrauben und -muttern – Innensechskantschrauben, Schlitz- und Kreuzschlitzschrauben, Blechschrauben, Stifte und Bolzen, Scheiben für Schraubenverbindungen.

Erstmalig erschienen ist im Jahre 1984 ein „ISO Standards Handbook 18 Fasteners and screw threads", von der ISO in Genf herausgegeben; das Handbuch enthält mehr als 100 ISO-Normen, die bisher von den Technischen Komitees ISO/TC 1 Schraubengewinde und ISO/TC 2 Mechanische Verbindungselemente erarbeitet worden sind (Auskunft: Beuth-Verlag, Burggrafenstraße 4, 1000 Berlin 30).

Die nationale Übernahme vieler ISO-Normen ist bereits vollzogen oder vollzieht sich noch. Diese Übernahme stieß auf unterschiedliche Schwierigkeiten insbesondere dann, wenn eine eingeführte nationale Norm vorhanden war und keine absolute Austauschbarkeit DIN-ISO vorlag.

Bei allen Übernahmen wurde und wird immer die Lösung angestrebt, die eine möglichst weit gehende Identität der Produkte nach ISO und nach DIN sicherstellt, damit der Sinn interationaler Normen gewahrt wird, wobei aber rein nationale Belange nicht übersehen werden. Besonders im Falle von sogenannten Verständigungsnormen wird unbedingt auch national die reine ISO-Norm bevorzugt, die als Basis für den internationalen Warenaustausch dient.

Noch viele Probleme

Trotz der Möglichkeiten der Übernahme einer ISO-Norm als nationale Norm waren und sind viele Probleme gegeben, mit denen sich die betroffenen Gremien (Normenausschüsse) immer wieder auseinandersetzen müssen. Damit ist zwar eine Unruhe im Normenwerk entstanden, die sich erst nach einer gewissen Zeit legen dürfte, sich dann aber sicher bezahlt macht. Nämlich dann, wenn weltweite Einigkeit besteht und ohne technische Handelshemmnisse ein ungehinderter Warenaustausch möglich sein wird.

HEINZ SPARENBERG

HISTORIE / Hat Archimedes mitgedreht?

Von der Schraubenspindel bis zur Satelliten-Technik

Zwar wird Archimedes (287–212 v. Chr.) oft als Erfinder der Schraube gefeiert, doch dies ist nicht beweisbar. Zur Wasserförderung wurde eine Schraubenspindel erstmalig in der Grube Santa Barbara der spanischen Provinz Cordoba in einem etwa 200 v. Chr. errichteten Stollen eingesetzt.

Kennzeichen jeder Schraube ist eine um einen Zylinder gewickelte schiefe Ebene. Auf ihr kann durch Drehen Wasser oder ein anderes Gut in begrenzte Höhe gefördert, bewegt werden; Sie dient ebenso zum Befestigen zweier oder mehrerer Teile miteinander. Die Anwendung unterscheidet die Bewegungs- von der Befestigungsschraube.

Die Holzschraube – nicht aus, sondern zum Befestigen von Holz – erscheint erst über 300 Jahre später in den Resten des Limes, sie ist bei den Arabern des 9. Jahrhunderts weit gebräuchlich. Eine eiserne Mutter als Gegenstück zur Befestigungsschraube fand sich nochmals hundert Jahre später in den Resten der Saalburg (212–260 n. Chr.).

Mit dem Plattenpanzer stellte sich in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts die bis heute unveränderte Aufgabe, zwei feste Metallteile genau so fest und dauerhaltbar zu verbinden und einfach wieder zu lösen. Zahlreiche Ritterrüstungen zeigen mit Narben und Kerben auf und an den Schraubenköpfen noch heute die hohe Sicherheit dieser Verbindungen.

Im Sprung über mehrere Jahrhunderte spiegeln sich Probleme der ersten industriellen Revolution in Gestaltung und Produktion von Schrauben. Henry Maudslay (1771 bis 1831) schuf im Jahre 1797 aus üblichen Drehbänken einen Schraubenautomaten, der durch Auswechseln der Räder statt des bis dahin üblichen Tausches der Leitspindeln höhere Produktion, kürzere Werkzeugwechselzeiten und die Fertigung von Schrauben beliebiger Gewindesteigungen erlaubte.

Aus der steigenden Anwendung von Schrauben und Muttern entwikkelte sich eine neue Aufgabe: Schrauben und Muttern mußten unabhängig von ihrer Herstellung jederzeit voll austauschbar werden. Prinzip und Notwendigkeit wurden – wieder militärisch am Beispiel von Gewehren – 1801 dem Präsidenten der USA demonstriert.

Aus den nur gemeinsam anwendbaren Garnituren sollten voll austauschbare Maschinenelemente werden. Genaue Profile, Abmessungen und ihre Toleranzen kennzeichnen diesen Übergang von der Einzel- und Kleinserien- zur industriellen Fertigung.

Einer der Pioniere des Werkzeugmaschinenbaus, Josef Whitworth (1803 bis 1887), schuf die Grundlagen des nach ihm benannten Gewindes. Nur die von ihm hergestellten und vielfach durch Schutzrechte gesicherten Maschinen konnten ein Gewinde mit dem von der Geometrie her höchst ungünstigen Flankenwinkel von 55 Grad einwandfrei in größeren Stückzahlen schneiden.

Im Jahre 1841 legte er ein einheitliches Gewindesystem mit Maßen und Toleranzen für einen breiten Durchmesserbereich vor. Er gewährleistete die volle Austauschbarkeit jeder Schraube mit jeder Mutter, damals großer Vorteil für Schraubenanwender wie auch für die Käufer seiner Maschinen.

Es dauerte Jahrzehnte, bis die geometrisch und fertigungstechnisch günstigere Alternative eines Gewindes mit 60 Grad Flankenwinkel den gleichen technisch-konstruktiven Stand erreichte. 1864 von William Sellers, ebenfalls einem Werkzeugmaschinenhersteller aus Philadelphia, vorgeschlagen, setzte es sich erst um die Jahrhundertwende in den USA und einzelnen Wirtschaftsbereichen Europas durch.

Es dauerte bis 1967, ehe der oft zum Glaubenskrieg ausartende Streit zwischen dem 55- und 60-Grad-Gewinde durch internationale Annahme des isometrischen Gewindes als Weltgewinde beendet wurde.

Hoch belastbare, lösbare Verbindungen, dauerhaltbar und allen sonstigen äußeren Einflüssen gegenüber beständig, zu schaffen, ist untrennbar mit der technischen Entwicklung verbunden – vom Befestigen der Holzräder an Holzachsen über die Plattenpanzer bis zum Wiedereinfangen fehlplazierter Satelliten und ihrem sicheren Zurückholen auf die Erde.

CARL-OTTO BAUER